Dienstag, 5. August 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (0 40) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 180 - 32. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.



TAGESSCHAU

POLITIK

Verkabelungskonzept: Das Bundespostministerium hat sich gegen Berichte gewandt, wonach Postminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) eine Änderung seines Verkabelungskonzepts beabsichtige. Es bestätigte jedoch, daß der Minister untersuchen lasse, ob Frequenzen zur Verfügung stehen, um lokale Fernseh-Programme auch über örtliche Sender mit geringer Reichweite drahtlos übertragen zu können. (S. 4)

Kernenergie: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist der Auffassung, daß die Bundesregierung die Forschungsförderung im Bereich der Kernenergie nach der Fertigstellung der fortgeschrittenen Reaktoren kürzen und eine Neubewertung der gesamten Energieforschung vornehmen sollte. Die Ziele der künftigen Energiepolitik sollten an den wirtschaftlichen Realitäten und den tatsächlichen Bedürfnissen orientiert sein.

Kritik: Mehrere Berliner Organisationen haben kritisiert, daß der DGB-Landesverband zu seiner Kundgebung anläßlich des Antikriegstages am 1. September auch einen Gewerkschaftsfunktionär aus der Sowjetunion als Redner eingeladen hat. Er soll zusammen mit DGB-Chef Ernst Breit und dem US-Senator Richard Clark vor der Gedächtniskirche sprechen. (S. 4)

Polen: Auf die katastrophale Umweltverschmutzung im Lande hat der Untergrundverlag „KOS" hingewiesen. Laut „KOS" stellten Kommunal- und Regionalbehörden den Antrag, 32 Ostseebäder wegen Verschmutzung und Seuchengefahr zu schließen. Am meisten verschmutzt sind die Danziger Bucht, das Stettiner Haff mit der Oder-Mündung und die Weichsel-Mündung.

Rückkehr-Prämie: Die belgische Regierung hat eine Rückkehr-Prämie für Ausländer geschaffen. Sie soll Ausländern gezahlt werden, die nicht aus einem EG-Land kommen und seit einem Jahr arbeitslos sind. Ein Drittel der Prämie soll beim Verlassen Belgiens gezahlt werden, der Rest erst nach Überprüfung der Niederlassung außerhalb der EG.

Chile: Zehn Gewerkschaftsführer und Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen sind von bewaffneten Zivilisten festgenommen worden. Nach Angaben chilenischer Journalisten wurden die Bewaffneten als Angehörige der Geheimpolizei erkannt.

„Ablehnungsfront": Ohne Algerien, Libyen, Syrien, Libanon und Südjemen beginnt morgen in Casablanca der außerordentliche arabische Gipfel, den der marokkanische König Hassan als Vorsitzender der Arabischen Liga einberufen hat.

ZITAT DES TAGES



» Es reicht nicht, sich in der Beschäftigungspolitik gegenseitig den Schwarzen Peter zuzuschieben. Die Tarifvertragsparteien sind – gerade im Hinblick auf das Lohnniveau – auch in der Verantwortung «

Die FDP-Schatzmeisterin Irmgard Adam-Schwätzer auf einer Pressekonferenz in Bonn FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Zahlungsmoral: Die Zahlungsmoral der deutschen Unternehmen ist nach Angaben der Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng im zweiten Quartal 1985 gesunken. Trotz der positiven Signale aus der Wirtschaft zahlten den Angaben zufolge nur noch 69 Prozent der Unternehmer vereinbarungsgemäß. Am Bau kommen nur noch 43,9 Prozent ihren Zahlungsverpflichtungen pünktlich nach.

Marktzugang: Die EG will den Marktzugang für Erzeugnisse aus der Dritten Welt weiter nach der Leistungsfähigkeit der Entwicklungsländer differenzieren. Die Brüsseler Kommission regt neben deutlichen Verbesserungen für besonders bedürftige Lieferländer auch die Rücknahme von Handelszugeständnissen gegenüber Staaten an, die mit der europäischen Industrie wettbewerbsfähig geworden sind.

Börse: Bei ruhigem Geschäft an den Aktienmärkten erzielten vor allem Autowerte Kursgewinne. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 197,53 (197,15). BHF-Rentenindex 104,288 (104,268). Performance Index 105,833 (105,783). Dollarmittelkurs 2,8198 (2,8310) Mark. Goldpreis pro Feinunze 323,75 (320,50) Dollar.

KULTUR

Ausstellung: Wer ist Max Kommerell? Man erfährt es im Souterrain des Marbacher Schiller-Nationalmuseums in einer Ausstellung, die dem 1944 im Alter von 42 Jahren verstorbenen Schriftsteller und Dichter gewidmet ist. (S. 19)

Beklagt: Den Verfall der arabischen Kultur hat die Pariser Zeitung „Le Monde" beklagt. Wegen des Niedergangs der traditionellen Kulturzentren Beirut und Kairo und des schlechten Zustands der Universitäten könne eine Erneuerung auch nicht gelingen.

SPORT

Leichtathletik: Beim Europacup-Finale in zwei Wochen in Moskau wird der 20jährige Ralf Lübke gleich dreimal starten: über 200 m sowie in den beiden Staffeln. (S. 16)

Tennis: Die Saarbrückerin Claudia Kohde gewann in Manhattan Beach bei Los Angeles ein Grand-Prix-Turnier durch einen 6:2, 6:3-Erfolg über die Amerikanerin Pam Shriver.

AUS ALLER WELT

„Fehdehandschuh": Englands Modeschöpfer wollen den Haute-Couture-Hochburgen Frankreichs und Italiens den Fehdehandschuh hinwerfen. Mit Bruce Oldfield, dem Modeschöpfer Prinzessin Dianas, will das Modehaus Norman Hartnell Yves St. Laurent und Karl Lagerfeld den Kampf ansagen. (S. 20)

Ankermanöver: Die „Europa", das Flaggschiff der Hapag-Lloyd-Reederei, das am Sonntag vor der Westküste Grönlands auf Grund gelaufen war, konnte wieder freigeschleppt werden und seine Reise fortsetzen. (S. 20)

Wetter: Bewölkt, zeitweise Regen und Gewitter. 15 bis 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kohl setzt Rahmen für die Außenpolitik der Koalition

Staatssekretär Ost: Gegensätze zwischen Union und FDP wurden hochgespielt

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hält aufgrund der jüngsten Entwicklung Rahmenbedingungen für gegeben, „die bei gutem Willen aller Beteiligten merkliche Verbesserungen des West-Ost-Verhältnisses und maßgebliche Impulse für den Dialog, die Verständigung und die Zusammenarbeit zwischen beiden Lagern bringen können". Mit dieser Feststellung wandte sich Regierungssprecher Friedhelm Ost gestern gegen die Annahme, es gebe zwischen Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher Differenzen in der Beurteilung der West-Ost-Politik.

Allerdings wollte sich der Staatssekretär im Namen des Kanzlers nicht wörtlich auf Genschers Formel von einer „neuen Phase realistischer Entspannungspolitik" festlegen.

Der Bundesaußenminister und der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hatten Kohl am Wochenende in Interviews als Kronzeugen für jeweils gegensätzliche Positionen in Anspruch genommen. Genscher hatte darauf verwiesen, daß Kohl im März in Moskau gemeinsam mit SED-Chef Honecker von einer „neuen Phase der West-Ost-Beziehungen" gesprochen habe. Das bedeute: „In den Grundlinien unserer Außenpolitik sind die Einlassungen des Kanzlers und des Außenministers übereinstimmend."

Demgegenüber hatte Strauß erklärt: „Ich habe beim letzten Gespräch den Bundeskanzler gefragt, ob er weiß, was eine neue Phase konstruktiver Entspannungspolitik wäre. Er sagte, man solle das nicht so ernst nehmen, er könne sich darunter ebenfalls nichts vorstellen."

Dazu bemerkte Regierungssprecher Ost, die Positionen seien nicht so gegensätzlich, wie in manche Interviews hineininterpretiert werde. Kohl sehe die Lage folgendermaßen: In diesem Jahr seien in den Ost-West-Beziehungen wichtige Entwicklungen wie die Genfer Abrüstungsverhandlungen in Gang gekommen, andere wie das Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow stünden bevor. Der Kanzler habe sich schon sehr früh für eine solche Gipfelbegegnung, für amerikanisch-sowjetische Rüstungskontrollverhandlungen und für die Wiederaufnahme des West-Ost-Dialogs auf breiter Ebene eingesetzt.

Der Regierungssprecher verwies, ebenso wie Genscher in seinem Interview, auf die gemeinsame Erklärung Kohls und Honeckers in Moskau, in der festgehalten worden sei, daß mit der Aufnahme des Rüstungskontrolldialogs zwischen USA und Sowjetunion eine neue Phase in den West-Ost-Beziehungen eingeleitet werden und „von den Genfer Rüstungskontrollgesprächen generelle Impulse für eine Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses ausgehen können".

Auf die Frage, ob Genscher denn dem Kanzlers erläutert habe, was er sich unter „realistischer Entspannung" vorstelle, erwiderte Ost: „Ich kann hier nur die Position des Kanzlers darlegen. Ich habe gesagt, was der Kanzler sich vorstellt."

Der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt hatte Kohl zuvor vorgeworfen, kein außenpolitisches Konzept zu besitzen. Strauß und Genscher widersprächen sich in Grundfragen und könnten sich trotzdem beide auf Äußerungen des Kanzlers berufen.

Paz ist neuer Präsident Boliviens

Kongreß ließ sich von Banzers „Stimmen der Straße" nicht einschüchtern

WERNER THOMAS, La Paz

Während draußen auf der Plaza Murillo 1500 Demonstranten „Banzer, presidente" schrien, fiel die Entscheidung im Kongreßgebäude anders aus: Victor Paz Estenssoro (77) wurde von 94 der 156 anwesenden Abgeordneten für vier Jahre zum neuen Staats- und Regierungschef gewählt, während General Banzer nur die 51 Stimmen seiner Partei (ADN) erhielt.

Der Kongreß mußte abstimmen, weil keiner der Kandidaten bei den direkten Wahlen am 14. Juli eine absolute Mehrheit erhalten hatte. Banzer erinnerte an seinen Sieg vor drei Wochen, wenn der Vorsprung auch nur zweieinhalb Prozent betrug. Paz Estenssoro und seine „Nationalistische Revolutionsbewegung" (MNR) beriefen sich dagegen auf die Mehrheit der Mandate: Da die MNR sieben der neun Provinzen gewann, stellt sie 59 Kongreßabgeordnete gegenüber den 51 Sitzen Banzers.

Die Entscheidung fiel dann bereits in der Nacht zum Sonntag, als die „Bewegung der revolutionären Linken" (MIR), die drittstärkste Parlamentspartei, verkündete, sie werde für Páz Estenssoro stimmen. Nachdem eine erste Abstimmung nicht die notwendige absolute Mehrheit der Abgeordneten ergeben hatte, erhielt Estenssoro die Unterstützung auch der regierenden „MNR der Linken" von Siles Zuazo, der „MNR-Vanguardia" sowie der Christlichen Demokraten.

Banzers konservative ADN versuchte bis zum Schluß, das Kongreßvotum mit einer Publicity-Kampagne zu beeinflussen. Als sich die Abstimmungsniederlage abzeichnete, organisierte die Partei Demonstrationen. „Laßt uns die Straße gewinnen", appellierte Banzer. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, als die ADN-Anhänger das Kongreßgebäude stürmen wollten. Es gab keine Verletzten und keine Festnahmen.

Victor Paz Estenssoro, bereits dreimal Präsident des Landes, erbt ein explosives Vermächtnis. Sein ehemaliger Freund Herman Siles Zuazo (71), der seine glücklose Präsidentschaft freiwillig ein Jahr früher als notwendig beendete, hinterläßt ihm katastrophale wirtschaftliche Verhältnisse. Nach einer nicht ganz dreijährigen Amtszeit mit sozialistischen Experimenten und einer Streikserie der Gewerkschaften leidet die Nation unter einer Inflationsrate von 8926 Prozent. Seit März 1984 leistet Bolivien keine Zahlungen mehr für seine Auslandsschulden, etwa 4,8 Milliarden Dollar. Die Zahl der Arbeitslosen bewegt sich zwischen 60 und 70 Prozent.

Paz Estenssoro hat bisher seine Vorstellungen zur Rettung der Wirtschaft nur vage formuliert. Er will die Produktion ankurbeln, die Exporte fördern, aber auch sparen. Er will Vertrauen schaffen. Der geistig und körperlich noch rüstige Politiker, ein charismatischer Populist mit demagogischem Talent, ist ein Ökonom. Dennoch assoziieren ältere Bolivianer seine bisherigen Präsidentschaftsperioden mit einem wirtschaftlichen Chaos. Der scheidende Innenminister Sanchez äußerte dieser Tage eine Meinung, die viele neutrale Beobachter in der bolivianischen Hauptstadt teilen: „Wenn Paz Estenssoro nicht bald Geld aus dem Ausland bekommen kann, wird er nicht lange regieren." (SAD)

Seite 2: Am Abend des Lebens

Abiturienten orientieren sich „praxisnah"

p. p. Bonn

Die deutsche Wirtschaft entwickelt für Abiturienten zunehmend praxisnahe Ausbildungs-Alternativen zum Hochschulstudium. Nach einer Umfrage des unternehmernahen Instituts der deutschen Wirtschaft werden zur Zeit in mehr als 1000 Großbetrieben und mittelständischen Unternehmen derartige Sonderausbildungsgänge angeboten. Rund 8000 Abiturienten haben die Chance, in einen solchen karriereträchtigen, üblicherweise dreijährigen Kurs aufgenommen zu werden – ein Drittel mehr als 1982. Nahezu 70 Prozent dieser Plätze sind in diesem Jahr im kaufmännisch-betriebswirtschaftlichen Bereich angeboten worden. 1982 waren es 66 Prozent gewesen. Der relative Anteil der Plätze im Ingenieurbereich hat gleichzeitig von 17 auf acht Prozent abgenommen. Handel und Elektro- und Metallindustrie haben in diesem Jahr mehr als die Hälfte aller Nachwuchs-Manager aufgenommen.

Esten flohen zu Fuß nach Schweden

DW. Stockholm

Zwei Sowjetbürger aus der Republik Estland haben in Schweden um politisches Asyl gebeten, nachdem sie in einem 17tägigen Fußmarsch das militärische Sperrgebiet der Halbinsel Kola und einen Teil Finnlands durchquert hatten.

Nach Angaben der schwedischen Tageszeitung „Svenska Dagbladet" fuhren die beiden Balten am 5. Juli mit dem Zug von Leningrad nach Murmansk und marschierten von dort aus zur 200 Kilometer entfernten finnischen Grenze. Dabei ernährten sich die Flüchtigen hauptsächlich von Birkenlaub und Wasser – die Vorräte waren ihnen ausgegangen. Unbehelligt von Militärpatrouillen konnten sie schließlich die Grenze nach Schweden überqueren.

Die finnischen Behörden hätten die Flüchtlinge aufgrund von Abkommen zwischen Moskau und Helsinki zurückschicken müssen.

Flugverbindung von Paderborn nach West-Berlin

DW. Paderborn

Zwischen dem westfälischen Regionalflughafen Paderborn/Lippstadt und West-Berlin wird noch in diesem Jahr eine regelmäßige Flugverbindung aufgenommen. Die Strecke soll zweimal täglich mit 28sitzigen Turboprop-Maschinen vom Typ Nord 262 der amerikanischen Tempelhof-Airways beflogen werden.

Die Genehmigung für die regelmäßige Flugverbindung Paderborn–Berlin sei von den für die Überwachung der Luftwege zwischen Berlin und der Bundesrepublik zuständigen Alliierten bereits erteilt worden, sagte der Geschäftsführer des US-Unternehmens, Knut Kramer. Damit verbundene technische Auflagen könnten bis Ende August erfüllt werden.

Seit gestern gibt es auch wieder regelmäßige Linienflüge der Dortmunder Regionalflug (RFG) zwischen Paderborn, Frankfurt und Stuttgart.

Hiroshima – niemals endende Mahnung

DW. Bonn

Zwei Tage vor dem 40. Jahrestag des Atombombenabwurfs über Hiroshima am 6. August 1945 hat Papst Johannes Paul II. am Sonntag zu einer Erneuerung aller Anstrengungen für den Frieden aufgerufen. In seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo forderte er die Gläubigen in der Welt zum Gebet dafür auf, daß der Menschheit der Schrecken eines Atomkrieges erspart bleiben möge.

Fünf Tage vor dem 40. Jahrestag des Bombenabwurfs über Nagasaki am 9. August hat sich am Sonntag der an der Operation beteiligte amerikanische Navigator Paul Bregman (60) erhängt. Er war Navigator eines der B-29-Bomber, die die Maschine mit der Bombe begleitet und den Abwurf über der Hafenstadt überwacht hatten. In Nagasaki starben nach Schätzungen 70 000 bis 80 000 Menschen. Drei Tage zuvor kamen in Hiroshima schätzungsweise 140 000 Menschen um.

An der Stätte des ersten vernichtenden Angriffs in Hiroshima hat gestern die erste „Weltkonferenz von Bürgermeistern für Frieden durch Solidarität der Städte" begonnen. An der Veranstaltung nehmen Bürgermeister von 64 Städten in 23 Staaten teil. Aus der Bundesrepublik sind Bielefeld, Dortmund, Erlangen, Fürth, Gladbeck, Hagen, Hannover, Kassel, Kiel, Mainz, Marl, Offenburg, Schwerte, Bad Vilbel und Witten durch den Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg aus Hannover vertreten.

SEITE 6:
Eine Fiktion: Truman bläst Atom-Angriff auf Japan ab

Der Bürgermeister von Hiroshima, Takeshi Araki, betonte in seiner Begrüßungsansprache: „Hiroshima ist nicht nur ein Zeugnis der Geschichte, Hiroshima ist eine niemals endende Warnung für die Zukunft der Menschheit." Der Hauptredner, der mexikanische Friedensnobelpreisträger Alfonso Garcia Robes, warnte, schon ein begrenzter Atomkrieg würde die Welt in einen „nuklearen Winter" versetzen. Dies würde eine bisher nicht erkannte Gefahr auch für jene Nationen bedeuten, die weit vom Ort der Nuklearexplosion entfernt seien.

Der Berliner Bischof Joachim Kardinal Meisner hat den Bischof von Hiroshima in einem Telegramm des fürbittenden Gedenkens an die Toten versichert. Die japanische Groß-stadt-Diözese ist seit 1960 Patenbistum von Berlin.

Die Berliner SPD hat unterdessen den Senat aufgefordert, „endlich der Friedensinitiative der Stadt Hiroshima und Nagasaki" beizutreten. Es sei eine Schande, daß die Stadt, von der der Zweite Weltkrieg ausgegangen sei, diese Chance, ein weltweites Signal des Friedens zu setzen, nicht genutzt habe.

DER KOMMENTAR

Der bessere Weg

PETER PHILIPPS

Fraglos ist es nicht nur volkswirtschaftlicher Unsinn, was sich in den vergangenen Jahren im Ausbildungssystem der Bundesrepublik Deutschland eingebürgert hat: Junge Menschen gehen 13 Jahre (wenn sie nicht sitzenbleiben) zur Schule, um dann eine Lehre zu machen. Oder sie studieren viele Semester, um dann (wenn sie denn eine ordentliche Beschäftigung finden) als höchste Karrierestufe den Sachbearbeiter zu erreichen. Das Ergebnis ist Enttäuschung – auch bei den Unternehmen wegen der falschen Ausbildung des Mitarbeiters.

Die Kräfte des Marktes, wiewohl sie aus vielerlei Gründen nicht alleiniger Maßstab im Bildungsbereich sein dürfen, zeigen langsam Wirkung: Die Unternehmen bieten den Abiturienten nicht nur praktische, sondern auch attraktive Ausbildungs-Alternativen zum Hochschulstudium an. Auf diese Weise ziehen sie sich einen Nachwuchs heran, der das lernt, was er im Beruf benötigt.

„Elitebildung", dieses Stichwort fällt in der Wirtschaft. In der Tat: Tests, Schulzeugnisse und Einstellungsgespräche sind erhebliche Hürden. Gefordert werden Tugenden wie Selbständigkeit, Leistungsbereitschaft, Ausdauer, Flexibilität. Die Unternehmen, große wie mittelständische, gucken sich ihre Pappenheimer genau an. Sie können wählen. Um jeden dieser Plätze bewerben sich statistisch gesehen 39 Interessenten.

Ein Hochschulstudium bürgt schon lange nicht mehr für ein lebenslang höheres Einkommen und für Sozialprestige. Nur noch ein Viertel eines Geburtsjahrgangs will Akademiker werden. Da wird das Studium leicht zur „Lehre de luxe", nur daß es häufig nur noch „luxe" und nicht praxisnahe Lehre ist. Der einstige Königsweg der Ausbildung ist für viele zur Sackgasse geworden.

Bundesbildungsministerin Wilms hat schon zu Beginn ihrer Amtszeit bei der Wirtschaft und den Jugendlichen für ein Umdenken geworben. Die 8000 jungen Leute, die bereits solche auf Abiturienten zugeschnittenen Sonderausbildungsgänge durchlaufen, sind ein Indiz dafür, daß Frau Wilms mit ihrem Werben auf offene Ohren stößt. Doch es ist noch ein langer Weg, bis der Irrglaube aus den Hirnen heraus sein wird, daß der richtige Mensch erst beim Akademiker beginnt. Und dies ist weniger ein politischer Prozeß. Denn wer sich die Statistiken ansieht, erkennt, daß politische Dummheit in den Einstellungsgepflogenheiten einen Nährboden finden könnte.

In der Begabtenförderung „stehen wir noch am Anfang"

Konferenz beklagt Defizite im Umgang mit Eliten

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Die Öffentlichkeit soll davon überzeugt werden, daß es zwischen gleichen Chancen für alle Kinder und der Begabtenförderung keinen Widerspruch geben muß. „Aber gleiche Chancen bedeutet nicht identische Chancen", erklärte Professor James Callagher aus dem US-Bundesstaat North Carolina das Anliegen der 6. Weltkonferenz über hochbegabte und talentierte Kinder. 1000 Teilnehmer aus knapp 50 Ländern haben sich zu der Veranstaltung, bei der bis zum 9. August in Hamburg 500 Vorträge gehalten werden sollen, angemeldet.

Es soll ein Erfahrungsaustausch werden, wie man am besten die Talente entdeckt und fördert; denn daß es Kinder gibt, die besser lernen, ein besseres Gedächtnis haben und besser logisch denken können, darüber sind sich die Teilnehmer einig. Doch über die Unterstützung der Hochbegabten hinaus, deren Eltern sich meist wegen schulischer oder seelischer Schwierigkeiten ihrer Kinder an Vereine oder Interessengemeinschaften wenden, wollen die Wissenschaftler gezielt auch den verborgenen Talenten helfen, die wegen sozialer oder familiärer Umstände bisher ihre Chance auf die bestmögliche Ausbildung nicht erhielten.

Vier Jahre hatten die Hamburger Organisatoren den Kongreß vorbereitet, weil sie sich für die Bundesrepublik Deutschland einen Impuls in der Begabtenförderung erhofften. Denn hier, sagte der Psychologe Harald Wagner, „stehen wir noch ganz am Anfang". Defizite werden vor allem in der Ausbildung der Lehrer und Psychologen beklagt, die häufig nicht wüßten, wie sie mit den Talenten umgehen sollen. Die Diskussion über die Begabten-Thematik habe an den Hochschulen 30 bis 40 Jahre lang kaum stattgefunden.

Wohlpräpariert meldete sich gestern auch die politische und wissenschaftliche Opposition in der Hochbegabten-Debatte: Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) betrachtet den Kongreß „mit großer Sorge". Und rund 70 Hamburger Hochschullehrer hatten eine Stellungnahme der „Arbeitsgemeinschaft Hochbegabung" unterschrieben, die – wie die Initiative der Talentförderung – im Fachbereich Psychologie der Hamburger Universität beheimatet ist.

LEITARTIKEL SEITE 2:
Genie und Melancholie

Die Kritiker behaupten, der Kongreß trage zur „Rechtfertigung rückschrittlicher bildungspolitischer Zielvorstellungen bei". Die Eliteförderung habe nachweislich nur eine geringe ökonomische Bedeutung. Und grundsätzlich diene die Betonung von Eliten dazu, „ein traditionelles, tendenzielles, antidemokratisches Modell der Gesellschaft zu legitimieren". Mit der Eliteförderung sollten die Karrieren für die Kinder aller Eliten gesichert werden.

Die Hochschullehrer warnen vor der Gefahr von „Fachidioten" und wehren sich dagegen, daß in Zeiten

● Fortsetzung Seite 8

Israel verschärft seine Maßnahmen gegen Terror

Palästinenser können ohne Urteil deportiert werden

DW. Jerusalem

Die israelische Regierung hat beschlossen, die Maßnahmen gegen den Terrorismus innerhalb des gültigen gesetzlichen Rahmens zu verschärfen. So sollen Palästinenser, die nach Ansicht der israelischen Behörden die Sicherheit in den besetzten arabischen Gebieten gefährden, ohne Gerichtsurteil deportiert oder inhaftiert werden. Diesen Beschluß der israelischen Regierung bezeichnete Jordaniens Informationsminister Mohammed Chatib als Verstoß gegen das Völkerrecht und gegen die Menschenrechte.

Außerdem drohte die Regierung von Ministerpräsident Shimon Peres auf ihrer wöchentlichen Kabinettssitzung den arabischsprachigen Zeitungen mit Verbot, falls sie die Militärzensur verletzten oder Unruhen schürten. Beschlossen wurde ferner ein Ausbau der Haftanstalten in Westjordanien und im Gaza-Streifen. Anlaß für die Beschlüsse waren mehrere Bombenanschläge und Morde im Juli. Die Ermordung von zwei Lehrern und eines Kantinenpächters hatte in Israel zu einem öffentlichen Aufschrei der Empörung geführt. Es kam zu antiarabischen Demonstrationen, auf denen die Todesstrafe für Terrorakte gefordert wurde.

Seit 1965 haben israelische Militärgerichte gegen sieben als Terroristen verurteilte Araber die Todesstrafe verhängt. Sie wurde jedoch in allen Fällen in lebenslange Haft umgewandelt. Die Hinrichtung des Nazi-Kriegsverbrechers Adolf Eichmann 1962 war der einzige Fall, in dem die Todesstrafe auch vollstreckt wurde.

Trotz des Protestes mehrerer Minister erhielt die israelische Regierung jetzt aber ihre Entscheidung aufrecht, auch bei terroristischen Morden keine Todesurteile zu verhängen. In diesem Zusammenhang erklärte der Präsident der Ben-Gurion-Universität, Generalmajor a. D. Shlomo Gazit, Terroristen dürfte es nicht allzu schwer fallen, bei Verhängung der Todesstrafe gegen einen ihrer Komplizen einen Israeli zu entführen. Die Terroristen würden mit dessen Erschießung drohen, falls das Todesurteil vollstreckt würde.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Am Abend des Lebens

Von Werner Thomas

Die meisten Siebenundsiebzigjährigen wünschen sich einen ruhigen Lebensabend, aber Victor Paz Estenssoro übernimmt in diesem Alter noch einmal ein mörderisches Amt. Wie soll man ein Land regieren, das auf 30 000 Prozent Inflation zusteuert? Wo die marxistisch beeinflußten Gewerkschaften, die schon den ungücklichen Amtsvorgänger Hernan Siles Zuazo, einen Sozialisten, die „Gewerkschaftsdiktatur" verfluchen ließen, jede Austeritätsmaßnahme zu verhindern trachten?

Paz Estenssoro, der während seiner langen Laufbahn von links zur Mitte rückte – die rechten Gegner im Banzer-Lager führen dies auf Opportunismus zurück – gibt sich dennoch „relativ optimistisch". Die Probleme seien zu lösen, meint er. Während des Wahlkampfes wollte er allerdings seine Vorstellungen von der notwendigen Therapie nicht näher erläutern.

Der Veteran mußte sich von Rivalen aller ideologischen Schattierungen den Vorwurf anhören, er lasse sich nur vom persönlichen Machthunger treiben. Er habe den schmachvollen Putsch 1964 nie vergessen, als ihn sein Vize, der Luftwaffengeneral René Barrientos, im vierten Monat seiner dritten Präsidentschaft stürzte und selbst die Macht übernahm. Paz Estenssoro bestreitet solche Unterstellungen. Er wolle der Nation helfen, versicherte er.

Hugo Banzer und seine „Nationalistische Demokratische Aktion" (ADN) reagierten bitter auf die Abstimmungsniederlage. Die ADN-Vertreter sprachen von einer „Verfälschung des Wählerwillens", weil Banzer die direkten Wahlen gewonnen hatte, wenn auch nur mit zweieinhalb Prozent Vorsprung und nicht mit der erforderlichen absoluten Mehrheit. Jedoch: Die Verfassung gibt dem Kongreß das letzte Wort, wenn kein Kandidat die absolute Mehrheit hat. Paz Estenssoro ist verfassungsmäßiger Präsident.

Nicht in allen Kreisen der konservativen ADN-Bewegung herrscht jedoch Trauer. Man hört auch die Frage: Wer will schon ein solches Vermächtnis erben? Die Stunde des ehemaligen Diktators (1971 bis 1978) werde schon kommen, wenn Paz Estenssoro scheitern werde, heißt es, und: Er werde gewiß scheitern. Linksgerichtete Bolivianer äußern ähnliche Ansichten – als „Befürchtungen" verkleidet.

Pinochet stellt um

Von Günter Friedländer

Dem Rücktritt des chilenischen Polizeichefs General Cesar Mendoza folgte prompt die Ernennung seines bisherigen Stellvertreters, General Rodolfo Stange. Die so rasch gefaßte Entscheidung sollte den Chilenen zeigen, daß General Augusto Pinochet Herr der Lage ist.

Der Wechsel in der Junta, der der Polizeichef angehört, enthielt eine weitere Botschaft. Als man im vergangenen März die Leichen von drei Mitgliedern der Kommunistischen Partei fand, hieß es, sie seien Opfer der Polizei gewesen. Die Angelegenheit wurde den ordentlichen Gerichten übergeben. In der vergangenen Woche erklärte ein Richter, vierzehn Polizeibeamte seien in die Mordtat verwickelt.

Die Regierung entließ umgehend diese vierzehn Verdächtigten, so, wie sie vor neun Jahren nach der Ermordung Leteliers den Chef des Geheimdienstes entlassen hatte.

Chiles Polizei war immer der Stolz des Landes. Ihre Mitglieder sind oft Männer mit guter Schuldbildung, die in der Polizei eine hervorragende Fachausbildung erhielten. Der Rücktritt Mendozas, der ein ergebener Diener des von Pinochet geleiteten Regimes ist, sollte das ganze Land davon überzeugen, daß der gute Ruf der Polizei auch weiterhin berechtigt sei und man ihr keinerlei Übergriffe erlaube.

Zur gleichen Zeit übermittelte Pinochet aber eine weitere Botschaft an die Chilenen: daß er speziell die Kommunisten aus der Opposition herausgreifen wird. Bei der vom Fernsehen übertragenen Vereidigung des neuen Polizeichefs hatte Pinochet gewarnt, er werde mit drastischen Maßnahmen die Ordnung aufrecht erhalten. Schon 36 Stunden später veranstaltete General Stange eine groß angelegte Polizeiaktion gegen Anhänger der Kommunistischen Partei. Straßenkundgebungen, die seit Mendozas Rücktritt nicht aufhörten, wurden rigoros aufgelöst und zahlreiche prominente Mitglieder der Kommunistischen Partei festgenommen. Die Polizisten zeigten dabei oft Haftbefehle vor. Ob diese Aufteilung der Opposition hingenommen wird – und wie die Kirche darauf reagiert, daß mindestens zwei ihrer Funktionäre unter den als Kommunisten Verhafteten sind – wird den weiteren Lauf der Ereignisse in Chile weitgehend mitbestimmen.

Normaler Siebzehnjähriger

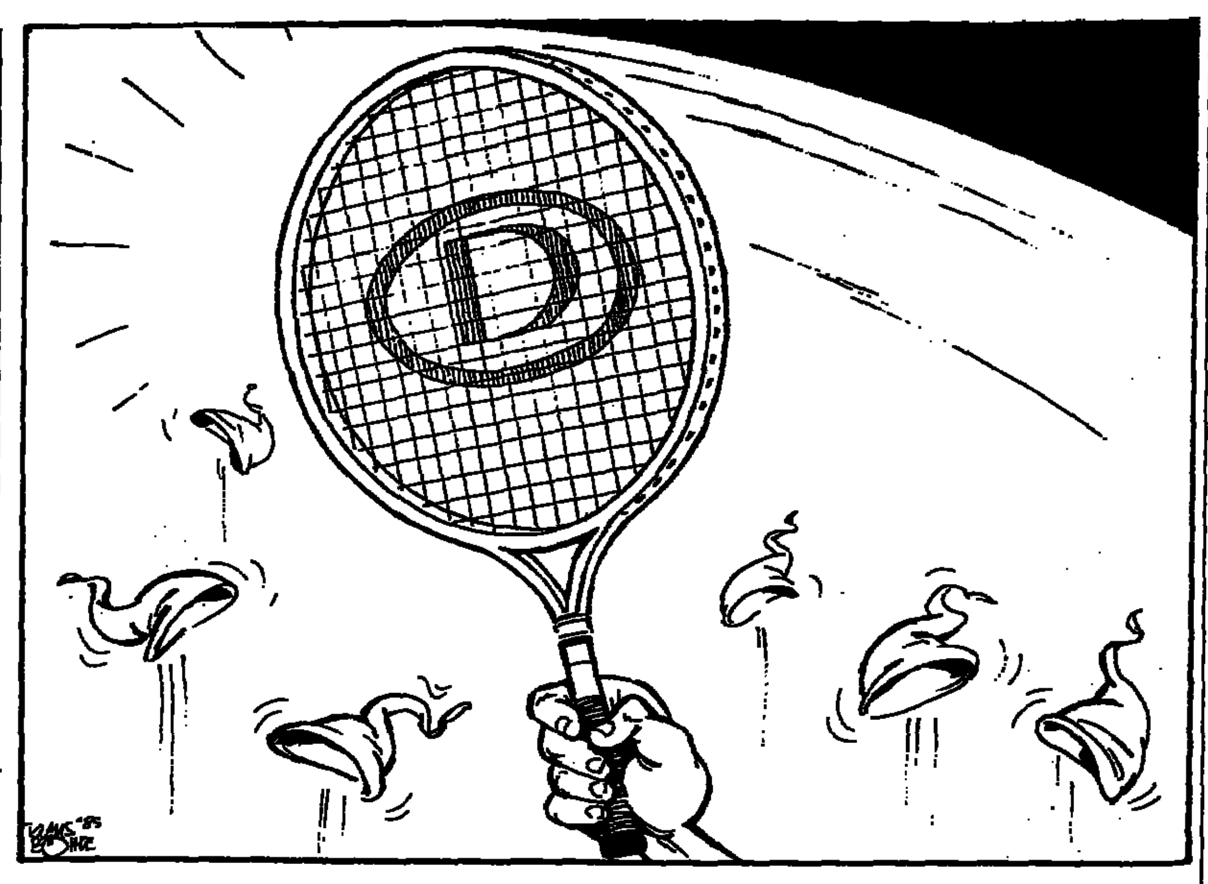
Von Enno v. Loewenstern

Er kann sich unbändig freuen wie ein großer Junge, wenn er gewinnt. Und er ist ja wohl noch ein großer Junge, dem Alter wie der Körperlänge nach. Er kann sich freuen, auch wenn er eine Mannschaftsbegegnung entscheidet, wo finanzielle Dinge weit im Hintergrund stehen, wo es einfach darauf ankommt, seinen Teil für die gemeinsame Sache nach besten Kräften beizutragen.

Die Kräfte waren bestens, der unglückliche Gegner hat es erfahren. Da war keine Spur von der Überheblichkeit, vor der Medien quer durch die Republik den Jungen gewarnt hatten. Da war Freude am Spiel, da war aber auch Entschlossenheit, Leistungswille. Anscheinend sieht er zu wenig fern; anscheinend hat er noch nicht gelernt, die Leistungsgesellschaft zu hinterfragen und die eigene Rolle zu problematisieren. Er hat einfach Spaß an der Freud', ohne Rücksicht auf Soziologen, Psychologen und was sie sonst noch logen.

Der Junge steht knapp vor seinem achtzehnten Geburtstag, da ist er dann sowieso nach fortschrittlichem deutschen Recht ein Erwachsener, der alles tun darf: wählen, heiraten, ein Geschäft gründen oder auch aussteigen. Er muß sich darüber wundern, wie viele fürsorgliche Mitbürger ihn in die Seelenwatte zu wickeln suchen, die er offensichtlich nicht braucht. Wo andere junge Leute seines Alters sich den Kopf zerbrechen, was sie werden sollen, hat er seinen Beruf – wenn nicht gar seine Berufung – gefunden. Einen Beruf, den er gern ausübt; was kann man einem Menschen beruflich Besseres wünschen? Einen Beruf mit Risiko, gewiß, aber er jammert nicht über sein Risiko. Ist es auch und gerade das, weshalb sich so viele für diesen so herrlich unbefangenen Jungen jenseits seiner Hechtsprungrückhand begeistern können?

„Ein normaler Siebzehnjähriger wird er nie mehr sein" – in diesem Stil barmt es durch diejenigen Medien, die Unbefangenheit und Leistungsbereitschaft bei jungen Menschen unnormal finden. Was ist ein normaler Siebzehnjähriger? Das ist einer, der auf den Sportplatz geht, die Bälle herumhaut und träumt, er sei Boris Becker.



Kennzeichen D — KLAUS BÖHLE

Genie und Melancholie

Von Peter R. Hofstätter

Für Stefan Zweig (1881–1942), den Verfasser von Biographien, Novellen und Theaterstücken, die ihn als einen der gebildetsten Schriftsteller Europas ausweisen, war seine „ganze Schulzeit ... nichts als ein ständiger gelangweilter Überdruß". Der Kritiker Willy Haas (1891–1973) legte noch als Sechzigjähriger Wert auf die Feststellung, „daß unsere sämtlichen Gymnasialprofessoren für mich entweder skurrile Narren oder arme Geistesgestörte oder pathologische Sadisten oder alles zusammen waren".

Daß sich die Erinnerungen der Berühmten an ihre Schuljahre so oft – wie bei Alfred Kerr – in dem einzigen Wort „scheußlich" zusammendrängen, wirft die Frage auf, ob unser Bildungssystem hohen Begabungen auch optimale Pflege angedeihen läßt. Man könnte denken, es müßte für sie besonders leicht und deshalb vergnüglich sein, die Hürden zu nehmen. Aber an dem ist es keineswegs. Immer wieder stößt man auf Hochbegabte, die als schlechte Schüler auffallen, oder umgekehrt auf schlechte Schüler, bei denen sich erst im Zuge psychologischer Untersuchung herausstellt, daß ihre intellektuelle Begabung sogar extrem hoch ist.

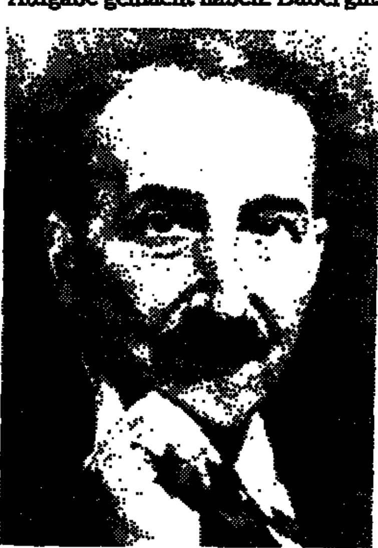
Wenn man als Maß den Intelligenzquotienten nimmt, so übertrifft ein Schüler mit dem Wert von 135 mehr als 98 Prozent der Bevölkerung. Es kann jedoch sein, daß er sich nach Anfangserfolgen angewöhnt hat, seine Gedanken in Hobby- und Phantasiewelten ausschwärmen zu lassen, statt beim Unterricht aufzupassen. Das rächt sich früher oder später. Aus dem Defizit an schulischem Wissen resultieren Enttäuschungen, und diese führen zur Entmutigung. Niemand kann nämlich von sich aus wissen, ob er wirklich gescheit ist. Uns selbst sehen wir nur im Spiegel, und dazu bedürfen wir des Vergleiches mit anderen und einer Bestätigung durch das Urteil erfahrener Personen, zum Beispiel also eines vertrauenswürdigen Lehrers.

Was aber, wenn Lehrer entweder nicht in der Lage sind, das intellektuelle Potential eines Sonderlings zu erkennen, oder wenn sie sich aus Prinzip der Aufgabe verweigern, zwischen den Möglichkeiten ihrer Schüler zu differenzieren? Mancher mag mit H. Scheuerl (1958) meinen, daß „Auslese ... von Natur ein bildungsfeindliches Prinzip" ist. Denn: „das ganze Ethos des Pädagogen (sei es), beim zu Erziehenden auszuhalten, solange dieser ihn braucht, ihn nicht aufzugeben, nicht von sich zu stoßen".

Bei einem solchen Entwurf ihrer Rolle denken Erzieher an Schwachbegabte. Dabei wird übersehen, daß Hochbegabte ebenfalls hilfsbedürftig sein können und daß das seelische Gleichgewicht immer gefährdet ist, wenn sich jemand in auffälliger Weise vom Mittelmaß unterscheidet. Je weniger ihn andere verstehen, um so schwerer hat er es, sich selbst zu verstehen, denn unser Selbstbild konstituiert sich aus dem, was andere uns über uns ein Leben lang, vor allem in jungen Jahren, gesagt haben.

Das alles sind keine neuen Befunde. Was seit der Antike unter der Überschrift „Genie und Melancholie" abgehandelt wird, ist im Grunde das Thema der Einsamkeit, in die außerordentliche Menschen – eben auch Hochbegabte – wesentlich leichter geraten als andere und aus der sie unter Umständen sogar anti-soziale Tendenzen – bis zum Terrorismus – entwickeln können.

Aber nicht nur deshalb ist die Gesellschaft zur Pflege von Begabungen verpflichtet. Genau das gehört nämlich zum Wesen von „Kultur". Es gibt daher nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern Vereinigungen, die sich Erkennen und Betreuung ungewöhnlich talentierter Kinder zur Aufgabe gemacht haben. Dabei gilt es noch Vorfragen diagnostischer Art zu lösen. Denn Frühreife ist noch kein sicheres Kennzeichen für Hochbegabung, der Intelligenzquotient zeigt nur einen recht engen Ausschnitt der Begabung, und es gibt Wißbegier, die einen Mangel an Kontaktfähigkeit bloß dürftig kompensiert.



„Ständiger Überdruß": Stefan Zweig FOTO: S. FISCHER VERLAG

Diese Probleme werden sich mit der Zeit bewältigen lassen. Jedoch rüsten sich bereits die prinzipiellen Gegner, um auf der soeben begonnenen Hamburger „Weltkonferenz über hochbegabte und talentierte Kinder" energisch zu protestieren.

Aus ideologischen Gründen wollen sie interindividuelle Unterschiede der Begabung und Motivation nicht wahrhaben und daher nach Möglichkeit – etwa durch Einheitsnoten für die ganze Klasse – verschleiern. Die Maxime lautet, „daß die Gesellschaft, ohne den wirklichen oder angenommenen Unterschied der Neigungen und Fähigkeiten in Betracht zu ziehen, ... allen – ohne Ausnahme – eine absolut gleiche Erziehung und Ausbildung schuldig ist".

Das Plädoyer für eine absolute pädagogische Gleichmacherei, die Höherbegabte nur mit dem Wort „scheußlich" quittieren könnten, erschien am 14. August 1869 in der Zeitschrift „Egalité" des hervorragend begabten Anarchisten Michael Bakunin (1814–1876). Über die Folgen der von ihm propagierten anti-elitären Erziehungen war er sich durchaus im klaren: Zwar werde es „weniger berühmte Gelehrte geben, aber gleichzeitig auch weniger Unwissende". Deshalb sei es auch kein großes Unglück, „daß während des mehr oder weniger langen Übergangszustandes, der natürlich der großen sozialen Krise folgen wird, die höchsten Wissenschaften bedeutend unter ihr jetziges Niveau sinken werden, wie auch unzweifelhaft der Luxus und alles, was zu den Verfeinerungen des Lebens gehört, für lange aus der Gesellschaft wird verschwinden müssen".

Grün-rote Herzen mögen bei solchen Aussichten höher schlagen; alle anderen aber wissen nun ganz genau, warum wir nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch im Interesse von Hunderten Millionen Menschen in den Entwicklungsländern hohe Begabungen als ein kostbares und seltenes Gut sorgsam zu pflegen haben.

IM GESPRÄCH Nicola Signorello

Wandel in Rom

Von Friedrich Meichsner

Die Kapitolinische Glocke hat in der vergangenen Woche für Rom eine Wende eingeläutet. Nach fast zehnjähriger Herrschaft sind die Kommunisten und ihre Allierten im berühmtesten „Rathaus" der Welt wieder von einem Christdemokraten abgelöst worden. Nicola Signorello ist der neue Bürgermeister der ewigen Stadt. Der 59jährige Senator und Chef der römischen DC wurde von den fünf Koalitionsparteien, die auch die Zentralregierung unter dem sozialistischen Ministerpräsidenten Craxi tragen, schon im ersten Wahlgang zum Nachfolger des Kommunisten Ugo Vetere gewählt.

Signorello findet auf seinem Schreibtisch im Senatorenpalast des Kapitols fast alle jene Probleme vor, die der letzte christdemokratische Bürgermeister der Stadt im Mai 1976 hinterlassen und deren Lösung dann von den Kommunisten mit großen Worten versprochen worden war. Die „andere Partei", als die sich die KP bei ihrer „Machtübernahme" in den Rathäusern der meisten italienischen Großstädte anpries, hat in Rom keine eindrucksvolle Erfolgsbilanz hinterlassen. Der römische Verkehr ist unter ihrer Herrschaft chaotisch geblieben wie eh und je. Die öffentlichen Dienstleistungen sind weit davon entfernt, einer Weltstadt angemessen, geschweige denn perfekt zu sein. Die sozialen Randgruppen sind nicht integriert. Die Arbeitslosigkeit hat ebenso zugenommen wie die Drogensucht unter den Jugendlichen.

Der neue Bürgermeister, der aus der Katholischen Aktion hervorgegangen ist, steht also vor Aufgaben, die bisher keiner seiner Amtsvorgänger – weder aus dem christdemokratischen noch aus dem kommunistischen Lager – zu bewältigen vermochte. Er wird die ganze Dynamik brauchen, die man ihm nachsagt, und seine reiche politische Erfahrung voll einsetzen müssen, wenn er – mit Glück – wenigstens einige Schritte



Nach neun Jahren wieder ein Christdemokrat: Signorello FOTO: CAMERA PRESS

vorankommen will. Seine politische Karriere begann Signorello als Jugenddelegierter der Democrazia Cristiana. In den sechziger Jahren sammelte er als Sekretär des römischen Parteikomitees der DC seine ersten kommunalpolitischen Erfahrungen. Von 1961 bis 1965 war er Präsident der römischen Provinzialverwaltung. Dann ging er in die „große" Politik. Er wurde Nationalrat der DC und Vorstandsmitglied der Partei und leitete deren Regionenbüro. 1968 wurde er zum Senator gewählt. In zwei Regierungen war er Tourismusminister, in einer Regierung Minister für die Handelsmarine. 1983 leitete er als Präsident das interministerielle Komitee für das Heilige Jahr.

Signorellos Wahl zum Bürgermeister von Rom hat zweifellos weit über die Ewige Stadt hinaus Symbolwirkung für ganz Italien. Sie signalisiert die tiefgreifende Veränderung in der Kommunalpolitik des Landes nach den Kommunalwahlen des 12. Mai, mit denen in fast allen Großstädten des Landes die Vorherrschaft der Linken gebrochen wurde.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALEN-BLATT

Die Bielefelder Zeitung kommentiert Strauß:

Nicht alles, was in den letzten Monaten aus dem Munde von Franz Josef Strauß zu vernehmen war, ließ sich als hilfreich für die Sache der Bonner Regierungskoalition einstufen. Seine Einschätzung der Genscherschen Außenpolitik freilich ... trifft zielgenau gleich zwei wunde Punkte. Zum einen sind da die vom bundesdeutschen Außenamtschef an buchstäblich jeder Ecke neuerdings wie Sauerbier feilgebotenen Worthülsen rund um die abgewetzte Zauberformel von der „Entspannung" ... Zum zweiten: FJS mahnt zu Recht nicht zum ersten Male ein außenpolitisches Machtwort des Genscher-Duzfreundes und Kanzlers Helmut Kohl an.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung meint zur Lage im südlichen Afrika:

Gemessen an dem, was heute unter den sozialistischen Regimen Afrikas an brutaler Ausbeutung gang und gäbe ist, waren die alten, sicherlich überholten kolonialen Organisationsformen vergleichsweise menschenfreundlich.

Die Presse

Zum Moskauer Jugendfestival schreibt das Wiener Blatt:

Nichts war kennzeichnender für das Moskauer Jugendfestival als die „technischen Pannen" bei den Simultanübersetzungen. Die gab es nämlich immer dann, wenn – selten genug – einer der ausländischen Teilnehmer auch kritische Worte für die Politik der Sowjets fand ... Die offene Frage bleibt, wie sehr die 20 000 Gäste das alles durchschauen konnten. Etwa auch, daß Moskau zu den Tagen des Festivals eine hermetisch gegen die eigene Provinz abgeriegelte Stadt war, daß viele Konsumwaren nur kurzfristig in den Läden auftauchten, daß jeder Sowjetbürger, der an Menschenrechte erinnern wollte, überhaupt schon vor Jahr und Tag in Arbeitslager abtransportiert war. Mit großem Polizeiaufwand haben zweifellos schon viele Regimes oberflächliche Jubelspektakel veranstalten können.

LES ECHOS

Die Pariser Wirtschaftszeitung sieht die Verbindung von der Atombombe von Hiroshima zu SDI:

Die Welt verdankt es Hiroshima und Nagasaki, daß sie 40 Jahre lang in Frieden leben konnte. Von daher rührt auch die Schwierigkeit, die neuen Verteidigungskonzepte zu beurteilen, welche das amerikanische Projekt des „Kriegs der Sterne" mit sich bringt.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Zeitung meint zum Rücktritt von Polizeichef General Mendoza in Chile:

Mit dem Rücktritt General Mendozas verliert Präsident Pinochet einen seiner letzten Komplizen des Staatsstreichs vom 11. September 1973 ... Das einzige „historische" Mitglied der Junta ist von jetzt an Admiral Merino, dessen Dummheit sprichwörtlich ist. Er wird Pinochet nicht stören ... Pinochet ist augenscheinlich ein großes Risiko eingegangen, indem er sich von einem so wertvollen Verbündeten trennte, der ihm derartig hilfreich war und der so viele Geheimnisse kennt. Denn es scheint gewagt, das Ausscheiden Mendozas als eine mögliche Liberalisierung des Regimes oder eine plötzliche Abneigung des Präsidenten gegen politische Morde zu interpretieren; des Präsidenten, der nicht zögerte, General Prats in Buenos Aires und den ehemaligen Minister Orlando Letelier in Washington ermorden zu lassen.

Jockel Fuchs und seine Anti-Atomwaffen-Schilder

Wenn Gemeinden in Verteidigungspolitik machen / Von Eberhard Nitschke

Zehn Schilder „Der Mainzer Stadtrat fordert: Mainz atomwaffenfrei", deren Aufstellung an den Zufahrtsstraßen der Mainzer SPD-Oberbürgermeister Jockel Fuchs empfohlen hatte, haben dem Problem, ob Gemeinden sich zu „atomwaffenfreien Zonen" erklären können, eine neue Dimension gegeben.

Zwar sind die meisten dieser Schilder schon gestohlen worden (den Rest hat Fuchs im Rathaus sicherstellen lassen), aber die Mainzer Aktion wird zu einem Verfahren vor dem Verwaltungsgericht führen. Der zuständige Regierungspräsident in Neustadt, Paul Schädler (CDU), verlangte die Entfernung der Schilder, weil die Stadt ihre Kompetenzen überschritten habe. Fuchs besteht auf dem „Recht der Selbstverwaltung".

Beim Deutschen Städtetag in Köln schätzt man, daß etwa hundert Gemeinden bisher an ähnlichen Kampagnen beteiligt waren. Es geht unter anderem um Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes: „Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln."

Dieser Satz wurde 1958 im sogenannten Volksbefragungs-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes erörtert. Damals wurde darüber entschieden, ob Gemeinden Volksbefragungen abhalten dürfen über „ja" oder „nein" zur Atombewaffnung der Bundeswehr. Die eigentliche Interpretation, so informierte der Deutsche Städtetag seine Mitglieder 1983, breche mit der Bemerkung ab, daß „die Abgrenzung im einzelnen hier offen bleiben könne" – nämlich die, wo die Grenze zu den „allgemeinen überörtlichen Fragen", mit denen „für oder gegen eine Politik Stellung genommen werde", nun eigentlich verläuft.

Nachdem als eine der ersten Städte Kassel am 30. August 1982 in der SPD-beherrschten Stadtverordnetenversammlung den Beschluß faßte, die Gemeinde für „atomwaffenfrei" zu erklären, setzte sich zunächst die Ansicht durch, aufgrund des Volksbefragungsurteils seien solche Aktionen rechtswidrig. Dies hat der Deutsche Städtetag verneint. Im Falle einer konkreten Absicht einer Einrichtung militärischer Anlagen wäre die Gemeinde ohne weiteres zu einer Beschlußfassung befugt, nicht aber, wenn man sich gegen solche Einrichtungen „schlechthin" wende. Der Zustand, der inzwischen eingetreten ist, wurde in der Zeitschrift „Der Städtetag" im Hinblick auf Rathaus-Beschlüsse zur „Atomwaffenfreiheit" mit dem Satz gekennzeichnet: „Sie sind gerade in jenem vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich offengelassenen Zwischenbereich zwischen den Eckdaten evidenter Rechtswidrigkeit anzusiedeln."

Nach einem jüngsten Urteil des Oberverwaltungsgerichts Trier, das in zwei Musterprozessen (Aktenzeichen 7 A 42/84; 7 A 99/84) über „atomwaffenfreie Zonen" (Trier und Montabaur) entschied, muß sich ein Kommunalparlament zumindest in einer Geschäftsordnungsdebatte mit der Zulässigkeit eines solchen Antrags befassen dürfen. Es geht also nicht an, daß ihn der Bürgermeister unter Hinweis auf die Grenzen der gemeindlichen Kompetenzen ablehnt. Der korrekte Weg sei dann folgender: Vor Aufruf der Beschlußvorlage im Gemeinderat muß der Bürgermeister in einer Geschäftsordnungsdebatte klären, ob die Gemeinde zuständig ist. Ist das nicht der Fall, muß er, ohne „Vorprüfungsrecht", den Beschluß aussetzen und beanstanden.

Die SPD-Innenminister der Flächenstaaten freilich sind als Kommunalaufsichtsbehörden regelmäßig der These von der Statthaftigkeit kommunaler Einmischung in verteidigungspolitische Angelegenheiten entgegengetreten. Der hessische Innenminister erklärte vor dem Landtag: „Für Verteidigungspolitik ist Gott sei Dank die Gemeinde nicht zuständig." Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen beanstandete den Ratsbeschluß der Stadt Marl, die sich zur „atomwaffenfreien Zone" erklärt hatte, und stellte fest, über Einführung oder Nichteinführung von Waffen zu befinden, sei innerhalb des staatlichen Aufbaus allein Sache des für Verteidigung zuständigen Bundes.

Erfolgreich kann eine Gemeinde immer dann im Bereich Verteidigung opponieren, wenn sie nach dem „Gesetz über die Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung" vom 23. Februar 1957 nicht nur ein Anhörungsrecht hat, sondern auch ausdrücklich zur Stellungnahme aufgefordert wird. Der „Bezug zum örtlichen Wirkungskreis", den die Juristen bei Klagen auf diesem Felde sehen wollen, ist dann ganz sicher gegeben.

Im übrigen aber, so Michael Borchmann in der Zeitschrift „Der Städtetag", werde heute „mit allerlei Formulierungstricks" den Anträgen ein künstlicher Bezug zu kommunalpolitischen Themen gegeben, um den „Formaljuristen" den Wind aus den Segeln zu nehmen. Man habe es heute, nach einem Begriff aus der Computersprache, schon mit „Beschlußvorlagen einer zweiten oder dritten Generation zu tun".



Die eigenen Kompositionen mußte er auf den Müll werfen

In der Sowjetunion gegen den Strom zu schwimmen macht das Leben dort nicht einfacher. Ein deutschstämmiger junger Musiker hat es dennoch versucht. Inzwischen lebt er, verheiratet mit einer Deutschen, in der Bundesrepublik und appelliert an Moskau, seine Angehörigen ausreisen zu lassen.

Von JOACHIM NEANDER

Viktor Flach ist Deutscher, 28 Jahre alt, wohnt in dem pfälzischen Dorf Lemberg bei Pirmasens. Die Eltern lebten in der Wolga-Repulik. Dann kam der Kriegsausbruch 1941, Verschleppung aller Deutschen. Beide Großväter kamen in der berüchtigten „Arbeitsarmee" ums Leben. Die Mutter landete in Nowosibirsk.

Der junge Viktor wächst dort in Nowosibirsk mit dem Gefühl heran, ein Vertriebener im eigenen Land zu sein. Er kommt auf eine Schule für besonders Begabte auf dem Feld der Musik. Aber den Komsomolzen, dem offiziellen Jugendverband, tritt er nicht bei. Sie drängen ihn. Alle seine Altersgenossen sind dabei. „Nein", wehrt er sich hinterlistig. „Ihr seid doch eine Elite, dafür bin ich viel zu schlecht..." Schließlich läßt man ihn in Ruhe. Zum erstenmal merkt er: Mit Trotz, Schläue und starkem Willen erreicht man auch in der Diktatur mehr, als viele glauben.

Er kommt als Musikstudent (Hauptfach Komposition) aufs Konservatorium Nowosibirsk. Da gibt es seit Jahren einen ständigen Wettbewerb im Schreiben politischer Kampflieder. Themen wie Chile oder BRD-Friedensbewegung. Die strammsten werden prämiert. Teilnahme ist Pflicht.

Aber Viktor will nicht. Die Lehrer mahnen, bitten: „Das schaffst du doch mit der linken Hand." Er bleibt hart: „Was hab' ich mit Chile zu schaffen?" Auch zur alljährlichen Demonstration am 1. Mai geht er nicht mit. Zuerst will die ganze Konservatoriumsklasse fernbleiben. Die Hochschulleitung droht mit Strafen. Die anderen geben nach, Viktor nicht. Und wieder passiert ihm nichts, jedenfalls nicht direkt.

Die Mutter, die Schwester, die Freunde warnen ihn: „Was nützt es? Wird dadurch etwas besser? Am Schluß mußt du doch nachgeben, wenn nicht alles noch schlimmer werden soll." Seine jung geschlossene Ehe wird geschieden. Als er feststellt, daß er von der Liste der drei besten, für einen dreimonatigen Austausch mit Leningrad vorgesehenen Studenten klammheimlich wieder gestrichen worden ist, wird er zum erstenmal weich. Nein, er gibt nicht etwa nach, er geht aus eigenem Entschluß von der Hochschule.

Ein Leben als freiberuflicher Musiker in der von oben bis unten durchgeplant scheinenden Sowjetunion, ein unsicheres, mitunter gefährliches, aber eben doch auch schönes, weil freies Leben beginnt für ihn. Er wird von einer Möbelfabrik als „Schlosser" eingestellt (das hat er nie gelernt), nur, um in der Firmen-Band Musik zu machen. Schattenwirtschaft im Kommunismus. Nebenbei musiziert er in einem Offiziersklub.

Zeitweilig macht er auch Musik in einem Zirkus in Sotschi am Schwarzen Meer. Dort lernt er Mitte August 1980 eine junge deutsche Auslandskorrespondentin aus Würzburg kennen, die dort Urlaub mit einem Sprachkurs verbindet. Und nun beginnt eine neue Phase: Ein einzelner versucht, einer Weltmacht sein Menschenrecht abzutrotzen.

Viktor und Annerose stellen fest, daß sie einander lieben und zusammenbleiben wollen. Noch am letzten Tag von Anneroses Urlaub wird Viktor von der Miliz festgenommen. Drohungen: Kontakt zu Ausländern sei verboten. Gute Ratschläge: Mensch, Genosse, nimm doch eine russische Frau, es gibt doch genug.

Erste Trennung. Aber Annerose, ein mutiges, selbstbewußtes Mädchen, kommt wieder. Treffen in Sotschi, in Moskau, in Eriwan, später auch in Nowosibirsk. Ein zermürbender, demütigender Hindernislauf beginnt. Ein westdeutsches Mädchen heiraten und ausreisen? Die Chefin des Owir (Paßamt) schüttelt fassungslos den Kopf: verrückter Wunsch. Viktor fragt: „Warum verrückt?" Die Fassungslosigkeit wird noch größer. „Daß einer ‚warum?' fragt, ist nicht vorgesehen", erzählt der junge Mann heute. „Die Behörden sind es drüben nur gewohnt, mit eingeschüchterten Menschen umzugehen. Bei der älteren Generation ist dies Eingeschüchtertsein sogar verständlich. Die haben Stalin erlebt."

Die Bürokraten haben das Wort. Richtige Anträge sind plötzlich falsche Anträge. Endlich der Bescheid: Heirat ja, aber nur in Nowosibirsk.



Viktor Flach FOTO: HARTUNG

Die beiden sind zu allem bereit, sogar Blumen am Lenin-Denkmal niederzulegen. Aber immer neue Fragen: Wollen Sie wirklich in dieser ernsten internationalen Spannungslage in die Bundesrepublik? Was ist, wenn Sie im Krieg gegen Ihre Heimat marschieren müssen? Wissen Sie überhaupt, wie schlimm das da ist?

Zum Schluß noch Schikanen. Als der Oberst vom Offiziersklub erfährt, daß „sein" Musiker einen Ausreiseantrag gestellt hat, kriegt er einen Zornesanfall. So einer ist eine Schande für den ganzen Klub, der Beweis, daß hier die politische Richtung nicht stimmt. Jahrelang war man mit Viktor zufrieden, jetzt soll er nach Paragraph 33 des Arbeitsgesetzes schnell noch gefeuert werden: Unpünktlichkeit bei der Arbeit, Trunkenheit, Faulheit. Nichts davon stimmt.

Endlich, im Januar 1982, ist alles klar: Die Hochzeit, der Abschied von den Angehörigen und Freunden. Am Zoll in Moskau, vor dem Abflug nach Frankfurt, kommt dann noch die Szene, die sich Viktor Flach und seiner jungen Frau bis heute tief eingegraben hat: „Da habe ich gemerkt, daß die Sowjetunion nie meine Heimat gewesen ist."

Der sowjetische Zöllner entdeckt in einem der Koffer von Viktor Noten, teils fremder, teils eigener Kompositionen: „Die dürfen Sie nicht mitnehmen, verbotene Ausfuhr sowjetischen Kulturguts." Viktor darauf: „Gut, dann schenke ich sie Ihnen." Der Zöllner: „Das ist verboten – das wäre Bestechung." Viktor verzweifelt: „Aber was soll ich denn damit tun?" Der Zöllner: „Sehen Sie den Mülleimer drüben? Da können Sie es hineinwerfen."

Da geht also der Musiker hin und wirft seine eigenen Werke in den Müll, auf Befehl des Staates. Eine Erinnerung für den Rest seines Lebens.

Viktor Flach lebt jetzt mit seiner Frau bei Pirmasens. Er hat Arbeit als Musiklehrer an zwei Musikschulen, nebenbei studiert er weiter Komposition an der Hochschule in Mannheim. Der Anfang war nicht leicht. Aber Viktors Devise „Wenn man wirklich will, schafft man mehr, als man glaubt" bewährt sich auch hier. Er hätte auch Straßen gefegt, sagt er. Und die Betreuung der Spätaussiedler in Lagern, ihre Isolation von der Wirklichkeit des Lebens hier, sei ein Fehler. Man verliere da die Fähigkeit zur Freiheit.

Die beiden jungen Eheleute bauen jetzt ein Haus. Viktor Flach hat seinen sowjetischen Paß abgegeben und ist deutscher Staatsbürger. Als solcher hat er auch schon einmal seine Mutter in Nowosibirsk besucht. Aber beim zweitenmal wurde ihm die Einreise verweigert. Und auch die fünf Ausreiseanträge der herzkranken Mutter und der Schwester sind stur abgelehnt worden. Telefonieren dauert, da die Mutter kein eigenes Telefon hat, Stunden. Die Mutter scheint völlig entmutigt: „Ich hab' dir gesagt, es wird alles nur schlimmer, wenn man sich auflehnt..."

Viktor Flach glaubt auch den Grund zu kennen. Bei seinem Besuch in Nowosibirsk waren zwei Herren im schwarzen Wolga vorgefahren. Sehr freundliche Herren. Wie es ihm denn gehe und ob er nicht ein bißchen Heimweh habe manchmal. Und schließlich sei es nie zu spät, etwas für die Heimat zu tun.

Viktor tat, als verstehe er nicht. Aber er hatte sehr wohl verstanden. Er ging zur deutschen Botschaft und offenbarte sich, wie viele andere in der gleichen Situation.

Nun ist eine Familie zerrissen. Noch gibt Viktor Flach nicht auf. Er wird versuchen, den sechsten und siebten Ausreiseantrag für seine Mutter zu stellen, wenn es nötig ist. In einem offenen Brief an den sowjetischen Parteichef Gorbatschow macht er dies deutlich:

Offener Brief an Parteichef Michail Gorbatschow

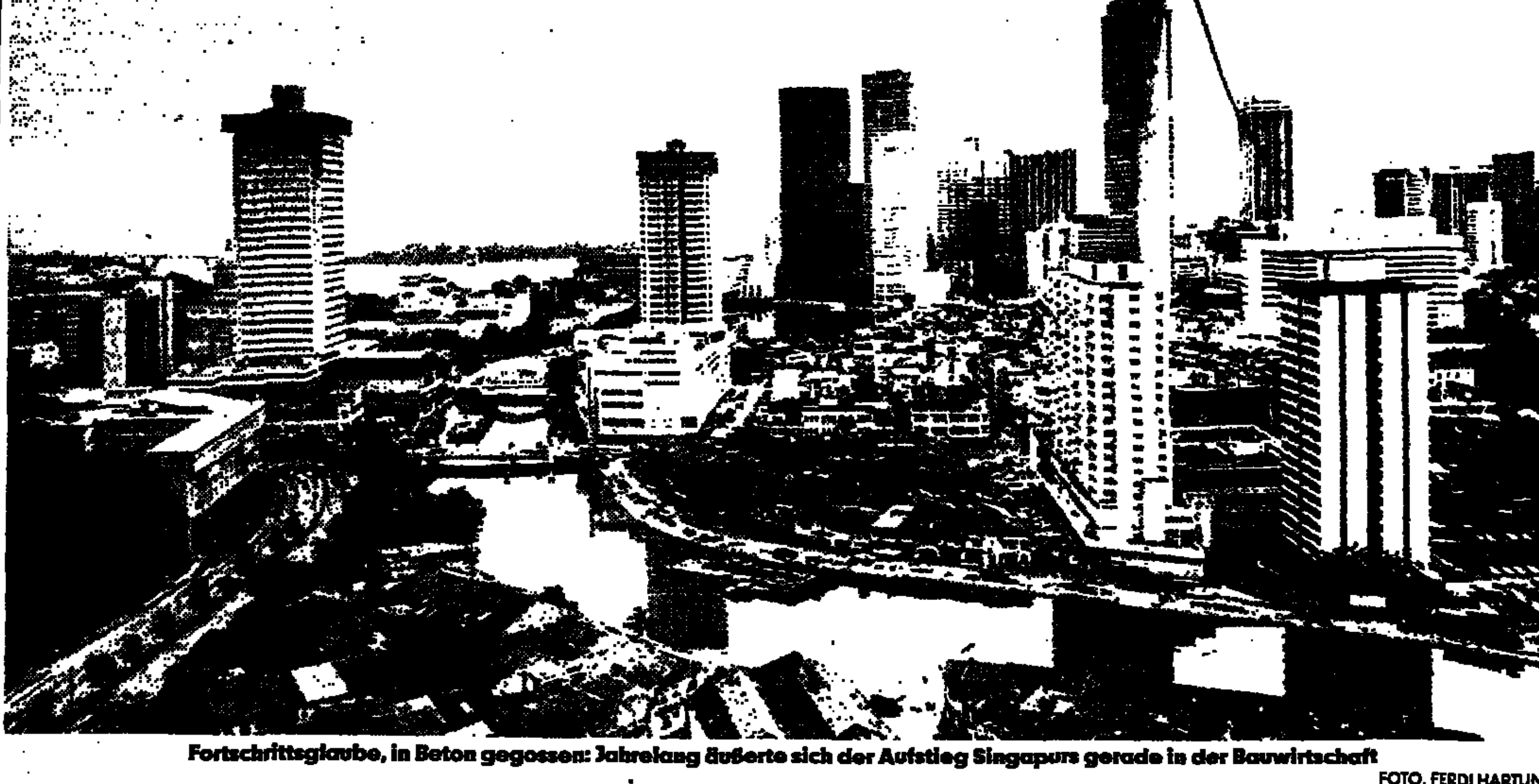
Sehr geehrter Herr Gorbatschow,

24 Jahre lang war ich Bürger der Sowjetunion. Seit drei Jahren bin ich, auf legalem Wege ausgereist, Bürger der Bundesrepublik Deutschland. Fünfmal haben meine herzkranke Mutter und meine Schwester in Nowosibirsk bei den Behörden vergeblich beantragt, zu mir übersiedeln zu dürfen.

Die Sowjetunion hat die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet. Aber solange sie dies nicht wirklich einlöst, wird sie auch bei den Abrüstungsverhandlungen im Westen auf Mißtrauen stoßen. Dieses Mißtrauen hat sie sich durch die Verweigerung elementarer Menschenrechte selbst herangezüchtet. Ich bitte Sie, meinen Angehörigen endlich die Ausreise in die Bundesrepublik zu gewähren.

Hochachtungsvoll

Viktor Flach



Fortschrittsglaube, in Beton gegossen: Jahrelang äußerte sich der Aufstieg Singapurs gerade in der Bauwirtschaft FOTO. FERDI HARTUNG

Flaute im stürmischen Singapur

Seit beinahe zwanzig Jahren steht Singapur für Wirtschaftsboom. In diesem Jahr macht der südostasiatische Stadtstaat nun bittere neue Erfahrungen. Doch die deutschen Geschäftsleute, ermuntert von Wirtschaftsminister Bangemann, bleiben gelassen.

Von HANS-J. MAHNKE

In Singapur wird das Hohelied vom Jahr 2000 gesungen. „Wie die Wirtschaft dann aussehen soll", meint ein deutscher Geschäftsmann, „das glauben die Offiziellen hier genau zu wissen. Nur: Wie sie mit den Schwierigkeiten der nächsten drei bis vier Jahre fertig werden sollen, das wissen sie nicht."

Singapur mit seinen 2,5 Millionen Einwohnern hat es erstmals erwischt. Null-Wachstum im zweiten Quartal. Dies ist mehr als eine Rezession, manche sprechen von einer Krise, die hoffentlich bereinigend wirke. Der Schock des schlechtesten Wirtschaftsergebnisses seit zwanzig Jahren, in denen man sich an zweistellige Zuwachsraten gewöhnt hatte, sitzt tief.

Dies hat selbst die Delegation zu spüren bekommen, mit der jetzt Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann die Region besucht. Das Prinzip „Look East", die Orientierung an dem, was in Japan und in den USA geschieht, steht zwar nach wie vor hoch im Kurs. Aber die Europäer gelten nicht länger als abgeschlafft und abgewirtschaftet. Man sucht wieder Kontakt.

Der Stadt merkt man die Flaute auf den ersten Blick nicht an. Überall werden Bauten aus dem Boden gestampft: Bürogebäude, Hotel-Komplexe, breite Straßen. Die Einkaufszentren, wo früher sich die Besucher häufig günstiger als in Hongkong eindeckten, gibt es zwar auch noch, aber sie sind nicht mehr en vogue. Es gibt einfach neue, modernere, und zwar in einer solchen Fülle wie kaum in einer anderen Stadt.

Unaufhaltsame Prosperität, so scheint es – wären da nicht die Schilder an den Häusern „zu verkaufen" oder „zu vermieten". Der Bauboom der letzten Jahre hat seine eigene Krise erzeugt. Die Mieten fallen. Eine Deutsche, die gerade Singapur verlassen will, mußte bisher für ihre Wohnung 8000 Mark im Monat bezahlen, ihr Nachfolger bekommt sie für 5000 Mark. Die Hotels sind nicht ausgelastet. Auch hier kann über die Preise verhandelt werden. Büroflächen sind von heute auf morgen zu haben. Es gibt selbst die ersten großen Bauruinen, weil die Träger Pleite gemacht haben. Allerdings wird dies noch dadurch überdeckt, daß an anderen Stellen weitergebaut wird: an dem größten Hochhaus außerhalb der USA, an der U-Bahn, an Straßen.

Trotzdem: Chua Soon Tian, der in der Entwicklungsbehörde EIB für Industrieansiedlung zuständig ist, nennt die Flaute in dieser Branche an erster Stelle, wenn er über die Schwierigkeiten Singapurs spricht. Immerhin trägt die Bauwirtschaft fast mit einem Drittel zum Bruttosozialprodukt bei. Und die Baugenehmigungen sinken weiter. Verkalkuliert haben sich nicht nur private Firmen, sondern auch der Staat, der über seine Gesellschaften in den letzten Jahren versucht hat, kräftig mitzuverdienen. Um die Folgen der Krise zu mindern, hat er nun die Grundsteuer gesenkt. Zusätzliche Mittel für den Straßenbau werden bereitgestellt. Politisch gemildert wird das Problem dadurch, daß viele Gastarbeiter mit Zeitverträgen beschäftigt waren und jetzt einfach nach Hause geschickt werden.

Problembereiche: Hafen, Computer und Raffinerien

Gelitten hat Singapur auch unter den zyklischen Schwankungen, wie es Chua Soon Tian ausdrückt. Die Raffinerien, für die weltweit die Stadt einmal der drittgrößte Standort war, sind nicht mehr beschäftigt. Die umliegenden Produzentenländer bauen zudem eigene Kapazitäten auf. Der Hafen wurde wegen der Flaute in der Weltschiffahrt weniger angefahren.

Außerdem: Wenn Silicon Valley die Grippe hat, bekommt Singapur eine Lungenentzündung. Soll heißen: Wenn das Geschäft mit und um den Computer in den USA nicht läuft, dann nehmen die amerikanischen Gesellschaften dort Entlassungen vor, wo es den wenigsten Ärger gibt. Und das ist nun eben Singapur, erläutert ein Sachkenner. In diesen Tagen hat General Electric noch einmal 1300 Leute, mehr als zehn Prozent seiner Beschäftigten, entlassen, in diesem Jahr bereits rund 2000.

Allerdings läßt F. W. Aldag, der Nixdorf-Chef in Singapur, das Wort von der Computer-Krise nicht gelten. Zwar gibt es Probleme weltweit bei Personalcomputern, weil die Zeit für das Massengeschäft einfach noch nicht reif sei. Aber 1990 sehe es, meint er, anders aus. Und wer langfristig in diesem südostasiatischen Markt bleiben will, der muß sich engagieren. Nixdorf baut gegenwärtig seine drittgrößte Fertigungsstätte nach Berlin und Paderborn in Singapur auf.

Aldag, der auch der Gruppe der deutschen Geschäftsleute in Singapur vorsitzt und mehreren staatlichen Gremien angehört, relativiert das gegenwärtige Problem. 1960, so sagt er, habe das Bruttosozialprodukt zwei Milliarden Singapur-Dollar betragen, 1970 seien es fünf gewesen und 1983 bereits 34,5 Milliarden. Das habe nicht so weitergehen können.

Verrechnet haben sich die Verantwortlichen. Man wollte bewußt weg vom Alten, hin zur High-Tech, wie jetzt das Schlagwort heißt. Der Umschwung setzte 1979 ein. Die Lohnsteigerungen wurden bewußt forciert. „Wenn Sie fünf Jahre lang im Durchschnitt die Löhne um zehn Prozent steigern, die Produktivität aber nur um vier Prozent zunimmt, dann werden Sie einfach zu teuer", analysiert ein deutscher Autoverkäufer die gegenwärtigen Probleme. Da hilft auch die Rechnung wenig, die Aldag aufmacht, wonach der Stundenlohn in Singapur nur ein Drittel von dem beträgt, was in der Bundesrepublik gezahlt wird, und das bei 215 Stunden, die im Monat gearbeitet werden, verglichen mit 158 Stunden bei uns. Immerhin liegen die Arbeitskosten in Singapur nur bei einem Viertel der deutschen. Aber: Die umliegenden Länder sind noch günstiger, so daß die Betriebe abgewandert sind.

Brigadegeneral Lee Hsien Loong, der Sohn von Premierminister Lee Kuan Yew, der mit seinen 33 Jahren dem Kabinett und einem Ausschuß angehört, der über den weiteren wirtschaftlichen Weg des Stadtstaates nachdenken soll, vergleicht Singapur mit einem Trapezkünstler, der die eine Stange, an der er bisher Schwung geholt hatte, losgelassen hat und jetzt auf die neue zufliegt. Für den Sohn des Premiers, der als Nachfolger aufgebaut wird, gibt es kein Zurück für Singapur.

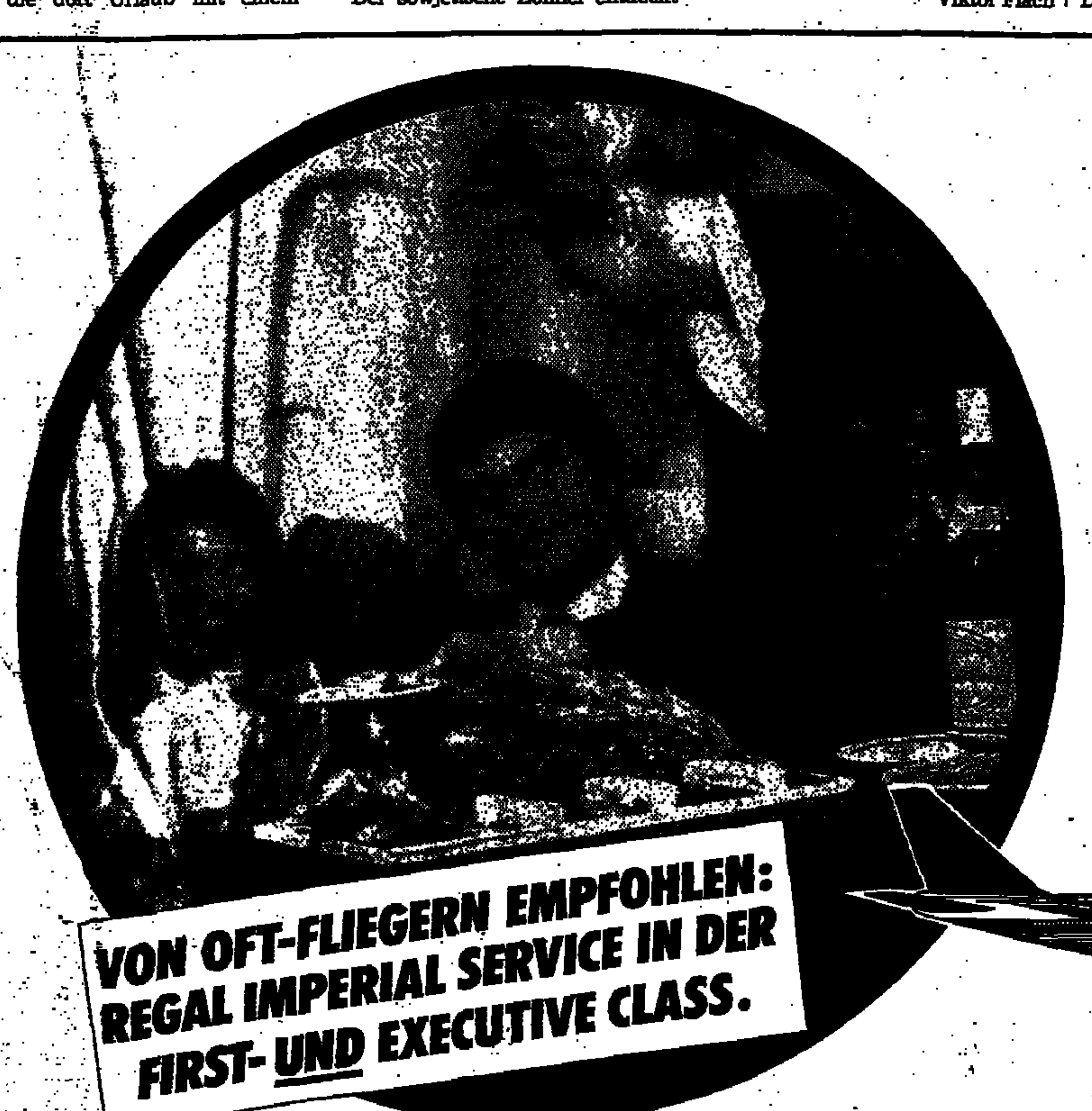
Aber wohin geht die Reise? Sicher, die Verzahnung zwischen Regierung und Gewerkschaft ist so stark (der zweite stellvertretende Ministerpräsident Ong Teng Cheong ist gleichzeitig Generalsekretär des Nationalen Gewerkschaftsbundes NTUC), daß jetzt selbst die Arbeitnehmer-Organisation für ein Einfrieren der Löhne trommelt. Die Flexibilität und der nationale Konsens sind gewaltig. Kurzfristig hilft dies etwas. Nur: Zurückdrehen läßt sich die überstürzte Entwicklung auch nicht.

Hohes Bildungsniveau der Bevölkerung

In der Entwicklungsbehörde wird auf Qualität, auf neue Produkte, auf Dienstleistung, auf Ausbau des Banken- und Kommunikationsnetzes gesetzt, wobei alle diese Hoffnungen auf dem hohen Ausbildungsstand der Bevölkerung basieren. Oft ist auch von der Drehscheibe für die umliegenden Länder die Rede. Allerdings: Viel kann Singapur von den Asean-Ländern nicht erwarten.

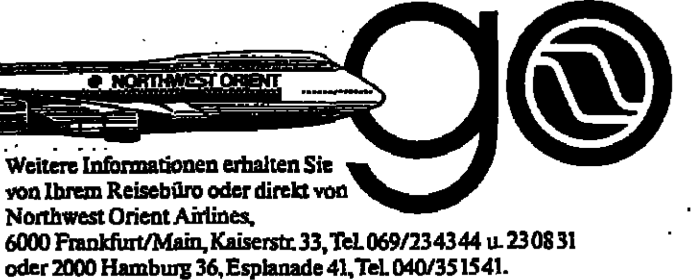
Mit ihrem Konzept muß sich die Stadt am Weltmarkt orientieren. Daher stimmten der Premierminister und Martin Bangemann über die Notwendigkeit einer neuen weltweiten Liberalisierungsrunde so rasch überein.

Aber reicht dazu die Kraft? Nachgeschoben wird bei der Argumentation dann immer wieder die Verlokkung des China-Geschäfts. Dabei wird jedoch verschwiegen, daß gegenwärtig Produktionsstätten eher in die Volksrepublik abwandern, als daß vermehrt Güter in Singapur für das Riesenreich der Mitte hergestellt werden. Aber irgendwo im modernen Bereich liegt die Zukunft der Stadt, bei Dienstleistungen, bei Planungsarbeiten, wohl weniger in der Produktion. Die Krise dürfe die Führung nicht bange machen, mahnt der deutsche Wirtschaftsminister. Weinerliche Stimmung kommt bisher nicht auf, auch wenn die überzeugenden Perspektiven fehlen. „Es wird schon werden." Diese Einschätzung dominiert auch unter den deutschen Geschäftsleuten.



Luxus: Für Leute, die sich auskennen.

Unter Business Class-Reisenden hat es sich herumgesprochen: Der einzigartige Regal Imperial Service von Northwest Orient Airlines bedeutet zusätzlichen Komfort und Luxus: ● Edles „Royal Doulton"-Porzellan. ● Erlesene Menüs (3 Hauptgänge stehen zur Auswahl). ● Kalifornische, deutsche und französische Weine. ● Interessante Cocktails. ● Elektronische Kopfhörer für Bord-Kino und Stereo-Musik. ● Reise-Necessaires. Die Executive Class bietet Ihnen außerdem: ● Komfortablen 747 Jumbo Jet-Service. ● 16 neue, bequeme Sessel im Oberdeck (eine rechtzeitige Vorausbuchung ist notwendig!). ● Freie Sitzplatzauswahl im voraus. ● Separate Abfertigungsschalter. ● Bevorzugte, schnelle Gepäckauslieferung bei der Ankunft.



Weitere Informationen erhalten Sie von Ihrem Reisebüro oder direkt von Northwest Orient Airlines, 6000 Frankfurt/Main, Kaiserstr. 33, Tel. 069/234344 u. 230831 oder 2000 Hamburg 36, Esplanade 41, Tel. 040/351541.

NORTHWEST ORIENT

Nach... Anchorage • Atlanta • Billings • Bismarck • Boston • Bozeman • Chicago Cleveland • Dallas • Denver • Detroit • Edmonton • Fargo • Ft. Lauderdale • Ft. Myers Ft. Worth • Grand Forks • Grand Rapids • Great Falls • Helena • Hollywood Honolulu • Kansas City • Las Vegas • Los Angeles • Madison • Miami • Milwaukee Minneapolis • Missoula • New York • Newark • Omaha • Orlando • Philadelphia Phoenix • Portland • Rochester • St. Louis • St. Paul • St. Petersburg • San Diego San Francisco • Seattle • Spokane • Tacoma • Tampa • Tucson • Washington D.C. West Palm Beach • Winnipeg ... und Fernost

Schmude: Kirche kann nicht apolitisch sein

epd, Stuttgart

Der Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Jürgen Schmude, hat sich dafür ausgesprochen, daß die Kirche politische Verantwortung übernimmt. Die Kirche könne nicht apolitisch und dürfe kein „bequemer Schweiger" sein, sagte Schmude in einem Interview der „Evangelischen Kommentare". Schweigen, wo Reden unerläßlich sei, hieße „falsche Politik" machen. Schmude präzisierte seine umstrittene Äußerung zum Wiedervereinigungsgebot in der Präambel des Grundgesetzes: Es sei die Aufgabe der Kirche, die Gemeinsamkeiten der Christen in der „DDR" und der Bundesrepublik zu pflegen und zu erweitern. Doch dürfe nicht an der Vorstellung festgehalten werden, daß allein die Wiedervereinigung die „wirkliche Lösung" bieten könne.

Der SPD-Politiker, der Ende Mai für sechs Jahre zum Vorsitzenden der EKD-Synode gewählt wurde, sieht keine Grenzen des kirchlichen Verkündigungsauftrages. Die Kirche müsse in jedem Einzelfall entscheiden, ob sie helfen könne, eine besondere Not zu überwinden. Kirchliche Amtsträger seien bei politischer Meinungsäußerung zu besonderer Abwägung ihrer Worte verpflichtet. Entschieden wies Schmude jegliche Einflußnahme der Politik auf politische Äußerungen der Kirche zurück: Die Politik habe keine Freiheit zu diktieren, was sie hören möge, und sich zu verbitten, was sie nicht hören wolle.

Schmude hält es für konsequent, daß sich die Kirche auch im staatlichen Bereich um Hilfe für Hilfsbedürftige bemühe. Kein Christ sei aber zu politischem Engagement verpflichtet: In der Südafrika- und Lateinamerika-Politik sei es eine kirchliche Aufgabe, „für den Kampf gegen Ungerechtigkeit und für den Beitrag, den wir dazu leisten können, zu werben". Sonst könnte die christliche Botschaft und die religiöse Haltung bei den Unterdrückten unglaubwürdig oder abstoßend wirken.

Das Verhältnis von Staat und Kirche sieht Schmude nur dann gefährdet, wenn die Kirche sich durch ihre eigene Schwäche ins Abseits dränge. Dabei warnte er vor den Konsequenzen der fortschreitenden „Kirchenaustrittsbewegung". Um die Menschen zurückzugewinnen, müsse die Kirche darauf achten, auch in den eigenen Reihen als Ganzes akzeptiert zu werden. Aufgaben der Kirche sieht der Präses auf dem „weiten Feld des gesetzlich nicht Regelbaren", auf dem eine moralische und religiöse Orientierung gegeben werden müsse.

„Staatsgewerkschaft nicht aufwerten"

F. D. Berlin

Mehrere Berliner Organisationen haben kritisiert, daß der Berliner DGB-Landesverband zu seiner Kundgebung anläßlich des Antikriegstages am 1. September auch einen Gewerkschaftsfunktionär aus der Sowjetunion als Redner eingeladen hat. Er soll zusammen mit DGB-Chef Ernst Breit und dem US-Senator Richard Clark vor der Gedächtniskirche sprechen. Der Landesverband des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands, die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Staatsbürger und der Demokratische Klub Berlin äußerten dazu, wer Funktionären einer östlichen Staatsgewerkschaft ein solches Forum biete, mache sich „einer Aufwertung dieser Zwangsorganisation" schuldig. Es sei „unerträglich, daß auf einer Friedenskundgebung ein Vertreter einer Macht sprechen soll, die seit über fünf Jahren in Afghanistan einen erbarmungslosen Vernichtungskrieg mit allen Kennzeichen des Völkermordes führt", erklärten die drei Verbände in einer gemeinsamen Stellungnahme.

Kernenergie: Weniger Forschungsförderung?

AP, Bonn

Nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sollte die Bundesregierung die Forschungsförderung im Bereich der Kernenergie nach Fertigstellung der modernen Reaktoren kürzen und die gesamte Energieforschung neu bewerten, erklärte der forschungspolitische Sprecher der Fraktion, Christian Lenzer, gestern in Bonn. Staatliche Forschungsmittel sollten nur noch für Bereiche wie den der nuklearen Sicherheit ausgegeben werden. Dies gelte auch für Nachfolgeprojekte des Schnellen Brüters, des Hochtemperaturreaktors und für die Entsorgung.

Der Übergang der Verantwortung bedürfe aber „klarer politischer Rahmenbedingungen", die eine Realisierung solcher Hochtechnologie-Projekte erlauben. Lenzer unterstrich, daß die „umweltfreundliche und kostengünstige Kernenergie" in fast allen Bereichen industriell genutzt werde und bald alleinige Aufgabe der Wirtschaft werden müsse. Die Ziele der künftigen Energiepolitik sollten an den wirtschaftlichen Realitäten und den tatsächlichen Bedürfnissen orientiert sein. Man müsse die Fehlentscheidungen der früheren SPD-Regierung etwa im Fall der Windenergie schonungslos offenlegen.

Die Kabinettstücke von Bangemann

GÜNTHER BADING, Bonn

Profilierungssucht vermuten die Gegner des FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann in seinen zahlreichen Vorschlägen zur Neuordnung der Sozial- und Steuerpolitik. Von einem Vorausdenken über die nächste Bundestagswahl 1987 hinaus sprechen dagegen seine Anhänger. Bangemann habe auf ordnungspolitischem Feld zu viele „Schnellschüsse" abgegeben, monieren seine Kritiker. Den Reigen freidemokratischer Vorschläge zur Neuformung der sozial- und ordnungspolitischen Wirklichkeit im Lande allerdings hatte FDP-Generalsekretär Haussmann eröffnet. Er begann Anfang April – dem im Rückblick wohl „produktivsten" Monat liberaler Vorschläge dieser Art – mit der Diskussion um die Senkung der Tariflöhne je nach Gegebenheiten der einzelnen Unternehmen, nach regionalen Unterschieden und der jeweiligen Branche.

Ein wahrer Aufschrei aus Opposition, Gewerkschaften, aber auch beim Koalitionspartner CDU/CSU war die Folge. Die Differenzierung nach Regionen führe zur „Wiederherstellung der typischen Armenhäuser in unserem Lande", warnte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Muhr. Zwar setzte sich auch der wirtschaftspolitische Unionssprecher Matthias Wissmann damals für eine flexiblere Gestaltung der Tarifverträge ein. Allerdings sprach er von Bandbreiten, in denen die Löhne nach unterschiedlichen Gegebenheiten angepaßt werden könnten. Haussmanns Vorschlag, Arbeitsverträge ohne Tarifvertrag abzuschließen, nannte der Unionspolitiker ein „Schau-Manöver" mit dem Ziel, mittelständische Wähler für die FDP zu gewinnen.

Selbst das Echo innerhalb der FDP war geteilt. Hausssmanns Vorgängerin Irmgard Adam-Schwaetzer sagte, es gehe nur um die „schwer um ihre Existenz ringenden kleineren Betriebe", wogegen kurz darauf Parteichef Bangemann antwortete: „Ich finde es völlig richtig, daß Haussmann diesen Stein ins Wasser geworfen hat."

Danach kamen beinahe täglich neue Vorschläge Bangemanns:

- In der zweiten Aprilwoche sprach er sich für die Erhöhung der Selbstbeteiligung an den Behandlungskosten aus, als „ersten Schritt zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen.
- In einem am 14. April veröffentlichten Interview mit „Welt am Sonntag" kündigte er die nächste Steuerreform für die Zeit nach der Bundestagswahl 1987 an.
- Wenige Tage später weitete Bangemann das „Störpotential" aus und verlangte eine „Grundrente" für jedermann.

Jetzt griff Bundeskanzler Helmut Kohl in die Debatte um die Vorschläge aus der FDP ein, da sie geeignet schienen, die gesamte Koalition zur Angriffsfläche für die Opposition, aber auch Kritiker aus den eigenen Reihen, zu machen. Vor dem CDU-Präsidium schrieb der Kanzler seinem Wirtschaftsminister ins Stammbuch, daß die Einführung einer sogenannten Grundrente im Widerspruch zu seiner Regierungserklärung vom März 1983 stehe.

DIE ● ANALYSE

Dennoch folgte das FDP-Präsidium – immer noch Mitte April – den Ideen Haussmanns und Bangemanns weitgehend. Die Spitzenliberalen stellten sich hinter alle drei Vorschläge – Flexibilisierung des Tariflohnsystemsn, stärkere Selbstbeteiligung an den Krankenkosten und Strukturreform des Steuersystems. Erst viel später, kurz vor der Steuerklausur der FDP am 22. Juli, zog Bundesfinanzminister Stoltenberg hier gleichsam eine Notbremse. Er machte klar, daß der Grundgedanke einer Struktur- und Tarifreform bei den Steuern keine Erfindung der Liberalen sei, beharrte auf den vereinbarten zwei Schritten bei der Steuersenkung 1986 und nannte für die nächste Reform ebenfalls zwei Schritte sowie als Volumen 35 bis 40 Milliarden Mark.

Franz Josef Strauß, der sein Augenmerk zunächst auf die Äußerungen von Bundesaußenminister Genscher über eine „neue Phase der Entspannungspolitik" gerichtet hatte, nahm am 21. April zu der Vorschlagsflut aus der FDP Stellung. Haussmanns Unter-Tarif-Vertragsmodell nannte er „demagogisch", die Bangemannsche Einheitsrente „völlig unverständlich". Es zeige sich, so Strauß, daß bei der FDP der „ordnungspolitische Instinkt noch unterentwickelt" sei.

Die erste Maiwoche stand dann ganz im Zeichen der freidemokratischen Forderungen nach einer einstufigen Steuerreform – trotz der Festlegung der Koalition auf zwei Schritte. Ein Sprecher des Finanzministers hielt denn auch mit Kritik nicht zurück und verwies darauf, daß dieser Profilierungsversuch just einige Tage vor der nordrhein-westfälischen Landtagswahl komme.

Im Juni widmeten sich die Liberalen dann dem Streit um das Erziehungsgeld. Sie wollten eine „Beschäftigungsgarantie" nicht mittragen. Diesmal war es nicht der Kanzler sondern Familienminister Heiner Geißler, der die FDP zur Räson rief. Er hielt ihr vor, trotz Einigung der Koalitionsspitzen „zusätzliche Bedenken nachgeschoben" zu haben. Das FDP-Präsidium nahm den Kompromiß „mit Empörung" zur Kenntnis. Nur die „große Sympathie" für den Vorsitzenden Bangemann habe einen Eklat verhindert, streuten die Liberalen aus – und erhoben keinen Widerspruch, als das Bundeskabinett den Entwurf verabschiedete.

Bisher letztes Kabinettstückchen – sieht man von Bangemanns unrealistischem Ausrutscher mit der Besteuerung der Sozialleistungen für alle ab – war der Streit um die Verwendung der Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit. Bangemann: Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Arbeitsminister Blüm: Verlängerung der Zahlung von Arbeitslosengeld, um das Versicherungsprinzip zu erhalten. Pikant bei der Angelegenheit: Die Querelen wurden in den gemeinsamen Arbeitsgruppen mit dem DGB, die das Spitzengespräch im Kanzleramt vom 23. Juli vorbereiteten, ausgetragen. Und da ergab sich dann die eigenwillige Konstellation, daß DGB und der christdemokratische Sozialminister auf der einen und der freidemokratische Wirtschaftsminister am anderen Ende des Stranges zogen.

Örtliche Sender keine Konkurrenz zum Kabel

Schwarz-Schilling hält an seinem bisherigen Konzept fest

PETER JENTSCH, Bonn

Die Bundespost läßt zur Zeit prüfen, ob lokale Fernsehprogramme in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern nicht nur über Kabel, sondern zusätzlich auch über örtliche Sender mit geringer Reichweite übertragen werden können. Damit werde unter anderem das Ziel verfolgt, so erklärte gestern das Bundespostministerium, lokalen Fernsehprogramm-Anbietern eine höhere Zahl von Kunden zu verschaffen als dies allein über die Verkabelung möglich wäre.

Nachdrücklich wies das Ministerium Berichte zurück, Postminister Christian Schwarz-Schilling ändere mit diesem Schritt sein Verkabelungskonzept. Das Ministerium betonte zugleich, daß die Prüfung, ob in den Bereichen der Oberpostdirektionen Frequenzen für diesen Zweck zur Verfügung stehen, auf Wunsch einiger Bundesländer erfolgt sei, die verstärkt Interesse an Sendestationen für lokale Programme geäußert hätten.

Freilich betrachtet das Postministerium die Wahrscheinlichkeit, zusätzliche Frequenzen für die Übertragung lokaler Fernsehprogramme zu finden, „nach dem derzeitigen Stand der Prüfung als eher gering". Man habe schon vor längerer Zeit versucht, Frequenzen für Stationen mit geringer Sendeleistung (low power stations) zu finden. Das sei aber in der Bundesrepublik sehr schwierig.

Nach Darstellung des Ministeriums werde durch mögliche lokale Sendestationen keine Konkurrenz zur laufenden Verkabelung geschaffen. Denn Kabelfernsehnetze ermöglichten im Vergleich zu drahtlosen lokalen Sendern eine Vielfalt von Angeboten, insbesondere von Satellitenprogrammen. Dagegen könne drahtlos jeweils nur ein zusätzliches Programm punktweise und mit einer unter idealen Umständen maximalen Reichweite bis zu 30 Kilometern ausgestrahlt werden. Als vorteilhaft für lokale TV-Programm-Betreiber wertet das Ministerium, daß mittels drahtloser Sendung die Zahl der Empfänger wesentlich erhöht werden kann, was die Akzeptanz lokaler Programme für die Werbewirtschaft erhöhe.

In seiner Verfügung an die Oberpostdirektionen fordert Schwarz-Schilling, freie TV-Frequenzen für alle Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern und deren Umland zu suchen. Die Versorgung der Fernsehkunden solle dabei durch einen Sender, allenfalls durch mehrere Kleinstsender erfolgen. Geprüft werden soll auch, ob für diese Stadtsender die vorhandenen Senderstandorte der 2. und 3. Programmkette infrage kommen. Zugleich hat der Postminister zur Auflage gemacht, daß „der erforderliche Antennenaufwand auf der Teilnehmerseite für den Empfang dieser Progframme möglichst gering sein soll". Die Ergebnisse der Untersuchung sollen bis zur nächsten Sitzung des Postverwaltungsrates am 10. Oktober vorliegen.

„Sozialpartnerschaft gibt es nicht"

IG-Metall-Chef Steinkühler: Objektiv vorhandene Gegensätze nicht vernebeln

G. BADING, Bonn

Nur „Wortnebel" sieht der zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, in dem Begriff von der „Sozialpartnerschaft". In einem Fernseh-Interview sagte der Gewerkschafter, dieser Begriff solle den Arbeitnehmern im Grunde „den Blick verstellen auf objektiv vorhandene Interessengegensätze". Wenn es gelinge, diese Gegensätze zu vernebeln, dann fehlten die Voraussetzungen, um die eigenen Interessen der Arbeitnehmer „formulieren und vertreten zu können." Wenn er 30 Jahre zurückschaue, so müsse er feststellen: „Sozialpartnerschaft gab es nicht; es gab nie Gleiche – und Partnerschaft ist nur unter Gleichen möglich." Steinkühler stellte klar, daß für ihn die Alternative zu Sozialpartnerschaft „nicht Klassenkampf heißen muß", sondern ehrliche und objektive Interessenvertretung. Auch auf mehrere Nachfragen wollte der Gewerkschafter das Wort vom „dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus" sich nicht zu eigen machen.

Andere Verteilungskämpfe

Franz Steinkühler griff ein Wort des Interviewers Günter Gaus auf und sagte, die Gewerschaftsführer nach dem Kriege, die an die Sozialpartnerschaft geglaubt hätten, seien „geleimt" worden. Verantwortlich seien „diejenigen, die heute wie auch damals im Besitz der ökonomischen und politischen Macht waren, die vorgaben, daß nun alles anders werden solle", die damit aber nur die Arbeitnehmer „verführt" hätten zu großen Opfern, ohne anschließend den dafür erforderlichen „Preis" zu bezahlen.

Möglicherweise hätten auf Unternehmerseite sogar beste Absichten bestanden, sie seien aber durch die „normative Kraft des Faktischen" unserer Wirtschaftsordnung beiseitegespült worden. Die Ansprüche der Arbeitnehmer hätten in den Jahren des Wiederaufbaus „aus den Zuwächsen" finanziert werden können, Besitzstände seien nicht angetastet worden, so daß eine echte Bewährungsprobe der sogenannten Sozialpartnerschaft nicht stattgefunden habe. Dies sei erst „seit acht Jahren" der Fall.

Obwohl er verneinte, daß es heute noch Klassen im alten Sinne des „oben und unten" gebe, sprach Steinkühler stets von den „anderen" oder „Gegnern", wenn von der Arbeitgeberseite die Rede war. Die Verteilungskämpfe der Zukunft würden anders aussehen als die der „fetten Jahre" der Wirtschaft. Sie würden sich wohl in einer „viel breiteren Variationsbreite, als man gemeinhin glaubt", an den Regeln der alten Verteilungskämpfe aus der Zeit der Klassengegensätze orientieren. Schließlich werde aus dem Besitz an Produktionsmitteln „noch immer das Recht abgeleitet, sich selbst zu bedienen" und die Arbeitnehmerinteressen hintenanzustellen.

Ein „Klassenbewußtsein" gebe es unter den Arbeitnehmern, auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern, nicht. Arbeitnehmer von heute hätten es sich zur Gewohnheit gemacht, „den Maßstäben bürgerlicher Wohlhabenheit und bürgerlicher Gesittetheit nachzueifern". Was es „vielleicht" gebe, sei ein ausgeprägtes gewerkschaftliches Bewußtsein. Zur Bewußtseinslage gehöre auch die mangelnde Popularität der Gewerkschaften, die meist als Störenfriede des sozialen Friedens empfunden würden, obschon Streik und Konflikt einfach zur Demokratie gehörten.

Kein Generalstreik

Auf die Frage „Unter welchen Umständen können Sie sich einen Generalstreik vorstellen?" antwortete Steinkühler: „Unter Status-quo-Bedingungen überhaupt nicht." Ob auch „weitere Aufrüstung" für ihn einen Generalstreik nicht rechtfertige, fragte Gaus den zweiten Vorsitzenden der größten deutschen Gewerkschaft. Steinkühler: „Einen Generalstreik auszurufen ist für mich nur dann gerechtfertigt, wenn ich sicher wäre, daß die überwiegende Mehrheit der Mitgliedschaft auch folgen würde. Ich sehe mittelfristig solche Voraussetzungen nicht. Auch nicht bei einer weiteren Aufrüstung."

Der Gewerkschafter, der als Nachfolger des 1986 aus Altersgründen voraussichtlich ausscheidenden IG-Metall-Chefs Hans Mayr gilt, wollte den von Gaus gebrauchten Begriff der „anderen Republik" so nicht übernehmen. Er wolle diese „sehr leistungsfähige Wirtschaftsordnung" nicht beseitigen, sondern ihr durch Mitbestimmung „andere Inhalte" und andere „Qualitäten" geben. Der Mensch und nicht die Frage der Rentabilität von Investitionen müsse ins Zentrum wirtschaftlicher Entscheidungen gestellt werden.

Das „Nein" von Zöpel fordert Dollinger heraus

Bonn will Autobahn-Bau per Weisungsrecht erreichen

WILM HERLYN, Düsseldorf

Mit Argusaugen beobachtet Bundesverkehrsminister Werner Dollinger die Stimmung, die in Düsseldorf gegen den Weiterbau der Autobahnen A 44 und A 33 angefacht wird. Denn kaum hatte NRW-Städtebauminister Christoph Zöpel (SPD) durch Neuordnung der Ämter auch die Kompetenz in Sachen Verkehr übernommen, steuert er gegen zwei wichtige Straßenverbindungen, die bislang unumstritten waren. Es sind die Strecken zwischen Bielefeld und Osnabrück, A 33, sowie zwischen dem Ruhrgebiet, Düsseldorf und dem linken Niederrhein, A 44. Das brüske Nein von Zöpel forderte Dollinger zu der Ankündigung heraus, notfalls werde der Bund von seinem Weisungsrecht Gebrauch machen müssen. Die Fronten verlaufen aber selbst in der SPD nicht einheitlich. Zöpels Parteifreund Klaus Bungert, Oberbürgermeister von Düsseldorf, will den Minister ins Rathaus einladen, um ihn umzustimmen. Er argumentiert: „Seit mehr als 50 Jahren plant Düsseldorf die Ost-West-Durchfahrt am Nordrand der Stadt." Dieser Planung – ein sechsspuriges Teilstück, das gerade mit einem Aufwand von 100 Millionen Mark fertiggestellt wurde und jetzt ohne Anbindung lediglich als überdimensionierter Zubringer für die Parkplätze der nahen Messe dient – mußten 30 Häuser weichen und mehrere Kleingärten. Ursprünglicher Sinn der A 44 war es, den innerstädtischen Verkehr in Düsseldorf zu entlasten. Bislang quälen sich täglich Tausende Autos durch die Innenstadt und über die bestehenden beiden Rheinbrücken. Eine dritte Brücke im Norden würde sofort Abhilfe schaffen. Doch, so argumentiert Zöpel: „Damit wird ein naturbelassenes Gebiet von unverwechselbarer Individualität zerstört", und „es gibt außer dem Ausbau eines Flughafens nichts Brutaleres als den Bau einer Autobahn".

Der Minister führt fast ausschließlich sozial- und umweltpolitische Gründe ins Feld. In Zukunft müsse intensiver überlegt werden, ob mit den Vorteilen des Straßenneubaus Nachteile im Umweltschutz in Kauf genommen werden dürften. Es dürfe keine Sachzwänge geben, nach denen mit immer mehr Autobahn-Teilstükken neue Netzanschlüsse geschaffen werden. Der Bedarf an Bundesfernstraßen sei gedeckt. Darum spreche er sich auch gegen die A 33 Osnabrück–Bielefeld aus.

Dies allerdings rief auch die CDU-geführte Landesregierung in Niedersachsen auf den Plan. Sie betonte, sie werde sich die „Düsseldorfer Blockadepolitik" nicht gefallen lassen. Die CDU in Nordrhein-Westfalen und die ebenfalls oppositionelle FDP befürchten die Gefährdung von Arbeitsplätzen in der Bauindustrie und eine Behinderung der Wirtschaftsentwicklung ganzer Regionen.

Der Zustimmung zumindest drei seiner Kollegen weiß sich Zöpel sicher, wenn das Thema heute zum ersten Mal im Kabinett nach der Sommerpause behandelt wird: Umweltminister Klaus Matthiesen und auch die beiden ehemaligen Befürworter des Ausbaus, Innenminister Herbert Schnoor und Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen. Die Dollinger-Reaktion ließ sie gemeinsam mit Zöpel Front machen gegen Bonn. Eine endgültige Entscheidung über die Strekkenerweiterung werde aber in der Kabinettssitzung noch nicht gefällt, erklärte Zöpel gestern.

Flak-Kanoniere und der XI. Parteitag

Von DIETER DOSE

Einer ist überall. Einer kurbelt. Einer hat eine Folge von kleinen Aufgaben. Der vierte besorgt den Rest. All das dauert nur Sekunden. Normalsekunden. Damit die Rakete blitzschnell auf der Rampe ist, bereit, in weiteren Sekunden, jeden Aggressor vom Himmel zu holen."

So stellt die „Volksarmee" die Kanoniere einer Flak-Raketen-Batterie vor, die nach nur zweimonatiger Dienstzeit bei ihrer ersten Übung die Note „gut" erhielten. „Nun, der Wille macht's, auch wenn's manchmal hart ankommt. Die körperliche Belastung muß man eben durchstehen", wird Soldat Hartmut Schröder („ein sachlicher Typ") zitiert.

„Eine Startrampenbedienung auf dem Weg zum XI. Parteitag", werden die Raketen-Soldaten von der Wochenzeitung gefeiert. Was natürlich nur symbolisch gemeint ist, denn alle Bestleistungen und Sonderschichten sind nun mal dem SED-Parteitag 1986 gewidmet. An der Werkbank ebenso wie an der Rakete ...

Dennoch gibt es immer wieder Anlässe, unabhängig von den Selbstverpflichtungen zum SED-Parteitag „Zwischenspurts" einzulegen. In diesen Tagen heißen die Parolen zum Beispiel „Mit Höchstleistungsschichten zum Weltfriedenstag" („Neues Deutschland"). Der steht am 1. September auf dem Programm.

Diesem „zu Ehren" haben sich die Brigaden im sächsischen Braunkohlentagebau Schleenhain besonders viel vorgenommen: Die Abfertigung von 60 Kohlezügen pro Schicht an der Bandanlage. „Gemessen an den jetzigen durchschnittlichen Schnittleistungen von 40 bis 45 Kohlezügen ist das ein hohes Ziel", berichtet im „Neuen Deutschland" Jugendbrigadier Martina Pfefferkorn. „Aber es ist erreichbar. In zahlreichen Initiativschichten haben alle Kollektive schon ‚ausprobiert', was bei gutem Zusammenspiel alles möglich ist. Auch meine Schicht erreichte beispielsweise schon einmal 55 Züge. Wir sind also mittendrin im Wetteifern. Und der gesunde Ehrgeiz junger Bergleute, aus Berufstradition erwachsen und von der Politik unseres Staates gefördert und gefordert, spielt natürlich auch eine große Rolle."

Klagelieder gibt es, wenn es sich um schlichte Alltagsprobleme handelt. Ein solches stimmt „Der Morgen" an, der seine Reporter über die Ostberliner Wochenmärkte schickte. Das Blatt der Liberaldemokraten in der „DDR" stellt fest:

Aus der Presse von drüben

„Die Märkte würden noch an Anziehungskraft gewinnen, wenn die Anlieferung von Obst und Gemüse durch den Großhandel besser erfolgen würde." Um 6 Uhr früh wird geöffnet, und dann kommen auch die ersten Kunden – „manche Händler erhalten die Ware aber erst um 10 Uhr".

Der Großhandel hinkt mit seinen Selbstverpflichtungen zum XI. Parteitag offensichtlich weit hinterher. „Für das Bemühen, auf dem Wochenmarkt Besonderheiten zu bieten, gibt es gute Beispiele, aber insgesamt bleibt in dieser Hinsicht noch mancher Wunsch offen", zieht „Der Morgen" sein kritisches Fazit.

In der satirischen Zeitschrift „Eulenspiegel" wird aufs Korn genommen, daß man überall in der „DDR" Schlange stehen muß. An der Theaterkasse ebenso wie beim Fleischer oder im Ersatzteilladen, um neue Zündkerzen für den „Trabbi" zu erstehen.

„Das Schauspielhaus, unser neuester Musentempel in Berlin, hat eine Methode zur Schlangenbändigung erfunden, die vermutlich auf Traditionen der alten Sächsischen Landeslotterie zurückgreift", heißt es. „Jedermann kann für nur 5,05 Mark eine ‚Nacheinlaßkarte' erwerben."

Die Inhaber einer solchen Karte haben kurz vor Vorstellungsbeginn das Recht, einen noch nicht benutzten Platz einzunehmen. Kommt der „legale" Eintrittskarteninhaber jedoch noch, bevor der Dirigent zum Taktstock greift, muß der Nacheinlaßkarten-Inhaber den Saal wieder verlassen. Womit er allerdings rechnen mußte, wenn er das Kleingedruckte auf seinem Billett gelesen hat: „Steht kein weiterer unbesetzter Platz zur Verfügung, ist der Saal zu verlassen. Die Rücknahme dieser Karte erfolgt nicht." „Verladeplatz" überschreibt der „Eulenspiegel" den Bericht von der Eintrittskarten-Lotterie.

In Moskau hat zwar gerade erst der Generalsekretär des sowjetischen Nationalen Olympischen Komitees, Chotetschin, darauf hingewiesen, daß es noch keine Zusage der UdSSR in Sachen Olympiateilnahme in Seoul 1988 gibt, aber in der „DDR" wird weiter so getan, als sei die eigene Teilnahme beschlossene Sache. „Eine Million Mark will die Gesellschaft zur Förderung des olympischen Gedankens in der DDR allein in diesem Jahr für die Ausrüstung und Entsendung der DDR-Mannschaft zu den Olympischen Spielen 1988 zur Verfügung stellen."

Durch den Verkauf von Souvenirs will die Gesellschaft die Million zusammenbringen. Eingespannt werden dafür die rund 300 Tankstellen des volkseigenen Kombinats Minol. „So werden ab September auch Auto-Kleiderhaken, Reinigungs- und Erfrischungstücher sowie Leinenmützen mit Emblemen der DDR-Fußballklubs zu kaufen sein", preist die „Junge Welt" die Souvenirs zur Olympia-Finanzierung an.

SPD will keine C-Waffen im NATO-Arsenal

rtr, Bonn

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Erwin Horn, Obmann seiner Fraktion im Verteidigungsausschuß, hat den Verdacht, die USA wollten chemische Waffen als „neues und selbständiges Element" in das NATO-Arsenal einbeziehen, das bisher aus drei Komponenten bestehe – aus strategischen Kernwaffen, taktisch-operativen Kernwaffen und konventionellen Waffen. Nach Gesprächen in Washington sagte Horn vor Journalisten in Bonn, die USA suchten nach einer „Schichten-Parität" gegenüber den Waffensystemen des Warschauer Paktes. Sie wollten in der Lage sein, auf jeder Ebene eines militärischen Konflikts mit den entsprechenden Waffen zu reagieren. Dazu gehörten auch die C-Waffen.

Gegen diese Absichten wird sich die SPD nach Horns Worten zur Wehr setzen. Sie verlange den Abzug aller C-Waffen aus der Bundesrepublik. Diese Klarheit vermißt der SPD-Politiker bei der Bundesregierung. Zwar habe Alfred Dregger als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion sich gegen eine Stationierung neuer „binärer" C-Waffen der USA auf deutschem Boden ausgesprochen. Von der Bundesregierung sei das aber noch nicht erklärt worden.

Grenzüberwachung soll besser werden

Hu. Eschwege

Für eine Verbesserung der grenzpolizeilichen Überwachung auf dem 1,6 Kilometer langen Autobahnteilstück zwischen dem hessischen Grenzübergang Herleshausen und der innerdeutschen Grenze vor Wartha (Thüringen) hat sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Dieter Weirich in einem Initiativ-Antrag an die Bundesregierung ausgesprochen. Anlaß dafür war ein Zwischenfall auf der Autobahnverbindung zwischen Grenzverlauf und Kontrollpunkt. Dort hatten Ausländer mehrfach zu Fuß die innerdeutsche Grenze in beiden Richtung passiert und waren nur durch einen Zufall aufgegriffen worden. Bei den Grenzbehörden hieß es, dies sei mit Sicherheit kein Einzelfall gewesen, vielmehr rechne man „mit einer erheblichen Dunkelziffer". Der Abgeordnete empfahl den Einsatz zusätzlicher Videokameras zur Überwachung der Autobahntrasse, weil diese von den Beamten des Grenzschutz-Einzeldienstes am Kontrollpunkt Herleshausen nicht eingesehen werden kann. „Ein Überwachungssystem nach DDR-Muster kann bei uns jedoch niemand wollen", betonte Weirich.

Stillegung der RBU aufgehoben

rtr, Wiesbaden

Der hessische Wirtschaftsminister Steger (SPD) hat die von ihm im Mai verfügte Teilstillegung der Hanauer Nuklearfirma Reaktor-Brennelement-Union (RBU) aufgehoben und für den Neubau der Uranfabrik Nukem den Sofortvollzug angeordnet. Wie das Wirtschaftsministerium mitteilte, führte Steger mit den bereits am Freitag getroffenen Maßnahmen eine entsprechende Weisung von Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) vom 18. Juli aus, der erneut in das Nukem-Verfahren eingriff.

IG Metall weitet Streik in NRW aus

AP, Münster/Köln

Die Industriegewerkschaft Metall hat gestern die Streikmaßnahmen zur Durchsetzung der 38,5-Stunden-Woche im nordrhein-westfälischen Metallhandwerk ausgeweitet. Wie ein Sprecher der Gewerkschaft mitteilte, wurden zwei weitere Handwerksbetriebe in Münster und Hamm in die Arbeitskampfmaßnahmen einbezogen. An Rhein und Ruhr werden damit jetzt fünf Betriebe für sanitäre, Heizungs- und Klima-Anlagen, der Schlosser und Schmiede sowie der Mechaniker und Landmaschinenmechaniker mit insgesamt rund 300 Beschäftigten bestreikt. Der Sprecher kündigte eine weitere Ausdehnung der Streiks noch in dieser Woche an.

In Köln und Aachen kam es am Montag nach Angaben der IG Metall-Bezirksleitung zu Protestaktionen und Warnstreiks in der Heizungsindustrie. In diesem Bereich hatten sich die Tarifpartner schon frühzeitig grundsätzlich über eine Arbeitszeitverkürzung geeinigt. Auch in zehn Verhandlungsrunden gelang jedoch nach Angaben eines Gewerkschaftssprechers keine Einigung über die neue Verteilung der Wochenarbeitszeit. Für die neue Gesprächsrunde zwischen den Arbeitgebervertretern und der IG Metall am Donnerstag habe die Gewerkschaft ihre Kampfbereitschaft demonstrieren wollen, erklärte der Gewerkschaftssprecher.

DIE WELT (USPS 403-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Grenzen des Datenschutzes

„Brauchen wir ein neues Datenschutzgesetz?"; WELT vom 12. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

Eberhard Nitschke hat leider auch die in der Überschrift gestellte wichtige Frage, ob wir ein neues Datenschutzgesetz brauchen, nicht beantwortet; seine Antwort wäre interessant gewesen.

Brauchen wir denn ein neues Bundesdatenschutzgesetz? Meine Antwort lautet: nein. Das Gesetz aus dem Jahre 1977 ist so schlecht nicht, wie oft behauptet wird. Es hat sich ganz nachhaltig auf Wirtschaft und öffentliche Verwaltung ausgewirkt, und es gewährleistet hinreichenden Schutz vor Mißbrauch der Datenverarbeitung. Natürlich hat man inzwischen Erfahrungen sammeln, auch Schwachstellen erkennen können. Insoweit sind Verdeutlichungen und Verbesserungen durchaus möglich.

Als jemand, der an der schwierigen Entstehung des Gesetzes mitwirken konnte, und als Mitverfasser eines Kommentars zum Bundesdatenschutzgesetz fühle ich mich schon seit längerem verpflichtet, vor Übertreibung und Fehlgebrauch des Datenschutzes zu warnen.

Auch wenn dem Datenschutz durch das Bundesverfassungsgericht Verfassungsrang bestätigt worden ist, so ist zwar Rechtsanpassung auf manchen Ebenen geboten, aber wir brauchen kein neues Gesetz. Es gilt auch, die Grenzen des Datenschutzes zu beachten. Grenzen, die im übrigen auch das Bundesverfassungsgericht nicht überschritten wissen will. Denn Datenschutz ist kein den anderen Staatszielen übergeordnetes Recht; ihm stehen gleichrangig andere Rechte gegenüber wie die Informationsfreiheit, die Rechtssicherheit, das Recht auf persönliche und soziale Sicherheit.

Das Urteil wirft auch grundsätzliche Fragen auf, die vielleicht sogar eine völlige Neukonzeption des Datenschutzes herausfordern. Die Fragen sind so vielschichtig, daß sie sich einer kurzfristigen Beantwortung auch durch den Gesetzgeber entziehen. So bedarf z. B. die vom Bundesverfassungsgericht entwickelte und noch nicht recht griffige Rechtsfigur des „Informationellen Selbstbestimmungsrechts" der sorgfältigen Auswertung und Ausformung.

Dabei darf eine übergewichtige Regelung der Datenverarbeitung nicht dazu führen, daß der Datenschutz sich zu einer „Datenverkehrsordnung" entwickelt, eine leider zu beobachtende Tendenz. Datenschutz ist zunächst Persönlichkeitsschutz; diesen gilt es auszubauen z. B. durch mehr Transparenz der Datenverarbeitung für den einzelnen, durch Gewährleistung leistungsfähiger Verwaltungen, durch Absicherung des Umfeldes. Das heißt aber nicht Ausbau der Datenschutzbürokratie, das heißt nicht, Datenverarbeitung als grundsätzlich gefährlich zu verteufeln; sie ist eine Form moderner, notwendiger Kommunikation.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. H.-J. Ordemann,
Bonn 2

Recht und Tabu

„Leserbrief: Altersversorgung"; WELT vom 30. Juni

Sehr geehrte Redaktion,

offenbar wohlweislich hat sich der Schreiber nur undeutlich geäußert und nicht ausgesprochen, worum es ihm geht, und auch nicht, in welchem „Verhältnis" er zur „Alterssicherung" steht. Immerhin deutet er an, daß ihn ein „Tabu" stört und daß er eine „Berührungsangst" beanstandet. Ich möchte vermuten, daß er hier wohlbegründete Rechte in Frage stellen möchte und daß ihn die Scheu stört, sich über solche Rechte hinwegzusetzen.

Unsere Rechte sind schon geschmälert worden, weil man die Vermögen der Angestelltenversicherung an die Arbeiterrentenversicherung abzuführen verlangt hat. Wir bekommen nicht, was uns nach dem Gesetz zusteht, obwohl die Angestelltenversicherung in sich gesund war!

Ich habe mit 30 Jahren mein erstes Geld verdient, weil ich da erst die Bestallung als Arzt erhielt und fünf Jahre in Hitlers Krieg vergeuden mußte, anstatt mein Studium rechtzeitig beenden zu können (nämlich mit 24–25 Jahren).

Und ich lasse mich auch nicht verleiten, zur Rettung meiner Altersversorgung danach zu schielen, die Vermögen der berufsständischen Versorgungswerke anzutasten, die nämlich auch nur deshalb noch „gesund" sind, weil sie eben nicht so schamlos ausgebeutet worden sind wie die Arbeitnehmer-Rentenversicherung und nicht zur Wahlbestechung mißbraucht worden sind.

Rechte zu mißachten und sich über sie hinwegzusetzen ist bei einem großen Teil unserer Bevölkerung äußerst beliebt; aber rechtliche Gesinnung besteht genau darin, die Rechte anderer zu „tabuisieren" und sie nicht für lächerlich zu halten!

Hochachtungsvoll
Dr. F. Busch,
Oberkochen

Völlig einig

„FDP-Spitze verärgert über hessischen Alleingang"; WELT vom 23. Juli

Die angeblichen Gegensätze zwischen der hessischen FDP und der Bundes-FDP bzw. der Bundestagsfraktion bestehen nicht. Ebenso wie der Landesvorstand der hessischen FDP setzt sich die Bundestagsfraktion für eine Einbeziehung kurzreichender atomarer Gefechtsfeldwaffen (bis zu einer Reichweite von 100 Kilometern) in die Abrüstungsverhandlungen und für den baldigen Abbau dieser Waffen ein, als Beispiel sei nur die Erklärung von Helmut Schäfer MdB aus der vergangenen Woche genannt.

Die hessische FDP hat zu Recht darauf hingewiesen, daß der Abbau dieser Waffen ein spezifisches Interesse der Bundesrepublik Deutschland darstellt.

Der Abbau dieser Waffen – abgesehen von bereits geplanten Umstrukturierungen – kann nach Auffassung der Bundestagsfraktion allerdings nicht einseitig erfolgen. Darauf hat aber auch die hessische FDP hingewiesen.

Peter Ehrlich,
Stellvertretender Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

Wort des Tages

„Es ist mehr als je Sache der begrenzten Gruppen und der kleinen Herde, wirksam für den Menschen und für den Geist zu kämpfen und insbesondere ein sichtbares Zeugnis für die Wahrheiten abzulegen, nach denen die Menschen verzweifelt verlangen und die sie im Augenblick so bitter entbehren müssen. Denn nur die begrenzten Gruppen und die kleine Herde können sich um etwas versammeln, was sich der Technik und dem Vermassungsprozeß völlig entzieht: nämlich die Liebe zur Weisheit und zum Geist."

Jacques Maritain; franz. Philosoph (1882–1973)

Schimpft nur

„Leserbrief: Frankfurter Richter"; WELT vom 18. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine Tätigkeit als Staatsanwalt und später als Richter liegt nun schon Jahrzehnte zurück. In der Zwischenzeit hat sich vieles, auch zum Besseren, verändert.

Geblieben sind aber gewisse Grundforderungen, zu denen die Bindung des Richters an das Gesetz und das Gebot der Mäßigung gehören. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts haben Gesetzeskraft. Das scheint Richter Jahr nicht beachtet zu haben.

Hierzu hätte man vom Richterbund, wenn er sich schon Ihnen gegenüber äußert, gern etwas gehört. Herr Peter Marqua, der Geschäftsführer des Bundes, sagt aber dazu kein Wort, er argumentiert nicht einmal, er schimpft nur. Damit hat er seinen Kollegen und der Justiz insgesamt einen schlechten Dienst erwiesen. Die meisten Richter wissen ziemlich genau, welche Gefahren heute der Justiz und damit unserem Gemeinwesen drohen.

Auf diese Gefahren hingewiesen zu haben ist das Verdienst des Herrn von Loewenstern und – ungewollt – des Herrn Marqua.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. G. Bachmann,
Bonn 1

Ohne Alternative

Sehr geehrte Damen und Herren,

die derzeitigen blutigen Unruhen in Südafrika beenden, indem man über „Desinvestment" und Boykott noch mehr Arbeitslose und Elend und damit noch mehr Unruhen und Todesopfer schafft? Die nur noch bruchstückweise bestehende gesetzliche „Apartheid" ist nur vordergründig der Anlaß für Aufstand und Gewalt. Der tiefere Grund ist der entwicklungsgeschichtlich bedingte soziale Unterschied längs der Rassengrenze, akut zur Explosion gebracht durch Rezession und Arbeitslosigkeit.

Daran wird auch die Aufhebung der noch verbliebenen Apartheidsgesetze nichts ändern, auch nicht an der privaten Apartheid, die überall besteht, wo fremde Rassen aufeinandertreffen. Das ist auch in den USA nicht anders, wo lediglich die dominierende Zahl der Weißen ähnliche Verhältnisse wie in Südafrika verhindert. Der weit überproportionale Anteil der Schwarzen in den Staaten an Arbeitslosigkeit und Verbrechen sagt genug.

Es gibt keine Alternative zur Reformpolitik der Regierung Botha, es sei denn die Vertreibung der Weißen, wie in Moçambique, wo unter einer schwarzen kommunistischen Regierung die Wirtschaft zusammengebrochen ist, die Bevölkerung hungert und ein grausamer Bürgerkrieg das ganze Land überzogen hat. Dies aber wäre ein Kinderspiel gegen das, was sich unter ähnlichen Verhältnissen in Südafrika abspielen würde.

Mit freundlichen Grüßen
W. D. Thiel,
Hamburg-Barsbüttel

In Politik und Presse herrscht eine neue, gereizte Stimmung

Von OSKAR WEGGEL

Das Jahr 1997, in dem Hongkong an die Volksrepublik China übergeht, beginnt seine Schatten vorauszuwerfen. Die Stimmung ist gereizt – zumindest in der örtlichen Politik und Presse.

Da ist zunächst eine ganz neue politische Atmosphäre. Bisher bestand die Regierung von Hongkong aus einem Gouverneur, der von der britischen Königin ernannt wurde, einem Staat seines Vertrauens und einer Reihe von Hongkonger „Freizeitpolitikern", die der Gouverneur sich aussuchen konnte und die zumeist aus der großbürgerlichen Geschäftswelt stammten. Es gab keine Volksvertretung, keine politischen Parteien und – natürlich – keine Wahlen.

Dies alles soll sich nun ändern. Bereits im September 1985 finden Wahlen statt; denn Hongkong will sich bis 1997 warm anziehen, um am Ende einen soliden demokratischen Bestand weitervererben zu können. Im Vorfeld der Wahl-Premiere entstehen erstmals politische Parteien, erscheinen neue Gesichter, werden kühne Zukunftsszenarios entworfen und kommt bisher unbekanntes Eiferertum zu Wort. Zielscheibe sind vor allem die ungleiche Eigentumsverteilung, der „Manchester-Kapitalismus" und überhaupt die bisherige Politik des Ausklammerns der sozialen Frage.

Mit zu den prominentesten Homines novi gehören der 32jährige Fung Kin-kee, Leiter einer sozialen Selbsthilfeorganisation, der schon durch zahlreiche Demonstrationen aufgefallen ist, ferner der etwa gleichaltrige Ho Sai-chu, dem gute Beziehungen zu Peking und zur Provinzführung in Canton nachgesagt werden, sowie die 39jährige Rechtsanwältin Maria Tam, Tochter eines Polizeibeamten und soziale Aktivistin.

Alle drei sind in Hongkong geboren, stammen aus kinderreichen Familien, mußten sich hocharbeiten und fühlen sich als Vertreter einer unterprivilegierten Schicht, die im liberalen Hongkong zu kurz kam.

Das Hongkonger Establishment fühlt sich durch diese autochthonen Elemente offensichtlich mehr genervt als durch die eher behäbige Pekinger Politik.

Dies zeigt sich vor allem in der neuerdings so regen Nachfrage nach Zweitwohnsitzen im Ausland und nach Zweitpässen. Man bleibt zwar vor Ort, bereitet sich aber schon einmal für den Absprung vor. Einige namhafte Firmen haben allerdings jetzt schon das Weite gesucht – am bekanntesten wurde hier der Umzug

● HONGKONG

der Firma Jardine Matheson Companie auf die Bermudas. Jardine ist die Hongkonger Traditionsfirma schlechthin und war seit Gründung der Kronkolonie im Jahre 1841 vom ersten Tag an mit von der Partie.

Anfang Juni 1985 erregte ein weiterer Fluchtfall die Gemüter, als nämlich der Herausgeber des prominenten „Hongkong Standard" und zweier weiterer Blätter seinen Geschäftssitz nach Australien verlegte. Offensichtlich war dies die Antwort auf Herausforderungen, mit denen sich gerade die Presse neuerdings konfrontiert sieht.

Bisher war die Hongkonger Presselandschaft eine der lebhaftesten in Asien. 65 Tageszeitungen und nicht weniger als 500 Zeitschriften jeder politischen Couleur – von stramm prokommunistischen über liberale bis hin zu protaiwanesischen Blättern – kämpften um die Gunst von fünf Millionen Lesern.

Doch nun zeigen sich erste Gefahren: Da ist zunächst eine wachsende Selbstzensur, die sich viele Blätter, selbst die angesehene „South China Morning Post" und einige führende chinesischsprachige Organe glauben auferlegen zu müssen. Über die Volksrepublik China wird immer positiver, kommentarloser und zweckoptimistischer berichtet.

Da ist ferner die höchst aktive Pressepolitik Pekings. Journalisten werden eingeladen, umworben und mit Abdruckversprechungen geködert. Es ist nun einmal ein Unterschied, ob Beiträge in Tausender- oder aber in Zehn-Millionen-Auflagen erscheinen – von den Lizenzgebühren ganz zu schweigen!

Zum Opportunismus und zur journalistischen Eigenliebe aber kommt noch ein dritter Umstand hinzu, der um die „Pressefreiheit" fürchten läßt, nämlich die neue Gesetzgebung der Kronkolonie. Seit Juni wird das Gesetz über den neuen „Legislative Council" diskutiert, in das auch zwei Journalistenklauseln eingebaut sind. Strafbar macht sich nämlich, wer über nichtöffentliche Debatten des (erst noch zu wählenden) Gesetzgebungsrates berichtet oder aber wer sich der „Respektlosigkeit" gegenüber einem Mitglied dieses Rates schuldig macht. Die Hongkonger Presse reagiert auf Klauseln dieser Art höchst allergisch, da sie zu wissen glaubt, daß Peking die Begriffe „Öffentlichkeit" und „Respektlosigkeit" später einmal vermutlich anders und restriktiver auslegen wird, als ein königlich-britischer Gouverneur.

Vermutungen dieser Art wurden erst jüngst wieder durch eine Rede des Generalsekretärs der KP der Volksrepublik China, Hu Yaobang, bestätigt, der Anfang April erneut die Aufgabe der Presse präzisierte – und Hongkong dabei keineswegs aussparte: Sie habe die Meinung von Partei und Regierung zu verdeutlichen – und sonst nichts!

Ein Gipfel für Hussein und Arafat

Treffen der Araber in Casablanca ohne die Radikalen / Ziel ist internationale Konferenz

PETER M. RANKE, Kairo

Ein außerordentliches Gipfeltreffen der arabischen Staatschefs, das erste seit 1982 in Fez, findet morgen im marokkanischen Casablanca statt. Der libysche Staatschef Khadhafi nimmt nicht teil, der tunesische Präsident Bourguiba schickt seinen Ministerpräsidenten. Syrien und Südjemen boykottieren das Treffen. Libanon bleibt aus Rücksicht auf Damaskus ebenfalls fern. Algerien ist noch unentschlossen.

Verzicht auf Einmütigkeit

Ägypten ist wegen des Friedens mit Israel 1979 wieder nicht eingeladen worden und wird von der Mehrheit der 21 Staaten der „Arabischen Liga" offiziell noch boykottiert. Regierungskreise in Kairo verweisen aber darauf, daß mit Jordanien und Irak gute Beziehungen bestehen und daß sich Ägypten überhaupt nicht danach drängt, an den Gipfel-Konferenzen teilzunehmen. „Im Gegenteil: Die Abwesenheit Ägyptens schwächt die arabische Nation politisch, wirtschaftlich und militärisch", heißt es in Kairo.

Zum ersten Mal hat der gastgebende König Hassan von vornherein darauf verzichtet, daß auf einem Gipfeltreffen Einmütigkeit wenigstens nach außen demonstriert wird. Denn mit der Teilnahme Syriens konnte er nicht rechnen, da Damaskus jedes Gespräch mit König Hussein von Jordanien und PLO-Chef Arafat ablehnt.

Damaskus sieht in der Veranstaltung „Verrat und Kapitulation" am Werk. Die regierungstreue Zeitung „As-Thaura" schreibt: „Der Gipfel soll nur von den amerikanisch-ägyptischen Manövern ablenken, die den Nahen Osten zu einer Militärbasis der USA umfunktionieren – die fortschrittlichen Kräfte der arabischen Welt müssen endlich gegen Amerika Front machen."

Hauptziel König Hassans ist es nach Meinung politischer Beobachter in Kairo, daß das gemäßigte arabische Lager die „Friedensinitiative" von König Hussein und von PLO-Chef Arafat billigt und der Liste für eine gemeinsame Verhandlungsdelegation zustimmt. Arafat sähe sich dadurch als PLO-Chef bestätigt, während die prosyrische „Nationale Rettungsfront" der PLO-Rebellen abgelehnt würde. Hussein wiederum erhielte die arabische Zustimmung für sein neues Bündnis mit Arafat.

Als Grundlage für Gespräche der „Delegation" mit den Amerikanern soll in Casablanca der Plan Husseins und Arafats bestätigt werden, statt direkten Verhandlungen mit Israel eine internationale Nahost-Konferenz anzustreben, an der auch Moskau teilnehmen müßte. Dort soll dann lediglich über den Fez-Plan des Gipfeltreffens von 1982 gesprochen werden, der den bedingungslosen Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten, die Räumung aller Siedlungen und die Bildung eines PLO-Staates mit Jerusalem als Hauptstadt vorsieht.

Israel isolieren

Der Gipfel wird nach Auffassung westlicher Diplomaten die „Friedensinitiative" Husseins und Arafats propagandistisch herausstellen und Washington auffordern, mit der bereits benannten „gemeinsamen Delegation" zu verhandeln. Israel soll in den Augen der Weltöffentlichkeit und mit Hilfe der USA isoliert und politisch als „Friedensgegner" angeklagt werden. Israel besteht auf direkten Verhandlungen und geht auf den Fez-Plan nicht ein, da er langfristig die Existenz Israels in Frage stellt.

(SAD)

Marokko greift nach Spaniens Enklaven

Ceuta und Melilla erhalten Sonderstatus / Immer mehr wandern ab / Schmuggel blüht

ROLF GÖRTZ, Madrid

Auf ihrer ersten Versammlung in Casablanca gaben Abgeordnete der libysch-marokkanischen Union den „arabisch-marokkanischen Charakter der Städte Ceuta und Melilla zur Kenntnis".

Gemeinsam empfahlen sie die „Mobilisierung aller arabischen Kräfte zur Befreiung der besetzten Zonen der arabischen Nation, vor allem der Städte Ceuta und Melilla sowie der Chafarina-Inseln".

Die beiden spanischen Garnisons- und Handelsstädte liegen als Enklaven auf dem marokkanischen Mittelmeerufer und gehören seit etwa einem halben Jahrtausend zu Spanien. Heute sind sie Teile des „Landes" Andalusien und sollen im Herbst einen Sonderstatus innerhalb der spanischen Verwaltung erhalten.

Union mit Libyen

Schon vor der überraschend vereinbarten Staatenunion zwischen König Hassan von Marokko und Oberst Khadhafi von Libyen, sprach der Marokkaner die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla immer dann an, wenn Madrid bei der endgültigen Eingliederung der von ihm besetzten Westsahara stillhalten sollte.

Jedesmal, wenn man in Madrid glaubte, den marokkanischen Wunsch vergessen zu dürfen, dreht König Hassan ein wenig stärker an der Ceuta-Melilla-Schraube. Nur zwei Wochen nach dem Staatsbesuch des algerischen Präsidenten Benjedid Chadli vom Juni in Madrid, erinnerte König Hassan an die Realität: Der spanische Status der beiden Enklaven hängt auch von der marokkanischen Zustimmung ab.

Der algerische Präsident hatte nämlich in Madrid an die „spanische Verantwortung" appelliert, die die Spanier mit ihrem Abzug aus ihrer ehemaligen Kolonie Westsahara 1975 übernommen hätten.

Praktisch fordern die Algerier, daß sich Spanien gegen Marokko stellt und die Selbständigkeit des Sahara-Staates RASD anerkennt. In Rabat denkt niemand ernstlich daran, Ceuta und Melilla militärisch zu bedrohen. Die marokkanische Armee ist auf lange Sicht ganz mit der Sicherung der Westsahara beschäftigt.

In den Festungs- und Garnisonsstädten Ceuta und Melilla stehen je 10 000 Mann. Darunter sind zwei Regimenter der spanischen Legion, einer gut ausgerüsteten und afrikaerfahrenen Elitetruppe. Dennoch fürchten die in den beiden Hafenstädten wohnenden 78 000 Spanier die Marokkanisierung ihrer Städte „von unten", den „Marsch der Schildkröten".

Die Zahl der Moslems nimmt in beiden Städten täglich zu. In Ceuta, wie Gibraltar eine befestigte Felslandzunge, nahm die spanische Bevölkerung in den vergangenen Jahrzehnten fast um die Hälfte ab.

Die Abwanderer verkauften ihre Geschäfte meist an Inder, die Herren der Basare, und legten ihr Geld an der spanischen Costa del Sol an.

Die Zahl der Moslems stieg dagegen auf fast 13 000, von denen nur 1400 die spanische Staatsbürgerschaft besitzen. Die übrigen sind bestenfalls im Besitze eines „statistischen Ausweises", der ihre Bewegungsfreiheit im übrigen Spanien erheblich einschränkt, wenn nicht gar unmöglich macht.

Nur etwa 1000 Marokkaner leben nach der offiziellen Statistik illegal in Ceuta. Ein Dutzend wird täglich ausgewiesen. Aber trotzdem nimmt ihre Zahl ständig zu. Und schon bildet sich eine Befreiungsfront von Septa. Denn so nannte sich die Stadt der sieben Hügel in römischer Zeit. Daraus wurde später Ceuta.

Haschisch wohlfeil

Vergeblich versuchte König Hassan, den illegalen Warenverkehr zwischen den spanischen Enklaven und dem marokkanischen Hinterland mit einem Zollpaß zu 800 Mark zu unterbrechen. Zu viele Menschen leben inzwischen vom illegalen Grenzverkehr, als daß sich die marokkanischen Grenzposten den zusätzlichen Dirham-Scheinen entziehen könnten.

In Ceuta wie auch in Melilla drängen sich in der Morgendämmerung Tausende von Marokkanern an den Grenzposten mit den Früchten ihres Landes und der „Schokolade", dem Haschisch. Mit hereinbrechender Dunkelheit verlassen sie die Städte mit Decken, japanischer Elektronik, mit Nirostaröhren und Messern aus Albacete in Andalusien. Ganz offen erzählen die Taxifahrer von der Zusammenarbeit der spanischen und marokkanischen Grenzposten.

(SAD)

Personalien

GEBURTSTAGE

Hermann von Siemens, Mitglied des Ehrenpräsidiums des Aufsichtsrats der Siemens AG, feiert am Freitag seinen 100. Geburtstag. Der Enkel des Firmengründers **Werner von Siemens** studierte in Heidelberg, Jena und Berlin Chemie und Physikalische Chemie, promovierte in Berlin und trat 1918 bei der Siemens & Halske AG ein. In den folgenden Jahrzehnten hat er bedeutende Beiträge für die Entwicklung der Elektrotechnik geleistet und später, als Aufsichtsratsvorsitzender, wichtige Impulse für die Überwindung der Kriegszerstörungen und den Siemens-Neuaufbau zu einem technisch international konkurrenzfähigen Unternehmen gegeben. 1928 wurde Hermann von Siemens in den Vorstand der Siemens & Halske AG berufen und übernahm ein Jahr später die Leitung des Zentral-Laboratoriums für Fernmeldetechnik. Damals wurden mit der Entwicklung der Fernschreibtechnik die Grundlagen für ein neues Kommunikationssystem geschaffen, mit dem sich Siemens auf den internationalen Märkten durchsetzen und somit die Voraussetzungen für ein weltweites Telexnetz schaffen konnte. Nach dem Tod **Carl Friedrich von Siemens'** übernahm er von 1941 bis 1956 den Vorsitz im Aufsichtsrat beider Gesellschaften. Zu Beginn dieses Zeitraums wurden durch Kriegseinwirkungen die Fertigungsstätten in Berlin und Nürnberg zum großen Teil vernichtet und gingen die ost- und mitteldeutschen Betriebe sowie alle Auslandsgesellschaften, insgesamt rund vier Fünftel der materiellen Substanz, verloren. Die Zahl der



Mitarbeiter war 1945 auf 37 000 geschrumpft. Elf Jahre später arbeiteten schon wieder 166 000 Menschen bei Siemens. Hermann von Siemens, Enkel auch des berühmten Physikers **Hermann von Helmholtz**, hat sich stets besonders für die Förderung der Forschung und Entwicklung innerhalb und außerhalb des Unternehmens eingesetzt. In Anerkennung seiner technisch-wissenschaftlichen Leistungen ist der Jubilar Ehrendoktor der Technischen Universität München sowie Ehrensenator der Technischen Universitäten München und Berlin. Die Deutsche Physikalische Gesellschaft und der Senat der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung wählten ihn zum Ehrenmitglied. Er ist Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland sowie des Bayerischen Verdienstordens.

*

Johannes Müller, von 1961 bis 1980 CDU-Bundestagsabgeordneter aus Berlin, feierte gestern in seiner Wahlheimat Berlin seinen 80. Geburtstag. Den Elektromeister aus dem Saargebiet hatte es bereits frühzeitig in die deutsche Reichshauptstadt verschlagen, wo er sich an der Hochschule für Politik weiterbilden konnte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er im Ostsektor Berlins Mitgründer der CDU und Bezirksverordneter von Berlin-Weißensee. Er geriet aber in Konflikt mit den dortigen Machthabern. 1948/49 war er Vorstandsmitglied der gegen den Machtanspruch von SED und FDGB gerichteten Berliner Unabhängigen Gewerkschaftsopposition. Von 1950 bis 1961 gehörte er dem Berliner Abgeordnetenhaus an. Von 1959 bis 1965 war er stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner CDU.

Ein Streik der Bergleute wäre für Pretoria teuer

rtr, Johannesburg

Ein unbefristeter Streik der schwarzen Bergarbeiter in Südafrika, wie ihn die Nationale Bergleute-Gewerkschaft (NUM) beschlossen hat, hätte beträchtliche Auswirkungen auf den Abbau von Gold. Damit aber wäre eine der Hauptquellen für den in Afrika beispiellosen Reichtum des Landes in Gefahr. Inzwischen kommen aus Südafrika 70 Prozent des Goldes, das nicht in kommunistischen Ländern gewonnen wird.

Gold ist auch ein Symbol für die Folgen der Rassentrennung. In den Goldbergwerken verrichten Schwarze die härteste Arbeit bei niedrigsten Löhnen. Insgesamt arbeiten 500 000 Bergleute in den Minen.

Ein Bergarbeiterstreik würde auch die Kohleversorgung des Landes größtenteils lahmlegen. Die 44 Kohlebergwerke des Landes verschaffen Südafrika eine unentbehrliche Energiereserve, mit der das Land einen Ölboykott gegen die Apartheidpolitik bekämpfen kann.

NUM-Chef Ramaphosa hatte am Sonntag in Johannesburg mit Generalstreik und Konsumboykott gedroht, falls der Staatspräsident aus politischen Gründen die ausländischen Arbeiter heimschicken und den in Teilen des Landes geltenden Ausnahmezustand nicht aufheben wolle.

Polens Kirche zeigt sich kompromißbereit

AP, Warschau

Der polnische Partei- und Regierungschef Wojciech Jaruzelski hat in einer Rede vor dem Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei erklärt, die Führung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" werde zunehmend schwächer. Nach fünf Jahren politischer und gesellschaftlicher Erhebungen normalisiere sich jetzt das Leben in Polen. Jaruzelski interpretierte die jüngsten Preiserhöhungen für Lebensmittel, die schärferen Gesetze sowie die Inhaftierung von Dissidenten und Aktivisten der „Solidarität" als Zeichen der Entschlossenheit der Partei, nach einem längeren Zeitraum der Unordnung ihre Autorität wieder herzustellen.

Die katholische Kirche Polens hat vor der Wallfahrt Tausender von Christen nach Tschenstochau Vorschriften veröffentlicht, durch die eine Politisierung des Pilgermarsches verhindert werden soll. Verstöße gegen den „rein religiösen Charakter der Wallfahrt" werden danach mit dem Ausschluß bestraft. Bei Verhandlungen mit der Kirche hatte die Regierung immer wieder derartige Vorkommnisse.

Reagan populär wie nie zuvor

SAD, New York

Auch wenn eine Mehrheit von 75 Prozent der Amerikaner Zweifel an der Fähigkeit Präsident Reagans hat, bestimmte Probleme zu lösen, haben diese Zweifel seiner persönlichen Popularität keinen Abbruch getan. Im Gegenteil, nach seiner gerade überstandenen Krebsoperation ist der Regierungschef so populär wie nie zuvor, ermittelte ein Meinungsforschungsinstitut für das Nachrichtenmagazin „Time".

Die Zweifel der überwiegenden Mehrheit bezogen sich auf die Frage, ob Präsident Reagan das amerikanische Etatdefizit in den Griff bekommen kann, ob er eine neue Steuerstruktur durchsetzen und ob er bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen Erfolg haben wird.

Entführte Junta Regimegegnerin?

dpa, Santiago

Die Tochter des prominenten chilenischen Junta-Gegners Alejandro Hales ist zum zweiten Mal innerhalb von drei Monaten entführt worden. Nach Angaben eines Regierungssprechers hat die Polizei Anweisung erhalten, nach Carmen Hales zu suchen. Die Psychologin war schon einmal am 22. April entführt worden. Sie berichtete später, sie sei mit verbundenen Augen in ein Polizeirevier im Osten Santiagos gebracht und 24 Stunden lang zu den politischen Aktivitäten ihrer Familie verhört worden.

Moskau kritisiert Vereinigte Staaten

AFP, Moskau

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat den Friedenswillen Moskaus unterstrichen und den Mangel an tatsächlicher Abrüstungsbereitschaft des Westens kritisiert. In einer Botschaft zum 40. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima hieß es, die Sowjetunion sei bereit, „zu jedem Zeitpunkt mit der nuklearen Abrüstung zu beginnen, wenn es zu einem Abkommen mit den anderen (Atom-)Mächten kommt". Das Zustandekommen eines Vertrages werde jedoch durch die Haltung der USA bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen verhindert.

Das geschah wirklich: US-Präsident Roosevelt stirbt am 12. April 1945. Er hinterläßt seinem Nachfolger Truman einen fast vollendeten Sieg in Europa, den Krieg gegen Japan – und das Programm zur Entwicklung von Atombomben. In Europa fielen 136 000 US-Soldaten. Berechnungen ergeben, daß der konventionelle Sieg über Japan weit mehr Soldaten kosten würde. Truman läßt am 6. August (trotz der Warnungen von Beratern und Wissenschaftlern) über Hiroshima eine Atombombe abwerfen, drei Tage später auch über Nagasaki. Dabei sterben 320 000 Menschen, 100 000 sind verletzt und verseucht. Im folgenden beschreiben wir, wie die Geschichte n i c h t verlaufen ist – wie sie aber verlaufen wäre, hätte sich Truman gegen den Einsatz der Bombe und für eine Landung in Japan nach Art der Normandie entschieden. Das Szenario beruht auf Meinungen, die verwerfen, auf Hochrechnungen, die angestellt, und auf internationalen Entwicklungen, die hätten eintreten können. Der Autor ist Direktor des Centers für strategische Konzepte in McLean, Virginia, und war in den siebziger Jahren Assistent des Verteidigungsministers für Fragen der atomaren Strategie.

Eine Fiktion: Truman bläst Atom-Angriff auf Japan ab

Dem Vormarsch der Invasion stehen die Natur und Verteidiger in unterirdischen Anlagen entgegen FOTO: US SIGNAL CORPS

Von DONALD COTTER

25. Mai 1945: Aus zuverlässigen Quellen des Pentagon verlautet, daß die Landung in Japan am 1. November beginnen soll. „Downfall" wird von General Douglas MacArthur kommandiert.

Zunächst sind drei Lande-Operationen auf Kyushu vorgesehen (Plan „Olympic"). Der zweite Angriff (Plan „Coronet") sieht im Frühjahr 1946 den Einbruch in die Ebene von Tokio vor. „Olympic" wird als die größte amphibische Invasion der Geschichte bezeichnet.

Der Plan rechnet mit 767 000 Mann für die erste Angriffswelle (in der Normandie waren es am ersten Tag 152 000 Soldaten). Aus der Umgebung General MacArthurs wird berichtet, daß der General mit insgesamt einer Million Gefallenen und Verwundeten bei „Downfall" rechnet. Präsident Trumans Berater Admiral Leahy: „Bei der Eroberung von Okinawa hatten wir 35 Prozent Verluste, davon ausgehend wird es bei ‚Olympic' 268 000 Tote und Verwundete geben."

27. Mai 1945: In Stabskreisen wird darüber diskutiert, ob eine Invasion zu teuer sei. Einige halten die „strategische Eingrenzung" und Blockade Japans für die bessere Lösung. Andere glauben, daß eine „intensivierte Bombardierung" Japan zur Kapitulation zwingen werde: Bomber vom Typ B-29 können sieben Tonnen Brandbomben tragen. In Tokio haben 297 B-29 267 000 Häuser zerstört und 185 000 Zivilisten getötet oder verwundet.

Politiker im Kongreß und im Weißen Haus sind jedoch der Ansicht, daß die Japaner erst aufgeben, wenn die Inseln besetzt sind und die Armee besiegt ist. Der amerikanische Geheimdienst geht davon aus, daß die Hauptinseln von zwei Millionen Soldaten und drei Millionen Mann Volkssturm verteidigt werden und daß 8000 Flugzeuge für Kamikaze-Einsätze gegen Schiffe bereitstehen.

Ein „Munitionslager" fliegt in die Luft

10. Juli 1945: Es gibt Gerüchte in Washington über eine „Geheimwaffe". Einige Wissenschaftler sagen, daß die „Super-Bombe" etwas mit der Veränderung der Struktur des Atoms zu tun hat – die Idee ergebe sich aus Einsteins Relativitätstheorie. Professoren der hiesigen Universität meinen allerdings, Einsteins Theorie sei nicht überall anerkannt.

Der dänische Nobelpreisträger Niels Bohr soll gesagt haben, daß die Bombe machbar und eine Bedrohung der Menschheit ist. Andere Wissenschaftler und Politiker schlagen vor, daß die Kontrolle über diese Bombe den Vereinten Nationen überlassen, zumindestens aber „mit unseren Verbündeten, den Russen", geteilt werden solle.

17. Juli 1945: In Korrespondentenberichten aus Washington werden vor allem zwei Fragen diskutiert: Kann der unerfahrene Präsident in Potsdam angemessen mit den zwei „Füchsen" Stalin und Churchill verhandeln? Und hat er eine neue Waffe, mit der er aus eigener Kraft – ohne die Hilfe der Briten und Sowjets – Japan in die Knie zwingen kann? Beamte im State Department zweifeln an Trumans Fähigkeit, die Probleme des Nachkriegs-Europas in den Griff zu bekommen. Aber sie sagen, daß es mit der Super-Bombe möglich ist, den japanischen Krieg ohne die Russen zu beenden.

17. Juli 1945: Ein gewaltiger Feuerball erhob sich gestern über Neu Mexiko. Ein Armee-Sprecher gibt bekannt, daß „ein altes Munitionslager explodierte, keine Verwundeten". Auf die Frage, ob es sich um einen Test der Super-Bombe handelte, antwortet das Pentagon nicht.

24. Juli 1945: In Washington ist nahezu jeder überzeugt, daß die USA eine Super-Bombe haben. Sie soll auf Kernspaltung beruhen. Das Prinzip soll 1938 in Deutschland entdeckt worden sein, was im Exil lebende Wissenschaftler aus Deutschland, Ungarn, Italien und Dänemark erschreckt hat. Einstein schrieb daraufhin an Präsident Roosevelt, der schließlich das S-1-Projekt in die Wege leitete: „eine Atombombe zu bauen, bevor Hitler sie hat".

Allerdings ordnete Roosevelt dies erst im Oktober 1941 an – zwei Jahre, nachdem er zum ersten Mal darauf aufmerksam gemacht worden war. Mit vereinten Kräften brachten Briten und Amerikaner eine solche Bombe hervor, aber zwei Montate zu spät, um sie gegen Deutschland einzusetzen. Nun stellt sich die Frage: Soll sie gegen Japan eingesetzt werden?

Aus Potsdam wird berichtet, daß General Eisenhower nach einer Besprechung über den Test einer Super-Bombe sagte: „Ich hoffe, die USA führen niemals etwas so Schreckliches ins Kriegshandwerk ein." Der militärische Berater der Präsidenten Roosevelt und Truman, Admiral Leahy, soll „moralische Bedenken" haben. Premier Churchill, der Verlierer der britischen Wahlen, befürwortet den Einsatz der Bombe gegen Japan. Sein Nachfolger Atlee äußert sich nicht.

26. Juli 1945: Die Exil-Wissenschaftler haben an den Präsidenten appelliert, „im Namen der Verfassung" den Gebrauch der Bombe zu verbieten. Professor Franck (Universität von Chicago), der maßgebend an der Entwicklung beteiligt war, meint: „Die Zahl der amerikanischen Menschenleben, die durch den sofortigen Einsatz der Bombe gerettet würden, könnte aufgewogen werden von dem Schrecken und der fortdauernden Ablehnung der übrigen Welt."

Starker Druck wird auf Kongreß und Präsidenten ausgeübt, die Bombe den Japanern zunächst nur vorzuführen, um sie zur Kapitulation zu bringen. Auf jeden Fall sollte die UdSSR über die Bombe unterrichtet werden, um sie nicht in einen atomaren Rüstungswettlauf zu drängen, fordern viele Wissenschaftler. Überhaupt ist es ein wesentlicher Gesichtspunkt dieser „Met-Lab"-Rebellion der Exilwissenschaftler, daß die Sowjetunion nicht überrascht werden solle.

28. Juli 1945: Aus Neu Mexiko wird berichtet, daß Robert Oppenheimer, der Direktor des S-1-Projekts, sich für den Einsatz der Bombe gegen Japan ausgesprochen hat. Nach dem erfolgreichen Test am 16. Juli soll er gesagt haben, daß er sie gern rechtzeitig entwickelt hätte, um sie gegen Deutschland zu nutzen. Er sagt allerdings, Wissenschaftler hätten nicht das Recht, ihr Prestige für politische Verlautbarungen einzusetzen.

30. Juli 1945: Die japanische Regierung geht nicht auf die Aufforderung der Alliierten zur bedingungslosen Kapitulation ein. Präsident Truman soll gesagt haben: „Jetzt gibt es keine Alternative."

6. August 1945: In Washington wird bekannt, daß eine Demonstration der Super-Bombe auf dem offenen Meer vor dem japanischen Festland geplant ist. Die Japaner sollen über den Zeitpunkt unterrichtet werden. Wissenschaftler sagen, daß die Kraft der Bombe die Japaner zur sofortigen Einstellung aller Feindseligkeiten bringen werde.

Truman ging damit auf entsprechende Gesuche der Wissenschaftler ein, die die Bombe entwickelt haben. Der Kongreß trägt den Appellen Rechnung, die Kontrolle der Bombe zu internationalisieren, und fordert vom Weißen Haus, die Produktion hinauszuschieben. Ein Senator verlangt von Truman: „Nimm diese Sache den Militärs aus den Händen!"

Anfang August 1945: Russische Truppen dringen in die Mandschurei ein, ohne auf großen Widerstand der japanischen Truppen zu stoßen. Der Vormarsch richtet sich auf Shenyang und andere Städte und versucht offenbar, Zusammenstöße mit dem Feind zu vermeiden.

Abfangjäger irritieren die „Elona Gay"

15. August 1945: Der Kreml gibt einen Freundschaftsvertrag zwischen Mao Zedong (für die Kommunistische Chinesische Regierung) und der Sowjetunion bekannt. Diplomatische Beobachter sagen, daß sich die russischen Truppen in der Mandschurei sofort den industriellen Zentren und der Schwerindustrie zugewandt haben, die die Japaner von 1931 an aufgebaut haben. Tausende von Chinesen sollen im Einsatz sein, um Fabriken „Stein für Stein" in Richtung Sowjetunion zu verladen.

3. September 1945: Ein Sprecher der US-Luftwaffe gibt bekannt, daß der B-29-Bomber „Elona Gay" eine Atom-Bombe sechs Meilen entfernt vom Festland in die Bucht von Tokio geworfen hat. Die Japaner sind eine Stunde zuvor auf die „brillante Explosion" hingewiesen worden. Die Bombe ist nicht in der beabsichtigten Höhe detoniert; wahrscheinlich wegen der Angriffe von Abfangjägern, die den B-29-Piloten irritierten.

US-Beobachter äußerten sich enttäuscht. Diese Bombe namens „Little Boy" war offenbar eine nichterprobte Variante des Sprengkörpers, der im Juli getestet wurde. Ein Experte: „Sie hat wahrscheinlich nicht die volle Explosionskraft erreicht, nur etwa 50 bis 60 Prozent – oder sie verpuffte, wie einige vorhersagten." Die japanische Regierung ist auf das Ereignis mit keinem Wort eingegangen. Russische Beobachter in US-Flugzeugen zeigten sich „amüsiert".

7. Oktober 1945: Das State Department spricht von einer Verletzung der Abmachungen von Jalta, weil die Sowjetunion eroberte japanische Waffen an Mao Zedongs Truppen übergibt. Sie infiltrieren die großen Städte und suchen die Entscheidungsschlacht mit dem Nationalchinesen Tschiang Kai Tschek.

1. November 1945: General MacArthur erklärt, daß die amerikanischen Invasionstruppen auf Kyushu (Unternehmen „Olympic") auf erbitterten Widerstand stoßen und schwere Verluste erleiden. „Die Kamikaze-Piloten greifen nicht die gut verteidigten Flugzeugträger und Schlachtschiffe an, sondern die Truppentransporter", berichtet ein Marine-Offizier.

30. November 1945: Das Pentagon gibt bekannt, daß „Olympic" im ersten Monat 11 000 Gefallene und 40 000 Verwundete US-Soldaten verzeichnet. Die Japaner haben Festungen, gegen die die Luftwaffe relativ machtlos ist. „Sie haben die Lektion von Okinawa gelernt", meint General Marshall.

7. Dezember 1945: US-Truppen versuchen noch immer, japanische Verteidigungskräfte auszuräuchern, die in den vorbereiteten Festungen auf Kyushu kämpfen. Die Sowjets haben es abgelehnt, sich an den Angriffen auf die Insel zu beteiligen, weil „Landungstruppen nicht verfügbar" sind. Die Briten belagern in Indochina und Malaysia die japanischen Stützpunkte, um sie auszuhungern, erklärt ein General.

25. Dezember 1945: Der amerikanische Soldat in Japan fragt sich an diesem Weihnachtsfest, wie lang er noch kämpfen muß – und ob er eine Hoffnung zu Überleben hat, schreibt unser Korrespondent. Admiral Nimitz warnt: „Wir müssen mit schweren Verlusten rechnen. Die bisherigen Erfolge gegen einen schwach-versorgten Gegner, der von unseren See- und Luftstreitkräften überwältigt wurde, können nicht mit dem Angriff auf die japanischen Hauptinseln verglichen werden, wo die Verbindungs- und Versorgungsstränge des Gegners kurz sind."

Einige US-Soldaten murren über die Politik, die sie im Pazifik hält. Andere, aus Europa herbeigeführt, rebellieren offen gegen ihren zweiten Einsatz. „Ich bin ausgetrocknet nach all dieser Zeit", schreibt ein Soldat. „Solange wir gehen können und keine Wracks sind und nicht mit drei, vier anderen in irgendeinem Loch verscharrt werden, müssen wir hierbleiben und werden nach vorn geschickt." Eine Umfrage zeigt, daß zwei Drittel der Ansicht sind, nach 18 Monaten im Pazifik ihren Teil getan zu haben. Sie wollen nach Hause.

General Marshall warnt vor Kriegsmüdigkeit in den USA. Kongreß-Abgeordnete fordern Anhörungen zur Strategie im Pazifik. Einer fragt: „Und was ist mit der Bombe? Es war ein Verbrechen, sie für eine dumme Demonstration zu verschenken."

29. Dezember 1945: Die Veteranen-Vereinigung fordert die Amtsenthebung des Präsidenten. Der Führer der Bergarbeiter-Gewerkschaft, Lewis, sagt: „Roosevelt und Truman haben uns an Stalin verkauft. Truman hat uns jetzt in eine unmögliche Situation gebracht. Wann werden wir ihn los?" In einer gemeinsamen Erklärung unterstützen Gewerkschaften und Veteranen-Verbände die Forderung nach Kongreß-Anhörungen über die Fortführung des Krieges. Das Weiße Haus, über die Feiertage nach Key West verlagert, nimmt dazu nicht Stellung.

Angriff auf Tokio wird vorverlegt

1. Januar 1946: Eine britische Zeitung bestätigt Befürchtungen des State Department, daß Großbritannien sich aus dem Pazifik und Südasien zurückzieht. „Wir müssen zu Hause unsere Wirtschaft wiederaufbauen", sagt Atlee.

15. Januar 1946: Das Pentagon gibt bekannt, daß „Coronet", der Angriffsbeginn auf die Insel Honshu mit dem Ziel der Ebene von Tokio, von März auf jetzt vorgezogen wurde. Man will Bewegung ins Spiel bringen und der Kritik der Bevölkerung und des Kongresses ausweichen. Einige Offiziere sagen, daß die hohen Verluste an Schiffen bei der Landung auf Kyushu die Operation beeinträchtigen. „Die Moral der Truppe ist schlecht, manche sind nach dreiwöchiger Reise von Europa sofort hier eingesetzt worden", antwortet ein Pentagon-Sprecher auf eine dementsprechende Frage.

30. Januar 1946: Nach eineinhalb Jahren strategischer Bombardierung Japans durch B-29-Bomber zieht General LeMay Bilanz: „Es sind keine größeren Städte übriggeblieben." Er rechnet mit zwei Millionen toten und verwundeten Zivilisten. Das Bomber-Kommando überlegt, wie die Flugzeuge nun gegen die weitverteilte japanische Armee eingesetzt werden können.

31. Januar 1946: Schwedische Diplomaten berichten aus Tokio, daß rebellierende Truppen Kriegsminister Anami und andere führende Politiker getötet haben, weil sie kapitulieren wollten. Kaiser Hirohito soll aus seinem Bunker bei Tokio weggeführt worden sein.



Die Amerikaner haben sich im Sommer 1945 bis an die japanischen Hauptinseln herangekämpft. Weite Teile Asiens sind in der Hand der Japaner. In China herrscht Bürgerkrieg.

1. August 1946: Der Presse wurde ein Geheimdienstbericht über Japan vom Juni 1945 zugespielt. Darin heißt es: Auch nach dem Verlust einiger strategisch wichtiger Inseln im Pazifik (so rechneten die japanischen Generäle damals) ist das Spiel noch nicht verloren. Die meisten eroberten Gebiete, einschließlich der in China, sind weiter in ihrer Hand. Der größte Teil der Truppen ist ungeschlagen.

Die Generäle glaubten kaum an einen Angriff auf Japan selbst, denn die Alliierten erwarte dort „der stärkste Widerstand der Geschichte". 10 000 Kamikaze-Flieger stehen bereit, schrieb der Geheimdienst im Juni 1945, die unterirdischen Verteidigungsanlagen sind voller Verpflegung und Munition, zur Verteidigung sind mehr Kämpfer bereit, als die USA und Großbritannien zusammen besitzen. Als Waffen dienen unter anderem Bambusspeere, Pfeil und Bogen. Jedes Kind hat gelernt, sich Sprengstoff um den Leib zu wickeln, unter einen Panzer zu rollen und sich in die Luft zu jagen. Die USA haben gegen Fanatiker zu kämpfen, die willens sind, so viele Gegner wie möglich mit ins Grab zu nehmen.

7. Dezember 1946: 19 Monate nach der deutschen Niederlage haben die meisten US-Truppen Europa in Richtung Pazifik verlassen. Die Truman-Administration zieht einen Vorschlag des Generals Marshall zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zurück, weil sie bei den Haushaltsberatungen im Kongreß mit einer Niederlage rechnet.

15. März 1947: Der Fehlschlag des Versuches, die Japaner mit einer Super-Bombe zur Kapitulation zu zwingen, hat zur Auflösung des Forschungsstabes geführt. Die meisten Wissenschaftler, ob nun für oder gegen den Einsatz dieser Waffe, haben das Projekt verlassen. Es ist nicht klar, ob noch die Möglichkeit besteht, eine Bombe zu bauen. Eine Quelle sagt, daß Material für eine oder zwei Bomben vorhanden ist.

1. Mai 1947: Sowjetische Truppen besetzen Westdeutschland. „Das ist die europäische Revolution", sagt Stalin bei den Mai-Feierlichkeiten in Moskau; die Zementierung der Situation von 1945 hätte unausweichlich zu einem neuen Krieg in Europa geführt. Großbritannien bietet der Sowjetunion einen Friedensvertrag an. Die Benelux-Länder und Frankreich erklären sich bereit, ihm beizutreten.

16. Juli 1947: Der Vorsitzende des Senats-Ausschusses zur Untersuchung der Super-Bombe gibt bekannt, daß es ein Fehler war, die Bombe nicht zu benutzen, um die Japaner zur Aufgabe zu „zwingen". „Wir haben zwei Jahre lang unsere Soldaten geschunden, zwei Milliarden Dollar verschwendet – und stekken immer noch in Asien fest!" Der Ausschuß beschließt die Produktion weiterer Atombomben unter ziviler Führung und schlägt vor, das Programm einer Waffenkontroll-Stelle der UNO zu unterstellen.

6. August 1947: Der neue Direktor des Atombomben-Projektes, Edward Teller, rechnet damit, daß russische Agenten kontinuierlich in den vergangenen Jahren über die Entwicklungen in Los Alamos, Neu Mexiko, auf dem laufenden gehalten wurden. Er geht davon aus, daß der deutsche Physiker Klaus Fuchs Forschungs-Ergebnisse der Universität Birmingham (England) und aus Los Alamos an den „Rosenberg-Ring" weitergegeben hat. Auch der Laborarbeiter Greenglass hat wichtige Einzelheiten der Bombe verraten.

14. August 1947: Stalin gibt bekannt, daß die Sowjetunion eine eigene Atombombe erfolgreich getestet hat. Sie soll „den sozialistischen Frieden sichern". In Washington heißt es, Moskau habe vor fünf Jahren ein Atom-Programm ins Leben gerufen unter der Führung von Igor Kurchatov am Moskauer Institut für anorganische Chemie. Das blieb dem Westen bisher verborgen.

15. August 1947: Der übergelaufene Klaus Fuchs sagt vor der Presse in Berlin, daß er als Jugendlicher der Kommunistischen Partei in Kiel beigetreten und vor Hitler nach England geflohen sei. Er vertritt die Ansicht, daß die westlichen Alliierten es gern sähen, wenn sich Russen und Deutsche gegenseitig töten. Ohne große Sicherheitsüberprüfung wurde Fuchs in einem frühen Stadium zu den Forschungsarbeiten an der Universität Birmingham hinzugezogen. Ein Sprecher der US-Atomenergie-Kommission zieht Bilanz: „Als er aus England nach Neu Mexiko kam, haben wir uns auf die britische Überprüfung verlassen. Das war ein Fehler."

16. August 1947: Diplomatische Beobachter berichten, daß die Sowjets ihre Atombombe unter „realistischen Bedingungen" getestet haben. Ziel waren Ansammlungen von japanischen Panzern, Artillerie, Flugzeugen, Lokomotiven und vermutlich auch Soldaten um die nordostchinesische Stadt Shenyang. „Der Test war realistisch", meint ein Militärbeobachter. „Die Russen haben bewiesen, daß die Bombe funktioniert, und haben eine Menge Informationen darüber sammeln können, wie sie auf Material und Infrastruktur wirkt."

Der Friede von Wladiwostok

18. August 1947: Stalin widerruft alle Vereinbarungen von Jalta und Potsdam und fordert sofortigen Waffenstillstand im Fernen Osten.

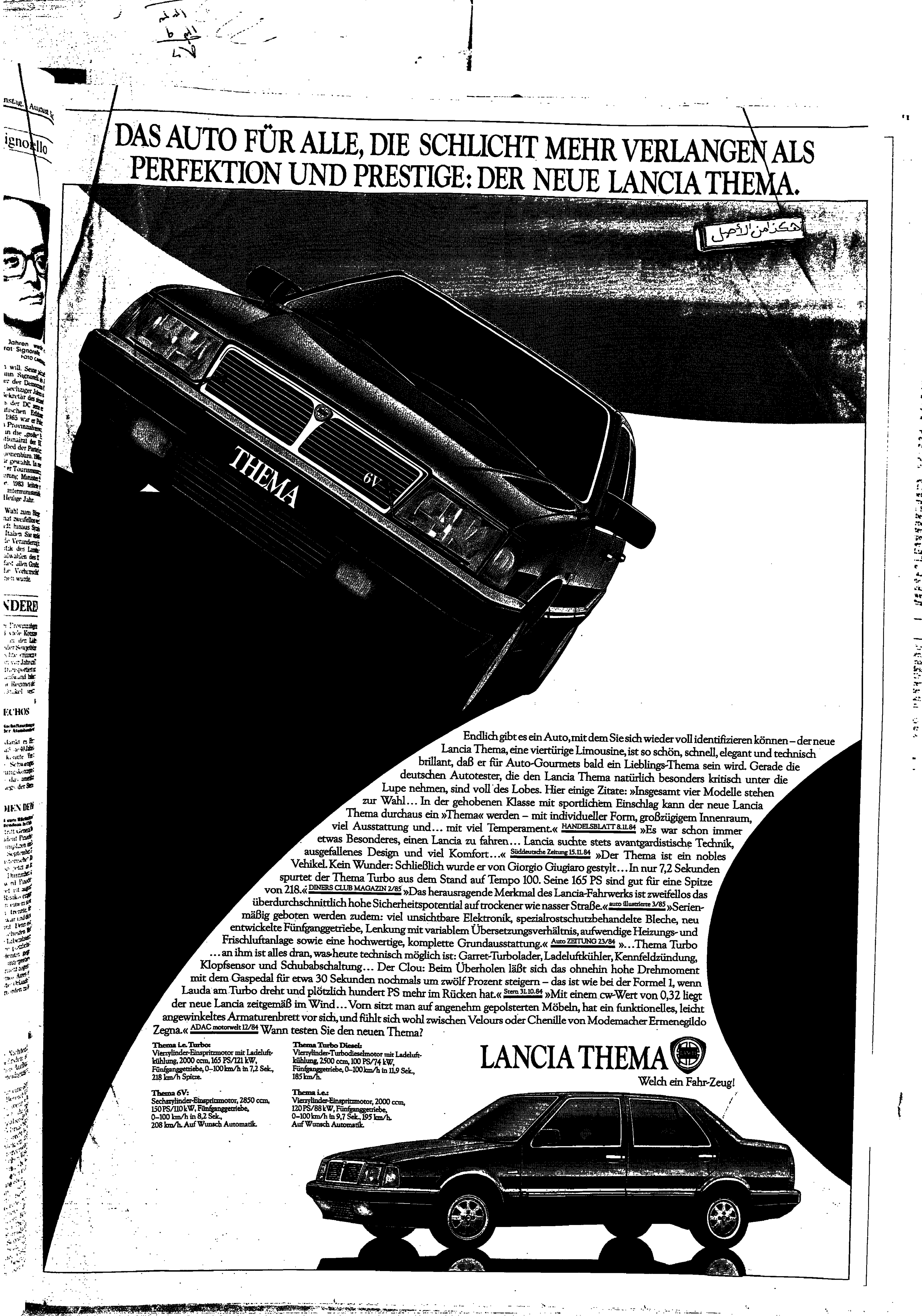
19. August 1947: Das japanische Oberkommando kapituliert bedingungslos vor der UdSSR. In Port Arthur, wo die russische Marine 1906 eine Niederlage erlitt, ergibt sich die japanische Armee dem Kommandeur der sowjetischen fernöstlichen Verbände. Hirohito befiehlt die Kapitulation und beruft Togo Schigenori zum Führer der Japanischen Sozialistischen Republik.

20. August 1947: Der Kongreß enthebt Präsident Truman wegen Unfähigkeit des Amtes. Der neue Präsident James Byrnes fordert den Generalsekretär der UNO, Trygve Lie, auf, einen Waffenstillstand zu vermitteln. Truman wird vorgehalten, durch falsche Führung mehr als eine Million US-Tote und Verwundete und den Verlust der pazifischen Basen verursacht zu haben. Außerdem habe er es versäumt, die Atom-Bombe gegen Japan einzusetzen.

21. August 1947: Die US-Truppen werden von heute an aus Japan zurückgezogen, befiehlt MacArthur; einige Verbände bleiben allerdings und sollen dabei helfen, eine Regierung unter Hirohito einzusetzen. Stalin und Mao bieten sich als Garanten des Waffenstillstandes an und erklären: „Der Kommunismus ist die Zukunft Asiens!" Aus Moskau wird gemeldet, daß Stalin den Wunsch der USA zurückweist, an der militärischen Kontrolle Japans teilzuhaben.

3. September 1947: In Wladiwostok unterzeichnen Byrnes für die USA und Molotow für die UdSSR, Großbritannien, Frankreich und China den Friedensvertrag, der den Zweiten Weltkrieg beendet. Alle US-Basen im Fernen Osten werden an die Japanische Sozialistische Republik übergeben. Molotow fordert die USA auf, in Waffenkontroll-Verhandlungen einzutreten, um eine nuklearwaffenfreie Welt zu schaffen. Bedingung dafür ist die Aufgabe aller weiteren Entwicklung solcher Waffen in den Vereinigten Staaten.

Übersetzt von Detlev Ahlers


DAS AUTO FÜR ALLE, DIE SCHLICHT MEHR VERLANGEN ALS PERFEKTION UND PRESTIGE: DER NEUE LANCIA THEMA.
THEMA
6V
Endlich gibt es ein Auto, mit dem Sie sich wieder voll identifizieren können – der neue Lancia Thema, eine viertürige Limousine, ist so schön, schnell, elegant und technisch brillant, daß er für Auto-Gourmets bald ein Lieblings-Thema sein wird. Gerade die deutschen Autotester, die den Lancia Thema natürlich besonders kritisch unter die Lupe nehmen, sind voll des Lobes. Hier einige Zitate: »Insgesamt vier Modelle stehen zur Wahl... In der gehobenen Klasse mit sportlichem Einschlag kann der neue Lancia Thema durchaus ein »Thema« werden – mit individueller Form, großzügigem Innenraum, viel Ausstattung und... mit viel Temperament.« HANDELSBLATT 8.11.84 »Es war schon immer etwas Besonderes, einen Lancia zu fahren... Lancia suchte stets avantgardistische Technik, ausgefallenes Design und viel Komfort...« Süddeutsche Zeitung 15.11.84 »Der Thema ist ein nobles Vehikel. Kein Wunder: Schließlich wurde er von Giorgio Giugiaro gestylt... In nur 7,2 Sekunden spurtet der Thema Turbo aus dem Stand auf Tempo 100. Seine 165 PS sind gut für eine Spitze von 218.« DINERS CLUB MAGAZIN 2/85 »Das herausragende Merkmal des Lancia-Fahrwerks ist zweifellos das überdurchschnittlich hohe Sicherheitspotential auf trockener wie nasser Straße.« auto illustrierte 3/85 »Serienmäßig geboten werden zudem: viel unsichtbare Elektronik, spezialrostschutzbehandelte Bleche, neu entwickelte Fünfganggetriebe, Lenkung mit variablem Übersetzungsverhältnis, aufwendige Heizungs- und Frischluftanlage sowie eine hochwertige, komplette Grundausstattung.« Auto ZEITUNG 23/84 »...Thema Turbo ...an ihm ist alles dran, was heute technisch möglich ist: Garret-Turbolader, Ladeluftkühler, Kennfeldzündung, Klopfsensor und Schubabschaltung... Der Clou: Beim Überholen läßt sich das ohnehin hohe Drehmoment mit dem Gaspedal für etwa 30 Sekunden nochmals um zwölf Prozent steigern – das ist wie bei der Formel 1, wenn Lauda am Turbo dreht und plötzlich hundert PS mehr im Rücken hat.« Stern 31.10.84 »Mit einem cw-Wert von 0,32 liegt der neue Lancia zeitgemäß im Wind... Vorn sitzt man auf angenehm gepolsterten Möbeln, hat ein funktionelles, leicht angewinkeltes Armaturenbrett vor sich, und fühlt sich wohl zwischen Velours oder Chenille von Modemacher Ermenegildo Zegna.« ADAC motorwelt 12/84 Wann testen Sie den neuen Thema?
Thema i.e. Turbo: Vierzylinder-Einspritzmotor mit Ladeluftkühlung, 2000 ccm, 165 PS/121 kW, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h in 7,2 Sek., 218 km/h Spitze.
Thema Turbo Diesel: Vierzylinder-Turbodieselmotor mit Ladeluftkühlung, 2500 ccm, 100 PS/74 kW, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h in 11,9 Sek., 185 km/h.
Thema 6V: Sechszylinder-Einspritzmotor, 2850 ccm, 150 PS/110 kW, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h in 8,2 Sek., 208 km/h. Auf Wunsch Automatik.
Thema i.e.: Vierzylinder-Einspritzmotor, 2000 ccm, 120 PS/88 kW, Fünfganggetriebe, 0–100 km/h in 9,7 Sek., 195 km/h. Auf Wunsch Automatik.
LANCIA THEMA
Welch ein Fahr-Zeug!

Berührungsängste der „DDR“: Menschenrechte ignoriert

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und sein Ostberliner Amtskollege Oskar Fischer haben in der vergangenen Woche am Rande der KSZE-Jubiläumstagung in Helsinki unbefangener und sachlicher miteinander gesprochen, als dies in früheren Jahren möglich gewesen war. Insofern spiegelte das Verhalten des 62jährigen SED-Funktionärs etwas von jenem verbindlichen Umgangsstil wider, den der neue sowjetische Außenminister Edward Schewardnadse bei seinem ersten internationalen Auftritt zur Schau gestellt hat.

Was sich allerdings an konkreter „DDR“-Politik dahinter verbarg, ist in der westlichen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt geblieben, weil sich zwar jeder für Schewardnadses KSZE-Rede, niemand aber für Fischers Ansprache im Plenum der Finlandia-Halle interessiert hat. Tatsächlich hat Honeckers Außenminister dort eine Sicht der KSZE-Grundsätze an den Tag gelegt, die beweist, daß die SED-Führung auch zehn Jahre nach der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki immer noch jede Berührung mit den Bestimmungen über Menschenrechte, Ausreise, Familienzusammenführung und Informationsaustausch scheut.

Denn Fischer hat in seiner Ansprache den sogenannten Korb III (Zusammenarbeit im humanitären Bereich) überhaupt nicht erwähnt. Auch sein Lob für die zehn dem Text der Schlußakte vorangestellten Prinzipien erweckte den Eindruck, als sei in Helsinki 1975 niemals von Menschenrechten die Rede gewesen.

Indem Fischer diesen gesamten Bereich ignorierte, ging er noch hinter Schewardnadse zurück, der immerhin die Stirn hatte, sich ungeachtet aller Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion als „Champion der internationalen Zusammenarbeit bei der Lösung humanitärer Fragen“ aufzuspielen.

Eine derartige Umkehrung der Verhältnisse wäre auch Fischer nicht schwer gefallen. Doch er vermied sie, weil er den Antragstellern für Ausreisen, den von Kontaktverboten Betroffenen und den Kritikern der Desinformationspolitik in

DIE ● ANALYSE

der „DDR“ nicht die Möglichkeit einer Berufung auf seinen Redetext bieten wollte.

Angesichts dieser panischen Berührungsangst klang es etwas weltfremd, als Genscher in seiner KSZE-Rede fragte: „Was hindert uns daran, als Beweis unseres guten Willens uns zur erneuten Veröffentlichung der Schlußakte von Helsinki zu verpflichten und diese Veröffentlichung mit der Versicherung jedes Teilnehmerstaates zu verbinden, daß die Berufung auf diese Schlußakte niemandem zum Nachteil gereichen wird? Was hindert uns, die beiden französischen Vorschläge zu unterstützen: Eine Konferenz über die Familienzusammenführung vorzusehen und zu beschließen, das in der Schlußakte enthaltene, noch immer in vielen Staaten eingeschränkte Recht jedes Menschen, sein eigenes Land zu verlassen, überall strikt anzuwenden?“

Was die SED daran hindert, hätte der Bundesaußenminister leicht von Fischer erfahren können. Doch dann wäre ihr Gespräch weniger „positiv“ verlaufen.

Keine Überraschung war es, daß der „DDR“-Außenminister die „multilaterale Anerkennung des territorialen Status quo“ als die „tragende Säule“ des KSZE-Gebäudes rühmte. Wie schon mehrmals zuvor unterstrich er die „Unverletzlichkeit der Grenzen“ und ihre Respektierung „jetzt und in Zukunft“ als „verbindliche Verhaltensnorm“, ohne auch nur mit einem Wort zu erwähnen, daß die Grenzen – laut Prinzip I der Schlußakte – „in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung verändert werden können“.

Neu war, daß sich Fischer diesmal bei seinem Plädoyer für den Status quo auch auf die gemeinsame Erklärung berufen konnte, die Bundeskanzler Helmut Kohl und SED-Chef Erich Honecker am 12. 3. 1985 in Moskau beschlossen hatten.

Auf Vorschlag Honeckers war nämlich in die gemeinsame Moskauer Erklärung die vom Kanzler am 27. 2. 1985 im Bundestag als Zitat aus dem Warschauer Vertrag benutzte Formel von der „Unverletzlichkeit der Grenzen“ und der „Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa“ aufgenommen worden. Die als unentbehrliche Ergänzung dazu von Kohl in der gleichen Rede unterstrichenen Grundlagen der Deutschlandpolitik, wie Grundgesetz, Deutschlandvertrag, Briefe zur deutschen Einheit, Entschließung des Bundestages vom 17. 5. 1972 und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und 1975 hingegen wurden im Moskauer Text nicht erwähnt.

Die Besorgnis, daß der SED damit eine höchst unerwünschte internationale Argumentationsgrundlage an die Hand gegeben worden sei, hat sich nun mit Fischers Helsinki-Rede bestätigt.

FDP sucht nach Profilierung

Gegensätze zwischen Genscher und Strauß sollen nicht „übertüncht“ werden

PETER PHILIPPS, Bonn

In der Auseinandersetzung mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß über den außenpolitischen Kurs der Bundesregierung sieht die FDP bereits heute einen Ansatz für ihren Wahlkampf 1987; sie will den Dissens in der Koalitions zur eigenen Profilierung nutzen. Daran können auch kompromißfähige Äußerungen des Berliner Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen nichts ändern.

FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann machte deutlich, daß der FDP an einer Übertünchung der Gegensätze zwischen Genscher und Strauß, zwischen CSU und FDP in wichtigen außenpolitischen Fragen gar nicht gelegen ist: Hier gebe es ein Feld, das „ganz wichtig in der Wahlargumentation“ seiner Partei für 1987 werde. Die Bürger sollten gefragt werden, ob sie die „Fortsetzung einer verläßlichen, berechenbaren, kontinuierlichen Außenpolitik“ wünschten. Wenn die FDP hierfür das „Votum“ erhalte, dann werde Genscher über 1987 hinaus seine Arbeit als Außenminister „fortsetzen“, schlug Haussmann einen personellen und sachlichen Pflock ein. Strauß hatte hingegen dieses wie auch das Amt des Wirtschaftsministers für die Zeit nach einem Wahlsieg 1987 kaum verhüllt für die Union reklamiert.

Es gehe Genscher und seiner Partei ja nicht „um eine große, qualitativ neue Entwicklung der FDP-Ostpolitik“, sagte Haussmann gestern nach der Sitzung des Parteipräsidiums. Der Außenminister habe bereits vor zwei Jahren gesagt, daß „nach der Nachrüstung formal eine neue Phase der Entspannungspolitik nötig“ sei. Haussmann berief sich an dieser Stelle (wie am Wochenende auch Strauß und Genscher mit unterschiedlichen Zitaten) auf Bundeskanzler Helmut Kohl als Kronzeugen, der diesen Gedanken Genschers „aufgenommen“ habe. Es folgte eine Retourkutsche Richtung München: „Wir unterstellen ja auch der CSU oder Strauß nicht, daß sie von dieser Form der Fortsetzung und Intensivierung der Entspannungspolitik abrücken wollen.“ Und was das kritische Verhältnis zu SDI sowie das Setzen auf Eureka angehe, spreche Genscher schließlich nicht seine „Privatmeinung“ aus, sondern folge den einstimmigen Entscheidungen des „kleinen FDP-Parteitags“ und liege auch „auf der Linie des Bundessicherheitsrates und des Kanzlers“.

Nachdem sich der bayerische Ministerpräsident und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Interviews über „Kontinutität“ und „neue Phase der Entspannungspolitik“ voneinander abgegrenzt hatten, sagte Diepgen gestern im Deutschlandfunk: Kontinuität bedeute „sowohl Stetigkeit als auch Bewegung“. Für die Grundsätze einer so verstandenen „kontinuierlichen Außen-, Deutschland- und Ostpolitik“ gebe es „zwei Zielvorstellungen: die unmittelbare Einbindung in das westliche Verteidigungsbündnis und unser Interesse am Dialog, an konkreten Fortschritten für die Menschen im geteilten Europa, dabei insbesondere im geteilten Deutschland und Berlin“.

Die zehn Jahre seit dem KSZE-Abkommen hätten, sagte Diepgen, zwar „auch Fortschritte“ gebracht, doch beispielsweise für den Bereich der menschlichen Erleichterungen „gab es einfach zu wenig“. Es komme weiterhin auf „langfristig angelegte Zusammenarbeit“ an, die zum Beispiel in der Sicherheitspolitik „unterfüttert werden muß“ mit „vertrauensbildenden Maßnahmen“ etwa in der Kultur-, der Umweltpolitik und im Sport.

*

p. p. Bonn

Die FDP will ihre Profilierung gegenüber CDU und CSU nicht auf die außenpolitischen Auseinandersetzungen beschränken, sondern auch in der mit-wahlentscheidenden Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-Politik. Generalsekretär Helmut Haussmann und Schatzmeisterin Irmgard Adam-Schwätzer haben für den Herbst eine „Offensive für mehr Beschäftigung“ angekündigt. Dabei gehe es ihnen nicht um „weiteren staatlichen Aktionismus“, um staatliche Beschäftigungsprogramme, an denen „kein Bedarf“ bestehe. Sie wollen vor allem die Binnennachfrage ankurbeln, und dafür „gibt es nur ein schnell wirkendes Mittel, nämlich Steuersenkungen“ (Haussmann). Anhand der Konjunktur- und Arbeitsmarkt-Daten will die FDP im Herbst entscheiden, ob sie ihre alte Forderung wieder hervorholt, das inzwischen für zwei Tranchen verabschiedete Steuerentlastungs-Paket doch bereits vom 1. Januar 1986 an in einem Schritt wirksam werden zu lassen.

Obwohl es an dieser Stelle Berührungspunkte mit der CSU gibt, ging Haussmann verbal auf Distanz, indem er über den „Mut von Ministerpräsidenten“ sprach: Wenn ihn Strauß und Späth „bereits vor der Sommerpause“ gehabt hätten, hätte sich ja damals schon eine Bundesrat-Mehrheit für die Steuersenkung in einem Zuge „abgezeichnet“. Die FDP sei „gespannt“, ob die Ministerpräsidenten der Union nun im Herbst ihre Ankündigungen „wahr machen“.

Die FDP-Repräsentanten erneuerten ihre Forderung, diese wie auch die von ihnen für die Zeit nach 1987 angepeilte Steuerentlastung über einen drastischen Subventionsabbau zu finanzieren. Man habe alle „wichtigen Wirtschaftsverbände“ angeschrieben und um Abbau-Vorschläge gebeten. Das Ergebnis könne natürlich „sehr entlarvend“ sein. Parallel dazu sei Wirtschaftsminister Martin Bangemann mit gutem Beispiel vorangegangen und habe für seinen Etat '86 „20 Prozent Subventionsabbau“ vorgesehen.

Während der CDU Unterstützung für die Gesetzesnovelle signalisiert wurde, mit der „klargestellt wird, daß die Bundesanstalt für Arbeit nicht die Streikkasse der Gewerkschaften“ sei, gibt es keine Zustimmung für eine Vorruhestands-Regelung im öffentlichen Dienst. Frau Adam-Schwätzer: „Das ist sehr teuer. Dann lautet unsere Priorität, das Geld für Steuersenkungen einzusetzen.“

Die FDP will 1987 nicht nur als Garant der „verläßlichen Außenpolitik“, sondern auch – so die Schatzmeisterin – als „Steuersenkungspartei“ um Wählerstimmen werben.

Wird RIAS Fernsehanstalt?

dpa, Berlin

Neue Fernsehprogramme werden auch in Berlin in naher Zukunft nicht allein auf die Verbreitung über Kabel angewiesen sein. Ein Sprecher des Bundespostministeriums bestätigte, daß im Stadtgebiet zwei Fernsehkanäle für Antennenempfang geplant seien. Der eine sei für ein Fernsehprogramm des Senders RIAS vorgesehen, der andere „eventuell für private Veranstalter“. Damit wurden Pressemeldungen bestätigt, wonach die Post im Ortsteil Wannsee die Errichtung von zwei regionalen Fernsehsendern plane. Ein Sprecher des Berliner Kabelrats erklärte, das Gremium sei mit diesen Plänen noch nicht befaßt worden. RIAS-Intendant Schiwy meinte, er stehe solchen Vorstellungen „durchaus positiv“ gegenüber.

Stiefkind Eliteförderung

● Fortsetzung von Seite 1

knapper Mittel Gelder für die Wissenschaftsforschung in die Hochbegabtenforschung verlagert werden.

Professor Wilhelm Wieczerkowski, Vorsitzender im Organisationskomitee für den Kongreß, bedauerte gestern die „unsachlichen Angriffe“.

Dabei wird es auf der Tagung unter anderem auch um die biologischen Grundlagen der Intelligenz gehen (Referent: Hans Eysenck aus London) sowie um die „intellektuellen Fähigkeiten und kognitiven Prozesse“ mit den jüngsten neurophysiologischen Erkenntnissen über die unterschiedlichen Abläufe im Hirn bei talentierten oder durchschnittlich begabten Kindern.

Die Kritiker weisen unterdessen die „genetische Begabungstheorie“ zurück und fordern die bessere Förderung aller Kinder, unter anderem durch kleinere Klassen. Darüber hinaus solle die Lehrerausbildung verbessert und die Möglichkeit zusätzlicher Förderstunden für Schüler geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang kritisierte die GEW auch die laufende Novellierung des Hochschulrahmengesetzes, die mit Sonderstudiengängen und Steilkursen auch hier eine kleine Gruppe von Lernenden herausgreifen und sie gegenüber der großen Mehrheit der Studierenden privilegieren wolle. Beim gegenwärtigen Zustand der Hochschulen sei es ohnehin für die besonders Befähigten leichter, da die Lehrer die in ihrem Sinne jeweils besten Studierenden ausfindig zu machen suchten, um sie als Mitarbeiter, Hilfskräfte und Doktoranden an sich zu binden.

Silicon Valley auch in der Bundesrepublik

Technologiezentren sollen innovativen Unternehmen den Start erleichtern / Förderung durch staatliche M…

Von HARALD WATERMANN

Während über Silicon Valley, dem legendären Vorbild aller Technologieparks, dunkle Wolken am Wachstumshimmel aufgezogen sind, ist das Gründungsfieber in der Bundesrepublik ungebrochen. Waren im Dezember 1984 erst acht Technologieparks gegründet, drei im Bau und 30 in der Planung, so weist der Stand von August 1985 eine erstaunliche Steigerung auf: 23 Gründer- und Technologiezentren sind eröffnet, 38 sind in der Planung, und weitere zehn sehen ihrer Fertigstellung entgegen.

Die Zentren sollen es dem technologieorientierten Unternehmensgründer erleichtern, sich auf die Entwicklung seines Produkts und auf die Markterschließung zu konzentrieren. Im Technologiepark werden Einrichtungen und Leistungen angeboten, die ansonsten nicht, nur zu höheren Preisen oder in geringerer Qualität vorzufinden sind. Hierzu gehört ein flexibles Raumangebot, das es ermöglicht, nur jeweils die tatsächlich benötigte Fläche anzumieten. Daneben sind die Mietverträge so gestaltet, daß für die Mieter relativ günstige Kündigungsbedingungen eingeräumt werden. Zugleich wird versucht, Reserveflächen bereitzuhalten, um expandierenden oder schrumpfenden Unternehmen den Umzug innerhalb des Zentrums zu ermöglichen.

Technologiezentren in der Bundesrepublik
(Stand August 1985)
▲ realisiert
△ in Realisierung
● geplant
Quelle: FhG-ISI

Verstärkte Kooperation

Allen Mietern werden die zentralen Gemeinschaftseinrichtungen wie Empfang, Telefonzentrale, Schreibbüro, Kopierer, Konferenzräume, Kantine und Telex angeboten. Die Möglichkeiten zu intensiven Kontakten und zur Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen im Park (entscheidend ist dabei ein qualitätsbezogener Auswahlprozeß bei der Vermietung), mit angeschlossenen Forschungsinstituten oder mit bereits erfolgreichen externen Unternehmen können einen weiteren Innovationsschub auslösen. Erstrebenswert ist für die Parks auch die Bestellung eines gemeinsamen hauptberuflichen Managers, der die Unternehmensgründer in Finanzierungs- und Marketingfragen berät oder geeignete Berater vermittelt.

An der Gründung von Technologieparks sind unterschiedliche Institutionen interessiert. Die Kommunen versuchen, ihre Wirtschaftsstruktur zu verbessern, neue Arbeitsplätze zu gewinnen und leerstehende Betriebsgebäude wieder zu nutzen. Kreditinstitute spekulieren auf den Imagegewinn, der mit der Förderung technologieorientierter Jungunternehmen verbunden ist. Sie hoffen langfristig auf neue Kunden und wollen in gut kontrollierbarem Rahmen lernen, wie innovative Gründer und Projekte banktechnisch zu beurteilen sind. Bei Industrieunternehmen, die Technologiezentren initiieren oder auch betreiben, kann die Auslastung bestehender Kapazitäten ein wichtiges Argument sein, mitunter können etablierte Unternehmen hier auch neue Technologiefelder erschließen lassen und die Entstehung qualifizierter Zulieferer und Abnehmer fördern. Bei den bisher aufgetretenen Immobiliengesellschaften steht die profitable Vermarktung von schwer vermietbaren oder verkäuflichen Industrieimmobilien im Vordergrund.

Träger der Technologieparks sind in erster Linie die Städte. In den meisten Fällen wird die Grundfinanzierung durch eine Trägerorganisation – in der Rechtsform einer GmbH oder eines eingetragenen Vereins – wahrgenommen. Die Investitionskosten für die geplanten oder bereits realisierten Technologiezentren reichen bis 20 Millionen Mark. In der Mehrzahl greifen die Träger der Parks auf vorhandene Altbauten zurück, vor allem auf ehemalige Fabrikgebäude. Die Nettobetriebsfläche beträgt in der Mehrzahl der Fälle zwischen 1500 und 3500 qm. Die einmaligen Investitionen für Neubau oder Umbau und Renovierung werden bei den meisten Objekten ganz oder überwiegend von den Bundesländern finanziert. Die Länder tragen teilweise auch einen erheblichen Anteil der n. … den Ankaufkosten. In der Mehrzahl der Fälle sollen jedoch die Erwerbskosten voll von den Unternehmen getragen werden, was letztendlich vielfach dazu führen wird, daß die anfänglichen Betriebsverluste doch weitgehend von den städtischen oder kommunalen Trägern übernommen werden müssen.

Zuschüsse der Länder

Für die Finanzierung der Unternehmensgründungen stellen die Bundesländer, wenn bestimmte Kriterien erfüllt werden, Zuschüsse aus Förderprogrammen zur Verfügung. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie plant, fünfzehn Technologieparks in seinen Modellversuch „Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen“ einzubeziehen. Dabei werden allerdings nicht die Kosten der Technologieparks subventioniert, sondern die in diesen Parks niedergelassenen Unternehmensgründer sollen an der Förderung partizipieren.

Ein vom Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung im Dezember 1984 veranstaltetes Seminar über Innovationsfinanzierung zeigte, daß für die Finanzierung der jungen Unternehmen genügend Mittel in Form von Wagniskapital und Innovationskrediten bereitstehen; den zögerlichen Einsatz beim Abschluß von Risikobeteiligungen sehen Experten in dem Mangel an Erfahrungen der Finanziers bei der Prüfung und Bewertung innovativer Vorhaben und Gründungen.

Die in letzter Zeit aufgekommene Kritik an den Technologiezentren hat zu Recht auf eine gewisse Hektik und eine mangelhafte Planung in verschiedenen Städten hingewiesen. Ebenfalls ist nicht zu übersehen, daß die Gefahr eines Subventionswettbewerbs besteht. Aufgabe der Bundesländer wird es sein, der Zersplitterung und Ausuferung der Gründungsinitiativen entgegenzuwirken. Darüber hinaus wird es wichtig sein, daß die öffentliche Hand sich ihrer nur initiierenden Funktion bewußt bleibt, sich nach und nach aus diesem Aufgabenfeld zurückzieht und dafür sorgt, daß die Unternehmensgründer zunehmend über Mietsteigerungen mit realistischen Kosten konfrontiert werden.

NOTIZEN

Umwelt-Institut

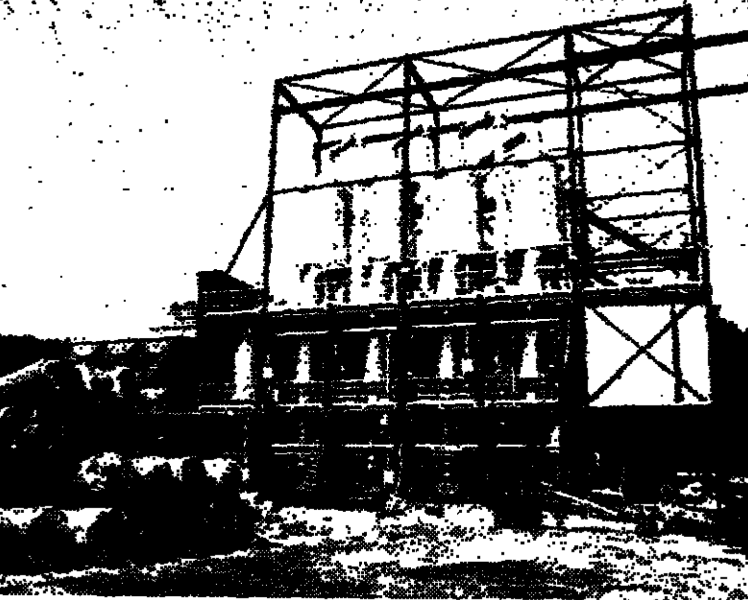
Hannover (DW.) – In Anwesenheit des niedersächsischen Wissenschaftsministers Johann-Tönjes Cassens ist am letzten Donnerstag in Hannover der Neubau des Fraunhofer-Institutes für Toxikologie und Aerosolforschung nach fünfjähriger Bauzeit seiner Bestimmung übergeben worden. Das Institut, das sich umfassend mit der Umweltforschung beschäftigt, bietet etwa 200 Wissenschaftlern einen Arbeitsplatz. Die Baukosten von rund 75 Millionen Mark haben je zur Hälfte der Bund und das Land Niedersachsen getragen.

Schadstoffe in Vogeleiern

Hamburg (dpa) – Die Schadstoffbelastung der Nordseeküste hat in vielen Gebieten solche Ausmaße angenommen, daß nach einigen Fischarten und Kleintieren auch negative Auswirkungen auf den Bruterfolg von Vögeln befürchtet werden müssen. In einer erstmals in Deutschland vorgenommenen Untersuchung über die Belastung der Seevogeleier mit Quecksilber wurde ermittelt, daß 353 von 355 analysierten Eiern mehr von dem Metall aufwiesen, als etwa das Bundesgesundheitsamt als höchstzulässige Menge für Hühnereier erlaubt. In einigen Fällen wurde der Richtwert um das Hundertfache überschritten. Die Fortpflanzung der Vögel ist durch die Rückstände bedroht.

Dünnsäure-Entsorgung

Oldenburg (dpa) – Die Bezirksregierung Weser-Ems hat jetzt der Firma Kronos-Titan grünes Licht für die geplante Anlage zur Aufarbeitung von Dünnsäure in ihrem Zweigwerk in Nordenham gegeben. Durch die Anlage wird nach Angaben der Bezirksregierung die Nordsee um jährlich 400 000 Tonnen Dünnsäure einschließlich 30 000 Tonnen Mineralien entlastet. Die Behörde machte die Auflage, daß eine Entschwefelungsanlage eingebaut wird. Damit sei gewährleistet, daß das Problem der Abfallentsorgung nicht lediglich vom Meer auf das Land verlagert werde.



In dieser Anlage werden die Blöcke aus Salzschlacke (links) umweltschonend und ohne zusätzlichen Energieaufwand wiederaufbereitet

FOTO: SULZER

Zu schade für den Müll

Ein neues Verfahren macht Salz-Rückstände nutzbar

Von ARNO NÖLDECHEN

Die Aufarbeitung von Aluminiumschrott wird immer häufiger praktiziert, weil sich dieses wichtige Metall in großen Mengen wiedergewinnen läßt, ohne daß dafür große Mengen elektrischer Energie eingesetzt werden müssen. Die gepreßten Aluminium-Blöcke werden dazu in einem Drehofen geschmolzen, von Rückständen befreit und wieder in Metallbarren gegossen. Zum „Läutern“ der Aluminium-Schmelze verwendet die Industrie Natrium- und Kalziumchlorid. Diese Salze verbleiben am Ende des Prozesses in der Schlacke, die in dem Ofen von dem reinen Metall getrennt wird.

Je nach der Größe solcher Aufschmelz-Anlagen fallen beträchtliche Salzschlackemengen an. Wegen ihres hohen Gehaltes an leicht lösbaren Salzen dürfen diese Abfälle nicht mehr in Deponien abgelagert werden. Sie könnten hier ausgewaschen werden und das Grundwasser verunreinigen. Eine Reihe von kleineren Aluminium-Schrotthütten steht daher vor der Alternative, die Rückgewinnung des Aluminiums entweder aufzugeben oder aber neue Verfahren zur Aufarbeitung der Salzschlacke einzusetzen. Eines dieser Aluminium-Umschmelzwerke wird von der Metallwarenfabrik Stockach betrieben. Hier fallen pro Stunde 3 Tonnen an Salzschlacken an, die nicht mehr auf einer Deponie abgelagert werden können.

In Zusammenarbeit mit der Schweizer Firma Sulzer-Escher Wyss konnte jetzt ein Verfahren entwickelt und erprobt werden, das dieses Problem umweltschonend löst. Es reduziert die einzusetzenden Salzmengen, weil das Salz sich zum größten Teil säubern und wieder in den Prozeß einführen läßt. Dabei verursacht die Salz-Rückgewinnung nicht einmal zusätzliche und belastende Energiekosten. Das Sulzer-Verfahren nutzt dazu Wärme-Energie des Aufschmelzprozesses von Aluminiumschrott. Sie wird mit einer Wärmepumpe per Thermokompression zum Herauslösen der wasserlöslichen Salze verwendet. Diese Energie reicht zudem aus, um das Salz in einem angeschlossenen Kristallisations-Prozeß zu reinigen.

Was dabei übrigbleibt, sind zum einen Aluminiummetall-Reste aus der Schlacke und ein Konzentrat. Es kann entweder deponiert werden, weil es keine wasserlöslichen Bestandteile enthält, oder es läßt sich aufarbeiten, um beispielsweise Arsen-, Kadmium- oder Magnesium-Verbindungen zurückzugewinnen. Dieser übrigbleibende Anteil macht nur einen Bruchteil der früher anfallenden Salzmengen aus. Es ist ein hochkonzentrierter Abfall, an dem zum Beispiel die chemische Industrie Interesse hat.

Die verfahrenstechnische Lösung beweist, daß die chemische Industrie umweltschonend arbeiten kann, ohne daß dafür große Mengen zusätzlicher Energie erforderlich sind, die die Betriebskosten ansteigen lassen. Moderne Verfahren können durchaus rentabel betrieben werden und die dafür benötigten Investitionen relativ kurzfristig wieder einspielen.

Ingenieure erforschen alte Gebäude

URSULA DEGEN, Karlsruhe

Die Universität Karlsruhe hat einen neuen Sonderforschungsbereich (SFB) eingerichtet, zu dessen Präsentation der baden-württembergische Minister für Wissenschaft und Kunst, Professor Helmut Engler, eigens in die badische Landeshauptstadt kam. Erforscht werden sollen Methoden zur „Erhaltung historisch bedeutsamer Bauwerke“. Das in der ersten Phase auf drei Jahre angelegte Projekt wird mit 4,7 Millionen DM von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert.

Sprecher des SFB ist Professor Fritz Wenzel vom Institut für Tragkonstruktionen. Insgesamt sind sieben Universitätsinstitute aus drei Fakultäten und das Landesdenkmalamt an dem Projekt beteiligt. Einmalig dabei ist die Zusammenarbeit zwischen Ingenieuren und Bauhistorikern. Es geht nämlich nicht nur um die wissenschaftliche Begründung für einen nostalgischen Denkmalschutz. Die Wissenschaftler wollen vielmehr die alten Konstruktionsprinzipien erforschen und daraus Methoden zur Stabilisierung der Gebäude entwickeln. Ein Verfahren, das sozusagen aus dem Innern heraus wirken soll. Für den Erhalt des Äußeren, wie Steinfassaden, Putz und Malereien, stützen sich die Karlsruher auf die Ergebnisse von Kollegen, die auf diesem Gebiet bereits Erfolge vorzuweisen haben.

Bei Konstruktionsuntersuchungen klaffen die Ergebnisse zwischen theoretischen Modellen (bzw. Laborbedingungen) und den Versuchen am realen Objekt meist stark auseinander. Daher ist es nötig, auch konkrete Bauwerke in die Untersuchungen mit einzubeziehen. Eines davon wird das Ludwigsburger Schloß sein. Doch bleiben auch „gewöhnliche“ Häuser und Industriebauten keineswegs ausgespart, wenn auch ein selbstgesetzter Qualitätsanspruch für Erhaltenswertes besteht.

Wichtig ist, daß die Ergebnisse auch auf allgemeine Fälle in der Alltagspraxis übertragbar sind. Die für diesen Zweck eingerichtete Dokumentationsstelle nimmt im Oktober ihre Arbeit auf. Alle Ergebnisse des SFB werden in Berichtform veröffentlicht, doch kann das Wissenschaftlerteam bei gegebenen Projekten auch Empfehlungen aussprechen. Als Nebeneffekt der Untersuchung erhofft man sich, daß mit erhaltenswerten Bauobjekten in Zukunft bewußter und verantwortungsvoller umgegangen wird.

هكذا من الأصل

هكذا من الأصل

Flexibilität gefragt

J. Sch. (Paris) – Auch in Frankreich wird Produktivität größer geschrieben. Selbst bei den verstaatlichten Unternehmen sind die Belegschaften zu mehr Flexibilität bereit. So hat inzwischen der Thomson-Konzern für rund 10 000 Mitarbeiter die Arbeitszeit von gesetzlich 39 auf 35 Wochenstunden reduziert. Er gewährt dafür aber nur insoweit Lohnausgleich als zusätzlich Leistungen erbracht werden, insbesondere in Form von Nacht- und Wochenendarbeit.

Vergessen scheint dabei die sozialistische Formel, wonach Arbeitszeitverkürzungen äquivalente Neueinstellungen zur Folge haben müßten.

Andererseits honorieren die Unternehmen inzwischen wieder stärker individuelle Leistungen. Vor allem die Kader, deren Grundgehälter in den letzten Jahren real ziemlich stark geschrumpft waren, werden durch Prämien entschädigt und motiviert. Wer sich dagegen nicht besonders anstrengt, bekommt den Wegfall der Lohn-Preisindexierung zu spüren – ausgenommen allerdings die Mindestlöhner.

Jetzt will die Regierung auch die Beamten zu höheren Leistungen anspornen. Das wird aber nicht einfach sein, denn ihre Gehälter sollen im nächsten Jahr nur um durchschnittlich 3,4 Prozent steigen, inflationsbereinigt also wahrscheinlich zurückgehen. Damit hofft die Regierung ein gutes Beispiel für die gesamte Wirtschaft zu geben. Sie riskiert dabei aber statt Flexibilität eher eine Verhärtung der sozialen Fronten.

Feste Strukturen

Wb. – Das Ergebnis einer Auswertung der Lehrlings-Statistik der Handwerkskammer Rhein-Main läßt sich kurz fassen: Der vielberufene Verdrängungswettbewerb zwischen den Abgängern unterschiedlicher Schulstufen findet praktisch nicht statt. Zwar gebe es kaum einen Beruf, zu dem die Abiturienten bisher keinen Zugang gefunden hätten. Doch ihr Anteil bleibe insgesamt begrenzt, konzentriere sich zudem auf „Modeberufe" wie Optiker, Zahntechniker oder Fotograf. Der Anteil der Abiturienten an den neuen Lehrverträgen im Handwerk ist zwar 1984 auf 7,9 (6,2) Prozent gestiegen. Aber auch die Hauptschüler legten mit 26,4 (24,8) Prozent deutlich zu, ein Umstand, der die These von der Verdrängung der Hauptschüler widerlegt. Im Gegenteil: Fast jede Berufsgruppe weise ein relativ fest gefügtes Vorbildungsspektrum auf, in dem es nur zu geringen Schwankungen komme. Es scheint, daß im Handwerk der gesunde Menschenverstand immer noch die Oberhand behalten hat.

AUSSENWIRTSCHAFT / Bangemann auf seiner Asienreise jetzt in Thailand

Bonn will seine Beziehungen zu den Asean-Ländern deutlich verbessern

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Die Bundesregierung beabsichtigt, ihre Beziehungen zu den Asean-Staaten zu intensivieren. Dies hat Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann vor Vertretern der deutschen Wirtschaft in Bangkok erklärt. Es gelte, so sagte Bangeman, den „Rückstand aufzuholen". Seit Jahren schon weisen in Südostasien ansässige Repräsentanten der deutschen Wirtschaft darauf hin, daß die Regierungen anderer Industrieländer sehr viel mehr zur Unterstützung ihrer im Ausland tätigen Wirtschaft täten.

Bangemann deutete an, daß unter anderem daran gedacht sei, das Netz der deutschen Auslandskammern in Südostasien auszubauen. Innerhalb der sechs Asean-Länder haben nur Thailand und Indonesien eine Auslandskammer. Gleichzeitig bekräftigte Bangemann sein Festhalten an der Tradition der deutschen Wirtschaftspolitik. die Bundesregierung werde sich wie bisher auf die Gestaltung von Rahmenbedingungen beschränken. Eine klare Absage erteilte Bangemann auch den Wünschen deutscher Auslandsfirmen, daß Bonn sich an Soft-loan-Finanzierungen beteilige. Das wäre nichts anderes als Subventionierung.

Bangemann, der sich vom 4. bis 6. August zu Gesprächen in Thailand aufhält, hat vorher die Asean-Mitglieder Singapur und Malaysia besucht. Wie sehr die Thais diesen ersten Besuch eines deutschen Wirtschaftsministers in ihrem Lande schätzen, zeigt sich daran, daß Bangemann am Montag nachmittag zu einer Audienz von König Bhumibol empfangen wurde. Dies ist eine Ehre, die nur solchen Gästen zuteil wird, die als besondere Freunde erachtet werden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist Thailands fünftwichtigster Handelspartner weltweit und der größte innerhalb der EG. Thailand hat 1984 für 1,550 Mrd. Mark in die Bundesrepublik exportiert. Davon entfielen 664 Mill. DM auf Tapioka, 97 auf Zinn und 68 auf Fisch und Fischprodukte. Thailands Importe betrugen 984 Mill. Mark. Bezogen auf Thailands Gesamtimporte ergibt das nur vier Prozent. Diese Zahl ist ein Hinweis, wie wenig die deutsche Wirtschaft am Wirtschaftsaufschwung Thailands partizipiert.

Das, so meint Rudolf Rindermann, Geschäftsführer der Deutsch-Thailändischen Handelskammer, liege zum Teil daran, daß die in Bangkok ansässigen deutschen Handelshäuser nur noch dem Namen nach deutsch seien. Sie handelten mit Gütern aus aller Welt und verkauften vorwiegend Produkte jener Nationen, die billiger sind als die der Deutschen oder die bessere Konditionen zur Finanzierung bieten. Die Kammer schätzt, daß der Jahresanteil der deutschen Handelshäuser am deutschen Export nach Thailand unter 100 Mill. Mark liegt. Um der deutschen Wirtschaft zu mehr Geschäften in Thailand zu verhelfen, wird die Kammer vom 11. bis 15. November das erste Symposium der deutschen Industrie in Asien abhalten. Über 40 deutsche Firmen haben sich zu Vorträgen angesagt. Auf thailändischer Seite wollen 2100 Ingenieure teilnehmen.

Mehr als an Handel aber sind die Thais an deutschen Investitionen interessiert. Nach Untersuchungen der Kammer beläuft sich die gesamte Investitionssumme deutscher Firmen auf nur 240 Mill. Mark. 93 Mill. Mark sind Direkt-Investitionen, der Rest verteilt sich auf Re-Investitionen oder Investitionen, die in Thailand selbst oder über Drittländer finanziert wurden.

In Singapur, Kuala Lumpur und Bangkok hat Bangemann seine Gesprächspartner darauf hingewiesen, daß die einzelnen Asean-Länder für deutsche Investoren um so interessanter wurden, je mehr sie untereinander ihre Zölle senkten. In diesem Zusammenhang betonte Bangemann die Entschlossenheit der Bundesregierung, ihren Kampf gegen den Protektionismus fortzusetzen. Dabei hoffe er in der nächsten Gatt-Runde auf die Unterstützung der Aseanländer. Diese Themen werden auch erörtert werden, wenn am 17. und 18. Oktober die Wirtschaftsminister der EG und der Asean zur Verlängerung des 1980 geschlossenen Asean-EG-Kooperationsabkommens in Bangkok zusammentreffen.

WELTHANDEL

Europa setzt weiterhin auf multinationale Lösungen

HEINZ HECK, Bonn

Als „sicher hilfreich" wertet das Bonner Wirtschaftsministerium das am 30. Juli verkündete Dreijahresprogramm der japanischen Regierung zur Importerleichterung. Allerdings wird in Bonn und Brüssel nach den Erfahrungen der Vergangenheit mit Vorbehalten nicht gespart. Zum einen handele es sich um Absichtserklärungen, die der Umsetzung bedürften. Zum anderen sei jetzt schon sicher, daß die Regierung in Tokio auch mit der Ausfüllung dieses Angebots noch nicht aus der handelspolitischen Pflicht entlassen sei. Eine abschließende Wertung aus Brüssel ist nicht vor September oder Oktober zu erwarten.

Auch nach der japanischen Ankündigung verlieren die internationalen handelspolitischen Gespräche mit dem Ziel einer neuen Gatt-Runde nichts von ihrer Brisanz. „Die Gefahr, daß in den USA die Sicherungen durchbrennen", bestehe angesichts eines Handelsbilanzdefizits von 140 bis 150 Milliarden Dollar im Jahr unvermindert fort, heißt es in Bonn. Gerade Washington dränge daher auf möglichst rasche Lösungen.

Zudem sei eine aggressivere Haltung bei der Durchsetzung der nationalen Ziele zu beobachten. In Bonn sieht man ganz klar die Gefahr, daß die USA als Riesenmarkt die eigenen Interessen auch bilateral durchsetzen können und daher nicht in dem Maß – wie praktisch jeder andere Handelspartner – auf das multilaterale System des Gatt angewiesen sind. Dies gelte um so mehr, wenn es im Gatt keine Fortschritte für Washington gebe. Dieses „Alibi" dürfe man den Befürwortern nationaler Lösungen in den USA nicht geben. Wer der amerikanischen Administration den Rükken stärken wolle, müsse auf rasche Entscheidungen im Gatt drängen.

In der EG gibt man sich überzeugt, daß die Vorbereitungskonferenz der hohen Beamten doch noch im September, allenfalls Oktober zustandekommen kann. Die größten Schwierigkeiten kommen aus Lateinamerika unter Führung Brasiliens. Entscheidend sei, die Entwicklungsländer, auch die großen Schuldner, davon zu überzeugen, daß die Gatt-Runde auch für sie von Vorteil sei. In der Sache bedeutet das, daß sensible Märkte wie Textilien oder Agrarerzeugnisse nicht ausgenommen werden.

Kommt es zur Vorbereitungsrunde im Herbst, so könnten schon zu Beginn 1986 die Ministerkonferenz und substantielle Verhandlungen folgen. Der internationale Dienstleistungsverkehr ist das neue große Thema für die Gattrunde. Das Gatt werde obsolet, wenn es nicht gelinge, auch diesen rasch wachsenden Bereich seinen Spielregeln zu unterwerfen. Zudem werde damit die Basis für Handelsverhandlungen breiter, und den Verfechtern des Freihandels in den USA werde der Rücken gestärkt. Zugleich liegen hier allerdings auch die Hauptstreitpunkte mit zahlreichen Entwicklungsländern.

Entzweite Verbündete

Von WILHELM FURLER, London

Der britische Industrieverband CBI geht mit der konservativen Regierung Thatcher in letzter Zeit nicht eben zimperlich um. Die atmosphärischen Störungen zwischen den beiden Alliierten, die sich noch während der ersten Thatcher-Amtsperiode von 1979 bis 1983 bestens verstanden, sind nicht mehr zu übersehen.

Dabei hat der CBI seine heutige Geschlossenheit, seinen Einfluß und sein Selbstbewußtsein eben dieser Thatcher-Administration zu verdanken. Doch zunehmend verbündet sich der Unternehmerverband, so paradox dies auch erscheinen mag, in entscheidenden Fragen mit dem Gewerkschaftsdachverband TUC. Es sind vor allem drei Gebiete, auf denen die beiden Interessenverbände gemeinsame Front gegen Frau Thatcher und ihre Minister machen – auch wenn die Motive nicht unbedingt übereinstimmen: Die Forderung nach mehr staatlichen Investitionen in die Infrastruktur des Landes, die Kritik an der Zins- und Währungspolitik, und seit der vergangenen Woche nun auch die völlige Ablehnung der Regierungsvorschläge für eine Rentenreform.

Schon seit geraumer Zeit fordern die CBI-Verantwortlichen ein Umdenken im Bereich staatlicher Investitionen. Zwar begrüßt der Industrieverband im Gegensatz zum TUC grundsätzlich das Sparprogramm der Thatcher-Administration, doch die konkrete Finanzplanung, wonach die Staatsausgaben bis zum Ende des Finanzjahres 1987/88 real eingefroren werden sollen, hält der CBI für viel zu ehrgeizig.

Mit einem solchen Sparprogramm werde die Infrastruktur des Landes sträflich vernachlässigt. Fortgesetzte Kürzungen der Kapital-Investitionen hätten nicht nur dazu geführt, daß Großbritannien im Ausbau seiner Infrastruktur dem kontinental-europäischen Standard weit hinterherhinkt, was der Wirtschaft des Landes erhebliche Wettbewerbsnachteile aufbürde; sie hätten auch zu einer rapiden Qualitätsverschlechterung in der bestehenden Infrastruktur geführt.

Die CBI-Führung argumentiert nicht ungeschickt, wenn sie die Regierung fragt, was wohl Aktionäre von einem Vorstand halten würden, der in ähnlicher Weise tatenlos zusehen würde, wie die Anlagen heruntergewirtschaftet werden und verwahrlosen. Ähnlich unverblümt beschuldigt der Industrieverband die Regierungschefin und Schatzkanzler Lawson, aus „Image-Gründen" die britische Währung auf künstlich hohem Niveau zu halten; die hierzu erforderlichen hohen Zinsen schadeten der britischen Wirtschaft auf der Kostenseite ebenso wie ihr das starke Pfund erhebliche Wettbewerbsnachteile beim Export schaffe.

Und auch beim dritten Streitpunkt schließlich, den Regierungsvorschlägen für weitreichende Veränderungen im Rentensystem, wehrt sich der Unternehmerverband, wie nicht anders zu erwarten, gegen Nachteile, die ihm angeblich daraus entstehen würden. Er behauptet, daß mit der beabsichtigten Abschaffung Systeme staatlicher Zusatzrenten nicht nur erheblich höhere Kosten auf die Unternehmen zukommen, sondern daß auch die Renten selbst inadäquat und unsicher würden.

Der Regierungschefin mögen die schärferen Töne aus dem Verbündeten-Lager befremdlich vorkommen, verunsichern wird sie sich durch sie jedoch nicht lassen. Für sie ist der CBI ein Interessenverband wie jeder andere. Doch andererseits weiß sie sehr wohl, daß eine unfreiwillige Koalition zwischen Unternehmerlager und Gewerkschaftsorganisation über kurz oder lang zu einem entscheidenden Störfaktor werden könnte. Und so weit ist es bis zu den nächsten Unterhauswahlen auch wieder nicht.

Schon jetzt ist ein gewisses Einlenken der Regierung in der Zinspolitik nicht zu übersehen. Die Entschlossenheit, mit der inzwischen an die Sanierung verfallener Innenstädte gegangen und mit der etwa das Kanaltunnel-Projekt angefaßt wird, läßt auch auf Kompromisse bei der Investitionsbereitschaft schließen. Mit der Rentenreform schließlich wurde noch nicht begonnen. Zwar liegen die Vorschläge auf dem Tisch. Aber über sie läßt sich noch lange und viel diskutieren.

Dies ist kein Abweichen der „Eisernen Lady" vom Regierungskurs. Vielmehr handelt es sich um gewisse Zugeständnisse, die wohl oder übel gemacht werden müssen, sollen die atmosphärischen Störungen verschwinden.

AUF EIN WORT



„Die alte Erfahrung der klassischen Nationalökonomie, daß die Bäume der Kartelle nicht in den Himmel wachsen, hat sich wieder einmal bestätigt. Der Opec-Anteil an der Weltölförderung ist auf ein Drittel gesunken. Eigenartigerweise hat dies keiner der zahlreichen Propheten von 1979/80 vorausgesehen."

Dr. Klaus Marquardt, Vorsitzender des Vorstandes der Aral AG, Bochum.
FOTO: JUPP DARCHINGER

ERP-Programm wird aufgestockt

HH. Bonn

Im ERP-Wirtschaftsplan 1986, den das Kabinett morgen verabschiedet, wird der Regierungsbeschluß vom 1. Juli konkretisiert, zusätzliche zinsgünstige ERP-Darleben zur Belebung der Bautätigkeit und der Beschäftigung bereitzustellen. Die ERP-Förderung wird gegenüber 1985 um rund eine Milliarde auf 4,4 Milliarden Mark erhöht. Eine weitere Aufstockung soll 1987 folgen. Die Ansätze für den Umweltschutz (Abwasserreinigung, Luftreinhaltung, Abfallbeseitigung) werden 1986 mit 1,18 Milliarden (1985: 490 Millionen) Mark dotiert. Für die Berliner Wirtschaft stehen 665 (625) Millionen Mark bereit. Hinzu kommen 600 (560) Millionen Mark für die Finanzierung von Investitionen in Berlin.

AUFTRAGSEINGANG

Die Auslandsnachfrage ist im Juni zurückgegangen

HEINZ HECK, Bonn

Der lang anhaltende Exportboom der deutschen Industrie hat im Juni eine Pause eingelegt. Wie das Bundeswirtschaftsministerium gestern mitteilte, gingen die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe nach noch vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes von Mai auf Juni preis- und saisonbereinigt um zwei Prozent zurück. Dabei nahmen die Inlandsbestellungen um ein Prozent zu, während die Auslandsnachfrage um 5,5 Prozent zurückging.

Im Zweimonatsvergleich (Mai/Juni gegenüber März/April), der kurzfristige Schwankungen glättet, ergibt sich ein Auftragsplus von einem Prozent. Dahinter stehen ein Anstieg der Inlandsaufträge um 1,5 Prozent und ein Rückgang der Auslandsbestellungen im gleichen Ausmaß.

Gegenüber dem Vorjahr hat der Auftragseingang in den Monaten Mai/Juni dem Volumen nach um 7,5 und dem Wert nach um 10,5 Prozent zugenommen.

Dabei wird auch der gewaltige Exportanstieg deutlich: Die Auslandsorders nahmen binnen Jahresfrist um 11,5 (Volumen) und 15,5 Prozent (Wert) zu, die Inlandsbestellungen um fünf und acht Prozent.

Die höchsten Steigerungsraten verzeichnete das Investitionsgütergewerbe mit 14 und 17 Prozent. Das Wirtschaftsministerium erinnert daran, daß gerade hier die Nachfrage aus dem In- und Ausland vor einem Jahr unter dem Einfluß der Arbeitskämpfe in der Metallindustrie vorübergehend stark zurückgefallen sei. Die schwächste Entwicklung ist im Verbrauchsgütergewerbe mit null (Volumen) und drei Prozent (Wert) zu beobachten.

LASTENAUSGLEICHSBANK

Im ersten Halbjahr weniger Gründungshilfen bewilligt

HEINZ STÜWE, Bonn

Die Nachfrage nach öffentlichen Existenzgründungshilfen hat sich beruhigt. Im ersten Halbjahr 1985 wurden 6300 zinsgünstige ERP-Kredite für Neugründungen und Betriebsübernahmen bewilligt. Das waren 2350 weniger als im Vorjahreszeitraum. Das Volumen der Neuzusagen verminderte sich von 451 auf 309 Mill. Mark, teilte die Lastenausgleichsbank (LAB) in Bonn auf Anfrage mit. Auch bei der Eigenkapitalhilfe (Darlehen mit 20 Jahren Laufzeit, davon zehn tilgungsfrei) registrierte das bundeseigene Kreditinstitut einen Rückgang von knapp 5000 auf 4300 Bewilligungen über 208 (237) Mill. Mark.

Diese Zahlen wertete ein Sprecher der Bank als „Normalisierung" gegenüber der sprunghaften Steigerung in den beiden Vorjahren. Insgesamt bewilligte die LAB in den ersten sechs Monaten des Jahres 12 100 (14 950) Kredite und Bürgschaften für Existenzgründer. Darin sind jedoch Doppelzählungen enthalten. So nehmen etwa zwei Drittel der ERP-Darlehensnehmer auch Eigenkapitalhilfe in Anspruch.

Eine derart weitgehende öffentliche Hilfe erfordere eine sorgfältige Prüfung der Qualifikation des Gründers, heißt es im Geschäftsbericht des Instituts. Es seien auch häufiger Förderanträge abgelehnt worden, wenn Angebotsstruktur und Konkurrenzsituation „die Bestandsfestigkeit der Gründung nur sehr bedingt erwarten ließen".

Der pauschalen Kritik an den Gründungssubventionen stellt die LAB Zahlen über die geringe Ausfallquote der Geförderten gegenüber. So seien von den 1979 mit Eigenkapitalhilfe unterstützten Neugründungen erst 5,4 Prozent gescheitert.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Leistungsbilanz Überschüsse bzw. Defizite der BR Deutschland 1984 in Mrd DM

Wo wir Geld verdienen...

USA +35,2
Frankreich +11,2
England +7,3
Österreich +4,4
Schweden +3,5
Dänemark +3,1
Schweiz +1,4
Kanada +1,0
OPEC +0,9

...wo wir draufzahlen

Irland −0,5
UdSSR −2,6
Italien −4,1
Norwegen −5,0
Entwicklungsländer −6,5
Japan −12,3
Niederlande −13,6
sonstige Länder −5,6

Globus 5695

Die Bundesrepublik hat 1984 im Ausland 17,8 Milliarden Mark verdient. Dieser Betrag – der Überschuß der Leistungsbilanz – bleibt übrig, wenn man von den 66,3 Milliarden Mark Exportüberschuß Zahlungen im Dienstleistungsverkehr und Übertragungen abzieht. Zu den Abzugsbeträgen gehören beispielsweise die Reiseausgaben im Ausland, die Überweisungen der Gastarbeiter in ihre Heimatländer und die Entwicklungshilfe.
QUELLE: GLOBUS

Geringer Überschuß

Frankfurt (VWD) – Saisonbereinigt betrachtet schloß die Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland im Juni 1985 mit einem Überschuß, teilt die Deutsche Bundesbank mit. Ohne diese Bereinigung hatte sich für den Berichtsmonat eine geringes Defizit von 0,6 Mrd. DM ergeben nach einem Überschuß von 6,1 Mrd. DM im Vormonat. Die leichte Passivierung der Leistungsbilanz hing im Juni verursachte die Dienstleistungsbilanz. Hier wurde aus einem Überschuß von 1,9 Mrd. DM im Mai ein gleich hohes Defizit. Im ersten Halbjahr 1985 schloß die deutsche Leistungsbilanz mit einem Überschuß von 14,945 (4,404) Mrd. DM, nach Saisonbereinigung der Bundesbank mit einem Aktivsaldo von rund 16 Mrd. DM. Die Zahlungsbilanz weist für Juni 1985 einen Überschuß von 1,364 Mrd. DM auf. Bereits der Vormonat hatte einen positiven Saldo von 2,562 Mrd. DM. Die Nettoauslandsaktiva der Bundesbank steigen im Juni um 745 Mill. DM nach einer Erhöhung um 1,425 Mill. DM im Mai 1985.

EG-Verfahren gegen Paris

Brüssel (VWD) – Die EG-Kommission hat nach eigenen Angaben gegen Frankreich ein Untersuchungsverfahren im Zusammenhang mit einem Beihilfeprogramm für die französische Werftindustrie eingeleitet. Nach dem in Brüssel im Juni dieses Jahres angemeldeten Plan will Paris unter anderem Zuschüsse gewähren, die je nach Umfang des Schiffbauprojekts zwischen zehn und 30 Prozent der Auftragssumme decken sollen. Die EG-Behörde hat gleichzeitig ein aus dem Jahr 1984 stammendes Werftprogramm Frankreichs genehmigt, das insbesondere Umstrukturierungsprämien enthält. Diese Interventionen stünden mit den Subventionsregeln des Sektors im Einklang.

Einigung im Stahlstreit?

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Kommission und die US-Regierung haben sich gestern grundsätzlich über Beschränkungen für die Lieferung von 16 Stahlerzeugnissen aus der Europäischen Gemeinschaft in die USA geeinigt. Der Kompromiß muß noch von den Regierungen der EG-Länder gebilligt werden. Bei einer für heute erwarteten Sondersitzung des EG-Ministerrates zeichnet sich innerhalb der Gemeinschaft ein erbittertes Tauziehen um deutsche Röhrenlieferungen ab, die indirekt mit der bevorstehenden EG-US-Einigung verbunden sind. Die zwischen EG-Kommissar Willy de Clercq und dem US-Handelsbeauftragten Clayton Yeutter erzielte Einigung betrifft 16 sogenannte Konsultationsprodukte, beispielsweise Drähte und Bleche. Demnach sollen die Jahresausfuhren 475 000 Tonnen nicht übersteigen. Für den Rest des Jahres werden der EG fünf Zwölftel der Jahresquote (also 191 000 Tonnen) zugestanden. Nicht mitgezählt werden die bisherigen Lieferungen. Sie betrugen bis Mai 366 551 Tonnen. Insgesamt dürfte die EG damit voraussichtlich mehr liefern als im letzten Jahr (632 000 Tonnen).

Iri dementiert

Mailand (dpa/VWD) – Die italienische Staatsholding Iri hat Pressemeldungen dementiert, wonach derzeit Verhandlungen mit der italienischen Finanzgesellschaft Techint über den Verkauf eines Minoritätsanteils des Automobilunternehmens Alfa Romeo SpA (Mailand) im Gange seien. Alfa Romeo-Präsident Ettore Massacesi hingegen bestätigte, daß die Aktionäre der Gesellschaft, der Staatsholding Iri und deren Bereichsholding Finmechanica bemüht seien, die „schwierigen Probleme des Automobilunternehmens zu lösen". In diesem Zusammenhang betonte Massacesi, daß Gespräche bereits mit „zahlreichen potentiellen Partnern" stattgefunden hätten. Unter anderem sei Alfa Romeo gegenwärtig dabei, dem US-Konzern General Motors die Daten des Unternehmens zu unterbreiten.

Anleihe der Commerzbank

Frankfurt (DW.) – Die Commerzbank begibt am Euromarkt eine 5jährige Anleihe in australischer Währung durch die Commerzbank Overseas Finance N. V., Curaçao. Die Emission über 50 Mill. Austral-Dollar hat einen Zinskupon von 12⅝ Prozent und wird zu 100¼ Prozent begeben. Garantiert wird sie durch die Luxemburger Commerzbank-Tochter Commerzbank International S. A.

ZAHLUNGSMORAL

Die vereinbarten Termine werden häufig überschritten

os, Bonn

Die Zahlungsmoral der deutschen Wirtschaft sinkt wieder. Nur noch 69,8 Prozent der Unternehmen beglichen im zweiten Quartal dieses Jahres pünktlich ihre Verpflichtungen. Trotz deutlicher Wachstumsimpulse erhöhte sich somit der Anteil säumig gebliebener Unternehmen um einen Prozentpunkt gegenüber dem ersten Quartal. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Umfrage der Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfennig in Frankfurt.

Die mangelnde Zahlungsmoral ist laut Schimmelpfennig erstaunlich, da das Geld derzei billig sei. Seit 1979 seien Kontokorrentkredite – häufigstes Finanzierungsmittel im Warenverkehr – nicht mehr unter zehn Prozent Zins gewährt worden.

Die Wirtschaftsauskunftei erklärt sich das Phänomen mit dem hohen Realzins, der aufgrund niedriger Inflationsraten gestiegen sei. Mehr als ein Fünftel aller Unternehmen überschritten die vereinbarten Termine bis zu zwei Monaten. 6,9 Prozent verzögerten ihre Zahlungen um mehr als 60 Tage. Den restlichen 3,1 Prozent der Firmen standen gar Mahnbescheide, Wechselproteste und Insolvenzverfahren ins Haus.

Eine positive Entwicklung zeichnete sich lediglich bei der Industrie und dem Handwerk ab. Während die Zahlungsbereitschaft in diesen Wirtschaftszweigen leicht anstieg, verzeichneten Dienstleistungsbetriebe und Großhandelsfirmen drastische Rückgänge. Die schlechte Lage im Baugewerbe wird auch im schleppenden Zahlungsverhalten sichtbar. Weniger als die Hälfte aller Bauunternehmen regulierten ihre Schulden wie vereinbart.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Neue Vorschläge zur Handelspolitik

Brüssel will Marktzugang erleichtern

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG will den Marktzugang für Erzeugnisse aus der Dritten Welt weiter nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Entwicklungsländer differenzieren. In ihren Vorschlägen für die Allgemeinen Zollpräferenzen der Gemeinschaft im kommenden Jahr regt die Brüsseler Kommission daher neben deutlichen Verbesserungen für die besonders bedürftigen Lieferländer auch die Rücknahme von Handelszugeständnissen gegenüber einigen Staaten an, die inzwischen wettbewerbsfähig geworden sind.

Vorgesehen ist zunächst eine wert- bzw. mengenmäßige Anpassung der gegenwärtigen zollfreien Kontingente und Einfuhrplafonds für Industrieerzeugnisse (ohne Textilien) unter Berücksichtigung der tatsächlichen Handelsströme. Dies wird nach Darstellung der Kommission außer bei Stahlerzeugnissen beträchtliche Aufstockungen ermöglichen. Dem Beitritt Spaniens und Portugals soll durch eine zehnprozentige Erhöhung des Präferenzangebots Rechnung getragen werden. Es wird sich 1986 rechnerisch von 18 auf 19 Milliarden Ecu (42,6 Mrd. DM) vergrößern.

Eine generelle Verbesserung des Marktzugangs der ärmsten Entwicklungsländer (vor allem in Asien und Lateinamerika) wird durch die geplante Rücknahme von 19 Erzeugnissen aus der Liste der sogenannten empfindlichen Erzeugnisse und eine erhebliche Verringerung der Ländereinzelkontingente angestrebt. Bei 26 Produkten aus den „Schwellenländern" Hongkong, Südkorea, Brasilien und Singapur will die Kommission Zollzugeständnisse zurücknehmen. Diese Länder haben für die betroffenen Erzeugnisse eine Marktdurchdringungsquote von 20 Prozent der Gemeinschaftseinfuhren erreicht.

Bei Textilien, einem besonders „neuralgischen" Bereich, schlägt die EG-Exekutive nur eine lineare Anhebung aller Plafonds um 1,42 Prozent vor, um der Vergrößerung des Marktes durch die Süderweiterung und der Einbeziehung von Costa Rica und Argentinien in das Präferenzsystem Rechnung zu tragen. Für nicht unter das Multifaserabkommen fallende Erzeugnisse beläuft sich der Vorschlag auf eine lineare Anhebung um 3,19 Prozent.

Nur bei fünf kontingentierten landwirtschaftlichen Produkten sieht Brüssel eine Anpassung der bisherigen Höchstmengen vor. Auf besonderen Wunsch Südamerikas sollen ferner fünf neue Erzeugnisse (unter anderem Spargel, Mandarinen und Forellen) in die Präferenzregelung eingeschlossen werden. Insgesamt gewährt die EG damit im Agrarbereich immerhin eine Ermäßigung der Eingangsabgaben für nahezu 400 Produkte.

DEBENHAMS / Burton kontrolliert die Kaufhaus-Kette

Übernahme-Kampf beendet

WILHELM FURLER, London

Eines der härtesten Übernahmegefechte, das London erlebt hat, ist geschlagen. Debenhams, eine der bekanntesten britischen Kaufhausketten, wird seit dem Wochenende von der noch jungen Ladenkette Burton kontrolliert. Damit hat sich die Burton-Gruppe, die für Debenhams 566 Mill. Pfund (gut 2,2 Mrd. DM) geboten hat, gegen den starken Widerstand nicht nur des Debenhams-Vorstandes, sondern auch gegen das House of Fraser durchsetzen können.

House of Fraser, die Kaufhauskette, der unter anderem das Londoner Nobelkaufhaus Harrods gehört, hatte versucht, die Debenhams-Übernahme durch die Burton-Gruppe zu verhindern. Doch der Kauf von 25 Prozent der Aktien an Debenhams reichte für den House of Fraser-Vorstand nicht aus, Burton den Sieg streitig zu machen. Die Burton-Gruppe selbst hält 15 Prozent an Debenhams (dies ist die im britischen Übernahmekodex festgelegte Höchstmenge) sowie feste Verkaufszusagen von Debenhams-Aktionären über 38 Prozent der Aktien.

Damit hält Burton heute 53 Prozent der Debenhams-Aktien und 54,2 Prozent der Stimmrechte. Möglich wurde dieser Triumph in letzter Minute (am Wochenende lief die Frist für das Übernahmeangebot ab) durch die Bereitschaft des Immobilien- und Handelskonzerns Heron Internatinal sowie des Möbel-und Teppichhauses Harris Queensway, ihren gemeinsamen Anteil an Debenhams nun doch nicht zu einer Blockade des Übernahmeversuchs einzusetzen, sondern ihn Burton zuzusichern. Dahinter steckten Bedenken vor einem Verbund zwischen House of Fraser und Debenhams, der zu erheblichen Kräfteverschiebungen geführt hätte.

Unklar ist noch, was das House of Fraser mit seinem 25prozentigen Anteil an Debenhams machen wird. Als unwahrscheinich gilt, daß es ihn behält und mögicherweise sogar aufstockt. Vielmehr gehen Beobachter davon aus, daß das House of Fraser ihn zum Erwerb eines der gewinnträchtigsten Kaufhäuser der Debenhams-Kette ausspielen wird: vom Harvey Nichols im vornehmen Londoner Stadtteil Knightsbridge.

GROSSBRITANNIEN / Die vier Großbanken legen gute Halbjahres-Ergebnisse vor

Wieder Freude selbst beim Sorgenkind

WILHELM FURLER, London

Die vier großen britischen Geschäftsbanken haben allesamt sehr zufriedenstellende Halbjahresergebnisse vorlegen können. Etwas enttäuscht regierte die Londoner City eigentlich nur über die Ergebnisvorlage der zweitgrößten Clearing Bank unter den „top four“: So meldete die National Westminster Bank einen Anstieg ihres Gewinnes vor Steuern gegenüber der ersten Jahreshälfte 1984 um „nur“ 20 Prozent, von 295 auf 354 Mill. Pfund (1,38 Mrd. DM), nachdem von den Analysten ein Anstieg im Vorsteuergewinn um bis zu 40 Prozent erwartet worden war.

Am besten fiel das Ergebnis wieder bei der Barclays Bank, der größten britischen Geschäftsbank, aus. Ihr Gewinn vor Steuern stieg um 40 Prozent, von 308 auf 431 Mill. Pfund. Und auch das Sorgenkind, die Midland Bank, konnte eine erfreuliche Halbjahres-Bilanz ziehen. Nach den Schockwellen, die immer wieder durch die erheblichen Schwierigkeiten ihrer kalifornischen Tochterbank Crocker National ausgelöst worden waren, kam es jetzt zur lange erwarteten Ergebnisverbesserung. So erhöhte sich der Vorsteuergewinn von 70 auf 151 Mill. Pfund – um 116 Prozent.

Die Lloyds Bank schließlich, die in den vergangenen Jahren eine sehr konstante und gesunde Aufwärtsentwicklung erlebt hat, traf auch diesmal wieder die Erwartungen mit einem Anstieg im Vorsteuergewinn von 199 auf 247 Mill. Pfund – um 24 Prozent.

Begünstigt wurde das gute Abschneiden aller vier Großbanken durch das relativ hohe Zinsniveau in Großbritannien, wobei hier die Spanne zwischen Einlagen- und Kreditzinsen durchschnittlich größer ist als in den meisten anderen europäischen Ländern, und darüber hinaus für die meisten Kontokorrentkonten keine Zinsen vergütet werden.

Auffallend bei allen vier Clearing Banken sind die unverändert hohen Wertberichtigungen für uneinholbare und zweifelhafte Forderungen. Mit Ausnahme der Midland Bank, die ihre Wertberichtigung von 191 auf 182 Mill. Pfund zurücknahm, mußten die drei anderen Institute ihren Wertberichtigungsbedarf erneut anheben: Barclays von 231 Mill. auf 250 Mill. Pfund, National Westminster von 142 auf 151 Mill. Pfund und Lloyds von 115 auf 126 Mill. Pfund. Trotz der sich entschärfenden internationalen Verschuldungskrise und einer sich verbessernden Lage bei Forderungsausfällen im Inland sei weiterhin große Vorsicht angebracht, betonte ein Bankensprecher.

Leichte getrübt wurde das Bild nur durch den starken Pfund-Anstieg seit Beginn dieses Jahres. So verminderte die Pfund-Erholung Vermögen und Einkommen aller vier Banken im Ausland. Dennoch klagte nur die Barclays Bank über Schwierigkeiten im Auslandsgeschäft, die bei ihr auf das starke Südafrika-Engagement zurückzuführen sind.

Die Zwischen-Dividenden wurden mit Ausnahme der Halbjahres-Dividende der Midland Bank angehoben: Während Midland die Zwischen-Dividende unverändert bei 11 Pence je Aktie beließ, entschlossen sich Barclays zu einer Erhöhung von 7,85 auf 8,4 Pence, National Westminster von 9,6 auf 10 und Lloyds Bank von 6,3 auf 7,5 Pence je Aktie.

FRANKREICH / Neue Freiheit am Kapitalmarkt

Weniger Hilfestellung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die behördliche Reglementierung der Anleiheemissionen ist in Frankreich gelockert worden. Ihrem Betrag und dem Zeitpunkt nach bedürfen sie zwar weiterhin der Genehmigung des Wirtschafts- und Finanzministeriums. Aber die Anleihekonditionen, insbesondere die Zinssätze, können jetzt von den Emittenten frei festgesetzt werden.

An der Pariser Börse begrüßt man die neue Freiheit. Allerdings müssen sich jetzt die Emittenten marktgerechter verhalten. Denn die Kapitalmarktbehörden dürften bei der Unterbringung der Anleihe künftig weniger Hilfestellung leisten. Die Gefahr, daß eine Emission steckenbleibt oder zurückgezogen werden muß, ist damit größer geworden.

Das zeigte sich bereits bei den ersten liberalisierten Anleihen öffentlicher Institute: Während die der Cetelem über 1,2 Milliarden Franc zum Zinssatz von zwölf Prozent reibungslos untergebracht werden konnte, findet die der CNE über 4 Milliarden Franc zu nur 11,5 Prozent sehr schleppende Aufnahme.

Außerdem hat das französische Schatzamt erstmals nach angelsächsischem Vorbild bei einer Staatsanleihe über fünf Milliarden Franc auf die einseitige Festsetzung der Bankkommissionen verzichtet und diese im Wege einer Versteigerung auf den Mittelwert der von den Banken gemachten Offerten – 0,5 Prozent – festgelegt. Auch durch dieses Verfahren soll der Kapitalmarkt liberalere Akzente erhalten.

Trotz der allgemeinen Zinssenkungstendenz ist das Interesse für Obligationen in Frankreich nach wie vor sehr stark. Im ersten Halbjahr waren für 72,6 Milliarden Franc neue Anleihen emittiert worden oder 27,5 Prozent mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Der Anteil der Staatsanleihen erhöhte sich dabei auf 27,2 (24,4) Prozent. Unter Einschluß der um 36,5 Prozent auf 16,3 Milliarden Franc gestiegenen Aktienemissionen erbrachte der Kapitalmarkt 210,3 Milliarden Franc. Das waren 29 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 1984 und 92 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 1983.

APOLLO / Vorsprung mit neuem europäischen Projekt

Archive via Satellit angezapft

W. HADLER, Brüssel

Eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit am Apollo-Projekt haben die EG-Kommission und die Europäische Weltraumorganisation ESA unterzeichnet. Ziel des Projekts ist die Entwicklung und Erprobung eines Systems für die elektronische Zustellung von Schriftstücken (Faksimile) über digitale Satellitenverbindungen mit hoher Übertragungsrate. Dabei soll ein breit gestreuter Kreis von Nutzern über Fernmeldeeinrichtungen Dokumente aus den Archiven einer beschränkten Zahl von Informationsanbietern (bis zu zehn) abrufen können, die dann über Kommunikationssatelliten der Serie Eutelsat 1 übertragen werden.

Die Kommission geht davon aus, daß Apollo zur Bildung einer Infrastruktur für einen Dienstleistungsmarkt beitragen wird der in etwa fünf Jahren ein Volumen von rund 300 Mill. Ecu (675 Mill. DM) jährlich erreichen könnte. Im Bereich der Datenübertragungssatelliten hat Europa – wie der deutsche EG-Vizepräsident Narjes in Brüssel hervorhob – einen Vorsprung vor den USA und Japan, den es zu erhalten gelte.

Apollo wird auch Erfahrungen in bezug auf Entwicklung, Kosten und Betrieb von Bodenstationen mit kleinen Parabolantennen vermitteln. Die Vereinbarung mit der ESA sieht vor, daß das erforderliche Prototypgerät von der europäischen Industrie entwickelt wird, während die Kommission mit Unterstützung der ESA und der Fernmeldeverwaltungen die Gesamtkoordinierung einschließlich der für das Amt für Veröffentlichungen der Gemeinschaft vorgesehenen Archive mehrerer anderer großer Dokumentarchive übernehmen soll.

In Niedersachsen wird mehr investiert

W. K. Hannover

Die Vereinigung der sieben niedersächsischen Industrie- und Handelskammern sieht die Wirtschaft zwischen Nordsee und Harz weiterhin im Aufwind. Nach einem Bericht über das zweite Quartal 1985 haben 78 Prozent der rund 2700 befragten Betriebe aus Industrie und Handel die augenblickliche Geschäftslage als befriedigend oder gut bezeichnet.

Der Handel klagt dagegen weiterhin über Kaufzurückhaltung der Verbraucher. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt habe sich leicht entspannt. Die Investitionsneigung liegt nach den Feststellungen der Vereinigung höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Bei der Befragung äußerten sich nach Angaben der Kammervereinigung die Mehrzahl der befragten Betriebe „vorsichtig optimistisch“ zur Entwicklung der zweiten Jahreshälfte.

Fehlbetrag durch Beitragssenkung

ww. Bremen

„Das Jahr 1984 ist für die Handelskrankenkasse insgesamt gesehen zufriedenstellend verlaufen.“ Mit diesen Worten kennzeichnete der Vorstandsvorsitzende der Handelskrankenkasse (HKK), Johann Willems, vor der Vertreterversammlung die Situation der Bremer Angestelltenkrankenkasse. Der Jahresbericht 1984 weist Einnahmen aus Beiträgen von 198 Mill. DM aus. Den Gesamteinnahmen von rund 208 Mill. DM stehen Ausgaben für Leistungen und Verwaltungskosten in Höhe von 214 Mill. DM (plus 6,9 Prozent) gegenüber.

Der Fehlbetrag von rund 6 Mill. DM ist allerdings nach Darstellung des Vorstandsvorsitzenden allein auf die Senkung des Beitragssatzes im Jahre 1984 zurückzuführen. Der Mitgliederbestand erhöhte sich zum 31. 12. 1984 um 2560 Mitglieder auf 70 247.

Italien: Falck baut Arbeitsplätze ab

ds, Mailand

Das größte private Stahlunternehmen Italiens, die Firma Falck S. p. A. in Mailand, will bis Ende 1986 2100 seiner jetzt 6700 Arbeitsplätze aufgeben, davon 1300 noch im Laufe der kommenden Herbstmonate.

Wie dazu aus Firmenkreisen verlautet, sollen die Arbeitskosten um wenigstens 50 Mrd. Lire im Jahr verringert werden. Falck erwartet 1985 Industrieverluste in Höhe von 90 Mrd. Lire (135 Mill. DM), 10 Mrd. Lire weniger als 1984. Davon wird – wie im vergangenen Jahr – durch Verkauf von Beteiligungen ein Teil ausgeglichen werden. Im Jahre 1984 wies Falck einen Bilanzverlust von 2,2 Mrd. Lire aus. Schuld an der dramatischen Ertragsentwicklung sind teils die schwierige Preis- und Absatzlage, teils die in den letzten anderthalb Jahren mehr als verdoppelten Schrottpreise.

POLEN / Der private Sektor ist erheblich gewachsen

„Nur Randerscheinung“

JOACHIM G. GÖRLICH, Köln

Polens Privatsektor – die Privatbauern nicht mit eingerechnet – ist in den letzten beiden Jahren um jeweils zehn bis zwölf Prozent gewachsen, berichtet die polnische Untergrundzeitung „Tygodnik Mazowsze“, Warschau. Die Zahl der privaten Unternehmen – vornehmlich Handwerksbetriebe und kleine Unternehmen – habe zugenommen. Die Produktion des privaten Sektors einschließlich Handwerk, der insgesamt zwei Prozent der Gesamtindustrie ausmacht, hat sich inzwischen um 32 Prozent in den letzten beiden Jahren vergrößert. Die Investitionen wuchsen um 42 Prozent.

„Der Privatsektor ist effektiv und paßt sich am besten der Wirtschaftskrise und ihren Mängeln an“, heißt es weiter. Er habe vor allem im Bereich Verbrauchsgüter expandiert. Leider sei er nur eine Randerscheinung in der Gesamtwirtschaft, schreibt das Blatt: „Die Kommunisten werden ihn so lange expandieren lassen, als Wirtschaftskrise und Stagnation in Polen währen.“

Aus den Reihen der Opposition kommt die Kunde, daß die Finanzämter von oben angehalten wurden, vorerst überhöhte Forderungen an die „Privaten“, darunter auch an Firmen von Westbürgern polnischer Herkunft, zu bremsen. Die Gründe: Während seines Aufenthaltes im Oktober in New York, wo Regierungschef Jaruzelski an der UN-Vollversammlung teilnehmen wird, will er bei Westregierungen um Wirtschaftshilfe antichambrieren. Zudem will Polen gut Wetter beim IFM und der Weltbank machen und hofft in diesem Zusammenhang auf einen Zwei- bis Drei-Mrd.-Dollar-Kredit.

Die als liberal geltende Parteiwochenzeitung „Polityka“ gab in ihrer von der polnischen Außenhandelskammer mitgestalteten Beilage bekannt, daß im ersten Halbjahr 1985 bereits 315 000 Privat-Handwerksbetriebe mit insgesamt 663 000 Beschäftigten registriert wurden. 53 000 Betriebe seien seit 1984 hinzugekommen, obwohl 33 500 geschlossen hätten. Vor allen Dingen habe die Zahl der Betriebe, in denen medizinisches Zubehör hergestellt wird – eine Mangelware auf dem polnischen Markt – um 75 Prozent zugenommen. Ebenso bei den Papierherstellern wurde eine Zunahme von 25 und bei der Maschinenbau-, elektronischen und elektrotechnischen Branche von 15 Prozent festgestellt.

Laut Zeitschrift „Przeglad Tygodniowy“, zog auch nach zweieinhalb Jahren ein Bauunternehmen Bilanz, das in Privathand zur Pacht übergeben wurde: Der Betrieb konnte Arbeitsproduktivität und Produktion verdoppeln, die Löhne gar um 250 Prozent steigern, und er schreibt schwarze Zahlen. Der Pächter dieses Pilotprojekts entließ jedoch vorher ein Drittel der Belegschaft.

ÄGYPTEN / Schuldenverhandlungen mit Moskau

Handel macht Probleme

PETER M. RANKE, Kairo

Ägyptische und sowjetische Fachleute haben sich noch immer nicht über die Rückzahlung alter ägyptischer Schulden in Höhe von rund vier Milliarden Dollar einigen können, die aus sowjetischen Lieferungen von Waffen und Industriematerial in den sechziger und frühen siebziger Jahren aufgelaufen sind. Kairo hat den Schuldendienst 1977 eingestellt. Doch war die Wiederaufnahme der Rückzahlungen eine sowjetische Bedingung für die volle Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen im Januar dieses Jahres.

Die Schuldenfrage ist eng verknüpft mit langfristigen Handelsvereinbarungen, die nach Moskauer Wünschen in den neuen Fünfjahresplan bis 1990 eingebaut werden sollen. Um die ägyptischen Schulden über Sachlieferungen abzubauen, fordern die Sowjets eine Aufstockung der beiderseitigen Lieferungen von zusammen jährlich 615 Mill. Pfund um 50 Mill. Pfund zu ihren Gunsten.

Die Ägypter sind aber daran interessiert, ihren Handel mit Hartwährungsländern zu verstärken, da die Deviseneinnahmen zurückgehen. Das Handelsbilanzdefizit hat dieses Jahr schon vier Mrd. Dollar erreicht. Die Gesamtverschuldung Ägyptens betrug im April nach Kairoer Angaben 16,4 Mrd. Dollar, nach westlichen Banken aber 30 Mrd. Dollar.

Hauptstreitpunkt sind die Preise und ihre Verrechnung. Die Ägypter zahlen dem Ostblock für einen US-Dollar als Verrechnungseinheit nur 40 Piaster, während der freie Markt für einen US-Dollar mehr als 100 Piaster bezahlt. Bei sowjetischen Einkäufen in Ägypten gleicht sich das allerdings aus.

Nur, so behaupten die Sowjets, haben die Ägypter Jahr um Jahr dem Ostblock weniger zu bieten. Moskau nimmt 75 Prozent der ägyptischen Zitrus-Ausfuhr ab und 50 Prozent der Textilexporte. Dafür liefern die Sowjets Maschinenausrüstung und Ersatzteile für die Stahl- und Aluminiumwerke. Eine Steigerung der ägyptischen Ausfuhren stößt jetzt wegen des zunehmenden eigenen Verbrauchs an Grenzen, so daß Moskau wohl weiter auf die Abzahlung der Schulden warten muß. (SAD)

ARGENTINIEN / Gewerkschaften und Arbeitgeber klagen über Restriktionskurs

Bewährungsprobe für die Regierung

WERNER THOMAS, Buenos Aires

Fast zwei Monate nach der Behandlung der argentinischen Wirtschaftsmalaise durch eine radikale Schocktherapie („el shock“) naht für die Alfonsin-Regierung die Stunde der Wahrheit. Sie muß entscheiden, ob sie dem Patienten die bitteren Pillen noch lange verabreichen oder schon bald absetzen soll. Die Kritiker empfehlen dringend eine andere, angenehmere Kur.

Der Druck wächst ständig. Er kommt von zwei Fronten. Sowohl die Gewerkschaften als auch die Geschäftsleute klagen über die Auswirkungen der Rezession. Die wirtschaftlichen Aktivitäten im Juli sind um 30 bis 60 Prozent gegenüber dem gleichen Monat des letzten Jahres zurückgegangen. 2000 Unternehmen warnten das Arbeitsministerium, sie müßten in den nächsten Wochen ihr Personal reduzieren oder gar entlassen. Am vergangenen Wochenende meldeten die Blätter in Buenos Aires akute Warenknappheiten, ein Ergebnis der Gerüchte, daß die Preiskontrollen in naher Zukunft enden werden. Im Fleischland Argentinien wurde selbst Fleisch rar.

Die Kritik konzentiert sich auf die unbefristete Lohn-Preis-Kontrolle, die beste Waffe im Kampf gegen die Inflation. Argentinien, bis Mitte Juni nach Bolivien das Land mit der zweithöchsten Zuwachsrate der Lebenshaltungskosten (1100 Prozent) in Lateinamerika, scheint dieses chronische Problem rasch unter Kontrolle zu bekommen. Im Juli betrug die Monatsrate nur noch fünf Prozent gegenüber 30 Prozent im Juni. Im August werden höchstens ein oder zwei Prozent erwartet.

Da Alfonsin auch einen ausgeglichenen Haushalt anstreben und die Druckpressen nicht mehr zur Geldschöpfung mißbrauchen möchte, trieb die Nation schnell in die Rezession. Die Gewerkschaften fordern eine „Produktionswirtschaft“ ohne Lohnkontrollen, auch wenn das ein weiteres Leben mit der Inflation bedeute. Sie verlangten jetzt noch ein fünfjähriges Schuldenmoratorium. Der Schuldendienst würde fast alle Exporterlöse aufzehren, es bleibe kein Geld für Investitionen. Die Regierung argumentiert dagegen, die Zinszahlungen seien notwendig, um ausländische Kreditquellen zu erhalten. Sie bezeichnet die Inflation als größtes Problem der Nation. Da in vielen Ländern Lateinamerikas ähnliche Diskussionen laufen, wird die argentinische Situation aufmerksam verfolgt – auch in Washington.

In Argentinien hat der Kampf um die Zustimmung der Öffentlichkeit begonnen. Die Gewerkschaften wollen ihre Anhänger Ende des Monats zu einem Generalstreik und Straßendemonstrationen mobilisieren. Die Regierung mahnt zur Vernunft: Die Wirtschaft könne noch nicht angekurbelt werden, das Volk müsse eine weitere Durststrecke erdulden. Die Kontroverse ist ein Wahlkampfthema: Im November finden wichtige Kongreßwahlen statt.

Noch dominiert die Vernunft. Auch die letzten Meinungsumfragen ergaben, daß die meisten Argentinier die Notwendigkeit der Schocktherapie einsehen. (SAD)

NAMEN

Michael von Bartenwerffer wurde zum Vorsitzenden der Wirtschaftsjunioren Essen, der Arbeitsgemeinschaft Junger Unternehmer bei der Industrie- und Handelskammer Essen, Mülheim a. d. Ruhr, Oberhausen, gewält. Er wurde Nachfolger von **Ludwig von Mutius**. In den Vorstand wurden ferner gewählt: **Dirk Grünewaldt**, Dr. **Ekkehard Hammer**, **Andreas de Maiziere**, **Wolfgang Kaerger** und **Dirk Weddigen**.

Dr. **Jürgen Richter**, vom Amtsgericht Göttingen zum Aufsichtsrat der Phywe AG, Göttingen, bestellt, wurde durch die Wahlen auf der Hauptversammlung bestätigt und vom Aufsichtsrat zum Vorsitzenden des Gremiums gewählt.

Dr. **Rolf Magener**, von 1962 bis 1974 Mitglied des Vorstandes der BASF AG, Ludwigshafen, und Leiter des Ressorts Finanzen, vollendete am 3. August sein 75. Lebensjahr.

Prof. Dr. **Manfred Lorch** und **Sven-Michael Slottko** wurden mit sofortiger Wirkung zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern in der Alten Leipziger Versicherungsgruppe, Oberursel, bestellt.

FINANZANZEIGE





LASTENAUSGLEICHSBANK
ANSTALT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS
BONN-BAD GODESBERG
(Niederlassung in Berlin)

Finanzierungshilfen an kleine und mittlere Unternehmen

- für gewerbliche Existenzgründungen
- zur besseren Eigenkapitalausstattung
- für Betriebsverlagerungen
- für Umweltschutzmaßnahmen

Bürgschaften für Angehörige Freier Berufe

Programme für Aussiedler und Zuwanderer

Dienstleistungen im Auftrag von Bundesbehörden und im Rahmen des Lastenausgleichs

BILANZZAHLEN 1984	Mio DM
Bilanzsumme	12 392,8
Forderungen an Banken	6 437,1
Forderungen an Kunden	4 190,6
Festverzinsl. Wertpapiere	230,7
Verbindl. gegenüber Banken	1 210,0
Verbindl. gegenüber anderen Gläubigern	7 338,7
Begebene Schuldverschreibungen	1 899,3
Durchlaufende Kredite	1 311,4
Kapital und Rücklagen	212,0
Verbindl. aus Bürgschaften	636,8
Bilanzgewinn	1,0

LASTENAUSGLEICHSBANK

Versteigerung
von ausgesonderten landeseigenen Kraftfahrzeugen

92 VW (Polo, Golf, Scirocco, Passat, Kombi, 181)
34 Ford Granada
17 Opel (Kadett, Ascona, Rekord, Senator)
6 Audi (80, 100)
4 Mercedes-Benz (200, 200 D)
2 BMW (1602, 520)
1 Porsche 924
1 Citroën GX
1 Alfa-Romeo Alfetta
1 Volvo 343
1 Deutz Intrac 2003 Forstschlepper
1 Hanomag F 20 Kasten
5 Ford Transit
2 Mercedes-Benz LA 311 Kasten mit Wasseraufbereitungsanlage
1 Hoehne Pferdetransporter
1 Gutbrod Gartentraktor 1010
1 Grammer Rasenmäher DS 44 L
1 Ruthmann Hubwagen DB 306 D
4 BMW-Kräder (247, 248, R 45, R 60)
Zündapp-Roller

Mittwoch, den 7. August 1985, 9.30 Uhr, gegen sofortige Bezahlung in bar unter Vorlage des Personalausweises auf dem Gelände des Fahrdienstes der Landesregierung, Färberstraße 136, Düsseldorf (Nähe Bilker Bahnhof).

Besichtigung ab 8.00 Uhr am Versteigerungstage.

Für den Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Die Oberfinanzdirektion Düsseldorf

Wir suchen freie Kapazitäten

Arbeitsgebiet: Maschinenbau

Maschinenkapazitäten für den Zeitraum: Dez. 85 – April 86

- Drehen ca. 5000 h
- Bohren ca. 6500 h
- Bohrwerk ca. 6500 h
- Fräsen ca. 5000 h.

Stückgewicht: 1 – 50 kg

Montagekapazitäten: Zusammenbau von Baugruppen

für den Zeitraum: April 86 – Aug. 86
– erforderlich ca. 15 000 h

Angebote unter G 4175 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wenn
Kfz-Betriebe oder Tankstellen
zu ihren Kunden gehören, sollten Sie sich über eine überdurchschnittlich lukrative Vertretung informieren: Hohe Provision. Kundenschutz. Leicht zu vermarkten.
Cash Card GmbH
Hans-Urmiller-Straße 8, 8190 Wolfratshausen
Tel. 0 81 71 / 15 41, Telex 5 27 840

Übernehme noch Vertretung und Kundendienst
im Raum Paderborn und Ostwestfalen, für Industrie, im Fahrzeug- und Maschinenbau, Hydraulik und Pneumatik. Betrieb mit 300 m² Halle und Maschinenpark in verkehrsgünstiger Lage vorhanden.
Behrens Fahrzeug- u. Maschinenbau GmbH
Stettiner Str. 1, 4790 Paderborn, Tel. 0 52 51 / 7 26 64 od. 5 99 45

freiberuflicher
INSPEKTOR
bietet seine Dienste für
- Inspektionsvorbereitung
- Abwicklung (auch englische Korrespondenz).
Ang. u. M 3981 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Achtung, Kapitalanleger!
Hohe Rendite bei der Auslandsvermarktung von Video-Spezial-Filmen. Speziell f. d. Länder USA, Spanien, Italien, Skandinavien geboten. Für in diesen Ländern tätige Kaufleute (auch aus anderen Branchen) Lizenzvergabe v. Produzenten.
Telefonkontakt

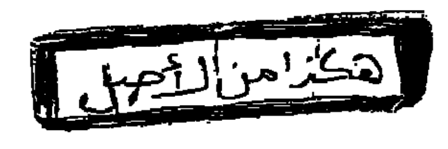
Geschäftsidee gesucht!
Wir kaufen oder beteiligen uns, wenn Sie eine einfache neue Idee oder eine fundamentale Innovation gleich welcher Art haben, die erfolgversprechend erscheint.
Schreiben Sie uns bitte kurz unter E 4063 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ungewöhnlich selbständig machen
Zukunftsorientierter, faszinierender Beruf im Bereich Esoterik. Tel. 0 40 / 733 19 27, D. Hansen.

Auktionsraum in Berlin frei
Auktionshaus Wölfle
Handjerystr., 1000 Berlin 41
Tel. 0 30 / 7 72 31 94

Neuwertige Traglufthalle
von Barzahler zu kaufen gesucht.
Tel. 0 61 83 / 20 71

Bestattungsunternehmen
im nordd. Raum zu kaufen oder zu pachten gesucht, auch Beteiligung angenehm.
Ang. u. H 440 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen



FRANZÖSISCHE DAMENOBERBEKLEIDUNG

Modefestival als Absatzstütze

HARALD POSNY, Düsseldorf

Den Frühjahrsmodeschauen „Neue Tente" wird mit dem herbstlichen 1. Festival International de la Mode (20. bis 23. September 1985) in Paris der zweite große Schritt des französischen Prêt-à-porter-Verbandes (PAP) in Richtung einer weltweiten Öffnung, Präsentation und Imagepflege heimischer Mode folgen. Aber nicht nur nach außen soll das innerhalb von sechs Monaten aus dem Boden gestampfte Festival ausstrahlen, auch das in den letzten Jahren zusehends gespannte Verhältnis zwischen Industrie und den namhaften Modemachern soll auf diese Weise verbessert werden.

William Lauriol, Generalsekretär der 20 regionale Damenoberbekleidungs-Verbände umfassenden Dachorganisation PAP, der anläßlich der Igedo-Collections-Premieren in Düsseldorf die Pariser Mammut-Schau vorstellte, bezifferte die Kosten, die (ohne staatliche Subventionen) vom Verband getragen werden, auf etwa 4 Mill. DM. Schwerpunkte neben dem üblichen Repräsentationsrummel werden die größte (Open-air-)Modenschau der Welt mit 500 Mannequins auf einem 300 Meter langen Laufsteg auf der Avenue Foche, die Mobilisierung der gesamten Kultur-Szene und ein internationales Colloquium über aktuelle Marketingprobleme sein. Wenn auch die französische Mode im Mittelpunkt der Präsentation stehe, ist – so Lauriol – auch die Mode vieler beteiligter Länder (für die Bundesrepublik Jill Sander) vertreten. Für publizistische Resonanz ist gesorgt: Die Modenschau wird international im Fernsehen übertragen.

Diese Vorhaben sind nicht zuletzt von den Absatzsorgen der Branche bestimmt: 1984 erwirtschafteten 2550 Betriebe mit 61 900 Beschäftigten (minus 3 Prozent) einen Umsatz von rund 6 Mrd. DM, von denen 2,1 Mrd. DM (plus 17,8 Prozent) aus dem Export kamen. Der Inlandsmarkt war konjunkturbedingt im 2,5 Prozent geschrumpft. Im laufenden Jahr soll der Export ein Volumen von 2,3 Mrd. DM erreichen. Unter den Abnehmerländern steht die Bundesrepublik mit 285 Mill. DM (bei 120 Mill. DM Importen) an erster Stelle.

GUTEHOFFNUNGSHÜTTE-KONZERN / Kräftige Erholung für die Holding-Dividende

Aufschwung vorerst nur vom Export

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Schneller als gedacht kehrt die Gutehoffnungshütte Aktienverein AG (GHH), Oberhausen, ihre zweijährige Dividenden-Talfahrt ins positive Gegenteil um. Im ersten Rückblick auf das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) teilt die Holding des größten Maschinenbaukonzerns Europas ihren 30 000 Eigentümern von 583 Mill. DM Aktienkapital mit, daß die von 7 über 5 auf zuletzt noch 3 DM gekürzte Dividende nun auf 5,50 DM aufgestockt werden soll (Hauptversammlung am 14. Februar 1986).

Noch beim letzten Holding- und Konzernabschluß hatte Vorstandsvorsitzender Klaus Götte zum Rückzug auf nur noch 3 DM Holding-Dividende betont, daß dies kein einmaliger Ausrutscher sei. Es werde erst wieder besser, wenn die weitaus größte Konzerntochter MAN ihr Verlustloch (Zweijahresdefizit 554 Mill. DM) so deutlich verläßt, daß sie auch wieder Dividenden an die Holding zahlt (was sie vor ihrem Debakel mit bis zu 7 DM je Aktie tat).

In 1984/85 hat die MAN, wie nun die GHH-Holding mitteilt, den Rückweg zu ausgeglichenem Ergebnis aus laufendem Geschäft mit der Aussicht geschafft, ab 1985/86 wieder Gewinn zu machen. Der hohe außerordentliche MAN-Ertrag aus dem im Februar 1985 vollzogenen Verkauf der MTU-Kapitalhälfte an Daimler werde „ganz überwiegend" zur Rücklagenstärkung verwendet – daneben aber auch zur satzungsgemäßen Nachzahlung von 2 DM Dividende auf die 192 Mill. DM Vorzugsaktien für die beiden letzten Jahre sowie zu gleichfalls 2 DM Dividende auf Vorzugs- und 238 Mill. DM Stammaktien für 1984/85. Da die GHH-Holding an beiden Aktienkategorien mit je gut 75 Prozent beteiligt ist, fließen ihr nun knapp 26 Mill. DM an MAN-Dividenden zu.

In etwa gleichem Umfang erhöht sich mit der für 1984/85 angekündigten Dividendenerholung bei der Holding die Ausschüttung auf 64 (35) Mill. DM. Dem da naheliegenden Verdacht „besserer Holding-Dividende aus Substanzverkauf" entzieht die Holding in ihrem Aktionärsbrief mit dem Hinweis den Boden, aus normalem Geschäftsbetrieb habe der Konzern nach zwei (nur durch das MAN-Debakel bedingten) Verlustjahren 1984/85 einen Jahresüberschuß „in der Größenordnung von 50 bis 100 Mill. DM" erwirtschaftet.

Denn kräftiger Aufschwung prägte 1984/85 das GHH-Konzerngeschäft. Der Auftragseingang wuchs um 14,1 Prozent auf 14,5 Mrd. DM mit 54,9 (48,5) Prozent Auslandsanteil, der Umsatz um 6,8 Prozent auf 13,9 Mrd. DM mit 53,6 (47,1) Prozent Exportanteil. Aber: „Die Aufwärtsentwicklung wurde voll vom Export getragen", konstatiert die Holding und fügt den „Wunsch" hinzu, daß auch steigende Inlandsnachfrage bald zur Stabilisierung der Auftragslage beitrage. Immerhin hat das blühende Auslandsgeschäft bewirkt, daß die Konzern-Mitarbeiterzahl nur noch um 0,4 Prozent auf 54 413 zurückging.

Nebeneffekt des MTU-Verkaufs: Die Holding verzichtet nun auf Daten zur „GHH-Gruppe" (im Umsatz 1983/84 noch 4 Mrd. DM größer als der Konzern). Aus dem nach MTU-Verkauf verbliebenen Gruppen-Rest und bei Auslandstöchtern sind sicherlich noch bis zu 4 Mrd. DM Umsatz für den Gesamtkonzern hinzuzurechnen.

MÜNCHENER LEBEN / Indirekt im Allianz-Konzern

Neugeschäft bleibt lebhaft

DANKWARD SEITZ, München

Keinerlei Sorge hat Vorstandsvorsitzender Hans Pöter, daß sich in der Geschäftspolitik der Münchener Lebensversicherung AG etwas ändern wird, nachdem sie nun durch die Beteiligung der Allianz AG an der italienischen Riunione Adriatica di Sicurtà SpA (RAS), Mailand, indirekt mehrheitlich zum Allianz-Konzern gehört.

Mit 75 Prozent ist die RAS an dem kürzlich auf 5 (4) Mill. DM aufgestockten Grundkapital beteiligt; 25 Prozent hält die Münchener Rück. Bestätigt fühlt sich Pöter auch dadurch, daß mit Umberto Zanni wieder ein RAS-Mann für den ausgeschiedenen Ettore Lolli in den Aufsichtsrat gekommen ist.

Sehr zufrieden zeigte sich Pöter indes mit der Geschäftsentwicklung des ersten Halbjahres 1985, nachdem die Münchener Leben bereits im vergangenen Jahr besser als der Branchendurchschnitt abschneiden konnte.

Per Ende Juni 1985 verzeichnete man gegenüber der Vorjahreszeit ein um 18,8 Prozent höheres Neugeschäft, während die Konkurrenz höchstens auf ein kleines Plus kam. Der Bestand wuchs um 5,5 Prozent auf 3,22 Mrd. DM und die Prämieneinnahmen (ohne Beitragsrückerstattung) stiegen um 6,1 Prozent. Weiterhin günstig entwickelten sich auch die Kapitalerträge mit plus 7,3 Prozent.

Bereits 1984 kam die Münchener Leben auf ein Wachstum des eingelösten Neugeschäfts von 3,5 (Branche: 1,1) Prozent auf 464,8 Mill. DM. Wieder etwa ein Drittel davon entfiel nach Angaben von Pöter auf Firmengruppe- und Firmeneinzelversicherungen. Sie haben etwa einen Anteil von 20 Prozent an dem erneut um 4,3 (4,0) Prozent gestiegenen Versicherungsbestand von 3,13 Mrd. DM.

Die Beitragseinnahmen beliefen sich auf 106,6 Mill. DM, wegen der Einführung der Direktgutschrift sind sie mit dem Vorjahreswert von 105,8 Mill. DM nicht vergleichbar.

Noch relativ unzufrieden ist Pöter mit der Stornoquote von 6,9 (7,3) Prozent. Hier hofft er für 1985 auf einen Wert mit „möglicherweise einer Fünf vor dem Komma". An Versicherungsleistungen wurden 45,5 (46,6) Mill. DM erbracht.

Für 1984 weist das Unternehmen einen auf 47,3 (43,5) Mill. DM gestiegenen Rohüberschuß aus. Hauptgewinnquelle waren die mit 851,9 (775,7) Mill. DM zu Buche stehenden Kapitalanlagen, die einen Ertrag von 71,2 Mill. DM (plus 6,4 Prozent) brachten, bei einer Durchschnittsverzinsung von 7,93 (7,74) Prozent.

Nach Zuführung von 32,2 (43,1) Mill. DM in die Rückstellungen für Beitragsrückerstattungen – ausgewiesen werden nun 109,4 (93,6) Mill. DM – und einer Direktgutschrift von 14,6 Mill. DM verbleibt ein Bilanzgewinn von wieder 0,4 Mill. DM. An die RAS und die Münchener Rück werden daraus unverändert 10 Prozent Dividende ausgeschüttet.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Reges Hypothekengeschäft

München (sz) – Eine rege Nachfrage nach Festzinsdarlehen verzeichnete die Münchener Hypothekenbank eG, München, im ersten Halbjahr 1985. Insgesamt nahmen die Darlehenszusagen gegenüber der Vorjahreszeit um 49,8 Prozent auf 915,5 Mill. DM zu. Allein auf Hypotheken entfielen davon 466,6 (262,5) Mill. DM, womit das Institut schon fast das gesamte Zusagevolumen von 1984 (481,7 Mill. DM) erreichte. An Kommunaldarlehen wurden 448,9 (348,8) Mill. DM bewilligt. Ausgezahlt wurden insgesamt 757,3 (536,8) Mill. DM, darunter 321,1 (196,6) Mill. DM Hypotheken. Ensprechend hat sich die Ertragslage verbessert. Der erweiterte Zinsüberschuß nahm um 8,8 Prozent auf 31,3 Mill. DM zu. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 4,8 Prozent auf knapp 8,7 Mrd. DM.

Zwei Luxus-Schiffe

Papenburg (w. k.) – Die Meyer-Werft in Papenburg wird für die griechische Reederei Royal Cruise Line zwei Luxus-Kreuzfahrtschiffe bauen, die eine Kapazität von 990 Passagieren haben sollen. Durch diese Anhebung auf insgesamt 3300 Betten wird die griechische Reederei nach Angaben der Meyer-Werft zu den fünf größten Kreuzfahrt-Reedereien der Welt gehören. Der erste Neubau, die 40 000 BRT große „Crown Odyssey", soll 495 Kabinen haben. Ablieferungstermin ist für beide Neubauten 1988. Der Auftrag bedeutet nach Angaben der Meyer-Werft für die Reederei Gesamtinvestitionen von über 200 Mill. US-Dollar.

Wieder sechs Prozent

Hannover (VWD) – Die Nordharzer Zucker AG, Schladen, schlägt der Hauptversammlung am 19. September vor, für das Geschäftsjahr 1984/85 (31. 3.) eine Dividende von unverändert 6 Prozent auf das dividendenberechtigte Grundkapital von knapp 6 Mill. DM zu zahlen.

Phoenix Steel amerikanisch

Paris (J. Sch.) – Die amerikanische Stahlgesellschaft Phoenix Steel, an der die inzwischen liquidierte französische Creusot-Loire zu 56 Prozent beteiligt gewesen war, ist wieder unter US-Kontrolle geraten. Das Verlustunternehmen wurde jetzt für 5,75 Mill. Dollar von zwei Geschäftsleuten aus Detroit übernommen. Sie haben sich verpflichtet, den Creusot-Loire-Gläubigern 38,5 Mill. Dollar ihrer Forderungen an Phoenix von 135 Mill. Dollar zurückzuzahlen.

Hag will 1985 in die Gewinnzone

ww. Bremen

„Für die Hag GF Aktiengesellschaft, wie für nahezu alle deutschen Röster war das Jahr 1984 sehr schwierig," schreibt der Vorstand im Geschäftsbericht. Dennoch wurde der Jahresumsatz um 8,3 Prozent auf 1,28 Mrd. DM gesteigert. Das Wachstum gilt für die Kaffeeproduktion wie für den Gastronomieservice. Der Bereich Marketing wurde am 1. Oktober 1984 aus der Hag GF AG ausgegliedert und von der bestehenden Hag GH Vertriebs-GmbH & Co. OHG übernommen.

Außerdem seien 1984 Maßnahmen zur Leistungssteigerung und Kostensenkung in fast allen Bereichen eingeleitet worden. Im Zusammenhang damit sollen Strukturveränderungen über die Jahre 1985 und 1986 erfolgen. Dafür wurden als Vorsorge für Sozialplanaufwendungen 16,9 Mill. DM im vergangenen Jahr zurückgestellt.

Ohne diese außerordentliche Belastung der Gewinn- und Verlustrechnung heißt es weiter, hätte schon 1984 ein Jahresüberschuß ausgewiesen werden können. So weise Hag allerdings einen Jahresfehlbetrag von 10 Mill. DM aus. Die Geschäftsleitung rechnet damit, 1985 wieder in die Gewinnzone zu kommen.

Anzeige

Weltweite Sicht kann man abonnieren.

Bitte:

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

zum monatlichen Bezugspreis von DM 26,50 (Ausland 35,–, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Vorname/Name:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Beruf:

Vorw./Tel.:

Datum:

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift:

01-042

Sie haben das Recht, eine Abonnementsbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Zewawell sieht Preis-Nachholbedarf

dpa/VWD, Mannheim

Die Zewawell AG & Co. KG PWA-Verpackungswerke, Mannheim, einer der beiden führenden deutschen Hersteller von Wellpappen-Verpackungen, rechnet 1985 nach einem für die Branche „im großen und ganzen befriedigenden Vorjahr" mit einem auf 2 Prozent in etwa halbierten Marktwachstum. Allerdings bestehe, wie Alleinvorstand Manfred Klis bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1984 erklärte, bei den Verkaufspreisen weiterhin ein im harten Wettbewerb kaum durchzusetzender Nachholbedarf von etwa 5 Prozent. Die Branche, deren knapp 100 Unternehmen überwiegend rote Zahlen schreiben, sieht Klis erst am Anfang eines strukturellen Bereinigungsprozesses.

Die Zewawell-Gruppe, die ihren Marktanteil mit 11 Prozent angibt, steigerte ihre Produktion 1984 um 4 Prozent auf 352 Mill. Quadratmeter Wellpappe. Das entspricht einer 90prozentigen Auslastung der acht Werke. Bei einem um 12 Prozent auf 390 Mill. DM erhöhten Außenumsatz wurde ein positives Betriebsergebnis erzielt.

Nach einem Absatzplus von 4 Prozent und einem Umsatzplus von 17 Prozent im bisherigen Jahresverlauf 1985, in dem Zewawell im Branchenvergleich „erfreulich" abgeschnitten habe, sowie aufgrund der enger gewordenen Preis/Kosten-Schere wird im laufenden Jahr eine deutliche Ertragsbesserung erwartet.

ADIG / Sehr gutes Ergebnis bei der Wertentwicklung – Aktienfonds weniger gefragt

Rentenfonds bescherten besten Absatz

DANKWARD SEITZ, München

Eine neue Erfahrung mußte die deutsche Investmentbranche 1984 machen: Obwohl an den nationalen wie internationalen Börsen Aktien wesentlich besser abschnitten als Renten, ging die Anlagepräferenz des Publikums in eine ganz andere Richtung – nämlich zugunsten der Rentenfonds. Denn offensichtlich hat die grundsätzlich seltene, aber zweifellos sehr attraktive Kombination von hohen Zinsen plus starker Währung bei US-Rentenwerten generell das Interesse für höherverzinsliche Auslandsanlagen gefördert. Gleichzeitig hat sich aber auch wieder bestätigt, daß steigende Aktienkurse Anteilrückgaben auslösen.

Vor diesem Hintergrund war es ein Glücksgriff für die Manager der Adig Allgemeine Deutsche Investment-Gesellschaft mbH, München/Frankfurt, Anfang Dezember 1984 mit dem „Adirewa" und „Fondirent" zwei neue internationale anlegende Rentenfonds aufzulegen. Denn letztendlich brachten die reinen Rentenfonds (einschließlich Gotha-Rent) mit einem Mittelaufkommen von zusammen 2,066 Mrd. DM – die beiden neuen steuerten dazu allein 1,568 Mrd. DM zu – der Adig im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) mit per Saldo 1,70 Mrd. DM den höchsten Zufluß in ihrer Unternehmensgeschichte.

Kein Wunder, daß sich Geschäftsführer Paul Labatzki mit dieser Entwicklung sehr zufrieden zeigt. Ohne die beiden neuen Rentenfonds wären der Adig nur bescheidene 132,4 (360,2) Mill. DM in die Kasse geflossen. Dabei kamen die beiden „alten" reinen Rentenfonds Adirenta und Gotha-Rent zusammen noch auf einen Mittelzugang von 498,0 (235,1) Mill. DM, während sich bei den zwei gemischten Fonds ein leicht höherer Abfluß von 63,3 (62,1) Mill. DM ergab und die Aktienfonds ein Minus von 302,4 (plus 187,2) Mill. DM hinnehmen mußten.

Auch im Hinblick auf die Wertentwicklung konnte Labatzki von einem sehr guten Ergebnis berichten. Mit fast allen Fonds konnte, seinen Angaben zufolge, die Adig mit ihren Zuwachsraten in den jeweiligen Anlagegruppen im Branchenvergleich die Plätze eins bis drei belegen. Ausnahmen sind der Gotha-Rent (Rang 8) und der im November 1983 neuaufgelegte Technologiefonds Aditec (Platz 32). Zurückzuführen sind diese bemerkenswerten Wertsteigerungen auf die internationale Aktienhausse und die sinkenden Zinsen.

Daß der Aditec nicht Schritt halten konnte, begründete Labatzki mit dem abgeschwächten Ertragstrend und Kursrückgängen von Technologie-Werten in den USA und Japan. Inzwischen hätten die Aktien dieser Unternehmen aber wieder ein Kursniveau erreicht, das Gewinne verheißen sollte. Auf längere Sicht bestehe kein Zweifel, daß diese Werte weiter wachsen und zu Ertragssteigerungen führen würden.

Insgesamt erhöhte sich das von der Adig verwaltete Fondsvermögen (ohne Gotha-Rent) auf 9,8 (6,8) Mrd. DM. Der Marktanteil verbesserte sich damit auf 22,4 (20,4) Prozent. Die mit Ausnahme von Fondis und Plusfonds erhöhten Ausschüttungen – insgesamt sind es rund 560 (441) Mill. DM – wurden, wie Labatzki betonte, erneut ausschließlich nur aus ordentlichen Erträgen finanziert. Realisierte Kursgewinne würden lediglich zur Aufrundung der Ausschüttung genutzt. Dabei handele es sich lediglich um Pfennigbeträge. Ansonsten stehe die Substanzstärkung im Mittelpunkt der Ausschüttungspolitik.

Verstärkt fortgesetzt hat sich im Geschäftsjahr 1984/85, so Labatzki, der bereits im Vorjahr erkennbare positive Trend bei den Adig-Anlagesystemen. Die Zahl der Aufbaukonten und -pläne stieg um rund 23 000 (5900) auf knapp 230 000. Durch die Erhöhung der vermögenswirksamen Anlagebeträge auf 936 (624) DM komme hier viel Neugeschäft auf die Adig zu.

Auch in Zukunft wird Adig, so Labatzki, mit eigenen neuen Produkten an den Markt kommen, sofern dies zweckmäßig erscheint oder eine Marktlücke erkennbar ist. Konkrete Pläne bestünden derzeit jedoch nicht. In Vorbereitung ist dagegen inzwischen in Zusammenarbeit mit der Victoria-Lebens-Versicherungs-AG, Berlin/Düsseldorf, ein gemeinsamer Rentenfonds ähnlich dem des Gotha-Rent.

Recht zuversichtlich beurteilte Labatzki die weitere Entwicklung der Wertpapiermärkte. Wenn auch das Potential für weitere deutliche Zinssenkungen inzwischen relativ begrenzt sei, gebe es jedoch noch Spielraum nach unten. Dabei seien insbesondere vom amerikanischen Rentenmarkt wohl keine nennenswerten Beeinträchtigungen zu befürchten. Und auch in den Aktienmärkten dürfte noch genug Ertragsphantasie stecken, um das Interesse der Anleger wachzuhalten. So stellt man sich bei der Adig darauf ein, daß das Mittelaufkommen bei den Rentenfonds 1985/86 zwar in einem „ruhigeren Fahrwasser" als im Vorjahr, aber dennoch positiv verlaufen werde. Demgegenüber dürften die Aktienfonds weiterhin nicht so sehr in der Gunst der Kunden stehen.

Adig-Fonds [1]	Adifonds 1984/85	Adifonds 1983/84	Adirenta 1984/85	Adirenta 1983/84	Adirewa [2] 1984/85	Adirewa [2] 1983/84	Aditec [3] 1984/85	Aditec [3] 1983/84	Adiverba 1984/85	Adiverba 1983/84
Fondsvermögen (Mill. DM)	594,3	532,0	5228,4	4339,5	305,3	–	328,4	339,0	467,1	325,8
Mittelzu/abfluß	– 109,9	– 77,2	+ 469,6	+ 216,4	+ 282,1	–	– 70,1	+ 349,9	– 31,1	– 26,4
Anteilwert (DM)	50,27	36,83	24,59	22,80	89,64	–	90,97	78,37	125,70	81,09
Ausschüttung [4]	1,85	1,55	1,90	1,85	thesaur.	–	1,80	–	2,20	2,10
Wertveränderung (%) [5]	+ 42,6	+ 10,2	+ 17,2	+ 9,0	+ 8,6	–	+ 16,1	– 3,2	+ 59,4	+ 17,6

	Fondak 1984/85	Fondak 1983/84	Fondirent [2] 1984/85	Fondirent [2] 1983/84	Fondis 1984/85	Fondis 1983/84	Fondra 1984/85	Fondra 1983/84	Plusfonds 1984/85	Plusfonds 1983/84	Gotha-Rent 1984/85	Gotha-Rent 1983/84
Fondsvermögen	654,3	532,8	1379,2	–	195,2	164,3	320,0	466,1	50,3	51,3	84,8	51,3
Mittelzu/abfluß	– 67,8	– 43,5	+ 1286,0	–	– 23,5	– 15,6	– 51,1	– 52,0	– 12,2	– 10,1	+ 28,4	+ 18,7
Anteilwert	53,45	38,62	89,91	–	45,95	33,97	91,51	73,80	57,04	44,93	85,29	91,79
Ausschüttung [4]	1,55	1,40	4,20	–	1,05	1,25	4,65	4,10	2,75	2,75	6,85	6,50
Wertveränderung (%) [5]	+ 43,8	+ 12,0	+ 9,0	–	+ 40,4	+ 12,9	+ 31,4	+ 10,5	+ 35,5	+ 9,3	+ 13,8	+ 7,8

[1]) Geschäftsjahresende 30. 6.; [2]) aufgelegt am 29. 11. 84, daher keine Vorjahreszahlen; [3]) aufgelegt am 14. 11. 83, daher keine Ausschüttung für 1983/84; [4]) in DM je Anteil inkl. Steuergutschrift; [5]) bei Wiederanlage der Ausschüttung zum Anteilwert.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: „Elektro Baltus + Bär GmbH"; **Bad Homburg:** Insex Sicherheits-Transporte u. Service GmbH, Bad Homburg v. d. Höhe; **Bielefeld:** KOS Krause Offset System KG i. L.; Willy Krause, Kaufmann; **Bochum:** BEGU Handels GmbH; **Celle:** Nebel GmbH; **Delmenhorst:** Ludwig Dignde GmbH, Ganderkesee; **Duisburg:** Nachl. d. Lieselotte Karoline Barta Christine Müller geb. Weber, Oberhausen; **Frankfurt:** COMERIM Außenhandelsge. mbH i. L.; Casuale Schuhsalon GmbH; **Fürth (Bay.):** Tecta-Bauträger-GmbH, Stein; **Gelsenkirchen:** EGH Kima-Heizungs-Sanitär GmbH, Bottrop; **Gütersloh:** Alpha Video GmbH + Co. Medien Produktions GmbH, Rieberg; **Herford:** Wilhelm Baumann GmbH & Co. KG, Löhne; Baumann Verwaltungs GmbH, Löhne; **Hildesheim:** Uwe Anlauf, Algermissen; **Karlsruhe:** RvL-Immobilien GmbH; **Köln:** Schauplatz Verlagsges. mbH; **Lehrte:** Monta Bau GmbH; **Neu-Ulm:** Nachl. d. Dr. Erwin Brucik; **Peine:** HRK Bauges. mbH – Bauträgerges., Ilsede; **Varel:** Dietmar Brusch; **Winsen/Luhe:** Severin Lühr, Salzhausen.

Anschlußkonkurs eröffnet: Lörrach: VEWIBA Vermögens-, Wirtschafts- u. Bauberatungs GmbH.

Vergleich beantragt: Hannover: COMO Computer Modular GmbH; **Leer:** Textilhaus Ahlers OHG, Ostrhauderfehn; **Peine:** Horst Riek, Ilsede; **Pforzheim:** Friedemann Becker Schmuckwarenfabrikation, Eisingen.

DIW

... im Gespräch.

„Wer DIW mit Komplett-Instandhaltung beauftragt, darf auch mit perfekter Gebäudereinigung rechnen!"

Ein Unternehmen stellt Fragen, DIW gibt Antwort ...

Unternehmen:
Wir suchen ein Unternehmen, das nicht nur unsere Maschinen und Anlagen sauber hält, sondern überhaupt alles: Hallen, Bürogebäude ...

DIW:
Dann sind Sie bei uns an der richtigen Adresse: Die DIW ist eine erste Adresse für perfekte Instandhaltung und für Gebäudereinigung mit System.

Unternehmen:
Gebäudereinigung mit System – was verstehen Sie darunter?

DIW:
Wir haben unseren Leistungsbereich „Gebäudereinigung" als ein System aus verschiedenen Sektoren aufgebaut. Die Abwicklung der Arbeiten erfolgt – unter straffer Leitung – systematisch Sektor um Sektor. Das erleichtert Planung und Kontrolle – für uns und für den Kunden!

Unternehmen:
Hört sich sehr vernünftig an – und was sind das für Sektoren?

DIW:
Einer ist die Unterhaltsreinigung. Er umfaßt Bodenreinigung, Mobiliarreinigung, Heizkörperreinigung ... Zum Sektor „Sozialraumreinigung" zählt die hygienisch einwandfreie Reinigung von Kantinen und Werksküchen, Duschen, Toiletten, Wasch- und Umkleideräumen ... Hallenreinigung ist der dritte Sektor. Er umfaßt Hallenbodenreinigung, Konstruktionsteilereinigung, Glasreinigung, Sheddachreinigung, Reinigen und Auswechseln der Beleuchtungskörper ...

Unternehmen:
Muß man diese Leistungen immer zusammen mit der Instandhaltung von Maschinen und Anlagen abnehmen?

DIW:
Man kann, man muß nicht. Gebäudereinigung ist ein durchaus eigenständiger Leistungsbereich der DIW. Freilich – wer DIW mit „Komplett-Instandhaltung" beauftragt, darf automatisch auch mit perfekter Gebäudereinigung rechnen. Sie ist dann Teil des DIW-Komplett-Angebots!

Dieses Gespräch – es führte das Unternehmen zur Komplett-Instandhaltung „Industriewartung plus Gebäudereinigung". Es hätte jedoch auch sein können, daß sich das Unternehmen nur für DIW-Gebäudereinigung entschieden hätte. Wie werden Sie entscheiden – nach Ihrem Gespräch mit dem DIW-Berater?

DIW finden Sie in der ganzen Bundesrepublik und West-Berlin. Zur Kontaktaufnahme wenden Sie sich bitte an:

DIW
DEUTSCHE INDUSTRIEWARTUNG
München GmbH
Boschetsrieder Straße 118
8000 München 70
Telefon 089/7803-0



Die Wartungsprofis mit System

Autoaktien blieben in Fahrt

Am Wochenbeginn aber keine einheitliche Tendenz

DW. – Wie schon oft in den vergangenen Monaten setzte sich auch diesmal am Wochenbeginn noch keine einheitliche Tendenz am Aktienmarkt durch. Es fehlten zunächst größere Kaufaufträge aus dem Ausland, so daß nach Bewältigung der wenigen vorliegenden Inlandsorders die Aktienkurse überwiegend rückläufig waren. Fest blieben lediglich die Autoaktien und deren Umfeld. Dafür sorgte nicht zuletzt der Halbjahresbericht des Volkswagenwerks, der die Hoffnungen auf eine Gewinnsteigerung untermauerte.

Die Wirkung der guten Halbjahresberichte der Großbanken auf deren Kurse klingt merklich ab. Erst gegen Schluß gab es bei ihnen auf der ermäßigten Basis einige Meinungskäufe, von denen ein Teil aus der Schweiz gekommen sein dürfte. Deshalb blieben bei den Großbanken nur Tagesverluste von zwei bis drei DM übrig. Zu einer Sonderbewegung kam es bei GHH-Stämmen. Ihr Anstieg um annähernd 10 DM wird auf Versionen zurückgeführt, wonach eine Vereinigung der GHH mit ihrer MAN-Tochter und anschließender Sitzverlegung nach Bayern geplant sein soll. Von den Versorgungswerten waren Veba weiterhin lebhaft gesucht, während die übrigen Papiere dieser Branche eher leichte Einbußen hinnehmen mußten. Der in der Vorwoche zeitweise aufgekommenen Euphorie für Stahlaktien ist mehr Nüchternheit gewichen. Gewinnmitnahmen bei den Elektrowerten führten besonders in den marktengen Papieren zu deutlichen Kursrücknahmen.

Frankfurt: Aesculap sanken um 5 DM, IWKA um 9 DM und Varta um 7,20 DM. Cassella zogen um 16 DM an, Wella verbesserten sich um 10 DM, und Bilfinger gewannen 3,50 DM.

Düsseldorf: Gildemeister stiegen um 3 DM, Keramag um 4 DM und Nino um 4,50 DM. Dyckerhoff St. und Schubert + Salzer verteuerten sich um 5 DM. Balcke Dürr verloren 4 DM und Audi NSU 5 DM.

Hamburg: HEW gaben um 1 DM nach, während NWK-Vz. mit plus 2 DM gehandelt wurden. Beiersdorf verbesserten sich um 1 DM. Phoenix Gummi lagen mit minus 1 DM und Hapag Lloyd mit minus 1,50 DM etwas leichter.

Berlin: Herlitz St. verloren 6 DM, Detewe 2 DM. Kempinski verminderten sich um 7 DM und Schering um 5 DM. Rheinmetall zogen um 3 DM an, und Berthold legten 5 DM zu.

München: Agrob St. verminderten sich um 6 DM, Deckel AG sanken um 1,50 DM, und Electro 2000 gaben um 10 DM nach. AKS stiegen um 0,80 DM, Gebe AG um 0,50 DM und Hutschenreuther um 6 DM.

Stuttgart: Badenwerk legten 3 DM zu, Daimler gewannen 12 DM und Merdeces 9,50 DM. IWKA waren um 7 DM nachgebend, und Maschinenfabrik Esslingen wurden um 10 DM niedriger taxiert.

Nachbörse: gut behauptet

WELT-Aktienindex: 197,53 (197,15)
WELT-Umsatzindex: 2674 (3685)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

Inland

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Tokio

Wien

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Arbed	1650	1670
Brux. Lambert	1855	1850
Cockerill Ougrée	219	219
Ebes	2875	2885
Gevaert	4020	–
Kreditbank	8800	8800
Pétrofina	5740	5750
Soc. Gén. d. Belg.	1785	1790
Sofina	7170	7210
Solvay	4390	4385
UCB	5000	4990
Index	2301,81	2305,97

Madrid

Hongkong

Singapur

Cycle + Car.	3,44	3,56
Cold Storage	2,44	2,7
Dev. Bk. of Sing.	5,3	5,4
Fraser + Neave	5,55	5,65
Kl. Kepong	–	2,4
Mal. Banking	–	5,85
Nat. Iron	–	2,38
OCBC	8,3	8,5
Sime Darby	1,9	1,94
Singapur Land	2,36	2,47
Un. Overs. Bank	3,68	3,76

Paris

Sydney

CSR (Thelas)		3,28
Metals Expl.	Börse	0,52
MIM-Holdings	ge-	2,68
Myer Emporium	schlos-	3,2
North Broken Hill	sen	2,28
Oakbridge		1,16
Peko Wallsend		4,65
Poseidon		4,25
Thomas Nat. Tr.		2,3
Waltons Bond		0,42
Westpacific Banking		4,86
Western Mining		4,15
Woodside Petr.		1,35
Index		956,70

Optionshandel

Frankfurt: 05. 8. 85
1815 Optionen = 108 100 (125 550) Aktien,
davon 308 Verkaufsoptionen = 15 600 Aktien

Kaufoptionen: AEG 10-130/7, 10-140/3, BASF 10-191/32, 10-220/6,5, 10-240/3,8, 10-250/3,5, Bayer 10-200/25, 10-211/17, 10-220/12, 10-230/6, 10-240/2,5, 10-250/2, Bay. Hypo 1-380/20, Bekula 1-35/11,6, BMW 10-400/29, 10-460/5,6, Commerzbk. 10-200/25, 10-220/10, 10-230/8, 10-240/4,85, 10-250/3,4, 1-210/23, 1-230/16, 1-240/10, 1-250/8,2, 4-140/15,6, Conti 10-137/15, 10-147/9,5, 10-160/4, Daimler 4-950/54,75, 4-1000/44, Dt. Babcock St. 4-170/14, Deutsche Bk. 1-560/48, 1-650/18,35, Dresdener Bk. 10-249/38, 10-250/29, 10-260/25,2, 10-190/13,1, 1-250/4, 1-270/28, 1-290/16, 1-300/15, 1-310/13, 4-300/24, 4-310/20, Hoechst 10-210/15,4, 10-220/10, 10-230/8, 10-240/3, Hoesch 10-110/10, 10-120/5,1, 10-130/2,5, 1-120/10, 1-130/7, 1-140/2,5, KHD 4-320/10, Klöckner 10-60/6,5, 10-65/3, 1-70/3, 1-75/1,5, 4-60/10,4, 4-65/7,15, 4-70/5,4, 4-75/3,9, Lufthansa St. 10-205,5/18,5, Lufthansa Vz. 1-230/10, Mercedes 780/31, Metallges. 1-290/12, Mannesmann 10-165,29, 10-190/15, 10-200/8,5, Nixdorf 1-600/15, Preussag 1-300/10, RWE St. 10-170/15,1, 10-180/7,6, 1-180/13, 4-180/16, RWE Vz. 1-180/11, 1-190/6,1, Siemens 10-500/60, 10-530/35, 10-560/28, 10-580/19,4, 10-590/16, 10-600/11, 10-650/7,8, 1-560/41, 1-570/38, Thyssen 10-88,25/35, 10-108,25/17, 10-110/13,9, 10-120/9, 10-130/5, 10-140/3, Veba 10-200/38, 10-210/28, 10-220/19,2, 10-230/13,5, 10-240/8, 10-250/5,4, 1-230/19, 1-240/12,5, 1-260/4, VEW 1-140/9, VW 10-225/83, 10-235/73, 10-310/31,8, 10-320/19, 10-330/12, 10-340/8,5, 1-310/30, 1-330/28, 1-330/9, 1-350/15,1, 1-370/8, Alcan 1-80/8, IBM 10-410/10, Norsk Hydro 1-35/4,8, Philips 10-45,2, Sony 4-50/3, Xerox 10-160/8,4, Verkaufsoptionen: AEG 10-120/1,8, 1-110/1,2, 1-120/3, 4-120/5,5, BASF 10-210/2, 10-220/4,4, 1-210/3, 1-220/8, 4-210/5, Bayer 10-210/2, 10-220/5,1, BMW 10-380/2, 10-390/5, 1-380/9, 1-400/14,6, 1-410/20,2, Commerzbk. 10-200/1,5, 1-200/2,5, Conti 1-140/3, Daimler 10-900/5,5, 10-920/7, 1-900/13,4, Deutsche Bk. 10-550/9, Dresdner Bk. 10-250/2,5, 10-260/5, 1-250/4, 1-260/7,8, Hoechst 10-210/1,4, 1-210/4, Hoesch 1-110/4, 4-110/5, Klöckner 10-60/3, 1-55/2, 1-60/4, Lufthansa St. 10-210/4, 4-220/7, Linde 10-490/11, Mannesmann 10-190/4, 1-180/3, 1-190/8, Schering 10-460/5,4, Siemens 10-500/1, 10-540/6,1, 10-550/10, 10-560/12,2, 1-500/3,3, 1-520/7, 1-530/8, 1-540/10, Thyssen 1-110/2,9, 1-120/3,4, 4-110/3,2, 4-120/6, Varta 1-220/6,7, Veba 10-220/2, 10-230/6, 1-230/7, VEW 1-130/2,5, VW 10-280/2, 10-290/4, 10-295/9, 10-300/9,4, 10-310/12,4, Chrysler 10-100/3,8, Litton 1-220/30, Norsk Hydro 10-35/1,1, Philips 1-40/1,9.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 5.8.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞–8⅛	4⅝–5	4¼–4½
3 Monate	8–8¼	4⅝–5	4⅓–4¾
6 Monate	8¼–8½	4⅞–5⅛	4⅝–4⅞
12 Monate	8¾–9	5–5¼	4¾–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 5.8. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1295,00	1658,70
10 US-Dollar (Indian)**	1255,00	1519,40
5 US-Dollar (Liberty)	470,00	649,80
1 £ Sovereign alt	210,00	262,20
1 £ Sovereign Elizabeth II.	207,00	258,78
20 belgische Franken	160,50	211,47
10 Rubel Tscherwonez	217,50	275,31
2 südafrikanische Rand	203,75	253,94
Krüger Rand, neu	911,00	1078,44
Maple Leaf	924,00	1093,26
Platin Noble Man	815,50	967,57
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	211,50	269,61
20 schweiz. Franken „Vreneli"	167,50	219,45
20 franz. Franken „Napoléon"	167,75	219,74
100 österr. Kronen (Neuprägung)	855,00	1038,54
20 österr. Kronen (Neuprägung)	168,75	215,80
10 österr. Kronen (Neuprägung)	87,75	117,14
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	395,75	485,36
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	92,25	127,97

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Der US-Dollar bewegte sich am 5. 8. auf Konsolidierungskurs. Nach 2,8175 zu Beginn wurde zunächst ein geringer Rückgang bis 2,8100 registriert. Im Verlauf erholte sich der Kurs auf 2,82 bei einem Tageshöchstkurs von 2,8260. Die amtliche Notiz wurde mit 2,8198 ohne Beteiligung der Bundesbank ermittelt. Während die Dollar-Zinssätze auch im Hinblick auf die Mittelaufnahmen des US-Schatzamtes stabil lagen, gaben die DM-Zinssätze etwas nach und trugen damit zur Unterstützung des Dollarkurses bei. Stabil lag auch das Englische Pfund, das sich auf 3,872 erholen konnte. Die Mehrzahl der übrigen Währungen notierte gegen DM höher. US-Dollar in: Amsterdam 3,1655; Brüssel 56,9500; Paris 8,5085; Mailand 1891,00; Wien 19,8110; Zürich 2,3106; Ir. Pfund/DM 3,115; Pfund/Dollar 1,3731; Pfund/DM 3,872.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 5.8.: In D-Mark 2,22908 (Parität 2,24184); in Dollar 0,79068 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 5. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

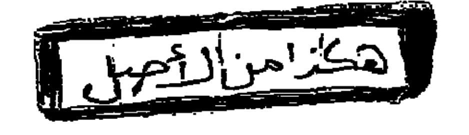
Devisenterminmarkt

1/16 Prozent rückläufige DM-Depots und gleichzeitig 1/16 Prozent befestigte Dollar-Depots führten am 5. August zu einer Erweiterung der Dollar-Termin-Abschläge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,87–0,77	2,48–2,38	4,90–4,70
Pfund/Dollar	0,46–0,44	1,13–1,10	1,90–1,85
Pfund/DM	3,10–1,70	7,10–5,70	12,8–11,1
FF/DM	31–15	94–58	180–114

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5.8.: Tagesgeld 4,70–4,80 Prozent; Monatsgeld 4,90–5,05 Prozent; Dreimonatsgeld 4,90–5,05 Prozent.
Privatdiskontsätze am 5.8.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 5.8.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.
Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Aug. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/9 (Typ A) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,23) – 6,50 (5,55) – 6,80 (5,77) – 7,00 (5,99) – 8,50 (6,34). Ausgabe 1985/10 (Typ B) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,25) – 6,25 (5,56) – 6,50 (5,81) – 7,00 (6,08) – 8,50 (6,45) – 8,50 (6,74). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,71, 2 Jahre 5,53. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 100,40, Rendite 6,40.



VEBA. Faszinierende Kapitel deutscher Wirtschaftsgeschichte.

Schiffe mit Rädern.

Über Stinnes.



Pioniertaten verändern die Welt – für die klassische Innovationstheorie ist die Einführung der Dampf-Schleppschiffahrt auf dem Rhein ein hervorragender Beweis.

Der Pionier: Mathias Stinnes; ein Mülheimer Kaufmann, der Mitte des vergangenen Jahrhunderts als erster die bis dahin üblichen Zugpferde durch dampfgetriebene Schlepper ersetzte. Und der als einer der ersten die Vorteile erkannte, die im Verbund von Handel und Verkehr in einem Unternehmen lagen.

Unter den Nachfolgern von Mathias Stinnes war es Hugo Stinnes, der Enkel, der den Gedanken der Verbundwirtschaft zur Perfektion entwickelte. Er baute zu Beginn dieses Jahrhunderts das größte Wirtschaftsimperium seiner Zeit auf. Sein Engagement in der Politik und sein frühzeitiger Einsatz für einen sozialen Frieden zwischen Unternehmern, Arbeitern und Gewerkschaften gilt noch heute als beispielhaft.

Nach einer wechselvollen Geschichte – Überführung des Konzernvermögens nach USA, Beschlagnahme durch die US-Regierung während des zweiten Weltkrieges, Rückführung des Konzerns nach Deutschland Ende der 50er Jahre, Übernahme durch VEBA 1965 – entwickelte sich das Unternehmen schließlich unter dem Dach der VEBA zu einem der größten Handels- und Verkehrsunternehmen Europas.

Damit hat sich die Idee von Mathias und Hugo Stinnes – die Entwicklung eines umfassenden und starken Dienstleistungsunternehmens – bis zum heutigen Tag als erfolgreich erwiesen. Der Handel mit Brennstoffen, Baustoffen, Chemieerzeugnissen, Erzen und Mineralien sowie Spedition und Lagerei, Schiffahrt und Häfen und verschiedene Dienstleistungen – all dies ist heute unter dem STINNES-Dach vereinigt.

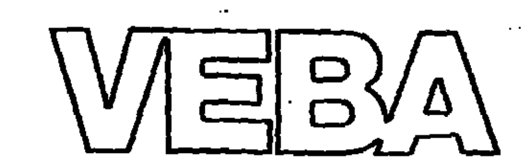
Durch die Zusammenarbeit der verschiedenen Bereiche sind durchgehende, leistungsfähige Verbindungen entstanden, die vom Produktionsort bis zur Haustür des Kunden in In- und Ausland reichen.

VEBA Heute.

ELEKTRIZITÄT	CHEMIE	HANDEL & VERKEHR	MINERALÖL
Veba Kraftwerke Ruhr AG Gelsenkirchen	Hüls AG Marl	Stinnes AG Mülheim/Ruhr	Veba Oel AG Gelsenkirchen
	Bunawerke Hüls GmbH Marl	Brenntag AG & Co. Mülheim/Ruhr	Ruhr Oel GmbH Gelsenkirchen
Preussische Elektrizitäts-AG Hannover	Deutsche Hefewerke GmbH Hamburg	Rhenus AG Dortmund	Raab Karcher AG Essen
Nordwestdeutsche Kraftwerke AG Hamburg	Röhm GmbH Chemische Fabrik Darmstadt	Midgard Dt. Seeverkehrs-AG Nordenham	Aral AG Bochum
Hann.-Braunschw. Stromversorgungs-AG Hannover	Phenolchemie GmbH Gladbeck	Stinnes-Trefz AG & Co. Stuttgart	Deminex-Dt. Erdölversorgungsges. mbH Essen
Schleswag Aktiengesellschaft Rendsburg	Nuodex New Jersey		Mark Producing
Thüringer Gas Aktiengesellschaft München		SONSTIGE	
Braunschweigische Kohlen-Bergwerke Helmstedt	Veba Wohnungswirtschaft	Veba-Glas AG Essen	Ruhrkohle AG Essen

Die VEBA hat mit ihren 76.800 Mitarbeitern im Jahre 1984 einen Konzernumsatz von 49,6 Mrd. DM erzielt.
Neben der Bundesrepublik Deutschland (30%) sind rund 600.000 Aktionäre am Kapital der Gesellschaft beteiligt. Durch ihre Größe und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung ihrer Aktivitäten ist die VEBA ein Kernstück deutscher Volkswirtschaft.

Wenn Sie mehr über Handel, Verkehr und andere Aktivitäten der VEBA wissen möchten, schreiben Sie uns: VEBA AG, Karl-Arnold-Platz 3, 4000 Düsseldorf 30.



Die Serie wird fortgesetzt.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Rentenmarkt verunsichert

Auf die ungewisse Zinsentwicklung in den USA reagierten die Anleger in deutschen öffentlichen Anleihen mit Zurückhaltung. Die Kurse öffentlicher Anleihen schwankten jedoch nur wenig, was einmal dem geringen Angebot, zum anderen aber auch der Bereitschaft der kurspflegenden Stellen zu verdanken ist, Material auf Basis der erreichten niedrigen Kurse aufzunehmen. Das bestärkt die Rentenhändler in der Vermutung, der Zentralbankrat werde am 15. August die Leitzinsen senken, nachdem die Bundesbank in den letzten Wochen für Liquidität gesorgt hatte.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber-Kupfer- und Kaffeenotierungen an der New Yorker Comex. Etwas schwächer ging Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!

LUDWIG ERHARD:
Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe – ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard geprägte *Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe* gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen.

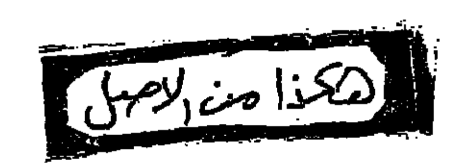
Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für *eine zukunftsorientierte Entwicklung* unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Anerkanntes Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information *und Aussprache über Wirtschafts- und Gesellschafts*politik ist die Vierteljahres-Zeitschrift „Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik".

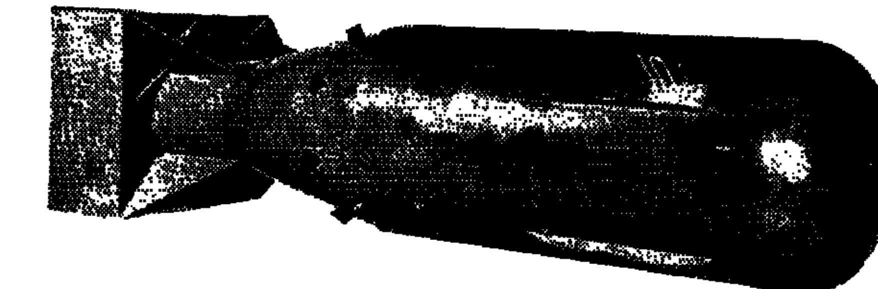
In „Orientierungen", Heft 23, kommen Politiker, Wissenschaftler und Praktiker zu Wort. Die heute notwendige Beschäftigungsstrategie wird erörtert. Es werden Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Zukunft diskutiert und die Bedeutung von Mittelstand und neuem Unternehmertum dargelegt. Das Heft enthält Beiträge zur europäischen Agrarpolitik, zur Regionalpolitik, zur Lage des Einzelhandels, zur Geldpolitik, zur Vermögensbildung, zur Sozialpolitik und befaßt sich mit dem Verhältnis von Arbeit und Kapital.

Möchten Sie „Orientierungen" beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? – Schreiben Sie uns:

Ludwig-Erhard-Stiftung,
Johanniterstraße 8, 5300 Bonn 1.







Hiroshima, 6. 8. 1945:

Heute um 8.16 h wurden 120.000 Menschen umgebracht.

Vielleicht möchten Sie 10 Sekunden über das nachdenken, was heute vor 40 Jahren in Hiroshima geschah. Und in der neuen Stern-Serie nachlesen, wie es dazu kam. Und warum wir heute die erste A-Bombe millionenfach haben.



KKG und GGK

Boris Becker (und sein Team), Ralf Lübke, Paul Schockemöhle – die große Freude über große Erfolge

In einem Interview mit der WELT feiert Dr. Claus Stauder, der Präsident des Deutschen Tennis-Bundes (DTB), den 3:2-Sieg der deutschen Mannschaft über die USA als „einen der größten Tage für Deutschlands Tennissport". Am Sonntag verlor Hansjörg Schwaier mit 4:6, 6:2, 7:5, 4:6, 2:6 gegen Eliot Teltscher. Dann holte Boris Becker mit 6:2, 6:2, 6:1 über Aaron Krickstein den entscheidenden Punkt zum 3:2. An diesem Tage wurde Becker dennoch knapp besiegt – im Fernsehen von „Tagesschau" (18,94 Millionen Zuschauer) und der ZDF-Serie „Hotel" (15,64). 12,46 Millionen sahen in der Zeit von 17.55 bis 20.01 Uhr zu, als Becker spielte. Eine gewaltige Zahl für eine Sportübertragung, in der es nicht um Fußball geht. Inzwischen hat der Kampf deutscher Städte um die Ausrichtung des Halbfinales begonnen. Ab 4. Oktober spielt das deutsche Team gegen die CSSR mit Ivan Lendl. Gestern bestellten 300 Anrufer bei der Geschäftsstelle des DTB in Hannover bereits 3000 Karten, ohne überhaupt zu wissen, wo dieses Spiel stattfinden wird.

Der deutsche Sieg über die USA findet international große Beachtung. Im Mittelpunkt steht immer wieder Boris Becker. „France Soir" schreibt: „Angeführt von ihrem märchenhaften Champion Boris Becker entdecken die Deutschen nach einer langen Lethargie wieder das Tennis." Und die französische Sport-Zeitung „L'Equipe": „Dank eines Super-Bum-Bum-Becker hat die Bundesrepublik die USA ausgeschaltet. Deutschland ist lichterloh begeistert. Die Becker-Manie hat das Land in kurzer Zeit ergriffen." Die Londoner „Times": „Becker spielt ein erleuchtetes Tennis. Alles, was er versuchte, gelang ihm. Er produzierte jeden Schlag, den man in den Tennis-Büchern finden kann, und einige, die es dort überhaupt nicht gibt. Es war eine Leistung, die die ekstatische Menge in Bann hielt." Und der „Corriere della Sera" aus Rom: „Der Tennissport begann langweilig zu werden. Becker, der Mann am Netz, der fliegende Mann, hat das Schauspiel wieder schmackhaft gemacht. Der Drache McEnroe wartet an der Straßenecke."

Noch besser als beim Wimbledon-Sieg

STAND ● PUNKT

Ein berauschendes Tennis-Fest ist am späten Sonntagabend am Hamburger Rothenbaum zu Ende gegangen. Deutschlands Daviscup-Spieler besiegten zum ersten Mal die USA. Was noch wichtiger erscheint: das deutsche Sport-Publikum hat sich mit den Stars identifiziert, eine Einheit gebildet. Der Respekt gilt dabei dem gesamten Team, das sich um den deutschen Tennissport verdient gemacht hat. Also auch Hansjörg Schwaier, der vorher kaum zur Kenntnis genommen wurde. Also auch Andreas Maurer, der an der Seite von Boris Becker das weltbeste Doppel an den Rand einer Niederlage brachte.

Und dennoch ragt einer heraus, Boris Becker. Was er in seinem abschließenden, entscheidenden Einzel gegen Aaron Krickstein bot, stempelt ihn schon heute zu einer Ausnahmeerscheinung. Innerhalb von nur vier Wochen hat sich eine neue Situation ergeben: Erst kam der Sieg in Wimbledon, heute ist Becker bereits besser als bei diesem überraschenden Triumph. Er ist auf dem Weg, ein perfekter Spieler zu werden.

Es erübrigt sich dabei, über dieses letzte Match gegen Krickstein einen Spielbericht zu erstellen. Zu überlegen agierte der 17jährige auf dem Centre Court, er spielte genau im richtigen Zeitpunkt den richtigen Ball zum Punktgewinn. Im Boxsport wäre es nach der ersten Runde, also hier nach dem ersten Satz, angebracht gewesen, daß US-Kapitän Arthur Ashe das Handtuch zum Zeichen der Aufgabe wirft. Hier stand ein Ballkünstler zwischen den weißen Linien, der Krickstein, „einem der besten Sandplatzspieler der Welt" (Ashe), kostenlosen Unterricht erteilte. Und das alles nach einer ernsten Nervenprobe vor seinem alles entscheidenden Spiel. Sechsmal mußte sich Becker wegen der Regenpausen in der Garderobe neu aufwärmen. Am Ende spielte er vor lauter „Kribbeligkeit" (Trainer Bosch) Volleys gegen die Garderobenwand. Doch Druck macht den Wimbledon-Sieger offensichtlich nur stärker. Der Präsident der Internationalen Tennis-Federation, Philipp Chartrier, der an allen drei Tagen in Hamburg war, setzte noch eins drauf. „Boris ist schon heute ein Champion. Ich glaube sogar, daß er in diesem Jahr bei den US-Open in Flushing Meadow gewinnen kann."

Da erfüllen sich sportliche Träume, plötzlich, unerwartet. Beispiel für andere Disziplinen?

H. J. POHMANN

Das so erfolgreiche Spiel mit der Kraft

KLAUS BLUME, Stuttgart

Da war ja auch die Frage: Wie verkraftet das einer mit 20? Sechs Starts in drei Tagen, vier davon am Sonntag zwischen zwölf Uhr mittags und halb sechs am späten *Nachmittag*. Härteprüfung nennen die Leichtathleten das. Ralf Lübke bestand sie bei den deutschen Meisterschaften im Stuttgarter Neckarstadion gewissermaßen mit Auszeichnung.

„Er ist ja ganz gut trainiert," untertreibt sein Heimtrainer Bernd Knut bei der Erklärung dessen, was sich *zugetragen hat. Und: „Da war ich mir* sicher, daß Ralf das von der Physis her schaffen würde." Manfred Kinder, der Bundestrainer der 400-m-Läufer, sagt: „Solche Sachen wie Harald Schmid kann Lübke heutzutage auch schon durchhalten." Zur Erklärung: 1979, beim Europacup-Finale in Turin, absolvierte Schmid innerhalb von 59 *Minuten die überaus kräftezehrenden* Rennen über 400-m-Hürden und über 400 Meter.

„Lübke, der Superstar" jubelte gestern der Kölner „Express", nachdem der Leverkusener bei seinem ersten großen 400-m-Rennen hinter Erwin Skamrahl in ausgezeichneten 45,06 Sekunden Zweiter geworden war, nachdem er den *Meistertitel über 200* m in der europäischen Jahresbestlei*stung von 20,38 Sekunden gewonnen* hatte und obendrein als Schlußläufer der Leverkusener 4 x 400-m-Staffel siegte.

Wie verkraftet man so etwas? „Kaputt und zufrieden," sagt die Weitspringerin Anke Weigt, Lübkes Freundin. „Indem man zwischendurch einfach einmal abschaltet, sich entspannt, und – wie beim Essen am Samstag abend – mal nicht über Leichtathletik spricht," sagt seine Mutter. Und der Trainer? „Am schwierigsten war am Samstag die Zeit von sieben Uhr morgens bis zum *400-m-Finale am Nachmittag*. Denn da waren die großen Namen der ande*ren Konkurrenten*. Wie *damit fertig* werden? Er hat oft darüber gesprochen, denn er war nervös. Doch damit mußte er allein fertig werden."

Lübke wurde es, aber dann kam die Serie der 200-m-Läufe am Sonntag. „Er wollte unbedingt 200 Meter laufen, und er wollte nicht nur mitlaufen, er wollte gewinnen," sagt Knut. Lübke gewann – in 20,38 Sekunden, eine Hunderstel fehlte zum deutschen Rekord des Kornwestheimers Jürgen Evers. Knut: „Das war nicht sein letztes Wort, er kann noch mehr." Wobei anzumerken ist, daß Knut, der *ehemalige Zehnkämpfer*, alles andere als ein Freund leichtfertiger Andeutungen ist. Knut, als ruhiger, besonnener und sorgfältiger Trainer hochgeschätzt, hat Lübke nach dem 200-m-Finale nur deshalb den Start in der Leverkusener 4 x 400-m-Staffel er*laubt, weil er zuvor gewonnen hatte*. Knut: „Ich habe schließlich damit meine Erfahrungen, zum Beispiel mit Bernd Herrmann, Franz-Peter Hofmeister und Manfred Ommer. Da kommt nach dem Sieg das Hochgefühl – und dann geht so etwas."

Wie geht es weiter? Zwei Tage hat Lübke nun Trainingsruhe, dann beginnen die Vorbereitungen für das Europacup-Finale in Moskau, bei dem *er die Hauptbelastung* in der deutschen Mannschaft tragen wird. Lübke startet in der 4 x 100-m-Staffel, über 200 m und in der 4 x 400-m-Staffel, wobei es zwischen den beiden letzten Wettbewerben nur 80 Minuten Zeit für Erholung und erneute Vorbereitung gibt. Wird da nicht doch Raubbau betrieben? „Ein gut trainierter Mann wie *Ralf Lübke* übersteht das," sagt Bundestrainer Kinder.

Wobei an der Richtigkeit des Trai*ningsprogramms* von Bernd Knut gerade in diesem Jahr gehörige Zweifel gehegt wurden. Knut: „Als Ralf über 200 Meter langsamer als 21 Sekunden lief, wurden wir immer mal gefragt: Na, habt ihr im Winter auch alles richtig gemacht?" Knut hat dann stets höflich mit den Achseln gezuckt. Heute sagt er: „Also ganz so falsch kann unsere Winterarbeit doch nicht gewesen sein."

Und das nicht nur im Hinblick auf das Europacup-Finale in Moskau, sondern auch bereits auf die Europameisterschaften im nächsten Jahr in Stuttgart. „*1986 wird auch* sehr interessant," sagt Knut. Er will zwar keine *Möglichkeiten* nennen, aber daß Lübke dann über 400 m Zeiten von 44,50 Sekunden stabilisieren kann, um notfalls noch viel schneller zu sein, schließt er nicht mehr aus. Knut und Lübke reden zwar nicht darüber – doch irgendwo im Hinterkopf der beiden hat sich wohl endgültig der Gedanke eingenistet, dreimal Europameister werden zu können: über 200 m, 400 m und mit der 4 x 400-m-Staffel.

Ballzauber – „Deutschland lichterloh begeistert"

DW. Hamburg

Eine Feier gab es nicht, der Beruf geht vor. Gestern morgen saßen die glorreichen Drei – Boris Becker, Hansjörg Schwaier, Andreas Maurer – bereits wieder im Flugzeug nach München. Ab heute spielen sie beim *Grand-Prix-Turnier in Kitzbühel*. Boris Becker (er trifft auf Diego Perez *aus Uruguay*) ist *zum ersten Mal* als Nummer eins gesetzt. Die Tenniswelt hat sich in Deutschland nach seinem Wimbledon-Sieg und dem 3:2-Erfolg über die USA im Davispokal verändert. Für Becker selbst auch – in Kitzbühel wohnt er mit Manager Ion Tiriac und Trainer Günter Bosch in einer Zehn-Zimmer-Suite im feudalen Schloßhotel Lebenberg. Ein Mitglied der Turnierleitung: „Wahrscheinlich brauchen sie die Zimmerflucht zum Warmspielen."

Und „*Deutschland ist lichterloh* begeistert" („L' Equipe"). Die Städte *München, Frankfurt, Dortmund*, Berlin und Stuttgart streiten darum, wer in seiner Halle das Halbfinale gegen die CSSR austragen darf. Denn jetzt winkt sogar das Finale, so sieht es auch Boris Becker: „Auf einem schnellen Boden haben wir eine Chance gegen die Sandplatzspezialisten Ivan Lendl und Miroslav Mecir."

WELT-Mitarbeiter Hans-Jürgen Pohmann sprach mit Verbands-Präsident Dr. Claus Stauder über die veränderte Welt des Deutschen Tennis-Bundes.

WELT: Wie fühlt sich der Verbands-Präsident dabei, es plötzlich mit Siegertypen zu tun zu haben?

Stauder: *Das ist wohl das* Wertvollste, was dem DTB passieren konnte. Denn die Herren stehen halt im Welttennis im Vordergrund.

WELT: Wie schätzt der DTB den 3:2-Erfolg gegen die USA ein.

Stauder: Dies ist einer der größten Tage für Deutschlands Tennissport. Wir können uns nur wünschen, daß die Erfolgssträhne weitergeht.

WELT: Führen Sie diese positive Entwicklung ausschließlich auf Boris Becker zurück?

Stauder: Sicherlich hat Boris neben seinem persönlichen Erfolg die Initi*alzündung gegeben, und damit* das Selbstbewußtsein aller deutschen Spieler entscheidend verstärkt. Im Grunde genommen hat er zwei Entwicklungen ausgelöst. Einmal bei der jetzigen Generation, vor allem aber mit seiner Vorbildfunktion für die Acht- bis Zehnjährigen, die nun auch versuchen werden, ihn mit seiner attraktiven Spielweise zu kopieren.

WELT: Bei all den Erfolgen fällt auf, daß Becker in den letzten zwölf Monaten einen für deutsche Spieler untypischen Weg gegangen ist. Er hat sich vom DTB gelöst. Ist dies das Patentrezept der Zukunft?

Stauder: Das kann man mit Sicher*heit nicht sagen*. Sein Betreuer-Team Tiriac/Bosch war ja die entscheidende Voraussetzung. In anderen Fällen wird es vielleicht ganz andere Wege und Konzepte geben müssen. Entscheidend ist aber, daß endlich ein deutscher Spieler das getan hat, was notwendig ist, um überhaupt in die Weltspitze vorzudringen.

WELT: Muß man sich also doch vom DTB trennen, um ganz nach vorne zu kommen?

Stauder: Trennung ist sicherlich nicht der richtige Ausdruck. Man muß sich als Spieler, und damit also als freier Unternehmer, von einem bestimmten Zeitpunkt an selbständig machen und eigene Wege gehen.

WELT: Kann man daraus schließen, daß der DTB seine Spieler zu lange betreut hat?

Stauder: Die spielerische Entwicklung eines Jugendlichen ist heute im Gegensatz zu vergangenen Zeiten soweit fortgeschritten, daß somit schon viel früher die Voraussetzungen vorhanden sind, sich durch den Einstieg in die internationalen Turniere nach oben zu spielen. Das setzt aber voraus, daß man nicht nach den bequemen *Verdienstmöglichkeiten* in Deutschland schielt, sondern den harten und langen Weg geht, die Turniere in aller Welt spielt und damit ständig die Auseinandersetzung mit der Weltspitze sucht.

WELT: Welchen Part kann der DTB dabei übernehmen?

Stauder: Wir müssen alles tun, um vom Verein über den Landesverband bis hin zur DTB-Förderung möglichst viele begabte Jungen und Mädchen zu entdecken, die dann ab dem 16. Lebensjahr konsequent betreut und gefördert werden. Im übrigen ist Bo*ris Becker für die Förderung im deut*schen Tennissport ein gutes Beispiel. Er wurde genau auf diesem Weg bis in die Weltspitze der Junioren geführt. Und es war aus unserer Sicht eine gute Entscheidung, in vollem Einvernehmen mit dem DTB, daß die Eltern und natürlich Boris selbst, sich zu dem gemeinsamen Weg mit Tiriac und Bosch entschieden haben. Um es klar zu sagen: Der DTB steht jedem Weg positiv gegenüber, der bei anderen Spielern ähnlich gute Voraussetzungen für den Start in eine Tenniskarriere bietet.

WELT: Kann der DTB nicht zumindest für eine befristete Zeit, zum Beispiel für große Grand-Prix-Turniere, Betreuung gewährleisten?

Stauder: Für die laufende Arbeit, insbesondere für die Jugendlichen, stehen uns zwei Bundestrainer zur Verfügung. Außerdem haben wir für die Betreuung bei großen Turnieren und als Coach der Herren den ehemaligen Weltklassespieler Niki Pilic unter Vertrag. Darüber hinaus bemühen wir uns, Mittel bei der Industrie zu beschaffen, die es uns ermöglichen, sogenannte Junior-Teams zu bilden, die wir mit erfahrenen Betreuern ins Ausland schicken können.

WELT: Als Mitinhaber einer Privatbrauerei gelten Sie als ein Mann mit einem erfolgreichen Marketingkonzept. Glauben Sie, daß Sie Ihre Erfahrungen in einen Verband übertragen können, der sich den veränderten Strukturen und der Kommerzialisierung des Tennissports anpassen muß?

Stauder: Man darf natürlich nicht vergessen, daß grundsätzlich der Sport im Mittelpunkt der Überlegungen stehen muß. Die Kommerzialisierung ist aber ein Faktum und der Tennissport ist aus seiner Sicht durchaus Markenartikel, für den vielerlei ähnliche *Gesetzmäßigkeiten* gelten, wie für ein Produkt in der Wirtschaft. Übrigens haben innerhalb des DTB kommerzielle Tochtergesellschaften, wie zum Beispiel der DTB-Pool, die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die Sportart Tennis zu vermarkten. Hier ist noch ein weites Feld, und wir fühlen uns verpflichtet, dem Tennissport auf diesem Wege möglichst viele Mittel zuzuführen um damit zum Beispiel auch anspruchsvolle Förderungskonzepte finanzieren zu können.

WELT: Wie kann der DTB die euphorische Stimmung, die zur Zeit herrscht, nutzen?

Stauder: Es wird uns sicherlich gelingen, über die Vereine die Zahl der Mitglieder im deutschen Tennis zu steigern. Außerdem müssen wir es schaffen, daß möglichst viele Jungen und Mädchen, die jetzt zum Tennis drängen, über besondere Sichtungen *und vielleicht in der Zusammenarbeit* mit den Schulen zum Tennis zu bringen. Wir werden auf jeden Fall alles unternehmen, um die Popularität des Tennissports in Deutschland in entsprechende Erfolge umzusetzen.



Gemeinsamer Jubel und Dank an die Zuschauer: Hansjörg Schwaier, Boris Becker, Andreas Maurer (von links). FOTO: AP

Das deutsche Team für den Europapokal

Männer: 100: Haas, 200: Lübke, 4 x 100: Haas, Lübke, Sewald, Heer, Zaske, Westhagemann, 400: Skamrahl, 4 x 400: Skamrahl, Lübke, Schmid, Just, Vaihinger, Weber, 800: Assmann, 1500: Becker, 5000: Wessinghage, 10 000: Herle, 110 Hürden: Radzey, 400 Hürden: Schmid, 3000 Hindernis: Ilg, Hoch: Mögenburg, Stab: Winkler, Weit: Kessler, Drei: Jaros, Kugel: Kneissler, Diskus: Wagner, Hammer: Sahner, Speer: Tafelmeier. – **Frauen:** 100: Gaugel, 200: Gaugel, 4 x 100: Gaugel, Maerz, Bersch, Sarvari, Thimm, 400: Kinzel, 4 x 400: Kinzel, Thimm, Sommer, Everts, Schulte, 800: Klinger, 1500: Kraus, 3000: Schmidt, 10 000: Teske, 100 Hürden: Denk, 400 Hürden: Everts, Hoch: Redetzky, Weit: Braun, Kugel: Schmidt, Diskus: Galler, Speer: Peters.

NACHRICHTEN

Manager beurlaubt

Bielefeld (sid) – Zwei Tage nach *der 1:4-Niederlage bei Darmstadt 98* hat der Fußball-Zweitligaklub Arminia Bielefeld seinen Manager Norbert Müller mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Müllers Vertrag läuft am 31. Dezember aus, sein Gehalt bezieht er weiter. Seine Aufgaben übernahm Geschäftsführer Niemann.

Überlegener Diamond Way

Berlin (dpa) – Diamond Way, gesteuert von Heinz Wewering (Recklinghausen) und im Besitz von Alwin Schockemöhle (Mühlen), gewann in Berlin mit fünf Längen Vorsprung das 90. Deutsche Traber-Derby. Die Gewinnsumme von Diamond Way beläuft sich in diesem Jahr auf über 500 000 Mark.

Cram: Wieder Weltrekord

***Budapest** (sid) – Der Engländer* Steve Cram erzielte in Budapest mit 4:51,39 Minuten Weltrekord über 2000 m. Er verbesserte die alte Marke des Neuseeländers Walker um elf Hundertselsekunden.

Stute Ottilie siegte

Hannover (Kgö) – Die achtjährige Stute Ottilie gewann mit Jockey Simon Stokes auf der Galopprennbahn in Hannover das 101 000 Mark-Jagdrennen um den Spielbank-Preis. Favorit Ariporo stürzte in Front liegend am letzten Hindernis. Mitfavorit Stragon wurde *Letzter*. Der *Derby-Dritte* Lirung siegte im Bayerischen Zuchtrennen von München, Alagos dominierte im Kölner Oppenheim-Rennen, die Favoritin Bolivia erreichte nur Platz fünf.

ZAHLEN

FUSSBALL

Endturnier der Junioren-WM „U 16" in China, Vorrunde, 2. Spieltag: Gruppe A: China – USA 3:1, Guinea – Bolivien 3:0. – Gruppe B: Deutschland – Australien 0:1, Argentinien – Kongo 4:2. – Gruppe C: Saudi-Arabien – Italien 3:1, Nigeria – Costa Rica 3:0. – Gruppe D: Ungarn – Katar 3:0, Brasilien – Mexiko 2:0. – Im Viertelfinale kommt es zu folgenden Paarungen: China – Deutschland, Australien – Guinea, Saudi-Arabien – Brasilien, Ungarn – Nigeria.

WASSERBALL

Europameisterschaft in Sofia, Gruppe A, erster Spieltag: Deutschland – UdSSR 7:7, Italien – Griechenland 14:9, Spanien – Holland 9:7, Ungarn – Jugoslawien 7:4.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 7, 11, 20, 31, 39, 41, Zusatzzahl 43. – **Rennquintett:** Rennen A: 8, 2, 3, Rennen B: 28, 32, 31. (Ohne Gewähr.)

Michael Groß: Wie ein Star über den anderen denkt . . .

Boris Becker beherrscht die Schlagzeilen. Ab heute wird ihn Schwimm-Star Michael Groß wieder etwas verdrängen. Bei der Europameisterschaft in Sofia hat er sich heute vorgenommen, über 200-m-Freistil seine eigene Bestmarke von 1:47,44 Minuten zu unterbieten. *Morgen sollen dann Gold* und Rekorde über 100-m-Schmetterling und mit der 4×200-m-Freistilstaffel folgen.

Becker und Groß – die beiden deutschen Ausnahme-Sportler werden in letzter Zeit sehr oft miteinander verglichen. Kein Wunder, daß sich auch der Schwimmer mit dem *Tennisspieler beschäftigen muß*. So also denkt Weltrekordler Groß über Wimbledon-Sieger Becker:

Findet in Sofia so etwas wie ein Fernkampf in Sachen Sympathie gegen Becker statt?

„Nein, überhaupt nicht. Weder *Boris noch ich haben Ambitionen*, gegeneinander zu kämpfen. Warum auch, er ist Profi, und ich bin Amateur. Er verdient durch meine Erfolge keinen Pfennig weniger."

Michael Groß über die Tatsache, daß Becker nun die Sportseiten der Zeitungen beherrscht:

„Das ärgert mich nicht. Das liegt an den Sportarten. Während ich im Jahr höchstens vier sportliche Höhepunkte habe, und dann auch nur meist zwei Tage, reist Becker von Turnier zu Turnier. Bei mir hat man sich auch schon daran gewöhnt, daß ich Weltrekorde schwimme. Es wird immer Spektakuläres verlangt. Boris Becker wurde spektakulär Wimbledon-Sieger. Nun ist er der Gejagte, das wird er schon noch mitbekommen. Wenn er nicht will, daß Wimbledon eine Eintagsfliege war, muß er sich ranhalten."

Groß über einen Vergleich sport*licher Leistungen:*

„Man kann heute keine objektiven Maßstäbe mehr anlegen. Hauptsache für mich ist, daß ich persönlich weiß, daß es das Absolute ist, vier Weltrekorde zu halten. Nach meinem ersten Weltrekord konnte ich mir zwar vorstellen, Olympiasieger zu werden, aber *nicht, daß ich vier Weltrekorde auf* einmal halten würde. Ob nur für einen Tag, eine Woche, einen Monat oder ein Jahr, spielt dabei keine Rolle. Daß das in der Öffentlichkeit nicht so rausgekommen ist, finde ich zwar nicht gut, aber ich kann es *nicht ändern. Ein Wimbledon-Sieg* ist eben spektakulärer."

Groß über die Millionen, die Becker als Tennis-Profi verdient:

„Das ist ein Aspekt, der mich nicht interessiert. Meine Motivation war immer, aus Spaß zu schwimmen. Becker muß bestimmt mehr Kompromisse machen. Ich kann von heute auf morgen sagen: Ende der Veranstaltung – ohne mir die Existenzgrundlage zu entziehen. Ich habe in meinen Entscheidungen im Sport sicherlich mehr Freiheiten – auf die würde ich auch für Geld nicht verzichten." (dpa)

Winkelhock: „Formel 1 ist für mich nur ein Nebenjob"

A. WEINZIERL, *Nürburgring*

Deutschland und die Formel 1 – das ist derzeit kein Thema für Schlagzeilen. Auch dann nicht, wenn der Grand-Prix-Zirkus am Nürburgring gastiert. Selbst da schauen die Deutschen nur zu, auch wenn sie es aus verschiedenen Blickwinkeln tun. Bellof, Winkelhock, Zakowski – auf dem Nürburgring spielten sie keine *Rolle*. Die Erfolglosigkeit bleibt ihre einzige *Gemeinsamkeit*.

Die Deutschen schauen zu. Bei Winkelhock ist das nicht wörtlich zu nehmen. Winkelhock, der sich allmählich vom Pechvogel zur tragischen Figur entwickelt, hat das Rennen nicht mehr mit ansehen wollen. Nach zehn Runden (zwölf Minuten und zwei Sekunden) stieg Rauch aus *dem Heck seines Wagens. In diesem* Augenblick hatte sein Team, der englische Rennstall RAM, den 35. Turbo-Motor, Typ Hart, verloren. Winkelhock: „Das hat mich nicht besonders gewundert." Sprach's und verschwand noch während des Rennens *vom Ring. Genugtuung* war es für ihn nicht, daß der ebenfalls mit einem Hart-Motor bestückte Italiener Theo Fabi mit seinem Toleman in der 31. Runde ausfiel. Fabi war aus der Pole-Position gestartet.

Was die Formel 1 betrifft, ist Win*kelhock jenseits von Gut und Böse*. Er sagt: „Für mich ist das nur noch ein Nebenjob. Ich konzentriere mich auf die Langstrecken-WM mit dem Porsche-Kremer." Als er zum Saisonbeginn von ATS zu RAM wechselte, klang alles noch anders: „Sportlich gibt es für die Formel 1 keinen Ersatz. *Das ist eben die Top-Liga." So schnell* ändern sich die Zeiten, nun hat er offenbar resigniert.

Auch Erich Zakowski, der auf dem Nürburgring praktisch zu Hause ist, wandte sich vom Rennverlauf ab. Sein Zakspeed-Turbo hielt nur sieben Runden. Die Mechaniker bemühten sich, das deutsche Auto wieder in Gang zu bekommen. Vergeblich, denn der Defekt an der mechani*schen Benzineinspritzung hätte nur* durch eine Motordemontage behoben werden können.

In den letzten Runden des Rennens zog es Zakowski deshalb vor, im Vorzelt des Zakspeed Wohnmobils am Fernsehschirm das spannende Daviscupspiel von Hansjörg Schwaier gegen Eliot Teltscher zu verfolgen. Er *genoß eine Tasse Kaffee und* blieb locker, gelöst und gelassen: „Das ist unser Testjahr, da darf kaputtgehen, was will." Wohl dem, der das sagen kann. Zakowski kann auch dies von sich geben: „Jeder fragt nach Erwartungen. Die Antwort ist ganz einfach. *Ich habe in diesem Jahr keine.*"

Der einzige, der bis zum Ende live dabei war und der auch die Zielflagge sah, war Stefan Bellof, Tyrrell-Fahrer und der dritte Deutsche in der Formel 1. Er wurde Achter mit einer Runde Rückstand. Mit dem neuen Renault-*Turbo-Motor hatten* Optimisten eine Sensation gewittert, doch Bellof war zufrieden: „Mit dem Turbo geht es schon ganz anders ab." Nur Bellof, dessen fahrerisches Talent außer Zweifel steht, weckt in sich und bei den deutschen Automobilsport-Anhängern Hoffnungen.

Paul Schockemöhle: Nach dem Sieg harte Forderungen

dpa, Dinard

Wenn andere vor Nervosität schlottern, ängstigt Paul Schockemöhle die Zuschauer fast durch seine Kaltschnäuzigkeit, die für Gefühle kaum Platz läßt. „Als ich vor dem letzten Ritt in Dinard Zweiter war", sagt er, „dachte ich schon ein bißchen an den Erfolg. Als der Brite John Whitaker *als Führender die erste Stange im* Finale mitnahm, da wußte ich fast *seherisch: Jetzt hast du gewonnen.*"

Schockemöhle gewann tatsächlich – zum dritten Mal hintereinander wurde er Europameister der Springreiter. Zwei Stunden nach der Siegerehrung hatte er sich wieder in den Kaufmann und Pferdehändler verwandelt. Er räumte mit der Vorstellung auf, das Springreiten sei noch *immer ein „edler Grandseigneurs-*Sport".

Von der deutschen Reiter-Obrigkeit verlangt er nicht mehr und nicht weniger als den totalen, offiziellen Professionalismus im Turniersport: „Mein Stall kostet mich im Jahr über eine *Million Mark, da muß ich* Pferde verkaufen und Sponsoren finden. *Meinem* Deister ist es doch egal, wie er heißt, der frißt im Stall genauso gut, wenn man ihn „Jägermeister" nennt. Und von Mast bekomme ich sofort 500 000 Mark, wenn ich mein Pferd umtaufen darf. Alle guten englischen Pferde haben heute schon Werbenamen."

Als der 40jährige zur Pressekonferenz gebeten wurde, schockte er die Funktionäre der Internationalen Reiterlichen Vereinigung (FEI) und des Weltcup-Komitees: „Wir, die guten *Reiter Europas", erklärte Schockemöhle*, „haben uns zusammengesetzt und einen Forderungskatalog zusammengestellt."

Die Forderungen Paul Schockemöhles, der Gebrüder Whitaker aus England, ihres Landsmanns Malcolm Pyrahs und aller anderen „Amateure" und „ehrlichen Profis" lassen sich in einem Satz *zusammenfassen*: „Wir wollen mehr Geld aus dem Weltcup-*Topf, damit wir alle etwas abbekommen*." Paul Schockemöhle formulierte es so: „Das Geld nimmt bislang den falschen Weg. Wir fordern: Keine Transportkosten mehr für die Weltcup-Teilnehmer, aber höhere Preisgelder für alle. Und vor allem: Mehr *Qualifikationsturniere in Europa*."

Paul Schockemöhles Drohungen waren *unüberhörbar: „Ich überlege* mir schon jetzt ernsthaft, ob ich an den nächsten Weltcup-Springen überhaupt noch teilnehmen werde, wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden." Weltcup-Direktor Max Amman (Schweiz): „Den Reitern geht's doch *zum Teil nur darum*, die Möglichkeit von mehreren Starts an einem Wochenende zu erhalten. Dann können sie leichter um Gagen feilschen."

Über Schockemöhles Drohungen, womöglich beim Weltcup nicht mehr aufzutreten, mußten seine Kollegen allerdings grinsen: Der 14jährige Wallach Deister war noch nie ein hervorragendes Hallenpferd. Paul Schockemöhle ist jetzt fest entschlossen, den Hannoveraner für die Weltmeisterschaft 1986 in Aachen zu schonen. Und da stört der Weltcup nur.

هكذا من الأصل

Dankbar für ein erfülltes Leben hat uns

Walther Hentzen

im 86. Lebensjahr

für immer verlassen.

Sein liebendes und sorgendes Herz voller Güte und Verständnis gehörte seinen Kindern.

In tiefer Liebe und Dankbarkeit
Walther Hentzen und Edda geb. Harlinghausen
Anouchka und Philip
Jocky A. Hentzen und Cornelia geb. Rhomberg
Fabian und Felix
Helmut Günther und Ingrid geb. Hentzen
Arnold Günther und Hanne geb. Frey
und Tobias
Thomas Günther
Werner Hentzen
Gertrud Rocholl geb. Hentzen
Erica Reese geb. Hentzen

Rottach-Egern, 2. August 1985
Remscheid, Küppelsteinerstraße 41

Die Trauerfeier findet im engsten Familienkreise statt.
Auf Wunsch von Walther Hentzen bitten wir anstelle von Blumen und Kränzen um eine Spende an die Deutsche Krebshilfe, Konto-Nr. 909 090 bei allen Banken.

In tiefer Trauer beklagen wir den Tod von Herrn

Walther Hentzen

* 23. 10. 1899 † 2. 8. 1985

Wir trauern um einen Mann, dessen ganzes Leben der Entwicklung und dem Bestand unseres Unternehmens galt.
Wir gedenken der souveränen Persönlichkeit und des liebenswerten Menschen in Dankbarkeit und Verehrung.
Er wird unser Vorbild bleiben.

Geschäftsleitung, Beirat, Gesellschafter, Betriebsrat
SUPFINA
Maschinenfabrik Hentzen (GmbH. & Co. KG)
5630 Remscheid

Die Trauerfeier findet im engsten Familienkreise statt.

Am 3. August 1985 verstarb Herr

Dobimar v. Kameke-Streckenthin

Seine Persönlichkeit war geprägt durch Gradlinigkeit und Überzeugungskraft.
Wir trauern um unseren Hauptgesellschafter, dessen unternehmerische Größe und Fairneß uns Vorbild und Verpflichtung bleiben werden.

Gesellschafter und Geschäftsführung
Pflanzenzucht Saka G. b. R.

2000 Hamburg 13, Kielortallee 9

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 9. August 1985, um 14.30 Uhr in der Preußenhalle, Grabau.
Eine Spende für den Fonds zur Förderung des Sortenschutzes in Deutschland, Konto-Nr. 43 269, HP-Bank, Bonn, BLZ 380 102 22, wäre im Sinne des Verstorbenen.

Wir trauern um unseren Ehrenvorsitzenden Herrn

Dobimar v. Kameke-Streckenthin

* 20. April 1910 Streckenthin
† 3. August 1985 Grabau

Herr von Kameke war über 35 Jahre Vorstandsmitglied, von 1961 bis 1980 Vorsitzender unseres Verbandes.

Sein Denken und Handeln haben uns die Richtung gewiesen. Durch Schaffung wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Grundlagen hat er entscheidend am Wiederaufbau der privaten deutschen Pflanzenzüchtung mitgewirkt.

Nach erfolgreicher Unternehmensgründung hat sich der Heimatvertriebene Dobimar von Kameke in persönlicher Unabhängigkeit und Freiheit für den Berufsstand engagiert.

Wir verlieren mit ihm eine außergewöhnliche Persönlichkeit, einen herausragenden Vertreter unseres Berufsstandes. Wir werden ihm in tiefer Dankbarkeit und Achtung verbunden bleiben.

Bonn, den 5. August 1985

BUNDESVERBAND DEUTSCHER PFLANZENZÜCHTER e. V.
Wilhelm Graf von der Schulenburg
Vorsitzender

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 9. August 1985, 14.30 Uhr, in der Preußenhalle in 2061 Grabau.
Eine Spende für den Fonds zur Förderung des Sortenschutzes in Deutschland wäre im Sinne des Verstorbenen. Konto 43 269, Handels- und Privatbank, Bonn, BLZ 380 102 22.

Wir sind nicht umsonst in diese Welt gesetzt,
wir sollen hier reif für eine andere werden.
Matthias Claudius

Carl-Wilhelm Clasen

* 15. 1. 1916 † 2. 8. 1985

Ingeborg Clasen geb. Rehder
Inka Philine Peschke geb. Clasen
Jochen Peschke
Philine Peschke
Lars-Manuel Clasen

Bernadottestr. 73, 2000 Hamburg 52

Trauerfeier am Donnerstag, dem 8. August 1985, um 13 Uhr Ev. Friedhof Bernadottestraße 32

Ein langes und erfülltes Leben ist im Kreise seiner Familie zu Ende gegangen.

Wilhelm C. H. Möller

2. 8. 1901 1. 8. 1985

In Dankbarkeit für alle Liebe und Güte.

Vera Möller geb. Mohr
Peter Möller
Frauke Möller geb. Blum
Nicola, Natalie, Ascan und Jesco
Peter Blaubach
Monika Blaubach geb. Möller
Nanni und Philipp

Pepers Diek 14
2000 Hamburg 55

Die Trauerfeier mit anschließender Beerdigung findet am Donnerstag, dem 8. August 1985, um 11 Uhr in der Kirche zu Hamburg-Nienstedten statt.
Statt Blumen wird um eine Spende gebeten für die Hamburgische Vereinigung von Freunden der Kammermusik. Konto bei der Vereins- und Westbank Hamburg, Kto.-Nr. 2/04495 (BLZ 200 300 00)

Wer unter dem Schirm des Höchsten sitzt
und unter dem Schatten des Allmächtigen bleibt,
der spricht zu dem Herrn:
meine Zuversicht und meine Burg,
mein Gott, auf den ich hoffe.

Dobimar v. Kameke-Streckenthin

* 20. April 1910 † 3. August 1985

Gabriele v. Kameke geb. Gräfin v. der Groeben
Peter v. Kameke
Birgit v. Kameke geb. Eckhoff
Philipp, Bettina, Michael
Kartz v. Kameke
Bettina v. Kameke geb. Gräfin v. Korff gen. Schmising-Kerssenbrock
Ekkehard v. Kameke
Ursula v. Kameke geb. Pleissner
Daniela
Renate Brandt geb. Freiin v. Welser
Heinz Brandt
Wolf-Albrecht, Alexander, Manuela
Leo-Gert v. Kameke-Thunow
Ilse-Marie v. Kameke geb. Schack

2061 Grabau b. Bad Oldesloe

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 9. August 1985, um 14.30 Uhr in der Preußenhalle, Grabau.

Eine Spende für den Fonds zur Förderung des Sortenschutzes in Deutschland, Konto-Nr. 43 269, HP-Bank, Bonn, BLZ 380 102 22, wäre im Sinne des Verstorbenen.

Wir trauern um unseren Ehren-Vorsitzenden

Wilhelm C. H. Möller

der kurz vor Vollendung seines 84. Lebensjahres am 1. August 1985 verstorben ist.

Unser „Bobby Möller" war es, der die 1922 gegründete Vereinigung von Freunden der Kammermusik 1945 wieder zu neuem Leben erweckte und diese dann als Vorsitzender des Vorstandes bis 1973 mit größtem persönlichen Einsatz leitete. Das hohe Niveau unserer Konzerte ist von ihm geprägt worden. Seine Liebe zur Kammermusik und seine umfassende Kenntnis und Erfahrung war uns immer Vorbild und Hilfe bei der Arbeit für unsere Vereinigung. Es wird stets unser Bemühen sein, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Wir nehmen Abschied in Hochachtung und Dankbarkeit von einem Freund und einer großen Persönlichkeit.

Hamburgische Vereinigung von Freunden der Kammermusik

Am 1. August 1985 starb unser Seniorchef Herr

Wilhelm C. H. Möller

einen Tag vor seinem 84. Geburtstag.

Als Sohn des Firmengründers war er von 1927 an über 50 Jahre in unserer Firma tätig.

Herr Wilhelm C. H. Möller bestimmte mit seiner unermüdlichen Tatkraft und seinem Einfallsreichtum maßgeblich auch den Neubeginn der Firma nach 1945. Damit trug er wesentlich zum Wiederaufbau der zerstörten Stadt Hamburg bei.

Herr Wilhelm C. H. Möller war ein gerechter Chef und ein stets kooperativer Partner, der auch noch nach seiner aktiven Tätigkeit mit seinem klugen Rat an der Weiterentwicklung der Firma mitwirkte.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Mitinhaber und Inhaber der Firma
A. SUCK & C. MÖLLER
Neuer Wall 10
2000 Hamburg 36

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon:
Hamburg
(0 40) 3 47-43 80,
oder -42 30
Berlin
(0 30) 25 91-29 31
Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 18
und 5 24

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden †
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanno Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99,
Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 22 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26.50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Sie sorgen im Rundfunk für den flotten Ton: Werner Müller und seine Unterhaltungsorchester

Mit Schellack-Schätzchen rund um die Welt



Sein Name steht für Swing: Werner Müller, der jetzt 65 wurde, mit dem WDR-Tanzorchester. FOTO: WDR

Mit Werner im Rücken wird alles glücken", so tuschelte man in Sängerkreisen anno 1950, wenn es darum ging, für Schallplattenaufnahmen mit Werner Müller und dem RIAS-Tanzorchester eine ideale Background-Besetzung zustande zu bringen. Bully Buhlan, Rita Paul und viele andere Interpreten der damaligen Zeit vertrauten und bauten auf Werner Müller, den unscheinbaren Spree-Athener mit der untersetzten Figur und dem Blondschopf.

Dem jüngst 65 Jahre alt gewordenen Werner Müller war an der Wiege nichts von Aktivitäten in Sachen „leichte Muse" gesungen worden. Im Gegenteil: Vaters Sorge für seinen seit dem achten Lebensjahr auf der Geige kratzenden Sprößling galt einem „anständigen" Beruf. „Auf archäologische Dinge wollte ich mich zunächst spezialisieren, doch dann kam die übliche pubertäre Periode der anhaltenden ‚Faulheit', so daß ich in der Obersekunda die Oberrealschule in Berlin verließ. 1936 schlossen mein Vater und ich einen Vergleich: Ich ging nach Bückeburg auf die Militärmusikschule, wo ich als zweites Instrument die Posaune erlernte. Doch der militärische Drill mißfiel mir sehr, so daß ich dann auf das Konservatorium wechselte, das der Militärmusikschule angeschlossen war. Die Kapellmeisterlaufbahn war mein Studienziel, das ich erreichte."

Als der Krieg ausbrach, zog man seine Klasse zum Wehrdienst ein. Von seinen 42 Mitschülern überlebten sieben! Müller hatte Glück im Unglück: er kam zu einem Musikkorps, in dem auch der junge Helmut Zacharias den Geigenbogen schwang, und blieb bis 1944 durch Truppenbetreuungseinsätze von den häßlichen Kriegsdingen verschont. Dann kam er doch noch in Gefangenschaft, tauchte dann aber 1946 in Berlin mit dem Posaunenkasten unterm Arm wieder auf und landete schließlich bei Kurt „Kutte" Widmann, dem deutschen Lionel Hampton und Leiter der heißesten Nachkriegsband. Die verließ Müller dann am 1. November 1948, weil ihm, dem 28jährigen, vom damaligen Leiter der Abteilung Tanzmusik des RIAS-Berlin, Ernst Verch, die Leitung des hauseigenen Orchesters übertragen wurde.

Der Stern des RIAS-Tanzorchesters ging strahlend am Äther-Himmel auf. Vor allem, weil Müller ein Händchen für die Besetzung hatte. Namen wie Macky Kasper (Trompete), Rolf Kühn (Klarinette und Saxophon) oder Bob Henders (Hotposaune) lassen heute noch Swingmusikeraugen eigenartig glänzen. 20 Jahre lang machte Werner Müller mit seinem Orchester Tourneen in alle Erdteile. Allein zehnmal war er in Asien und wurde international betrachtet so etwas wie ein „deutscher Botschafter in Sachen Musik". In diese Epoche fällt auch sein wohl internationl größter Erfolg: die Bearbeitung von „Malaguena" und „The Breeze and I" für Catharina Valente. Die beiden Titel wurden Bestseller in den USA, insgesamt wurden von diesen Schellack-Platten mehr als fünf Millionen verkauft.

Catharina Valente, Bert Kaempfert und Werner Müller, das war internationale Musik „made in Germany"! Mehr als tausend Platten sind es inzwischen geworden, die den Namen Werner Müller oder für kurze Zeit auch das Pseudonym Ricardo Santos tragen. Und alle haben eines bis heute gemeinsam: den typischen Blech-Streicher-Sound. „Diese Stilart entwickelte sich durch die beiden Valente-Nummern. Wir hatten damals in den Studios weder elektronischen noch natürlichen Hall. Die Aufnahmen klangen alle recht trocken. Alle Swingbands, europäische wie amerikanische, suchten nach der Glenn-Miller-Ära einen Klang, der etwas sakral wirkte. Als ehemaliger Geiger glaubte ich, daß die Streicher die einzigen wären, die einen solchen Raumeindruck bewerkstelligen könnten. Als ich mit meinen Leuten eines Tages in der alten berlinischen Siemens-Villa Aufnahmen machte, bemerkte ich, wie gut die ‚Raumakustik' auf den dortigen Toiletten war. Wir setzten die Streicher aufs Häuschen vor die Mikrophone – und der Müller-Sound war geboren!"

Das Jahr 1967 brachte für Werner Müller die Wende. Er wechselte auf den verwaisten Adalbert-Luczkowski-Platz des WDR-Tanzorchesters, der heutigen WDR-Bigband. „Den Wechsel von Berlin nach Köln habe ich mir nicht leicht gemacht. Drei Jahre habe ich gehofft, eine Orchesterkombination aus finanziellen Gründen zwischen SFB und RIAS bewerkstelligen zu können. Das scheiterte aber an den provinziellen Erwägungen beider Anstalten. Jeder wollte über das gemeinsame Orchester die Priorität haben. Nach drei Jahren hatte ich die Nase gestrichen voll und ging nach Köln. Zwar konnte man mit dem dortigen Tanzorchester keinen Jazz machen, aber dafür gab es ja auch 1967 Kurt Edelhagen."

Am 12. Juni fand vor 200 geladenen Gästen das Abschiedskonzert der WDR-Bigband unter der Leitung von Werner Müller statt. Bei der Funkausstellung in Berlin wird sie sich unter neuer Leitung präsentieren, und es bleibt abzuwarten, wie sich nach mehreren Pensionierungen die neuen Musiker, darunter exzellente Jazzer der Spitzenklasse, in den Klangkörper einfügen werden. Werner Müller ist da sehr optimistisch. Auch wenn er seine Lieblingsmusikrichtung, den Swing, kaum noch vertreten sieht. „In Wirklichkeit bin ich gar nicht mehr so sehr ein Swing-Fan. Ich liebe heute mehr Pop- und neue Rock-Rhythmen. Vor allen Dingen begeistert mich gute schwarze Musik. Doch bei den Streichern klafft in der Pop-Richtung eine gewaltige Lücke. Man kann ja die elektronischen Musikelemente gar nicht mehr verdauen. Egal, welchen Sender Sie einschalten, man hört aggressive Musik wie von der Teppichklopfstange!"

Der phantasielosen Musik sagt der 65jährige heute den Kampf an. Zukünftig will er sich stärker um den deutschen Nachwuchs kümmern, und zur Zeit schreibt er an seinem vierten Polit-Thriller. Die drei bisher erschienenen Romane dieses Genres ließen sich gut verkaufen. Das Romanschreiben ist sein Hobby, hier kann man Dampf ablassen und zu Hause im Grünen arbeiten. Es dürfen nur die fünf Enkelkinder nicht stören! Den Dirigentenstab legt er aber zum Glück vieler Müller-Fans nicht aus der Hand. Als Gastdirigent wird er weiterhin dem WDR zur Verfügung stehen. Die Hörer werden es dem deutschen „Glenn Miller" danken.

ROLF PETERS

STUDIO

Zuerst klang die amerikanische Nationalhymne „Stars and Stripes" über den Äther, dann folgte George Gershwins „Rhapsody in Blue". Vor vierzig Jahren, nur einen Monat nach dem Einrücken der US-Truppen in Berlin, begann **American Forces Network** mit der Ausstrahlung seines Programms.

Seitdem hat der amerikanische Soldatensender sich kontinuierlich einen festen Platz in der Berliner Medienlandschaft erobert. Für die dort stationierten 18 000 US-Soldaten schlägt er tagtäglich eine Brükke zur Heimat, indem er die nationalen Nachrichtensendungen übernimmt. Doch die Devise der Programm-Macher lautet „viel Musik und wenig Worte", und sie haben Erfolg, nicht nur bei ihren Landsleuten. Die locker gemachten Radioprogramme sind vor allem bei jungen Berlinern äußerst beliebt. Seit 1967 strahlt AFN auch ein Fernsehprogramm aus, das jedoch wegen seiner schwachen Sendestärken nur in einigen Bezirken von auch deutschen Haushalten empfangen werden kann. AP

*

Einige Bühnenerfahrung müssen sie schon mitbringen, die jungen Interpreten, die sich von einem Auftritt beim **Talentschuppen Berlin** eine Chance erhoffen. Auf der internationalen Funkausstellung erhalten sie eine Chance. Täglich werden Sabrina Lallinger und Karl Dall eine fast anderhalbstündige Sendung starten, die aufgezeichnet und später in den dritten ARD-Programmen ausgestrahlt wird. Diejenigen, die besonders erfolgreich sind, können darüber hinaus in der täglichen Livesendung dem Publikum des ersten deutschen Fernsehens vorgestellt werden. Interessenten sollten sich bis zum 9. August beim WDR in Köln melden. DW

*

Mit der Einrichtung von zwei neuen **Fernsehkanälen** kommen die Franzosen ab Januar 1986 in den Genuß von sechs Fernsehprogrammen. Die Regierung gab jetzt grünes Licht für die Gründung von zwei neuen privaten Fernsehsendern, die vom Staat subventioniert werden. Von den neuen Sendern soll einer vor allem Musikprogramme ohne Nachrichten, der zweite, mit allgemeinem Programm, soll über Satellit ausstrahlen. SAD

KRITIK

Strapazierte „Kunst-Welpen"

Ernst Fuchs, der Großmeister der Wiener Schule des Phantastischen Realismus, der seit Jahr und Tag mit selbstentworfenen Käppis in freier Variation zu Joseph Beuys den kreativen Kopf bedeckt, verdankt seine künstlerische Karriere, so will man nach **Gemalte Poesie** (ZDF) von Slavi Doytchev glauben, der Möblierung des Kurparks von Baden bei Wien mit Monumenten. Eine besondere Rolle dabei spielte der Beethoven-Tempel mit seiner Ausmalung, in den Vater Fuchs den Kunst-Welpen hineinzerrte, der, o Wunder, dort der „Wirklichkeit der Kunst" begegnete.

Nun. Dagegen ist weiter nichts einzuwenden. Auch nicht dagegen, daß der Film hauptsächlich Fuchs zeigte: Fuchs geht auf die Kamera zu. Fuchs geht von der Kamera weg. Fuchs steht vor der Kamera. Fuchs malt vor der Kamera. Einmal sang er auch, und das war noch schlimmer. Auch nichts dagegen, daß der Film den Genius des Meisters der Vexierbilder für Kunsthistoriker feierte (im viel zu salbungsvoll gesprochenen Kommentar) – es ist das gute Recht des Autors, das zu preisen, was er mag.

Nur: Viel ist dagegen zu sagen, daß auch nur der Ansatz einer Begründung fehlte, warum und wieso, aufgrund welcher Kriterien das Werk des Meisters bedeutsam ist. Der Erfolg allein, der Fuchs immerhin einen prachtvollen Rolls-Royce und Otto Wagners nicht minder prachtvolle Wiener Villa eingebracht hat, kann es allein ja nicht sein – Simmel vergleicht ja auch ernsthaft niemand mit Goethe.

Und die Beschreibung, daß da Mythisches aus allen Epochen durch Fuchsens Kunst wabert, ist auch keine Erklärung. Viel ist auch dagegen zu sagen, daß der Autor uns die Peinlichkeiten zugemutet hat, die in den Gesprächen mit den Frauen sich aufhäuften. Die Frauen wurden degradiert zu Kristallisationskernen der unerträglichen Eitelkeit des Herrn Kunstprofessors. Schlimmer noch: Der Autor hatte das wohl gar nicht bemerkt.

Irgendwann war die Rede davon, daß bei Fuchs es sich um „die Auseinandersetzung mit Ur-Wahrheiten" handele. Nach diesem Film ist man geneigt zu glauben, es handele sich eher um Un-Wahr(haftigk-)heiten.

GERHARD CHARLES RUMP

Ein Plädoyer für den Bollenhut

Man muß einmal eine Zeitlang weggegangen sein, um das Zuhause schätzen zu können." Um das Zuhause, um die vielen liebgewonnenen Kleinigkeiten, die das Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit geben, nicht um die Auseinandersetzung mit Begriffen wie Nation und Nationalstolz ging es in **Wo's Dörflein traut zu Ende geht...** (ARD). Autor Wieland Backes wagte sich nicht auf das Glatteis der Heimat-Diskussion, verzichtete auf die Verfolgung weitschweifender Epen und beschränkte sich auf das direkt Greifbare, das Alltägliche, was „Heimat" ausmachen kann.

Da berichtete eine junge Frau aus dem Schwarzwald, daß für sie ebenso wie für ihre Großmutter der Bollenhut zum Sonntagsstaat gehört. Ihre glaubwürdige Verbundenheit mit der Tradition stand dann jedoch in Diskrepanz zu den immer wieder eingeblendeten Heimatabenden für vom Idyll begeisterte Touristen, ließ sich nicht vereinbaren mit dem organisierten Sonntagsdienst, der allwöchentlich zwei Mädchen für den Kirchenbesuch in Tracht einteilt. Heimat – vermarktet.

Parallelen in Heidelberg – ein pfiffiger Elfjähriger stellt sein von Bächen, Winkeln und Räuberlagern geprägtes Heimatbild vor. Oben am Schloß, da, wo die Natur dem Tatendrang keine Grenzen setzt, da fühlt er sich wohl, nicht „da unten in der Stadt", wo aufgebrachte Kaufleute die fußballspielenden Jungen von den Plätzen vor den mit Souvenirs überladenen Läden verscheuchen: Heimat – auf Postkarten.

Die Kamera begleitete einen Heimatphotographen. Doch er hielt in seinen Bildern kein verfälschendes Idyll fest, sondern stellte den harten, aber offenbar ausgeglichenen Alltag eines alten Bauernpaares dar. Das Projekt blieb für den jungen Mann nicht ohne Konsequenzen. Er machte sich den Lebensstil der beiden Alten zu eigen. Heimat – erlernt.

Somit zeigte Backes viele persönliche Interpretationen von „Heimat", ohne ein Phänomen zu vergessen, das die Gegenwart prägt. Er stellte eine junge Türkin vor, die sich ihren deutschen Freundinnen verbunden fühlt, aber dabei täglich mit den Traditionen eines anderen Kulturkreise konfrontiert wird. Heimat – gespalten.

MARTINA SCHLINGMANN

„Unsere letzten ‚Urwälder' müssen endlich unter Naturschutz gestellt werden."



Heinz Sielmann, Filmautor und Mitglied des WWF.

Es gibt noch urwaldartige Gebiete in Deutschland. Mit einer üppigen Pflanzen- und Tierwelt: die Auwälder. Früher einige tausend Quadratkilometer groß, heute nicht einmal mehr hundert.

Ähnlich wie die tropischen Mangrovenwälder von Ebbe und Flut, sind die euro-

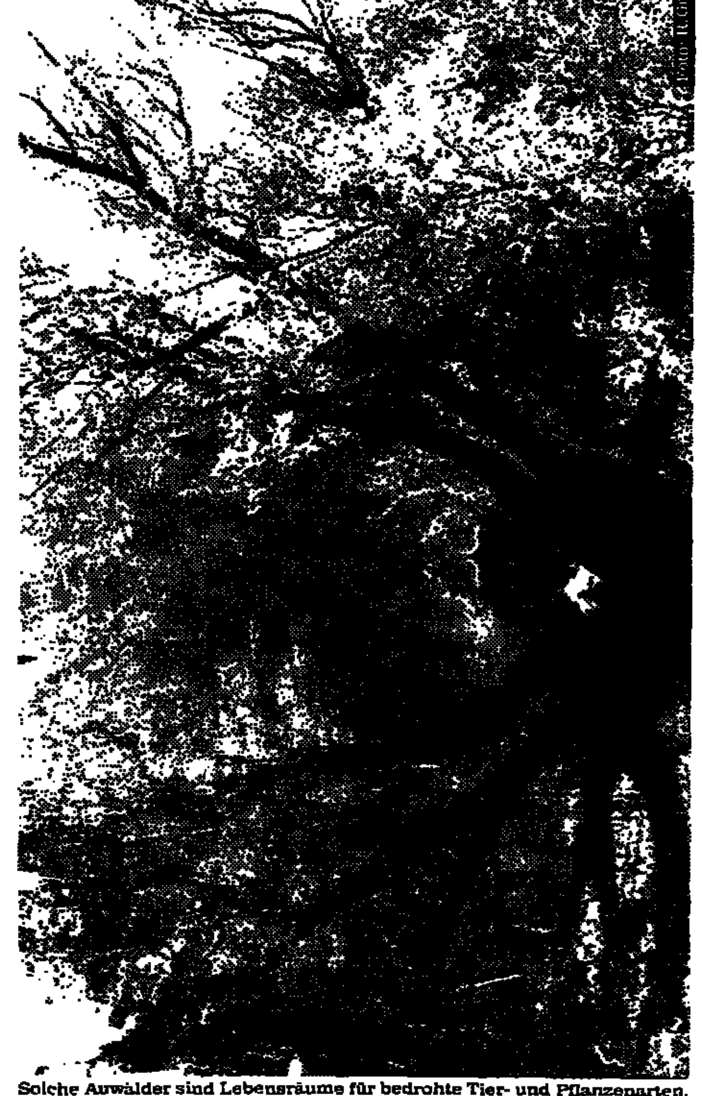
Rodung und Staustufen gefährden die Flußauen.

päischen Auen von einem unregelmäßig wechselnden Hoch- und Niedrigwasser gekennzeichnet. Auf dem außerordentlich nährstoffhaltigen Boden gedeiht eine nahezu paradiesische Wildnis voller Pflanzen und Tiere. So blühen in den Auwiesen im Mai und Juni sogar noch seltene Orchideenarten. Und hier sind unzählige Tiere zu Hause, die von der Ausrottung bedroht sind: Biber, Fischotter, Storch, Schwarzmilan, Laubfrosch und zahlreiche Libellenarten.

Auwälder gibt es heute in ganz Westeuropa nur noch am mittleren Oberrhein, an der Donau und March sowie

Unzählige Tier- und Pflanzenarten bedroht.

an Elbe, Isar und Inn. Doch auch diese letzten natürlichen Überbleibsel sind in höchster Gefahr: Statt sie unter Naturschutz zu stellen,



Solche Auwälder sind Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten.

werden viele Baum für Baum abgeholzt, um schnellwachsende Pappeln in Reih und Glied zu pflanzen. Oder um Mais- und Getreidefelder anzulegen. Außerdem fallen dem Kiesabbau unaufhörlich wertvolle Auenflächen zum Opfer.

Der WWF klärt auf und handelt.

Noch gefährlicher für die Auen Mitteleuropas sind die Bauvorhaben von weiteren Staustufen. Denn dort, wo eine Staustufe gebaut wird, ist die Au für immer zerstört. Nicht nur weil die Altarme abgeschnitten, die Auwälder abgeholzt, neue Straßen gebaut und schnurgerade Kanäle gezogen werden, sondern vor allem weil ohne die natürliche Überflutung viele typische Tier- und Pflanzenarten ihre Lebensmöglichkeit verlieren.

Das muß verhindert werden. Schon seit Jahren engagiert sich die Umweltstiftung WWF-Deutschland (World Wildlife Fund, die größte private Naturschutzorganisation der Welt) für die Erhaltung der Auen und anderer Feuchtgebiete. Durch Pflege und Betreuung

Retten Sie mit dem WWF unsere letzten Auen.

gefährdeter Gebiete, durch Gutachten, Verhandlungen mit Behörden und sogar durch Landkäufe. Denn oft ist dies die einzige Möglichkeit, langfristig wirksame Schutzmaßnahmen umsetzen zu können. Dafür ist Ihre finanzielle Unterstützung dringend erforderlich.

Ich bitte Sie deshalb: Helfen Sie dem WWF bei seiner Arbeit. Ich versichere Ihnen, daß der WWF jede Spende vollständig und ausschließlich für konkrete Naturschutzarbeit einsetzt.

Ja, ich will helfen, daß die letzten natürlichen Feuchtgebiete in Deutschland erhalten bleiben. Bitte geben Sie mir Informationen, wie ich den WWF bei seiner Arbeit unterstützen kann.

Name

Straße

PLZ/Ort

Diese Anzeige wurde von Ogilvy & Mather, Frankfurt ohne Honorar gestaltet. Sie ist nicht aus Spendenmitteln finanziert.

WWF

Umweltstiftung WWF-Deutschland, Sophienstraße 44, 6000 Frankfurt 90, Telefon [illegible], Spendenkonto 2000, Commerzbank Frankfurt





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Giuseppe Verdi – Letzter Teil: Abschied
11.25 Die liberalen Kaufleute von Lyon
11.55 Umschau
12.10 Pianoli Goldmedaille
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.20 Fury
14.45 Fauna Iberica
15.10 Tagesschau
15.20 Frauengeschichten
Lisa Fitz, Schauspielerin und Sängerin
16.05 Die Spielbude
17.00 Schwimm-EM in Sofia
Entscheidungen: 100 m Freistil Damen / 200 m Brust Herren / 400 m Lagen Damen / 200 m Freistil Herren / 4 x 200 m Freistil Damen
Kunstspringen Herren
Wasserball Jugoslawien – Deutschland
Reporter: Jörg Wontorra, Thomas Wark
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Heute: Wolfgang Amadeus Mozart
21.00 Monitor
Deutsche Unterstützung für die Polizei Südafrikas – wie das Waffenembargo gegen das Apartheid-Regime unterlaufen wird / Blei im Trinkwasser – Millionen sind bedroht / Anleitung zur Herstellung von lebensmitteltechnisch unbedenklichem Kunstwein
Mit Klaus Bednarz
21.45 Magnum
Schwarzer Spiegel (1)
22.30 Tagesthemen
23.00 Premiere in Hiroshima
Herbert Sussan und die Atombombe
Erst kurz vor dem 40. Jahrestag des Atombombenangriffs auf Hiroshima hat das Pentagon bis dato geheimes Filmmaterial der Öffentlichkeit preisgegeben. Kameramann Herbert Sussan betrat als einer der ersten Amerikaner die zerstörte Stadt.
0.15 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Fess – Hong Kong Phui
Der Kaugummizwerg
15.30 Ferienkalender
Moderation: Benny
16.05 Anna und der König von Siam
Das schlechte Zeugnis
16.30 Der Wunschfilm für Kinder
Dick und Doof
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Das Haus am Eaton Place
Hilfe, Suffragetten!
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Made in Germany
Ein Leben für Zeiss
Deutscher Spielfilm (1956)
Mit Winnie Markus, Carl Raddatz, Margit Saad u. a.
Regie: Wolfgang Schleif
Anschl. Ratschlag für Kinogänger
21.15 WISO
Heimwerkergeräte – ist der Markt gesättigt? / Arbeitslose Akademiker – neue Chance mit Computern? / Mehr Arbeitslosenhilfe für Lehramtsanwärter – mit einem Trick / Weinskandal – wohin mit dem vergifteten Wein?
Moderation Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Hiroshima – Erinnern und Verdrängen
Anläßlich des 40. Jahrestages des amerikanischen Atombombenabwurfs auf Hiroshima beschäftigt sich Erwin Leiser mit der Entwicklung der damals völlig zerstörten Stadt. Im Anschluß daran sprechen ein amerikanischer und ein japanischer Buchautor sowie ein Schweizer Psychologe in einer Live-Diskussion über einige Aspekte der Dokumentation.
Anschl. heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Big Valley
15.00 Black Beauty
15.30 Musicbox
16.30 Marco
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Alle meine Lieben
Die Nadel im Heuhaufen oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Schrecken der Division
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit Jerry Lewis, Dean Martin u. a.
Regie: Norman Taurog
Um eine Truppe von Fallschirmjägern aufzumöbeln, soll der Berufskomiker Chick Allen eine große und möglichst verrückte Show vorbereiten. Doch er kommt damit einfach nicht klar, und so ruft er seinen alten Kumpel Hap Smith zu Hilfe.
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Mit 160 aus dem Stand
Mr. Benstead ist ein Autonarr. In seinem Haus ist ein Simulator eines Autorennplatzes eingebaut, bei Fahrfehlern bekommt der Fahrer elektrische Schläge. Steed muß eine „Runde" drehen, was ihn sehr erschöpft.
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Die Nackten und die Toten
Amerikanischer Spielfilm (1958)
Mit Aldo Ray, Cliff Robertson u. a.
Regie: Raoul Walsh
0.30 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Direkt
Ein Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
19.00 heute
19.30 Verlust der Tradition
Das Biedermeier
Film von Herbert Giese und Marcel Wang
20.30 Alle Hunde lieben Theobald
Heitere Geschichten um einen Hundenarren
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten.

III.

WEST

18.30 Das feuerrote Spielmobil
5. Folge: Wo steckt denn Nicki?
19.00 Aktuelle Stunde
Regionalmagazin mit Nachrichten und Sport
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD

18.30 Das feuerrote Spielmobil
19.00 Hochbegabte – eine vernachlässigte Minderheit?
Von Fritz Strohecker
19.45 Bilder
„Hiroshima"
von Arnulf Rainer

HESSEN

18.30 Das feuerrote Spielmobil
19.00 Jauche und Levkojen (17)
1945 – Über die grüne Grenze
19.30 Nirgendwo ist Poenichen (18)
1945 – Der Mann mit dem Wunschhut

Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN

20.00 Tagesschau
20.15 Wanderungen durch die DDR
Mitten in der Welt – Die Altmark
21.00 Rückblende
Hans Moser
Filmporträt von Micha Terjung
21.15 Mozart
Letzte Folge
Im Jahre 1789 reist Mozart mit seinem Logenbruder Fürst Lichnowsky nach Berlin. Der Komponist verspricht sich viel von dieser Fahrt, er hofft auf neue Aufträge, die ihn aus der finanziellen Misere herausbringen könnten.
22.40 Reisewege zur Kunst
England (2). Südostengland
Film von Marlene Franz
23.25 19. Deutsches Jazzfestival Frankfurt
0.25 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

16.00 ... und abends in die Scala
Deutscher Spielfilm (1957)

Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau

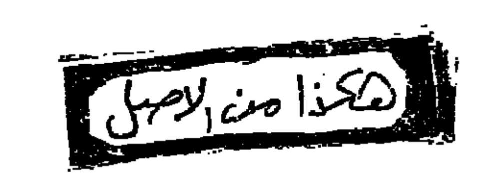
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau

Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional

Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Gesundheitsküche: Soja
20.15 Reizwort: Gift im Wein
Live-Diskussion mit Landwirtschaftsminister Dieter Ziegler und Gesundheitsminister Klaus Toepfer (Rheinland-Pfalz)
21.15 Fanny
Amerikanischer Spielfilm (1960)
Mit Horst Buchholz, Leslie Caron, Maurice Chevalier u. a.
23.25 Das Urteil des Monats:
Überlegungen zum Fall Otto Wiesheu
23.40 Christliche Kunstwerke in Baden-Württemberg
Schloßkapelle Heiligenberg
23.55 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Ivy
Amerikanischer Spielfilm (1947)
20.35 Die schönsten Fabeln der Welt
Der Hase und die Schildkröte
20.45 Die Sprechstunde
Gesundheitsküche: Soja
21.30 Rundschau
22.45 Z. E. N.
22.50 Im Gespräch
Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft
23.20 Rundschau



Zu weich für James Bond

blu. – James Bond, wir wissen es, agiert und reagiert im allgemeinen knallhart. Aber er kann es auch butterweich, vor allem bei Partnern weiblichen Geschlechts. Entsprechend verhält sich die Werbung für neue James-Bond-Filme. Ihre weiche Variante ist derzeit auf den Plastik-Tragetaschen einer Kaufhauskette zu besichtigen, wohl weil sich die PR-Leute sagten, daß diese „Türkenkoffer" in erster Linie von Hausfrauen benutzt werden. Die Szenenfotos, die dort aufgedruckt sind, sehen alle sehr hübsch und lustig – und vor allem harmlos aus.

Sehr viel weniger harmlos ist dagegen ein Werbegag für denselben Film, von dem aus Paris zu hören war. „Dangereusement votre" heißt der neue Bond à la française, was wörtlich übersetzt so viel besagt wie: „Ich bin zwar gefährlich, aber ganz der Eure". Nomen est omen, muß sich der Pariser Verleiher gedacht haben. Denn rund zweihundert Journalisten hatte er mit einem anonymen Brief samt Revolverpatrone beehrt und ihnen dunkel bedeutet: „Die nächste Patrone kommt nicht mehr per Post!" Und noch weitere Kassiber gingen den verschreckten Zeitungsleuten zu, die sich nicht weniger unheimlich lasen: „Sie sind in Gefahr", hieß es da, „rufen Sie mich unter der Nummer *396 00 07* an!" Bei der Polizei liefen die Telefondrähte heiß, Nervenzusammenbrüche der Bedrohten blieben nicht aus. Die Ordnungshüter rotierten gewaltig.

Sie kamen dem Ghostwriter auf die Schliche. Der gab sich bald höchst kleinlaut als „James Bond" zu erkennen und gab zu Protokoll, er habe nur einen kleinen, todsicheren Werbespot lancieren wollen. Die Genarrten fanden das wenig witzig, Schadenersatzklagen wurden erhoben, Schmerzensgeld gefordert. Journalisten, so zeigt sich, sind gar nicht so abgebrüht, wie man annimmt. Die „harte Variante" war entschieden zu hart für sie. Man sollte sie öfter zum Einkaufen mit der Plastiktüte schicken.

Erlittene Literatur: Erinnerung an Max Kommerell

Eisenbahnunglück mit Hölderlin

Wer ist Max Kommerell? Aus den Schriften der heutigen jüngeren Universitätslehrer lernt man nichts über ihn, da die Lehrenden nichts von ihm gelernt haben oder mindestens so tun. Zitiert findet man ihn nicht, und das ist kein Wunder, da er weder von Formeln und -ismen ausging noch neue -ismen hinterlassen hat. Er hat sich lesend, denkend, analysierend in die Autoren, die er behandelte, hineingedacht und eingefühlt. Und damit hat er hinter ihrem Ausgesprochenen das Unausgesprochene und von ihnen selbst oft nicht Wahrgenommene erstaunlich klar gemacht.

Größte Beispiele: „Faust II. Teil, Zum Verständnis der Form", „Schiller als Psychologe" und „Die Sprache und das Unaussprechliche" (Kleist). Da bietet sich wenig *zum* Zitieren, sondern nur stets das Ganze zur Adoption an. Für Ideologen, gleich welcher Richtung, ist nichts zu holen. Sein hochgelehrtes Buch „Lessing und Artistoteles" kann kaum kompetentere Universitätsleute finden; sie müßten denn germanistisch, romanistisch und altsprachliterarisch wahrhaft gebildet sein.

Allerdings gibt es *einige* sehr verschiedene Er-war-unser, nicht besonders wichtige zwar. Man erfährt es im



Jugendbildnis von Max Kommerell, aus der Ausstellung im Schiller-Nationalmuseum Marbach FOTO: KATALOG

Souterrain des Marbacher Schiller-Nationalmuseums in einer Ausstellung, die dem 1944 grausam früh (mit 42 Jahren) verstorbenen Kommerell gewidmet ist. Die Person Kommerells wird aber erst wirklich deutlich durch die vorgängige Lektüre des Katalogs, der auf 112 Seiten Leben und Werk vorbildlich und glänzend behandelt. Der Verfasser, Joachim W. Storck vom Nationalmuseum, wäre der geeignete, ausgewogen arbeitende Autor für eine gültige Kommerell-Biographie.

Ausgewogen? Ja, denn die meisten Personen, die sich über Kommerell geäußert haben, sind seine Freunde und Schüler, und die sind entschuldigt, wenn sie vor Bewunderung und Rührung überfließen und ihre persönlichen Erinnerungen in den Vordergrund rücken.

Eine einzige markante und „unglückliche" Beziehung ist im Katalog ausführlich dokumentiert: die zwischen Kommerell und Heidegger. Ein paar Zeilen aus der Dokumentation mögen das belegen. Kommerell war Heidegger gegenüber stets respektvoll und höflich reserviert. Heidegger schickte ihm 1941 seinen Aufsatz „Hölderlins Hymne ‚Wie wenn am Feiertage'". Kommerell nannte den Aufsatz in einem Brief an Gadamer „ein produktives Eisenbahnunglück, ... über das die Eisenbahnwärter der Literaturgeschichte die Hände überm Kopf zusammenschlagen müssen (soweit sie ehrlich sind)."

Auf Wunsch Heideggers schrieb Kommerell ihm ein Jahr später in einem langen Brief seine Eindrücke: „Sie lösen da ein Rätsel, in dem Sie ein zweites aufgeben! ... Wie kommt es, daß der Philosoph, der mir bisher als der Virtuose im Bestehen und Gestehen der ungelösten und unlösbaren Situation des Menschen gegolten hat, zu einer Stiftung und Gründung, einem durchgängig gedeuteten Sein gelangt, die nicht sein eigenes sind, und die ihm plötzlich fast noch eigener scheinen, als alles was er gedacht hat ... Ihr Aufsatz könnte – ich sage nicht: Er ist's – er könnte sogar ein Unglück sein?!"

Die geschickte Antwort Heideggers beschlagnahmt sofort den begriff „Unglück" als positiven Terminus: „Sie haben recht, die Schrift *ist* ein ‚Unglück'. Auch ‚Sein und Zeit' war eine Verunglückung ... Alles aufrichtige Denken ist zum Unterschied der Dichter in seinem unmittelbaren Wirken eine Verunglükkung ..."

Zwei Jahre später stirbt Kommerell, und Heidegger spricht zu Beginn einer seiner Vorlesungen folgenden Nachruf: „Heute vor acht Tagen ist im Alter von 42 Jahren Max Kommerell in Marburg gestorben. Im Äußeren war er ein Professor für ‚Deutsche Literaturgeschichte'. Er hat die Fragwürdigkeit dieses Faches mit hellem Sinn durchgelitten. Er war, wenn hier davon beiläufig gesprochen werden darf, der einzige seines Faches, mit dem ich zeitweise fruchtbare Gespräche über die geschichtliche Bestimmung des Denkens und Dichtens pflegen durfte. Max Kommerell mußte viel irren, und er *konnte* irren. Aber er konnte zugleich *hin*hören. Was er versuchte und schuf, wird umstritten bleiben. Aber dies ist ja das rechte Zeichen dafür, daß Etwas von ihm ausging. Max Kommerell war ein *lernender* Mensch. Er ist *als* ein Lernender gestorben. Max Kommerell war ein *nötiger* Mensch. Er *spürte* die Not und war *für* sie notwendig. Es bleibt eine Lücke, seit er nicht mehr ist."

Was soll man *dazu* sagen!?

Wir können nur einen kleinen Hinweis auf die Ausstellung geben. Von Kommerells Dichtungen – denn er war auch ein zarter Dichter – findet man Proben im Katalog und noch mehr in der Ausstellung. Wer nicht nach Marbach reisen kann, mag sich für acht Mark den Katalog kommen lassen, der außer dem Text und vielen Zitaten eine Bibliographie und 25 wichtige Fotos enthält.

Wer aber eine Stunde in den zwei kleinen Räumen verbringt, taucht in die Atmosphäre und in die Erinnerung an die Personen ein, die Kommerell im Laufe des Lebens um sich hatte. Eine große Zahl sehr persönlicher Fotos erlaubt Blicke ins private Leben, so z. B. das wunderbare kleine Bild, auf dem er im Gras liegt und seine zweijährige Tochter auf den Knien hält. (Bis 22. Sept.)

RUDOLF KRÄMER-BADONI



Impressionisten für 140 Millionen Dollar: Der Fälscher Elmyr de Hory in seinem Atelier auf Ibiza FOTO: ACTION PRESS/SIPA

Große Fälschungen in Kunst und Literatur (V): Elmyr de Horys Gemälde

Die Rache des texanischen Millionärs

Der beste Bilderfälscher ist der, dessen Täuschungswerk nicht durchschaut wird. In seinem Erfolg sonnen kann er sich naturgemäß nicht – sonst würde er entdeckt. Die berühmten Fälscher gehören trotz unbestreitbarer „Qualitäten" daher nur zur Kategorie der „Zweitbesten". Wer von denen dann der „beste" war, ist eine fast müßige Fragestellung. Aber dieser Ehrenrang gebührt wohl Elmyr de Hory.

De Hory, der auch ein Bündel anderer, wohlklingender Namen benutzte, bürgerlich aber schlicht Elmer Hoffmann hieß, war, wie fast alle seiner Zunftgenossen, ein zwar technisch versierter, künstlerisch aber wenig origineller und damit erfolgloser Maler. Er besaß eine akademische Ausbildung und war zeitweilig Schüler von Fernand Léger. Da es jedoch mit dem Verkauf seiner eigenen Kunst haperte, verlegte er sich, gestützt durch Freunde, die es mit der Seriosität nicht ganz so genau nahmen, auf die Produktion marktgängiger Ware: Renoir, Matisse, Toulouse-Lautrec, Degas, Picasso.

Mit der Zeit wurde de Hory „Spezialist" für Impressionisten und Nachimpressionisten, und seine Nachempfindungen (er war nämlich kein Kopist, sondern malte im Stil der berühmten Meister neue Bilder) waren so erfolgreich, daß bis zu seinem Freitod 1976, im Alter von wahrscheinlich 70 Jahren, Fälschungen von de Horys Hand im Marktwert von 140 Millionen Dollar in Umlauf gebracht werden konnten.

Es waren aber nicht nur gutgläubige und ahnungslose Privatleute, die zum Teil kleine Vermögen für die Imitationen hergaben. Auch die Experten großer Museen gingen den Fälscherkünsten des gebürtigen Ungarn auf den Leim. Von den geprellten Privatleuten wurde der texanische Millionär Alger Hurtle Meadows am bekanntesten, weil er den Anstoß zur Entlarvung de Horys gab. Meadows hatte 32 Bilder gekauft, für über eine Million Dollar. Alle stammten von de Horys Staffelei.

De Hory kümmerte sich zu seinen Glanzzeiten nicht selbst um den Absatz seiner Produktion. Er hatte dafür zwei Freunde, Fernand Legros und Réal Lessard, die in dieser Angelegenheit überaus rührig waren. Was de Hory so erfolgreich machte, war außer seinem unbestrittenen malerischen Talent seine außerordentliche Einfühlungsgabe. Er kopierte nie ein existierendes Werk eines Meisters, sondern schuf in dem entsprechenden Stil neue Werke. Später hat de Hory von sich behauptet, nie gefälscht, sondern immer nur „im Stil von" gemalt zu haben – zu „echten" Matisses und Renoirs wären die Bilder erst durch skrupellose Kunsthändler geworden.

Das mag für seine spätere „Karriere" zutreffend gewesen sein, am Anfang aber war das durchaus nicht so, wenn man dem Glauben schenken darf, was sein Freund, zeitweilig Nachbar auf Ibiza, Fälscherkollege und Biograph Clifford Irving, berichtet. Irving, durch seine gefälschten Memoiren des Howard Hughes zu zweifelhaftem Ruhm gelangt, veröffentlichte 1969 eine Biographie de Horys, in der er allerlei bildhafte Begebenheiten aus der Frühzeit von de Horys Laufbahn schilderte – ganz offenbar auf Grund intimer Kenntnisse, deren Quelle nur der „*Meister*" selbst gewesen sein kann.

So berichtet Irving, daß neben oft erfolgreichen Coups auch Rückschläge zu verzeichnen waren: Im Winter 1948 suchte de Hory in Beverly Hills den Kunsthändler Frank Perls auf, den Bruder des New Yorker Kunsthändlers Klaus Perls, den er vor kurzem mit einem seiner Werke „beglückt" hatte. De Hory, der sich Perls unter dem Namen Louis Raynal vorgestellt hatte, bot mehrere Werke an, darunter einige Renoirs und einen Modigliani. Und das geübte Auge des Kenners erwies sich den Fälscherkünsten als überlegen: Trotz aller Einfühlung war de Hory doch er selbst geblieben, denn Perls erkannte, daß die Renoirs, so perfekt sie in sich schienen, im Vergleich zu dem Modigliani plötzlich mit diesem sehr große Ähnlichkeit hatten – Perls wies Raynal alias de Hory die Tür. Für den „entdeckten" Fälscher begann so eine unruhige Zeit der Wanderschaft durch mehrere Kontinente.

Daß seiner Laufbahn nicht abrupt ein Ende bereitet wurde, lag daran, daß er ein Dutzend Namen benutzte, deren gemeinsamen Träger niemand entdeckte: Louis Raynal, Baron Herzog, Joseph Boutin und so weiter. Gelegentlich tauchten schon Zweifel an seinen Produktionen auf, und es war für de Hory ein „Glück", daß er Ende der fünfziger Jahre in New York Fernand Legros traf, der wohl nicht nur, wie Hory auch, ein Anhänger der „amour bleu" war, sondern der sich mit großem Eifer daran machte, aus de Horys Talenten großes Kapital zu schlagen. Und das ging bis zum Meadows-Skandal recht gut ...

De Hory hatte sich nach Ibiza zurückgezogen, wo er als staatenloser Gentleman in den Kreisen der Schikkeria verkehrte und einflußreiche Freunde besaß. Die Mühlen der Justiz waren auf Touren gekommen, und in Frankreich hätte man de Hory gerne den Prozeß gemacht: ein Auslieferungsantrag lag vor.

In Spanien jedoch hatte de Hory sich nichts zuschulden kommen lassen, und seine Freunde machten wohl auch ihren Einfluß geltend – die Auslieferung wurde immer wieder abgelehnt. De Hory kam sogar zu Filmruhm: Orson Welles drehte über ihn den Film „Fake" („F wie Fälschung"), und darin spielt de Hory – sich selbst.

Dennoch – im Dezember 1976 war es soweit: ein neuerlicher Auslieferungsantrag Frankreichs schien mehr Erfolg zu versprechen als die bisherigen Versuche, des genialen Fälschers habhaft zu werden. De Hory nahm eine Überdosis Schlaftabletten und sorgte so selbst für den passenden Abschluß eines schillernd-bewegten Lebens.

De Horys Karriere hat aber noch eine Nachbemerkung verdient. Für gewöhnlich ist es ja so, daß ein gefälschtes Bild, erst einmal als das erkannt, was es ist, tiefster Verachtung anheimfällt. Was vorher höchste Kunst war, ist nur mehr Machwerk. De Horys Fälschungen aber haben sich ihre eigene Bewunderung erworben. Die auf der Rückseite oft mit „Elmyr" signierten Werke, zu einem großen Teil in der Sammlung eines Mannes namens Ken Talbot, der sie per Zeitungsannonce in alle Welt verkauft, erreichen Preise bis gut 10 000 Mark, Tendenz: steigend.

Daß das so ist, ist dem Umstand zuzuschreiben, daß echte Manets, Degas und Lautrecs auf dem Markt nicht häufig sind und wenn sie angeboten werden, so teuer sind, daß selbst reiche Leute zögern. Ein Elmyr-de-Hory-Manet ist da billiger, und bei dem Reichtum der Erwerber kommt von deren Geschäftspartnern und Freunden keiner auf die Idee, da hinge eine Fälschung an der Wand – es sei denn, sie besäßen selbst eine ...

GERHARD CHARLES RUMP

JOURNAL

Hinweise auf das Kloster Rotaha?

lhe. Rödermark

Die Grundmauern eines Kirchenbaus sind bei Ausgrabungen an der katholischen Pfarrkirche von Ober-Roden entdeckt worden. Dieser Fund könnte Hinweise auf das fränkische Kloster Rotaha geben. Dieses Benediktinerkloster wurde in der Lorscher Schenkungsurkunde von 786 erstmals erwähnt. Seit dem 10. Jahrhundert gibt es aber keine dokumentarischen Hinweise mehr darauf.

Goebbels' Pressearchiv ist jetzt in Posen

rst. Posen

Ein großer Teil des Pressearchivs des NS-Propagandaministers Joseph Goebbels, der nach dem Krieg auf polnischem Gebiet gefunden wurde, befindet sich jetzt im Institut für Westgebiete in Posen. Das Material betrifft größtenteils die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung, die Beziehungen des Dritten Reiches zu Italien, Japan, der Sowjetunion und Polen.

Niedersachsens zentrale Studentenberatung

dl. Hannover

Das Land Niedersachsen wird an der Universität Hannover eine zentrale Koordinierungsstelle für die Studentenberatung der Hochschulen des Landes errichten. Bereits in den letzten Jahren ist ein Modellversuch auf diesem Gebiet durchgeführt worden, der mit 3,5 Millionen Mark vom Bund finanziert worden ist. Aufgabe der Koordinierungsstelle wird es sein, ein Informationssystem für die Studienberatungsstellen an den Hochschulen auszubauen und die Studienberater der Hochschulen auszubilden.

Neuer Auktionsrekord für Füssli-Zeichnung

Zü. Genf

Eine Studie zu einem Frauenkopf des Schweizer Malers Johann Heinrich Füssli (1741–1825) wurde bei Christie's in London für 113 400 £ (455 000 Mark) versteigert. Die der Füssli-Forschung bisher unbekannte, weiß aufgehellte Kreidezeichnung zeigt das Porträt einer Dame, wahrscheinlich der Frau des Künstlers, und kann einer von Füsslis besonders produktiven Perioden in England gegen 1790 zugeordnet werden.

Telemanns „Sokrates" im Heidelberger Schloß

dpa, Heidelberg

Mit Telemanns Oper „Der geduldige Sokrates" in der Inszenierung von Peter Osolnik wurden jetzt die diesjährigen Heidelberger Schloßspiele eröffnet. Daneben stehen Aufführungen von Rossinis Oper „La Cenerentola" sowie der Altheidelberg-Romanze „The Student Prince" von Sigmund Romberg.

Coleman Dowell tot

dpa, New York

Der amerikanische Schriftsteller Coleman Dowell hat sich in New York aus dem Fenster seiner im 15. Stockwerk gelegenen Wohnung gestürzt. Der 60jährige, dessen Prosa etwa von Tennessee Williams sehr gerühmt worden war, litt an Depressionen. Er verfaßte eine Reihe von Romanen, Kurzgeschichten und Theaterstücken.

Fotos, psychologisch

Das Märchen von der Objektivität

In den vierziger Jahren zeichnete der Cartoonist Alain einen Fakir auf seinem Nagelbrett, der zwei amerikanischen Soldaten, die ihn erstaunt betrachten, den freundlichen Ratschlag gibt: „Im Psychoanalytischen Journal finden Sie einen sehr unterhaltsamen Artikel, warum wir das tun." So könnten künftig jeder Fotograf und jeder Fotografierte dem Zuschauer, dem das, was da geschieht, seltsam vorzukommen scheint, entgegenhalten: In Günter Spitzings „Fotopsychologie" (Beltz-Verlag, Weinheim, 320 S., 166 Abb., 48 Mark) finden Sie erläutert, warum wir das tun.

Von Amateuren und Professionals werden tagtäglich unzählige Bilder produziert, aber über die Psychologie des Fotografiertwerdens, des Fotografierens und des fotografischen Bildes haben sich bislang nur wenige den Kopf zerbrochen. Spitzing holt das nun ausführlich nach. Dabei bringt er vor allem seine Erfahrungen als Fotograf, Fotoschriftsteller und Fotopädagoge ins Spiel, greift aber auch wiederholt auf psychoanalytische Journale zurück.

Er entdeckt im Fotografieren Aggressivität und kompensierte Sexualität, spürt Verklemmungen und Verkrampfungen bei den Fotografierten auf und entdeckt bestimmte Verhaltensweisen der Abwehr gegenüber der Kamera, die in der Dritten Welt unvermittelt zu erleben sind, während man sie in europäisierten Ländern eher kaschiert.

Es gibt, das ist eine der wesentlichen Thesen des Buches, keine „objektiven" Bilder, weil Inszenierung und Selbstinszenierung, Motiv-Auswahl und Ausschnittcharakter des Fotos die Folge einer Reihe von subjektiven – bewußten und unbewußten – Entscheidungen sind. Infolgedessen „wird doch tatsächlich nicht das Faktische fotografisch dargestellt, sondern das Fotografierbare als das Faktische angesehen". Zugleich betont Spitzing die Mehrdeutigkeit des fotografischen Bildes. Der gängige Satz „Ein Bild sagt mehr als tausend Worte" gewinnt dadurch bei ihm einen neuen Sinn: Die „tausend Worte" sind nötig, weil jeder Betrachter etwas anderes aus der Fotografie herausliest.

Diese Erkenntnisse über „Die subjektive Seite des Objektivs" (so der Untertitel des Buches) sind natürlich nicht neu. Den weitverbreiteten Aberglauben an die „Objektivität der Fotografie" haben solche wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Abhandlungen jedoch kaum ankratzen können. Aber denen, die gern mit dem Fotoapparat hantieren, gibt das Buch manchen Hinweis, wie statt der zufälligen Subjektivität des Bildes das Bild einer bewußten Subjektivität unterworfen werden kann.

PETER DITTMAR

Russells Film „China blue – bei Tag und Nacht"

Grelle Kapuzinerpredigt

Es sei nur ein skandalheischender Schocker, meinten die einen, und die anderen witterten einen Edelporno, also auch nichts Gutes, damals, Ende der sechziger Jahre, als Ken Russells Film „Women in Love" in die Kinos kam. Russells erster Kino-Erfolg ist längst ein Film-Klassiker und steht für den damaligen Schrei nach „sexueller Emanzipation" vulgo sexualmoralischer Libertinage.

Mit „Liebesseuchen" wie Herpes und Aids, die Promiskuität zum russischen Roulette machen, ist inzwischen Katerstimmung eingekehrt, und prompt ist auch Ken Russell da, mit einem neuen Film Liebe, Treue und wahre Partnerschaft zu predigen: „Crimes of Passion", hierzulande als „China blue – bei Tag und Nacht" in den Kinos. Von Sexual- und Horrortrip ist wieder die Rede, von Russells gutgezieltem Schlag unter die Gürtellinie ... Nun, gewiß, Russell ist nicht zimperlich. Aber man kann vom Teufel nicht mit Engelszungen reden, und Russells Film ist eben eine deftige Kapuzinerpredigt.

Es geht um drei Personen. Bobby Grady, sehr präzis gespielt von John Laughlin, verliert die Illusion, eine auch nach elf Jahren noch glückliche Ehe zu führen. Seine Frau, ein unausgefülltes, frustriertes Wesen, stellt seine geradezu lämmliche Sanftmut auf immer härtere Proben – bis ihm der Faden reißt. Bobby verläßt Heim und Familie. Mit einem detektivischen Zweitjob heftet er sich an die Fersen von Joanna Crane (Kathleen Turner), erfolgreiche, eiskalte Modedesignerin, die im Männerlook à la Marlene Dietrich herumläuft und keinen Menschen an sich heranläßt.

Tagsüber. Nachts verkleidet sie sich und geht unter dem Dirnennamen „China blue" auf den Strich, wobei sie in den Rollenspielen mit ihren Freiern weniger ihre eigenen sexuellen Phantasien auslebt, als daß sie die Macht genießt, die sie über andere gewinnt. Nur beim Zusammensein mit Bobby passiert es: Ins ausgeklügelte, hochprofessionelle Lustbefriedigungsunternehmen kommt jener Stich Wahnsinn, den man als Gefühl oder Liebe bezeichnet.

Person drei: ein Pseudo-Priester, der in die Irrenanstalt gehörte, total schizophren zwischen Lustgestammel und Seelenretterpredigt hin und her springend. Der ist leider mit Anthony Perkins so programmiert psychopathisch besetzt, daß seine Rolle ganz und gar vorhersehbar wird.

China blues strikte Trennung von Beruf, Privatsphäre und Sexualleben funktioniert nicht, der Mensch ist unteilbar, eins wirkt ins andere, und auch die Sphäre der Triebhaftigkeit kann von sittlicher Verantwortung nicht ausgeklammert werden. Wer sie nicht annimmt, endet wie Perkins als Reverend Shayne. Die Mauern aus Erfolg und Kälte, die China blue um sich herum aufgerichtet hat, fallen zusammen wie ein Kartenhaus, sie braucht die Zuwendung Bobby Gradys ebenso wie er die ihre. Das



Programmiert psychopathisch: Anthony Perkins als Reverend FOTO: ORION

Happy-End kann nicht einmal mehr vom irren, bösen Perkins verhindert werden.

Daß es sich um ein filmisch erstklassiges Stück handelt mit den für Russell typischen, durch Musik intensivierten Bildsequenzen und in seinen starken, ja grellen Farben, die immer ein bißchen nach Theaterschminke aussehen, dürfte außer Frage stehen. Aber gegen Russells Botschaft sind so ziemlich alle, diejenigen, die am liebsten noch immer nicht belästigt werden wollen von Dingen, die mit dem menschlichen Unterleib zu tun haben, ebenso wie diejenigen, für die eine solche Philippika gegen das Seelenunheil, das der Sex angerichtet hat, zu früh kommt.

REINHARD BEUTH



Venedig: Rossinis Zauberoper „Armida" mit der Ricciarelli im Teatro Fenice

Auf Wolken fliegend zum Geliebten

Die Donizetti-Renaissance läuft aus, die Rossini-Renaissance hat begonnen. Da mußte früher oder später auch Tassos Magierin „Armida" erneut auf den Plan treten. Welche Primadonna gierte nicht nach dieser Rolle, die sich im tenoralen Glanz von gleich sechs Partnern sonnen darf! Was der Callas 1952 in Florenz recht war, will sich heute eine Ricciarelli nicht entgehen lassen.

Daß die „Armida" trotz des Einsatzes der Callas kaum beachtet wurde, liegt nicht nur daran, daß nur selten eine Sängerin von solch extrem belcantistischer Attacke auftritt, liegt auch nicht nur an den sechs geforderten Tenören, sondern vor allem an der miserablen Dramaturgie der Oper, die selbst jenen Hörer verwirren muß, der Rossini einiges nachsieht.

Bereits das Publikum des Teatro San Carlo konnte 1817 mit der Zauberoper wenig anfangen. Auch in anderen italienischen Städten wollte man von dieser altmodischen Feerie nichts wissen, nur die Deutschen, insbesondere die Wiener, ergötzten sich an diesem Spektakel. Bis auf die Dvořáks lagen denn auch alle Vertonungen dieses Stoffes, angefangen mit Jommelli und Lully, zeitlich vor Rossini, was beweist, wie sehr dies ein Thema der barocken Oper war.

Die Liebesgrotte der Zauberin, in der sich Dämonen, Drachen, Nymphen und Amoretten in einem von Blumengirlanden überhangenen Paradies des Sinnentaumels finden ist ohne die Maschinenkunst des 18. Jahrhunderts kaum zu denken. Realistischer ist das Schlachtfeld vor Jerusalem entworfen, das durchaus als Modell für Verdis frühe Kreuzritteroper dienen konnte. Natürlich äußern sich Rossinis Krieger weniger aggressiv, weniger durch scharf rhythmisierte Perioden gestreßt als Verdis Patrioten.

Doch das langatmige Disputieren der Paladine, welches durch die Tenorarien eines jeden nur unwesentlich an Spannung gewinnt, das Lagertreiben, das erneut an Verdi erinnert, und schließlich das Erscheinen Armidas hat Rossini geschickt verschachtelt, so daß sich aus den brillanten Kleinstszenen die Grundstruktur der Großen Oper ergibt. Doch ähnlich Meyerbeer, der unentwegt das Feuer ansteckt, doch nie zum Brennen bringt, bleibt vieles kurzatmig, obwohl Rossini nicht mit Einfällen geizt und das Gelungenste glücklicherweise weiterverwertet hat (in „La donna del lago" und „Moses").

Einzigartig in seinem Œuvre dürften die drei Duette Armidas mit dem neueroberten Ex-Geliebten Rinaldo sein, die ganz erfüllt sind von einer zärtlich weichen, innig kuscheligen Gleichgestimmtheit im Piano.

Rossinis spätere Gattin Isabella Colbran, die die Armida kreierte, war eine singuläre Schauspielerin mit umfassenden stimmlichen Mitteln, was sich aus den bravourösen Szenen ablesen läßt. Egal ob sie der Liebe huldigt („D'amore al dolce impero") oder als Verlassene rasend vor Wut dem Ungetreuen auf einer Wolke nachhetzt, die blitzenden, kraftvollen Koloraturfeuerwerke sind mehr als nur finale Zwitscherübungen. Katia Ricciarelli mußte da kleinlaut ihren stimmlichen Ruin bekennen. Für die Armida bringt sie einzig das lyrisch grundierte Mezzoforte der Verführerin mit, doch den sich steigernden, immer dramatischer, immer virtuoser werdenden Koloraturläufern stand sie hilflos gegenüber. Da die Rossini-Renaissance inzwischen auch die Perfektionierung der entsprechenden Gesangstechnik nach sich gezogen hat, hätte man sich für Venedig kompetenterer Interpretinnen denken können.

Curtis Ryam sieht nicht nur wie ein Bilderbuch-Otello aus, er singt den Rinaldo auch mit dem Brustton des Kriegers, verfällt anfangs noch in ein fistelndes Liebesgeflüster, führt dann aber eine erstaunlich heldische und doch geschmeidige Rossini-Stimme vor. Die restlichen fünf Tenöre zeigten sich pauschal überfordert. Überfordert oder unwillig ist seit langem schon das Orchester des La Fenice, das sich unter Gabriele Ferros Leitung dieses Mal besonders halsstarrig zeigte, keine von Rossinis hier sehr reichlich verwendeten Solopassagen sauber spielte, keine melodische Phrase mit spielerischem Instinkt aufnahm. Egisto Marcucci inszenierte so, wie dies früher die altgedienten Operettenbuffos besorgten, er regelte den Verkehr mit der Phantasie eines Schutzmannes.

ADRIAN HECK

„Nexrad“ soll tückische Böen rechtzeitig orten

Erste Erfolge mit Doppler-Radarsystem in Denver

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Unwetter und die dabei auftretenden Windböen gehören noch immer zu den größten Gefahren für die zivile Luftfahrt, wie sich jetzt wieder bei dem Flugzeugabsturz in Dallas gezeigt hat. Gerade in den Vereinigten Staaten treten in Gewitter- und Sturmfronten immer wieder hohe Windgeschwindigkeiten auf, die ein Flugzeug zum Spielball der Elemente machen. Besonders gefährlich sind dabei die sogenannten Scherwinde (siehe Grafik), die als Folge von starken, abwärtsgerichtete Luftströmungen auftreten. Sie können die Aerodynamik eines Flugzeuges völlig durcheinanderbringen. Man schätzt, daß seit 1964 durch solche Wettereinflüsse 28 Abstürze mit fast 500 Toten verursacht worden sind.

Solche Luftströmungen treten sehr plötzlich auf und breiten sich nach dem Aufprall auf den Boden in alle Richtungen aus. Wenn sie ein Flugzeug von vorne oder von der Seite treffen, können sie es aus seiner Flugbahn drücken. Besonders gefährlich ist jedoch, wenn diese Winde das Flugzeug von hinten treffen. Sie wirken in diesem Fall der Luftströmung entgegen, die an den Tragflächen entlangfließt und damit für den nötigen Auftrieb sorgt. Der Effekt ist ähnlich, als wenn das Flugzeug plötzlich seine Geschwindigkeit stark verringern würde: Es hat nicht mehr genug Auftrieb und verliert deshalb schnell an Höhe. Vor allem in der kritischen Phase des Landeanflugs kann der Pilot meistens nicht mehr schnell genug reagieren, und die Maschine schlägt auf dem Boden auf.

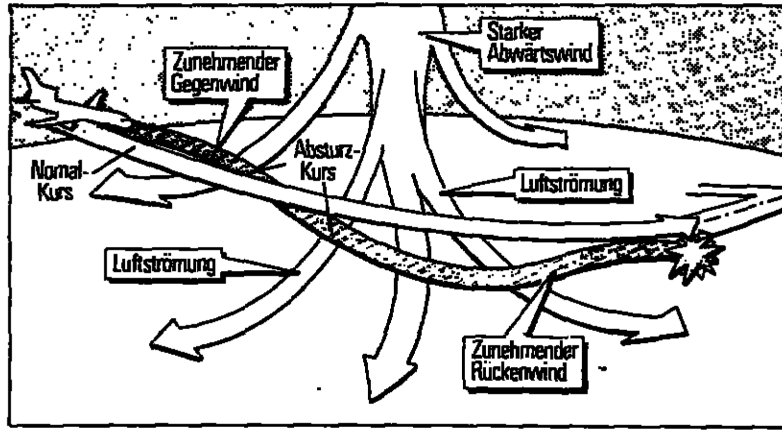
Staub- und Wasserpartikel reflektieren den Strahl

Bislang wurden die Windverhältnisse auf den Flughäfen vorwiegend mit Windsensoren gemessen. Da diese aber auf dem Boden stehen, können sie Böen in größeren Höhen nicht erfassen. Hier soll demnächst ein Radarsystem Abhilfe schaffen, das zur Zeit auf dem Flughafen von Denver (Colorado) getestet wird. Dieses als „Nexrad“ (Next Generation Radar) bezeichnete System arbeitet wie eine Radaranlage für die Flugsicherung, jedoch mit Wellenlängen zwischen 5 und 10 Zentimetern. Wenn der ausgesendete Radarstrahl auf Staub- oder Wasserpartikel in der Luft trifft, wird er reflektiert und kann mit einer Antenne aufgefangen und analysiert werden. Sobald diese Partikel sich in Bewegung befinden, also etwa gerade von einer Windböe erfaßt worden sind, ändert sich nach der Reflexion die Wellenlänge des Radarstrahls. Man bezeichnet diesen Vorgang als Doppler-Effekt. Er bewirkt zum Beispiel auch, daß der Hupton eines Autos, das auf einen Beobachter zufährt, höher klingt, als wenn es sich von ihm entfernt.

Das Verfahren erfordert komplizierte Auswertung

Mit Hilfe dieses Doppler-Radarsystems können alle Luftbewegungen rund um einen Flughafen genau gemessen werden. Allerdings erfordert das Verfahren eine komplizierte Auswertung, denn es kann nur solche Windbewegungen wahrnehmen, die in der Ausbreitungsrichtung des Radarstrahls verlaufen. Alle anderen Bewegungen müssen aus der veränderten Wellenlänge des Radarstrahls errechnet werden. Daher ist dieses System auch nicht geeignet, einen Piloten gezielt vor einer einzelnen, plötzlich auftretenden Windböe zu warnen. Diese können in einer Gewitterfront innerhalb weniger Sekunden entstehen und lassen kaum eine Chance zum Reagieren.

Dennoch kann das Radarsystem dazu beitragen, die Windgeschwindigkeiten in einem Sturm und damit seine Gefährlichkeit rechtzeitig zu erkennen, damit die Piloten aller anfliegenden Flugzeuge gewarnt und eventuell umgeleitet werden können. In den Vereinigten Staaten will man das Sytem daher so schnell wie möglich auf allen Flughäfen installieren. Die Kosten liegen etwa 25 bis 30 Prozent über denen eines herkömmlichen Radars. Auch in der Bundesrepublik werden Vorbereitungen getroffen, das Doppler-Radar einzuführen. Die Sicherheit der Flugzeugpassagiere kann aber nur dann wirklich verbessert werden, wenn die Verantwortlichen auf den Flughäfen mehr als bisher Konsequenzen aus den Warnungen der Meteorologen ziehen: Gerade in den USA wird zu oft gezögert, einen Flughafen bei schlechtem Wetter zu schließen und alle Flugzeuge umzuleiten.



Die Grafik zeigt die verhängnisvolle Wirkung von Scherwinden auf eine Maschine im Landeanflug

Norman Hartnell umwirbt Bruce Oldfield – Neue Konstellation am europäischen Modehimmel?





Mode-Welten trennen diese Bilder: Lady Diana 1980 (links) und in Kreationen ihres Schneiders Oldfield 1985 in London (Mitte) und Rom (rechts) FOTOS: DPA/AP/CAMERA PRESS

Sinnliche Akzente für eine elegante Lady

Von SIEGFRIED HELM

Englands königliche Modeschöpfer sind bereit, den republikanischen Haute-Couture-Hochburgen Frankreichs und Italiens den Fehdehandschuh hinzuwerfen. Norman Hartnell, das Modehaus der Queen, hat dem hochbegabten jungen Modeschöpfer Bruce Oldfield (35), einen „Heiratsantrag“ gemacht. Keine Schneiderehe im ganzen Land, bei der die Partner so gut zueinander passen würden: Reife und Tradition das Zeichen des Hauses Hartnell, Experimentierfreude mit einem jugendlichen Image die Handschrift Bruce Oldfields.

Norman Hartnell (Sir Norman starb 1979) ist seit einem halben Jahrhundert der Schneider, der Englands Königinnen anzieht. Die „Queen Mum“ läßt sich auch mit ihren 85 nicht von gartenbunten Hartnell-Kreationen abbringen. Prinzessin Margaret ließ sich von Hartnell gediegene Eleganz auf den etwas zu kurz geratenen Leib schneidern. Herzoginnen und Gräfinnen blieben ihm über Jahrzehnte treu, weil er den Kniff beherrschte, nicht nur schöne Kundinnen noch schöner zu machen, sondern auch nicht vorhandene Schönheit einfach herbeizuzaubern.

Auch Bruce Oldfields Stärke liegt in seiner Klientel: dem internationalen Jet-Set und vor allem seiner Traumkundin Prinzessin Diana, die ihm seit 1982, ein Jahr nach ihrer Hochzeit mit Prinz Charles, „die Treue hält“. Oldfield zieht seine Damen weich und weiblich an. Mit gewagten Dekolletés oder V-Ausschnitten am Rücken sorgt er für sinnliche Akzente. Kein Wunder, daß Mick Jaggers Ex-Frau Bianca und seine Lebensgefährtin Jerry Hall sich darum reißen, von seinen geschickten Händen vermessen zu werden, und Fernsehstars wie Linda Evans und Joan Collins sich von diesem farbigen Briten anziehen lassen wollen.

Die „Queen“ des „Denver Clan“ und die Windsor-Queen samt Schwiegertochter von ein und demselben Modehaus bedient – die Modewelt hätte ihren Megastar. Hinzu kommt, daß die Briten über die zugkräftigsten Mannequins verfügen würden. Noch dazu gratis. Diana ist schon jetzt die hochkarätigste „Vorführdame“ der Modewelt. Wo immer sie auftritt, ist Laufsteg.

Seit dem Tode Sir Norman Hartnells hat in der Bruce Street im vornehmen Mayfair die Kreativität nachgelassen. Da könnten neue Impulse Wunder wirken. Oldfield geht es primär darum, daß seine Frauen gut aussehen, weniger, daß sie „modisch“ daherkommen. Unter seinen Schneiderhänden wandelte sich Diana von einer ins Irreale stilisierten Märchenprinzessin in langen, weiten, rüschenbesetzten „Rühr-mich-nicht-an“-Kleidern zu einer Art Fotomodell. Oldfield ist der Mode-Architekt der schlanken Linie. Auch wenn die Prinzessin königlichem Beispiel folgend häufig Hut tragen muß, so ist darunter eine allerliebste, figurbetonte, ganz auf Natürlichkeit gestimmte junge Dame zu bewundern. Es gab nur wenige kritische Stimmen, der Modeschöpfer habe den Bogen überspannt, als er Diana in kurzen, engen Röcken auf die offizielle Italienreise schickte.

Seine erste wichtige Kreation für Diana war das 1983 berühmt gewordene Seidenkleid, das eine Schulter freiließ. In einem silbernen Lamékleid mit Falten und einem gewagten V-Ausschnitt, der ihren entzückenden Rücken freiließ, stach sie auf dem großen Wohltätigkeitsball zugunsten der Barnado-Kinderheime sogar die „Denver“-Alexis aus, die doch alle Welt behexen wollte.

Diskretion ist oberstes Gebot: Schneider Bruce Oldfield mit Traumkundin Diana bei einer Wohltätigkeitsveranstaltung in London FOTOS: DPA

Bruce Oldfield, Sohn eines Boxers aus Jamaika, wurde in England als Waisenkind in Barnado-Heimen groß. Er ist einer der wenigen Farbigen, die aus tiefster Obskurität zu höchsten gesellschaftlichen Ehren aufstiegen. Der charmante Oldfield bewegt sich auf dem Parkett wie ein selbstbewußter Hofkünstler, wird von der Creme der englischen High-Society zu Dinnerpartys eingeladen, plaudert ganz vertraulich mit Diana über Gott und die Welt. Er besitzt, was bei einem königlichen Schneider unerläßlich ist: Diskretion.

Eine Synthese von Hartnell und Oldfield eröffnet ungeahnte Modemöglichkeiten. Die Hartnell-Formel, die königliche Couture stets als Auftrag sah, den Alltag in der Repräsentationsgestalt zu transzendieren, kann nicht über Nacht zum alten Eisen geworfen werden. Auch ein Oldfield würde königliche Damen im reiferen Alter nicht zu Modepüppchen deformieren wollen.

Sicher ist: Auch Oldfield versteht sich ausgezeichnet auf das von den Windsor-Frauen seit je geschätzte Theatralische in der Mode. Das hatte Sir Norman Hartnell schon gepflegt, als der 1938 die ganz in weiß gehaltene Garderobe Queen Elizabeths für ihren Staatsbesuch in Frankreich schuf. Sein Hochzeitskleid für deren Tochter Elizabeth halten viele bis heute für unübertroffen.

Gleich, wohin das Pendel ausschlägt: Die Modeindustrie keines Landes hat so zugkräftige Botschafterinnen wie die englische. Die junge, hochbegabte englische Modeschöpferin Zandra Rhodes über die bevorstehende „Hochzeit“: „Hartnell ist ein alter, hochrespektierter Name, mit rückläufiger Tendenz, ich glaube, daß Oldfield dieses Haus in sehr kurzer Zeit auf Hochglanz bringen kann.“ (SAD)

Fliegerbomben detonierten auf der Autobahn

AP, Checotah

In einen folgenschweren Unfall wurde am Sonntag im amerikanischen Bundesstaat Oklahoma ein Munitionstransporter der US-Streitkräfte verwickelt. Nach der Kollision mit einem Personenwagen geriet der Sattelschlepper in Brand. Dann explodierten sieben der zehn geladenen Fliegerbomben von jeweils einer Tonne. 6000 Einwohner in der Umgebung der Unfallstelle in der Nähe der Stadt Checotah wurden sicherheitshalber evakuiert. Die 47 Verletzten des Unglücks sind Feuerwehrleute, die Rauchvergiftungen erlitten. Die Explosion der sieben Bomben riß einen zehn Meter tiefen Krater mit einem Durchmesser von 15 Metern in die Autobahn, auf der der Lastwagen fuhr. Ihm folgte ein zweiter Militärtransporter mit weiteren 20 Bomben. Die drei Bomben, die bei dem Unfall auf die Straße gerollt waren, ohne zu explodieren, wurden zu einem Stützpunkt in Arkansas transportiert.

Klebrige Ölmasse

dpa, Kopenhagen

Die Folgen der Havarie des Bremer Tankers „Jan“, der am Ausgang des Limfjordes (Jütland) auf Grund gelaufen und leck geschlagen war, sind schwerer als zunächst angenommen. Gestern hatte ein mehrere Kilometer langer Ölteppich den Strand der kleinen Ostseeinsel Laesoe erreicht, der auf eine Länge von sechs bis acht Kilometern mit klebriger Ölmasse bedeckt ist. Ein starker Südostwind droht die Ölmengen nun auch auf die Nordküste von Laesoe zuzutreiben. Die kaum bewohnte Insel ist ein Naturschutzgebiet sowie ein Vogelparadies. Naturschützer mußten schon mehrere Seevögel erlegen, die mit ölverschmiertem Gefieder im Wasser trieben.

Arbeitszimmer-Urteil

AP, München

Die Finanzbehörden dürfen in Arbeitszimmern innerhalb von Wohnungen Nachschau halten, wenn ein solcher Raum als steuermindernd anerkannt werden soll. Dies geht aus einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs in München hervor, die gestern veröffentlicht wurde. Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer können dann als Werbungskosten anerkannt werden, wenn eine Benutzung als Wohnraum so gut wie ausgeschlossen ist (Az.: Bundesfinanzhof VI R 68/82).

Schärferes Weingesetz

AP, Düsseldorf

Die nordrhein-westfälische Landesregierung will die Bunderegierung zum „energischen Handeln“ bei einer Verschärfung des Weingesetzes zwingen. Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen kündigte gestern in Düsseldorf entsprechende Schritte für eine Initiative der Landesregierung im Bundesrat an.

Atmosphärisches „Fenster“

dpa, Hobart

Die amerikanische Raumfähre „Challenger“ hat gestern über der Insel Tasmanien durch eine Raketenzündung kurzzeitig ein „Fenster“ in die Ionosphäre gesprengt. Der obere Teil der Atmosphäre wurde damit für schwache Langwellen-Radiosignale aus der Milchstraße durchlässig. Australischen Wissenschaftlern bot sich erstmals die Gelegenheit, mit hochempfindlichen Geräten in diesem Wellenbereich das All zu erforschen.

Waldbrände auf Korsika

dpa, Bastia

Auf Korsika haben neue Waldbrände große Schäden im Norden der Insel angerichtet. Nach Angaben der Feuerwehr gelang es erst gestern, die Brände bei nachlassenden Winden unter Kontrolle zu bringen. Am Sonntag abend hatte das Feuer zeitweise den Stadtrand von Bastia und andere Ortschaften bedroht sowie den Ort Ile Rousse eingeschlossen. Bis gestern gingen auf Korsika mehr als 2000 Hektar Wald und Buschland in Flammen auf. Mehrere Häuser und Wohnwagen brannten ab, zahlreiche Wohnhäuser wurden evakuiert.

Stromausfall zugegeben

dpa, Moskau

Die beiden sowjetischen Kosmonauten Wladimir Dschanibekow (43) und Wiktor Sawinych (45) haben verhindert, daß die Orbitalstation „Saljut 7“ aufgegeben werden mußte (WELT v. 26. 7.). Gestern meldete auch das Parteiorgan „Prawda“ zum ersten Mal, daß es in der seit Oktober vergangenen Jahres unbemannten Station im März einen totalen Stromausfall gegeben hatte. Dschanibekow und Sawinych sind am 6. Juni mit dem Raumschiff „Sojus T13“ ins All gestartet, vermutlich mit dem Auftrag, die dort seit 1982 eingesetzte Station zu retten. Sowohl das Andocken als auch die Reparatur glückten. „Prawda“ stufte die gelungene Operation als bedeutsam für die Weiterentwicklung der bemannten Raumflüge ein.

ZU GUTER LETZT

„Eine partielle Totalrevision des Steuerrechts ist unumgänglich.“ Überschrift in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

LEUTE HEUTE

Ausflug

Einen Ausflug zur „Stärkung des Lebenswillens“ – so sein Arzt **William DeVries** – unternahm am Wochenende **William Schröder** (53), der Mann, der seit neun Monaten mit einem künstlichen Herzen lebt. In einem Spezialwagen besuchte er das deutsche Straßenfest in seiner Heimatstadt Jasper (US-Bundesstaat Indiana).

Aufnahme

Ein neugieriges Reporterteam der amerikanischen Fernsehanstalt NBC entdeckte ihn und filmte ihn auf dem Grundstück eines Hauses in der schicken Miramar-Wohngegend von Havana. Jetzt hat es Kubas Staatschef **Fidel Castro** amtlich bestätigt: Der flüchtige Finanzier **Robert Vesco** lebt auf der Zuckerinsel. Vesco hatte vor zwölf Jahren mit schätzungsweise 224 Millionen Dollar aus Geldern des bankrotten „IOS“-Investment-Fonds die USA heimlich verlassen. Castro erklärte, er sei Vescos Wunsch nachgekommen, sich in Havana ärztlich behandeln zu lassen. Auch wenn der Gesuchte auf Dauer in Kuba bleiben wolle, sei er herzlich willkommen.

WETTER: Wechselhaft

Wetterlage: Auf der Rückseite eines ostwärts abziehenden Tiefausläufers strömt kühle Meeresluft nach Deutschland. Der Südosten gelangt unter Einfluß eines vom Mittelmeer nordostwärts ziehenden Randtiefs.

Deutscher Wetterdienst 5. August 1985, nachm.

Vorhersage für Dienstag:
Im Südosten stark bewölkt bis bedeckt und länger andauernder Regen mit Gewittern. Tagestemperaturen um 16 Grad. Nachts allmählich abklingende Niederschläge und Abkühlung auf 13 bis 10 Grad. Im übrigen Deutschland wechselnde Bewölkung, Schauer und Gewitter. Höchsttemperaturen 17 bis 20 Grad. Mäßiger bis frischer, in Böen starker bis stürmischer Wind um West.

Weitere Aussichten:
Vorübergehende Wetterberuhigung. Temperaturen wenig verändert.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	21°	Kairo	32°
Bonn	20°	Kopenh.	14°
Dresden	21°	Las Palmas	24°
Essen	14°	London	14°
Frankfurt	22°	Madrid	28°
Hamburg	18°	Mailand	25°
List/Sylt	15°	Mallorca	31°
München	25°	Moskau	22°
Stuttgart	26°	Nizza	26°
Algier	35°	Oslo	15°
Amsterdam	15°	Paris	19°
Athen	30°	Prag	23°
Barcelona	27°	Rom	29°
Brüssel	19°	Stockholm	18°
Budapest	24°	Tel Aviv	31°
Bukarest	27°	Tunis	32°
Helsinki	19°	Wien	25°
Istanbul	26°	Zürich	24°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 5.55 Uhr, Untergang: 21.00 Uhr; **Mondaufgang:** 23.26 Uhr, Untergang: 13.08 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Die Vignette ließ die Kassen nicht klingeln

dpa, Bern

Der zu Beginn dieses Jahres eingeführte 30-Franken-Aufkleber, der zur Benutzung schweizerischer Autobahnen berechtigt, hat dem eidgenössischen Fiskus bei weitem nicht die Summen eingebracht, die bei der Einführung der Straßenverkehrsabgaben erwartet worden waren.

Für das erste Halbjahr nach Einführung der vor allem in der Bundesrepublik Deutschland heftig kritisierten Straßenzölle konnten die Statistiker dem Eidgenössischen Finanz-Departement nur Enttäuschendes berichten. Die sogenannte Autobahn-Vignette an den Windschutzscheiben hatte in den sechs Monaten rund 110 Millionen Franken, umgerechnet rund 150 Millionen Mark, gebracht.

Für das ganze Jahr waren 280 Millionen veranschlagt worden, doch niemand in Bern gibt sich der Illusion hin, daß die fehlenden 170 Millionen im zweiten Halbjahr noch zusammenkommen. Sie müßten ausschließlich von ausländischen Feriengästen oder Durchreisenden aufgebracht werden, weil die Schweizer schon zum Jahresbeginn den blauen Inlands-Kleber an den Autos angebracht haben. Sie zahlten insgesamt rund 50 Millionen Franken.

Noch mehr Enttäuschung mußte Finanzminister Otto Stich mit der Schwerverkehrsabgabe für Lkw erleben. Von den für das ganze Jahr erwarteten 158 Millionen Franken sind im ersten Halbjahr kärgliche 17 Millionen von Fernfahrern und Busunternehmen eingetrieben worden.

Stich kritisierte auch die Gerichte, gegen die Bestimmung entschieden zu haben, nach der die Aufkleber unlösbar mit der Windschutzscheibe verbunden sein müssen. Stichs Ministerium bleibt weiter dabei: Geht die Scheibe kaputt oder wird ein neuer Wagen gekauft, ist auch eine neue Plakette fällig.

Wiener G’schicht’n über Bestechung und Steuerschuld

Randerscheinungen im Verfahren gegen Lutz Moser

KURT POLLAK, Wien

In ein Wespennest dürften die österreichischen Justizbehörden gegriffen haben, als sie den Bestechungsskandal aufdeckten, in den der Staatsanwalt Lutz Moser (44) involviert ist (siehe WELT vom 31. 7.). Der in Untersuchungshaft befindliche Staatsanwalt hatte, wie berichtet, zugegeben, den Vorarlberger Geschäftsmann Bela Rabelbauer (51) dazu verleitet zu haben, gegen ein Bestechungshonorar von eineinhalb Millionen Schweizer Franken ein gegen diesen eingeleitetes Verfahren unter den Tisch fallen zu lassen. Rabelbauer ging auf dieses Tauschgeschäft ein und zahlte dem Staatsanwalt die geforderte Summe.

Nun meldete sich Bela Rabelbauer über seinen Anwalt aus sicherer Entfernung – irgendwo aus Fernost – zu Wort. Er bezichtigte seinen „Tauschhandelspartner“ Moser des Betrugs an ihm. Begründung: Nach seiner Vernehmung durch eine Untersuchungsrichterin am 11. April dieses Jahres habe ihm dieser angeblich erklärt, daß aus dem Verfahren gegen ihn wegen Millionenbetrugs „kaum etwas werde“. Erst dann habe er von Staatsanwalt Moser das Bestechungsangebot erhalten. Dessen Anwalt bot inzwischen dem Justizministerium eine Kaution von 714 000 Mark an. Wenn Rabelbauers Angaben stimmen sollten, dann droht dem Staatsanwalt nicht eine Anklage wegen Amtsmißbrauch, sondern ein Betrugsverfahren, das vom Gesetzgeber mit 15 Jahren Haft geahndet werden kann.

Doch auch für Rabelbauer dürfte eine Rückkehr in die Heimat kein Honiglecken werden: Unabhängig von der Bestechungsaffäre platzte eine neue Bombe. Dem Vorarlberger Geschäftsmann wird von drei österreichischen Großbanken ein Riesenbetrug zur Last gelegt. Es geht dabei um 29 Millionen Mark. Rabelbauer steht im dringenden Verdacht, einen Supercoup durchgeführt zu haben, dessen Opfer die drei Banken Creditanstalt, Länderbank und Centrobank wurden. Der genaue Ablauf der Transaktion steht noch nicht fest. Sicher ist nur, daß den Banken Papiere des deutschen Konzerns Thyssen präsentiert wurden, die bestätigten, daß diese die Forderungen von 29 Millionen Mark anerkennen. Daraufhin wurde der Betrag zu Gunsten Rabelbauers ausbezahlt. Als die Banken bei Thyssen kassieren wollten, blitzten sie dort ab, weil sich herausstellte, daß es sich um gefälschte Rechnungen und Bestätigungen handelte. Nun schließen die Behörden nicht aus, daß Rabelbauer bei Thyssen einzelne Mitarbeiter für seine kriminellen Pläne gewinnen konnte.

Der Geschäftsmann soll zudem in Österreich 65 Millionen Mark Steuerschulden haben. Gestern schaltete sich dann auch das Finanzministerium in Wien ein. Wegen der Geheimhaltungspflicht nahm der zuständige Sektionschef des Ministeriums, Bauer, nur vorsichtig Stellung: „Die Prüfung wird sehr schwierig werden, weil die meisten Geschäfte Rabelbauers ins Ausland spielen.“ Auf die Frage, wie es möglich sei, daß eine solch riesige Summe zusammenkomme, antwortete Sektionschef Bauer: „Da könnte es mehrere Ursachen geben, nicht nur Steuerhinterziehung, sondern auch eine nicht ordnungsgemäße Buchführung.“

Sollte Rabelbauer wider Erwarten nach Österreich zurückkehren, erwartet ihn eine saftige Geldstrafe, die bis zum Zweifachen der hinterzogenen Steuersumme reichen kann, und wahrscheinlich mindestens ein Jahr Gefängis wegen Steuerhinterziehung. Dazu ein Finanzbeamter: „Rabelbauer wird dann verfolgt, bis zur Taschenpfändung, und bekommt nie mehr Ruhe ...“

„MS Europa“ vor Grönland freigeschleppt

dfh. Hamburg

Das deutsche Kreuzfahrtschiff „Europa“, das am Samstag vor Grönland auf Grund gelaufen war, wurde gestern morgen von dem dänischen Forschungsschiff „Ice Flower“ bei Flut auf hohe See geschleppt und hat nach Angaben der Reederei Hapag Lloyd gestern im Hafen von Sissimut (ehemals Holsteinsborg) Anker geworfen. Wie die Reederei in Hamburg weiter mitteilte, ist eine Expertenkommission nach Grönland unterwegs, um bei der Havarie möglicherweise entstandene Schäden an dem 33 819 BRT großen Schiff zu begutachten. Erst wenn deren Befund vorliegt, kann entschieden werden, ob die Kreuzfahrt fortgesetzt werden kann oder abgebrochen werden muß. Ein Ergebnis wird für heute morgen erwartet. Nach den bisher vorliegenden Berichten, so ließ die Reederei verlauten, ist ein Wassereinbruch nicht erfolgt.

Die „Europa“, neben der „Berlin“ das derzeit einzige Passagierschiff unter deutscher Flagge, hatte ihre Kreuzfahrt am 27. Juli in Bremerhaven angetreten. Vorerst letzter Anlaufhafen war Reykjavik (Island). Im weiteren Verlauf der Reise sollten mehrere norwegische Häfen angesteuert werden. Für den 17. August war die Rückkehr nach Bremerhaven vorgesehen. Eine plötzliche Windböe, gegen die alle modernen Navigationseinrichtungen, mit denen die „Europa“ ausgerüstet ist, nichts halfen, machte jedoch den Veranstaltern und den 580 Kreuzfahrtgästen an Bord einen Strich durch die Rechnung. Das Schiff lief auf ein Felsenriff vor dem Hafen Holsteinsborgs auf. Nachdem ein erster Schleppversuch am Samstag gescheitert war, hoffen Besatzung und Passagiere der nun wieder freischwimmenden „Europa“, ihre unterbrochene Reise bald fortsetzen zu können.

